

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

34. Sitzung

Hannover, den 14. Oktober 1987

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 3201

Finanzierung der geplanten Steuerreform
und Auswirkungen auf die Finanzplanung
des Landes Niedersachsen — Dringliche
Anfrage der Fraktion der SPD — Drs
11/1601 3201

Aller (SPD) 3201, 3206
Breuel,

Ministerin der Finanzen 3202, 3203,
3204, 3205, 3206, 3207, 3208,
3209, 3210, 3211, 3212, 3213, 3214

Schuricht (SPD) 3203

Frau Hammelstein (SPD) 3203

Gansäuer (CDU) 3204

Schörshusen (Grüne) 3204, 3208

Küpker (FDP) 3205

Bruns (Emden) (SPD) 3205, 3214

Jüttner (SPD) 3206

Schneider (Salzgitter) (SPD) 3206

Freiherr von Wangenheim (CDU) 3207

Bruns (Reinhausen) (SPD) 3208

Schultze (SPD) 3210

Schmalstieg (SPD) 3210

Dr. Albrecht,

Ministerpräsident 3211, 3214

Krapp (CDU) 3212

Hildebrandt (FDP) 3212

Sandkämper (CDU) 3212

Ravens (SPD) 3213

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne) .. 3213

Kostensteigerung und Selbstbeteiligung im
Gesundheitswesen — Dringliche Anfrage
der Fraktion der Grünen — Drs 11/1602. 3214

Dr. Hansen (Grüne) 3214, 3216, 3218

Schnipkoweit,

Sozialminister ... 3215, 3216, 3217,
3218, 3219, 3220, 3221

Dr. Riege (SPD) 3216

Mönninghoff (Grüne) 3217

Frau Dr. Schole (Grüne) 3217

Groth (SPD) 3218

Frau Schreiner (Grüne) 3219, 3221

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne) .. 3219

Dr. Hruska (FDP) 3220

Aktuelle Stunde

Molkeentsorgung im alten Kernkraftwerk
Lingen — Antrag der Fraktion der CDU —
Drs 11/1529 3221

Toborg (CDU) 3221

Frau Lemmermann (SPD).....	3221	Mönninghoff (Grüne).....	3249, 3250
Dr. Remmers,		<i>Beschluß</i>	3249
Umweltminister	3223, 3226	 Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes über Ausbildungsbeihilfen für Berufsaufbau- schüler und Fachoberschüler mit Berufsab- schluß — Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/1580	3250
Kempmann (Grüne)	3224	Klare (CDU)	3250
Dr. Hruska (FDP)	3227	Kaiser (SPD)	3252, 3256
Grill (CDU)	3228	Graetsch (FDP)	3254
 Stand und Möglichkeiten schadensbegren- zender und vorbeugender Maßnahmen bei Sicherheitsunfällen nichtnuklearer Indu- strianlagen in Niedersachsen — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 11/1549	 3229	Frau Schreiner (Grüne)	3255
Dr. Hruska (FDP)	3229	 <i>Ausschußüberweisung</i>	3256
Dr. Remmers,		 Zweite Beratung: Erfassung und Erfor- schung von Umweltbelastungen und Auf- bau eines Beratungsdienstes — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/941 — Be- schlußempfehlung des Ausschusses für Um- weltfragen — Drs 11/1548	3257
Umweltminister	3230	Augustin (CDU),	
Schultze (SPD)	3231	Berichterstatter	3257
Mönninghoff (Grüne)	3232	Schack (SPD)	3258
 Entwicklung und Perspektiven von Wirt- schaft und Arbeitsplätzen in Süd- und Süd- ostniedersachsen — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/1559	 3233	Frau Langendorf (Grüne)	3259
Senff (SPD)	3233	Dr. Hruska (FDP)	3260
Frau Dr. Dückert (Grüne)	3235, 3240	Toborg (CDU)	3260
Küpker (FDP)	3236	 <i>Beschluß</i>	3261
Haselbacher (CDU)	3238	 (Erste Beratung: 22. Sitzung am 30. 4. 1987)	
Hirche,		 Erste Beratung: Einsatz von Pflanzenschutz- mitteln zur Vernichtung von Wildkräutern — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/1429	3261
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	3238	Frau Heyer (SPD)	3261, 3266
 Einigung der Kultusminister über die „Re- form“ der reformierten Oberstufe — An- trag der Fraktion der Grünen — Drs 11/1582	 3240	Oestmann (CDU)	3264
Frau Schreiner (Grüne)	3240	Dr. Ritz,	
Wernstedt (SPD)	3241	Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ...	3265, 3266
Dr. Knies,		Dr. Hruska (FDP)	3266
Kultusminister	3243	Bruns (Reinhausen) (SPD)	3268
Hildebrandt (FDP)	3244	 <i>Ausschußüberweisung</i>	3269
Hormann (CDU)	3245	 Erste Beratung: Krankenhaus-Reform — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/1432	3269
 Übersichten über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 11/1588 und Drs 11/1598 — Ände- rungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/1610	 3247	Dr. Riege (SPD)	3269
 <i>Beschluß</i>	3247	Schnipkoweit,	
 Immunität von Abgeordneten — Beschluß- empfehlung des Geschäftsordnungsaus- schusses — Drs 11/1511	 3247, 3248	Sozialminister	3272
Dehn (SPD),			
Berichterstatter	3247		
Frau Dr. Schole (Grüne)	3248		

Lindhorst (CDU)	3276
Dr. Hansen (Grüne)	3280
Frau Pistorius (SPD)	3281
Dr. Hruska (FDP)	3282
<i>Ausschußüberweisung</i>	3284
Erste Beratung: Verbot des Neuanschlusses von Elektrospeicherheizungen — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/1433.	3284
Schörshusen (Grüne)	3284, 3291
Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	3286, 3292
Küpker (FDP)	3287
Schack (SPD)	3288

Heineking (CDU)	3290
<i>Ausschußüberweisung</i>	3292
Erste Beratung: Einnahmeverbesserungen durch verstärkte Betriebsprüfungen und vollständige Kapitalertragsbesteuerung — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/1434	3293
Schörshusen (Grüne)	3293
Freiherr von Wangenheim (CDU)	3294
Rippich (SPD)	3295
Küpker (FDP)	3297
<i>Ausschußüberweisung</i>	3298
Nächste Sitzung	3298

Vom Präsidium:

Präsident Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsident Ravens (SPD)
Vizepräsident Warnecke (CDU)
Vizepräsident Bosse (SPD)
Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Stoll (CDU)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführer Luiken (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)
Schriftführer Teysen (CDU)
Schriftführerin Lemmermann (SPD)
Schriftführer Milde (SPD)
Schriftführer Neese (SPD)
Schriftführerin Deppe (Grüne)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Dr. Albrecht (CDU)

Staatssekretär Meyer,
Staatskanzlei

Minister des Innern
Hasselmann (CDU)

Staatssekretär Haaßengier,
Staatssekretär Höse,
Ministerium des Innern

Ministerin der Finanzen
Breuel (CDU)

Staatssekretär Dr. van Scherpenberg,
Ministerium der Finanzen

Sozialminister
Schnipkoweit (CDU)

Kultusminister
Dr. Knies (CDU)

Staatssekretär Schaeede,
Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Hirche (FDP)

Staatssekretär Dr. Wien,
Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten
Dr. Ritz (CDU)

Minister der Justiz
Remmers (CDU)

Staatssekretär Dr. Cromme,
Ministerium der Justiz

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
Jürgens (FDP)

Minister für Wissenschaft und Kunst
Dr. Cassens (CDU)

Staatssekretär Dr. Schreiber,
Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Umweltminister
Dr. Remmers (CDU)

Staatssekretär Reinke,
Umweltministerium

Beginn: 10.17 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung im 13. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 11. Wahlperiode. Ich stelle zunächst fest, daß das Haus beschlußfähig ist.

Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnittes ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden. Es sind zwei Dringliche Anfragen eingegangen, die ich gleich aufrufen werde. Für die Beratung der Eingaben sind zwei Übersichten über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse — Drucksachen 1588 und 1598 — verteilt worden.

Für die morgige Sitzung kündige ich eine Änderung der Ihnen zugegangenen Tagesordnung an. Der Herr Ministerpräsident wird nach der Beratung über die strittigen Eingaben, also etwa gegen 10.30 Uhr, eine Regierungserklärung zu dem Stand der Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich abgeben. Daran wird sich sicherlich eine Aussprache anschließen. Wie ich gehört habe, haben sich die Fraktionen darauf verständigt, für diesen neuen Beratungsgegenstand eine Beratungszeit von 60 Minuten vorzusehen. Ich stelle fest, daß das Haus damit einverstanden ist. Die anderen für morgen vorgesehenen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend, sofern nicht noch Änderungen an der Reihenfolge der Beratungsgegenstände vorgenommen werden sollen; das müßten mir die Fraktionen mitteilen.

Im Ältestenrat sind für die Beratung der einzelnen Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 der Geschäftsordnung vereinbart worden. Die pauschalen Redezeiten sollen grundsätzlich wie folgt aufgeteilt werden: Einbringung bzw. Bericht ein Teil, CDU und SPD jeweils zwei Teile, Grüne und FDP jeweils ein Teil, Regierung ein Teil. Ich werde die im Ältestenrat vereinbarten Redezeitbeschränkungen bei den einzelnen Punkten bekanntgeben. Dabei gehe ich davon aus, daß die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird. Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Das Ende der heutigen Sitzung ist für gegen 19.10 Uhr vorgesehen.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Stoll:

Von der SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Auerbach entschuldigt.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön.

Ich rufe nun die Dringlichen Anfragen auf, und zwar zuerst:

Finanzierung der geplanten Steuerreform und Auswirkungen auf die Finanzplanung des Landes Niedersachsen — Dringliche Anfrage der Fraktion der SPD — Drs 11/1601

Bitte schön, Herr Kollege Aller!

Aller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Dringliche Anfrage der SPD-Fraktion zur Finanzierung der geplanten Steuerreform und den Auswirkungen auf die Finanzplanung des Landes Niedersachsen hat folgenden Wortlaut:

Die Beschlüsse zur Steuerreform 1990, die von Bundeskabinett und der Koalition am vergangenen Wochenende gefaßt worden sind, sehen das einstufige Inkrafttreten ab 1990 vor. Im Gegensatz dazu ist die mittelfristige Finanzplanung des Landes Niedersachsen aus Gründen der Finanzierbarkeit der Reform auf einem zweistufigen Inkrafttreten aufgebaut.

Die Finanzierung der Steuerentlastungen ist ebenfalls in Umrissen beschlossen worden. Demnach wird für Arbeitnehmer eine Vielzahl von Steuererleichterungen gestrichen, wie zum Beispiel die steuerfreien Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, die Essenfreibeträge, die Grundsteuerbefreiung und auch die Steuerfreiheit für die Rabatte beim Kauf von Jahreswagen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Änderungen und in welcher Höhe sind in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Niedersachsen auf der Einnahme- und auf der Ausgabenseite sowie bei der geplanten Nettoneuverschuldung erforderlich?

Aller

2. Wie beurteilt sie die vorgesehenen Steuererhöhungen für Arbeitnehmer durch die genannten Streichungen und insbesondere durch die Reduzierung der Steuerfreiheit für Jahreswagen?

3. Wird die Landesregierung den jetzt beschlossenen Maßnahmen zur Finanzierung der Steuerreform, insbesondere der einstufigen Durchführung, zustimmen?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Die Dringliche Anfrage wird beantwortet von Frau Ministerin Breuel.

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anfrage kommt leider zu früh;

(Zuruf von den Grünen: Für Sie zu früh!)

denn über die Vorstellungen und Beschlüsse der Koalitionspartner liegen noch keine endgültigen Informationen vor. Nur eines läßt sich schon heute mit Deutlichkeit sagen: Die Richtung unserer Steuerpolitik stimmt, die Bürger werden entlastet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Glogowski [SPD]: Die Besserverdienenden!)

Die zur Finanzierung der Steuerreform diskutierten Maßnahmen, die ja Anlaß dieser Anfrage sind, machen sichtbar, daß hier sorgfältig gearbeitet und entschlossen gehandelt worden ist. Die Sozialdemokraten wiegten sich in der Hoffnung, daß wir dieses nicht schaffen würden. Aber wir haben es geschafft, ihre Hoffnung hat sie getrogen.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Zempel [SPD]: Aber wie auch!)

Meine Damen und Herren, dies vorausgeschickt, beantworte ich die Dringliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

(Schröder [SPD]: Sie wissen es doch noch gar nicht! — Wernstedt [SPD]: Erst wußten Sie es nicht, und jetzt haben Sie es schon!)

— Herr Schröder, was ich sage, müssen Sie freundlicherweise schon mir überlassen! Später kommen sicherlich noch andere dran.

(Wernstedt [SPD]: Ich dachte, Sie legen Wert darauf, daß wir verstehen, was Sie sagen!)

Zu 1: Über die genauen Auswirkungen der Steuerreform für Niedersachsen sind konkrete Angaben erst möglich, wenn die Entscheidung der

Bundesregierung über die kassenmäßige Höhe der vorgesehenen Be- und Entlastungen in den einzelnen Jahren und für die einzelnen Ebenen getroffen und bekannt sind. Dabei ist es für die Landesregierung auch im Interesse unserer Kommunen von entscheidender Bedeutung, daß es zu keinen ungerechtfertigten Verschiebungen in den drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden kommt. Wir halten es für notwendig, daß Be- und Entlastungen dem bisherigen Anteil am Gesamtsteueraufkommen entsprechen. Darauf werden wir drängen.

Zu 2: Die Landesregierung steht den jetzt bekanntgewordenen Plänen der Koalitionspartner über eine teilweise Finanzierung der Steuerreform durch den Abbau von Subventionen bzw. Steuervergünstigungen grundsätzlich positiv gegenüber. Es stand von Anfang an fest, daß von dem gesamten Volumen der Steuerreform ein Teil — 19,2 Milliarden DM — auf diese Weise finanziert werden sollte. Da die Gesamtheit der für die Teilkompensation zu ändernden steuerlichen Vorschriften der Landesregierung noch nicht bekannt ist und überdies die Vorschläge mit den Ländern zu erörtern sind, ist eine abschließende Beurteilung derzeit noch nicht möglich.

Daß allerdings bestimmte Einsparungsmaßnahmen auch von Arbeitnehmern, die 90 % der Steuerpflichtigen ausmachen, mitzutragen sind, hält die Landesregierung grundsätzlich für vertretbar. Immerhin kommt der ganz überwiegende Teil des Entlastungspaketes in Höhe von rund 44 Milliarden DM den Arbeitnehmern zugute.

Natürlich werden wir die Vorschläge zum Jahreswagen besonders sorgfältig prüfen. Hier darf aber nicht die Frage nach der Gerechtigkeit vergessen werden; denn eine völlige Steuerfreiheit für diese Rabatte würde zu einer steuerlichen Privilegierung gegenüber den Arbeitnehmern führen, die solche Vorteile aus einem Arbeitsverhältnis nicht erhalten und damit ihren gesamten Lohn versteuern müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Zu 3: Die Landesregierung kann und wird über die Steuerreform erst nach sorgfältiger Prüfung aller Einzelheiten entscheiden. Aus unserer Sicht sind immer noch wichtige Fragen offen. Das betrifft zum Beispiel die gerechte Behandlung der drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen. Das betrifft aber auch die Frage, wann welche Kompensationsregelung in Kraft tritt.

Hinzuweisen ist auch darauf, daß Mitte November mit einer neuen Steuerschätzung zu rechnen ist. Die Landesregierung hat bereits bei Vorlage der Mipla darauf hingewiesen, daß sie das Ziel einer einstufigen Steuerreform 1990 anstrebt. An dem Ziel hat sich nichts geändert.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort zu einer Zusatzfrage hat der Abgeordnete Schuricht. Bitte schön!

Schuricht (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob sie uns heute schon sagen kann, wie hoch der Steuerverlust für das Land Niedersachsen bei einem Verkauf von 80 000 Jahreswagen bei VW ist und wie hoch der Betrag ist, den Arbeitnehmer in den Regionen, in denen VW-Werke stehen, nicht mehr ausgeben können.

(Oestmann [CDU]: Das ist eine abenteuerliche Frage! — Minister Hirche: Steuergerechtigkeit ist das Thema!)

Präsident Dr. Blanke:

Bitte schön, Frau Ministerin!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Abgeordneter, ich bitte um Verständnis dafür, daß ich diese Antworten nicht geben kann, solange keine konkreten Zahlen auf dem Tisch liegen.

Ich möchte nur eines sehr deutlich unterstreichen: Der Abbau von Steuervergünstigungen, wie er hier gegenwärtig in vielen Fällen diskutiert und in Bonn ernsthaft erwogen wird, hat in hohem Maße etwas mit mehr Steuergerechtigkeit zu tun.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich frage mich eigentlich, wie Arbeitnehmer und auch Gewerkschaften für Steuervergünstigungen von einigen wenigen kämpfen und dies gegenüber anderen Arbeitnehmern vertreten wollen. Diese Frage werden sie zu beantworten haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Abgeordnete Hammelstein!

Frau Hammelstein (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den zu befürchtenden negativen Auswirkungen für die Arbeitnehmer in der Automobilindustrie möchte ich zwei Zusatzfragen stellen.

Erstens. Ist der Landesregierung eigentlich bekannt, daß mit der jetzt vorgesehenen teilweisen Streichung der Steuerfreiheit für Rabatte bei dem Kauf von Jahreswagen für einen VW-Arbeiter mit einem Durchschnittslohn der Golf z. B. um 1 000 DM teurer wird, da sich das zu versteuernde Jahreseinkommen und die sozialversicherungspflichtigen Abgaben erhöhen werden?

(Krapp [CDU]: Wieviel Stundenlohn hat ein VW-Arbeiter?)

Zweitens. Ist der Landesregierung bewußt, daß diese enorme Versteuerung der Jahreswagen dazu führen wird, daß die bisherige Zahl von 80 000 Autos, die von Werksangehörigen bei VW jährlich gekauft werden, nicht zu halten sein wird und daß Umsatzeinbußen den bereits von grauen Wolken bedrohten deutschen Automobilhimmel weiter verdunkeln werden?

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Oestmann [CDU].)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Frau Abgeordnete, ich sehe nicht, daß der Automobilhimmel verdunkelt wäre, sondern ich sehe, daß hier höchst erfolgreich Politik betrieben wird, und zwar im Interesse der Arbeitnehmer und der Wirtschaft Niedersachsens; das möchte ich einmal vorab sagen.

(Beifall bei der CDU. — Bruns [Reinhausen] [SPD]: Vor allen Dingen im Aufsichtsrat!)

Zweitens. Eine Begrenzung der Steuerfreiheit auf Rabatte — in welcher Höhe auch immer sie vereinbart werden wird — führt nicht dazu, daß die Rabatte nicht mehr gewährt werden können. Selbst unterstellt, es würde bei den 2 400 DM bleiben, die gegenwärtig diskutiert werden, würde dies bei dem Kauf eines Golfs für 16 000 DM gegenüber dem heutigen Zustand überhaupt nichts ändern. Ich empfehle also, hier nicht zu dramatisieren, sondern sich konkrete Zahlen anzugucken und vernünftige Lösungen anzustreben, statt den Leuten Angst einzujagen.

(Beifall bei der CDU. — Zempel [SPD]: Wir werden es erleben!)

Präsident

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Gansäuer!

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Minister, bei der aktuellen Steuerreform handelt es sich um ein Nettovolumen von 25 Milliarden DM. Ich frage Sie: Um welches Steuerentlastungsvolumen handelte es sich im Jahre 1980 bei der SPD-geführten Bundesregierung,

(Schröder [SPD]: Das ist eine Fangfrage; das ist nicht erlaubt! — Weitere Zurufe von der SPD)

und wie wurde diese letzte Steuerreform der SPD-geführten Bundesregierung finanziert?

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort zur Beantwortung, obwohl wir uns hier lediglich am Rande einer Zusatzfrage befinden.

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hebe gern noch einmal hervor, daß es noch nie eine so große Steuerentlastung für die Bürger dieses Landes gegeben hat, wie es bei der anstehenden Steuerreform der Fall ist,

(Schröder [SPD]: Eine angemessene Antwort!)

und daß dies ein ganz entscheidender Beitrag dazu ist, daß wirtschaftliche Impulse ausgelöst werden und bereits ausgelöst worden sind

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Deshalb haben wir auch 2,2 Millionen Arbeitslose!)

und damit auch Entlastungen herbeigeführt werden.

In der Tat: Es gibt einen Unterschied in der Politik zwischen der früheren SPD-geführten Bundesregierung und der jetzigen Bundesregierung. Die Sozialdemokraten haben während ihrer Regierungsverantwortung beträchtliche Steuererhöhungen beschlossen, z. B. zweimal eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Damit bin ich bei der Frage von Herrn Gansäuer zu dem Gesetz aus dem Jahre 1980. Da gab es Erhöhungen bei der Mineralölsteuer und bei der Branntweinsteuer; die Steuerbegünstigung bei der Sparförderung ist erheblich reduziert worden, die Tabaksteuer ist

angehoben worden, und das Kindergeld ist gekürzt worden.

(Gansäuer [CDU]: So ist das! — Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, wo war damals die soziale Ausgewogenheit, die Sie bei uns immer einklagen zu müssen glauben?

(Beifall bei der CDU.)

Ich füge hinzu: Damals sind die Bürger mit 4,4 Milliarden DM belastet worden. — Man kann seine Vergangenheit nicht abschütteln. Bekennen Sie sich dazu!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Schörshusen!

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Breuel, wollen Sie ausschließen, daß die jetzt vorgelegten Bonner Vorschläge zur Finanzierung der Steuerreform unter dem Strich für viele Arbeitnehmer sogar eine Steuererhöhung bedeuten, und halten Sie vor diesem Hintergrund das Ganze nicht für ein Täuschungsmanöver?

(Beifall bei den Grünen. — Zurufe von der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Schörshusen, ich glaube, daß man bei sorgfältiger Betrachtung des gesamten Entlastungspakets wirklich nicht von einem Täuschungsmanöver sprechen sollte;

(Zuruf von Schörshusen [Grüne])

denn Sie müssen akzeptieren, daß z. B. die Anhebung des Grundfreibetrags und die Verschiebung der Proportionalzone Maßnahmen sind, die wirklich sehr vielen Menschen zugute kommen und unendlich vielen Menschen helfen werden. Insofern kann ich Ihnen nur empfehlen, in dieser Form nicht weiter zu argumentieren.

(Glogowski [SPD]: Sagen Sie doch mal, wem das am meisten hilft!)

— Das ist völlig eindeutig; es hilft den Arbeitnehmern am meisten, Herr Glogowski.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Lachen bei der SPD.)

— Ich verstehe ja, daß manche von Ihnen durch die Mengenlehre verdorben sind.

(Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Sie können ja nicht einmal Kopfrechnen; die Mengenlehre ist erst 1970 eingeführt worden! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Was ich gesagt habe, kann jeder, der rechnen kann, nachvollziehen.

Herr Schörshusen, nach allen Untersuchungen, die wir angestellt haben, ist keine Arbeitnehmergruppe bekannt, die in höherem Maße belastet als entlastet würde. Dies wollen wir auch vermeiden. Deshalb werden wir eine Entscheidung erst nach einer sorgfältigen Prüfung treffen. Wir wollen hier soziale Gerechtigkeit einbringen, und dafür stehen wir auch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Küpker!

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Breuel, stimmen Sie mir zu — das ist meine erste Frage —, daß in dem zweiten Absatz der Dringlichen Anfrage der SPD-Fraktion eine Fülle von Behauptungen enthalten sind, die so nicht stehenbleiben können und die auch durch ständiges Wiederholen nicht richtig werden?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine zweite Frage. Frau Ministerin Breuel, stimmen Sie mit mir darin überein, daß es angesichts der Tatsachen, daß nach der großen Steuerreform 500 000 Arbeitnehmer keine Steuern mehr zahlen sollen und daß wir es schaffen wollen, den Mittelstandsbauch wegzubringen, ein Problem geringerer Bedeutung ist, daß 80 000 VW-Arbeiter einen Teil der Vorteile im Zusammenhang mit den Jahreswagen wegen der Steuergerechtigkeit nicht mehr haben sollen?

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Küpker, ich habe mich mit den Behauptungen der SPD nicht auseinandergesetzt. Ich hätte dies aber von Anfang an tun sollen. Ich möchte gern erklären, daß das, was in Absatz 2

darüber steht, was hier alles gestrichen werden solle, schlicht nicht der Wahrheit entspricht. Insofern sollten die Sozialdemokraten dieses offiziell zur Kenntnis nehmen.

Ein Weiteres. Es trifft zu, daß bei der Realisierung der Steuerreform etwa weitere 500 000 Bürger keine Steuern zu zahlen haben werden. Ich denke auch, daß das, was als Reform des Tarifs vorgesehen ist, eine Entlastung darstellt, und zwar auf der einen Seite für die Facharbeiter, wo es einen Bedarf dafür gibt, und auf der anderen Seite für die kleinen Mittelständler, die heute ja kein ganz leichtes Leben haben. Nachdem die Sozialdemokraten vor der Wahl den Mittelstand entdeckt haben, sollten sie sich einmal fragen, was sie dafür zu tun bereit sind.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Küpker [FDP].)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Bruns (Emden)!

(Schlotmann [CDU]: Dollarhafen! — Heiterkeit.)

Bruns (Emden) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Minister Breuel, läßt sich schon jetzt übersehen, wie sich die Steuerbeschlüsse auf die Regionalförderung, auf die Investitionszulagen und auf die Möglichkeit, Wirtschaftspolitik überhaupt mit den Mitteln des Staates gerade in den strukturschwachen Regionen zu beeinflussen, auswirken werden? Und: Wie wirken sich diese Beschlüsse unter Umständen auf das Zonenrandgebiet aus?

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Bruns, Sie werden verstehen, daß ich jetzt keine Aussage darüber machen kann, was es für die einzelnen Regionen bedeuten würde, wenn es so beschlossen würde. Ich kann aber sagen, daß es hier für die Zonenrandförderung nach wie vor eine besondere Begünstigung geben wird. Dies ist auch in dem Paket, über das jetzt diskutiert wird, so vorgesehen. Ich will auch sagen, daß die Gemeinschaftsaufgabe — wenn es bei den Investitionszulagen zu diesen Änderungen kommt — aufgestockt werden soll, und zwar um zweimal 250 Millionen DM. Herr Bruns, das heißt schon, daß wir in Zukunft weniger Mitnahmeeffekte ha-

Breuel

ben werden und vermehrt gezielt helfen können. Dies ist eine Politik, die bisher zwischen uns eigentlich nicht strittig gewesen ist.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Jüttner! — Ich habe noch acht Wortmeldungen vorliegen. Weitere Interessenten sollten vielleicht im Auge behalten, daß Teile dieses Themas morgen noch einmal diskutiert werden. — Bitte schön, Herr Kollege!

Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um auch die Baden-Württembergische Landesregierung von der Argumentation zu überzeugen, daß die Versteuerung der Jahreswagen den Prinzipien der Steuergerechtigkeit entspricht.

(Beifall bei der SPD. — Stock [CDU]: Ein ganz pffiffiger Junge!)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Jüttner, die Landesregierung wird das tun, was unter Freunden üblich ist. Wir werden mit den Baden-Württembergern weiter darüber reden und eine gemeinsame Lösung finden.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Knemeyer [CDU]: Hört doch auf! Ihr blamiert euch doch nur! — Weitere Zurufe.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Aller!

Aller (SPD):

Frau Ministerin, würden Sie das Parlament bitte noch einmal darüber aufklären, wie Sie den eklatanten Widerspruch zwischen der Bonner Linie bei der Steuerreform, nämlich eine Einstufigkeit durchzusetzen, und der von der Niedersächsischen Landesregierung in der Mipla schriftlich festgelegten Strategie einer zweistufigen Steuerreform auflösen wollen? Welche Konsequenzen hat das, was Sie bisher als Antwort gegeben haben,

auf die Korrekturbedürftigkeit Ihrer gesamten Finanzplanung für das Land Niedersachsen?

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Aller, ich bin gern bereit, Ihnen meine Antwort auf die Dringliche Anfrage gleich schriftlich zu geben. Darin ist diese Frage bereits konkret beantwortet worden.

Wir haben bereits bei der Vorlage der Mipla darauf hingewiesen, daß die Einstufigkeit unser erklärtes Ziel ist und daß dafür eine Anzahl von Voraussetzungen geschaffen werden muß. Ein wichtiger Punkt ist entschieden, nämlich der Länderfinanzausgleich. Darüber wird morgen zu reden sein. Wir haben aber auch gesagt, daß noch einige weitere Punkte geregelt werden müssen, und zwar speziell im Rahmen der Finanzierung der Steuerreform die Fragen der Belastung der drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden. Sie sollten uns eigentlich dabei helfen, hier für die Kommunen anzutreten. Sie sollten nicht versuchen, das in Frage zu stellen.

Wir haben auch gesagt, daß wir es für notwendig halten, darüber zu entscheiden, wann welche Kompensation in Kraft tritt, weil dies für unseren Haushalt von entscheidender Bedeutung ist. Insofern sage ich noch einmal: Das Ziel „Einstufigkeit“ bleibt bestehen, und zwar engagiert bestehen. Bisher sind noch nicht alle Voraussetzungen geschaffen. Wir hoffen, daß wir sie in den nächsten Wochen schaffen können. Dann werden wir die Mipla natürlich entsprechend ändern.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Schneider!

Schneider (Salzgitter) (SPD):

Frau Minister, ich habe zwei Fragen. Die erste Frage in Form der Mengenlehre: Würden Sie mir in der Betrachtung zustimmen, daß für die Automobilarbeiter, wenn man die Menge der Steuerentlastung bei der Einkommensteuer mit der Menge der Steuerbelastung durch die beabsichtigte Einbeziehung der Jahreswagen verrechnet, am Ende eine leere Menge herauskommt?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Die Frage zwei: Nachdem Sie diese Tat eben als ein Gebot der Steuergerechtigkeit bezeichnet haben — — —

(Schlotmann [CDU]: Du hast die Mengenlehre nicht im Griff!)

— Wir können ja auch über leere und volle Gläser miteinander diskutieren. — Nachdem Sie das als Gebot der Steuergerechtigkeit bezeichnet haben, kann man davon ausgehen, daß damit die Äußerungen von Herrn Albrecht, daß man über diese Frage noch reden müsse — so die Zeitungen —, hinfällig sind?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Schneider, Menge minus Menge macht nicht das, was die SPD daraus haben möchte,

(Glogowski [SPD]: Das ist aber ein mathematischer Vorgang!)

sondern Menge minus Menge soll etwas ergeben, was für die Arbeitnehmer positiv zu Buche schlägt. Das ist das Ziel, das wir vertreten.

(Zustimmung bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Vielleicht beantworten Sie das einmal ein bißchen ernsthafter!)

Ich möchte an dieser Stelle das wiederholen, was ich zu Anfang gesagt habe. Bezüglich der Jahreswagen habe ich gesagt, diese Frage werden wir sorgfältig prüfen. Das werden wir auch tun. Wir werden sie vor dem Hintergrund der Steuergerechtigkeit prüfen. Ich sage noch einmal, Herr Schneider: Wie wollen Sie eigentlich einem Textilarbeiter, einem Werftarbeiter, einem Stahlarbeiter sagen, daß in dieser Hinsicht einige wenige begünstigt und viele benachteiligt werden?

(Zustimmung bei der CDU. — Bruns [Emden] [SPD]: Die freuen sich, daß sie billiger an einen Jahreswagen kommen! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Das ist der Punkt, den auch Sie zu diskutieren haben. Sie sollten nicht glauben, daß Sie für jeden einzeln antreten könnten; hinterher haben Sie dann nämlich keinen Gesamtüberblick mehr. Hier geht es um eine Gesamtlinie, damit alle Arbeitnehmer wissen, woran sie sind. Wir werden für deren Interessen kämpfen und nicht für das, was Sie uns hier vortragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter von Wangenheim!

Freiherr von Wangenheim (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Breuel, gibt es steuerliche Regelungen, nach denen das an Sonn- und Feiertagen erzielte Arbeitseinkommen der Selbständigen aus Handwerk, freien Berufen und Landwirtschaft steuerlich bevorzugt behandelt wird, und falls es solche geben sollte, bleiben diese unverändert?

(Heiterkeit.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Als in vielen Bereichen für Mittelständler zuständig, Herr von Wangenheim, danke ich für diese Frage.

(Lachen bei und Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, wie vertreten Sie es eigentlich — — —

(Schröder [SPD]: Jetzt wird klar, auf welcher Seite Sie Politik machen!)

— Herr Schröder, wie vertreten Sie es eigentlich — — —

(Schröder [SPD]: Jetzt wird klar, auf welcher Seite Sie Politik machen! Ich bin selbst selbständig und kenne die Privilegierung! — Stock [CDU]: Und bei Ihnen wird klar, daß Sie gegen den Mittelstand sind!)

— Ich bin auf der Seite der Mehrheit der Bevölkerung. Da fühle ich mich auch sehr wohl, muß ich Ihnen sagen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Wir vertreten nämlich eine Linie, die eine für alle vertretbare Linie ist. Sie dagegen versuchen immer, Einzelinteressen hochzuspielen, wie Sie das hier im Einzelfall jeweils tun.

Natürlich, Herr von Wangenheim: Es gibt für diese Mittelständler keine Sonderregelung. Die müssen in vollem Umfang das abführen, was ihnen auferlegt wird.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das stimmt ja wiederum nicht! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Breuel

— Meine Damen und Herren, ich möchte Sie einmal bitten, gelegentlich den einen oder anderen kleinen mittelständischen handwerklichen Betrieb zu besichtigen

(Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD])

und sich anzuschauen, Herr Bruns, was diese Frauen und Männer an Arbeit leisten, nämlich weit mehr als 40 Stunden pro Woche,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und welches Risiko sie eingehen, weil sie sich am Markt behaupten müssen. Was für eine Bereitschaft dort besteht, können Sie auch daran erkennen, daß es in diesem Bereich die größte Zahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen gibt. Wer den Mittelstand kaputt machen will

(Schröder [SPD]: Wer redet denn davon?)

durch böse verbale Entgleisungen, sollte sich hüten, noch draußen zu diesem Thema zu reden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Schörshusen, eine weitere Zusatzfrage.

Schörshusen (Grüne):

Frau Ministerin Breuel, können Sie mir vielleicht einmal erklären, was es mit Steuergerechtigkeit zu tun hat, wenn — so die Vorschläge der Bonner Koalitionsparteien — Spitzenverdiener auf Zinserträge aus Wertpapierbesitz künftig nur noch 10 % Steuern zahlen müssen und nicht mehr 56 % wie in der Vergangenheit?

(Oestmann [CDU]: Sie haben es nicht begriffen! — Gansäuer [CDU]: Keine Ahnung! — Stock [CDU]: Ihr kapiert die einfachsten Regeln nicht! — Weitere Zurufe von der CDU. — Gegenruf von Schörshusen [Grüne].)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schörshusen, ich unterstelle, in dieser Hinsicht sind Sie einem gedanklichen Irrtum unterlegen; denn daran ändert sich überhaupt nichts.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Im Gegenteil, Herr Schörshusen: Aus Gründen der Steuergerechtigkeit soll im Hinblick auf diejenigen, die bisher überhaupt keine Steuern gezahlt haben, eine bessere Möglichkeit der Steuereinnahme geschaffen werden.

(Schröder [SPD]: Warum haben sie keine Steuern gezahlt?)

Ich halte dies — das muß ich Ihnen sagen — für einen ganz wichtigen Punkt, gerade im Interesse der Gerechtigkeit unter den Bürgern, die ihre Anlagen unterschiedlich gestalten.

(Beifall bei der CDU. — Schröder [SPD]: Sie haben das nicht verstanden! Warum haben die vorher nicht gezahlt? — Unruhe.)

— Wie bitte?

(Schröder [SPD]: Warum haben die bisher keine Steuern gezahlt? Weil es keine gesetzliche Grundlagen gab, oder weil sie nicht ehrlich waren?)

— Es gibt eine Vielzahl von Gründen.

(Schröder [SPD]: Es gibt nur einen Grund!)

Ich kann doch nicht in die Köpfe der Leute hineingucken. Wir wissen nur, daß viele von denen keine Steuern gezahlt haben.

(Schröder [SPD]: Sie haben wirklich keine Ahnung!)

Präsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren, eine Zwischennachricht: Mir liegen noch Wortmeldungen für acht weitere Zusatzfragen vor. — Die nächste Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Bruns (Reinhausen).

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Frau Minister, halten Sie Ihre Feststellung, daß Arbeitnehmer und Arbeitnehmerfamilien durch diese Steuerreform nicht zusätzlich belastet werden, aufrecht angesichts der Tatsache, daß Sie selber die Gemeinden auffordern, kräftig die Gebühren zu erhöhen, um das Loch zu füllen, das durch diese Steuerreform in die Gemeindekassen gerissen wird,

(Hildebrandt [FDP]: Ein Unsinn ist das!)

und angesichts der Kürzungen, die Sie veranlaßt haben und die die Gemeinden unfähig machen zu investieren? Halten Sie es für einen Gewinn für die Arbeitnehmer, wenn jetzt die finanzschwachen Gemeinden keine Mittel mehr für Investitionen haben, was zu weiterer Arbeitslosigkeit führt, und glauben Sie, daß es für das mittel-

ständische Gewerbe ein Erfolg ist, wenn die finanzschwachen Gemeinden aufgrund der Steuerreform und der Durchführung dieser Steuerreform jetzt nicht mehr investieren können?

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Bruns, ich muß bekennen — — —

(Döring [CDU]: Die Gemeinden können doch noch investieren! Sie sagen nicht die Wahrheit, Herr Bruns! — Gegenruf von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

— Wenn Sie gestatten, Herr Bruns, möchte ich jetzt versuchen, Ihnen zu antworten. Ich weiß nicht, wie viele Fragen Sie gestellt haben, aber ich versuche einmal, auf die wichtigsten Punkte einzugehen. — Herr Bruns, ich halte es für einen großen Trugschluß zu glauben, kommunale Sünden der Vergangenheit, die zu Löchern in den Gemeindekassen führen, mit dem Mäntelchen der Steuerreform zudecken zu können.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das trifft aber für die ländlichen Gemeinden nicht zu!)

Das ist genau das, was gegenwärtig in vielen Gemeinden passiert.

(Zuruf: Das ist unglaublich! — Zuruf von der CDU: Stichwort Hannover! — Weitere Zurufe.)

— Ich bitte Sie, wir haben darüber schon einmal gesprochen. Ich habe mir einmal das Beispiel Hannover — — —

(Glogowski [SPD]: Nein, das haben Sie in einer Rede aufgeschrieben, die Sie hier gehalten haben! Das sollten Sie doch nicht ständig wiederholen!)

— Herr Glogowski, ich will noch einmal sagen:

(Zuruf.)

Es gibt eine Vielzahl von Kommunen,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Aber nicht alle!)

— das habe ich ja nicht gesagt, Herr Bruns —

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Doch!)

die in der Vergangenheit große Ausgaben getätigt haben, deshalb jetzt finanzielle Schwierigkeiten

haben und glauben, sie mit Wehklagen über die Steuerreform überdecken zu können.

(Widerspruch bei der SPD.)

Diesen Zustand kann man nicht akzeptieren. Ich halte dies für einen wichtigen Punkt.

(Zuruf von der SPD: Das ist unerhört!)

Wir werden ja morgen über die kommunalen Finanzen diskutieren, weil wir sehr wohl wissen — — —

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren, die Antworten sind schlecht zu verstehen. Ich verstehe nur Unruhe. Wir müssen aber irgendwo versuchen, die Antworten zu verstehen.

(Glogowski [SPD]: Herr Präsident, man kann hier doch nicht ständig einen ganzen Stand in unserem Lande beleidigen! — Anhaltende Unruhe.)

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Glogowski, ich habe nur einigen wenigen Politikern die Wahrheit gesagt, und die Wahrheit wollen nicht alle hören, was ich verstehe.

(Zustimmung bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

— Ich habe kein Pauschalurteil gefällt. Ich habe gesagt, daß das für einige Kommunen zutrifft. Wir haben in diesem Landtag in diesem Zusammenhang schon einmal über Hannover gesprochen.

(Unruhe.)

Wir werden morgen über die kommunalen Finanzen diskutieren. Dabei wird deutlich werden, daß unsere Kommunen vom Land in den letzten Jahren immer hervorragend bedient worden sind, daß wir auf der anderen Seite auch eine Anzahl von finanzschwachen Kommunen haben, um die wir uns gemeinsam Sorgen machen müssen.

(Aller [SPD]: Immer wenn Sorgen sind, sollen wir uns gemeinsam Gedanken machen!)

Dafür haben wir ja das meiste Verständnis, weil wir auch ein finanzschwaches Land sind. Es geht darum, im Laufe der Jahre weitere Abhilfe zu schaffen, was wir ja bereits kräftig getan haben, Herr Aller, auch wenn Sie dies nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Breuel

Wenn in diesem Zusammenhang von Herrn Bruns die Frage nach den Gebühren aufgeworfen worden ist, muß ich folgendes sagen: Ich finde schon, Herr Bruns, daß die Frage, ob es in manchen Bereichen nicht sehr wohl richtig sein kann, für die Aufgaben, die der Staat wahrnimmt, kostendeckende Gebühren zu erheben, prüfens- und erwägenswert ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zuruf von der SPD.)

— In manchen Bereichen gibt es das schon — das ist klar —, aber es gibt auch viele Bereiche mit großen Ausnahmetatbeständen und ähnlichem mehr. Ich finde schon, daß dies ein Punkt ist, der von allen Ebenen geprüft werden muß. Auf Landesebene sind wir dabei, auch die Kommunen sind zum Teil dabei. Ich glaube, daß wir gemeinsam zu ganz guten Ergebnissen kommen können.

(Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Schultze!

Schultze (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Breuel, ich frage Sie, wie die Landesregierung die Tatsache beurteilt, daß durch die vorgesehene Begrenzung der Steuerfreiheit von Sonntags-, Nachtschicht- und Feiertagszuschlägen eine weitere Kostenbelastung für die in voll kontinuierlicher Arbeit tätigen Betriebe eintritt, also für solche Betriebe, die ohnehin schon einen Arbeitsplatz mit vier Personen besetzt haben.

Meine zweite Frage: Gilt der Freibetrag in Höhe von 2 400 DM, der jetzt für den Erwerb von Jahreswagen vorgesehen ist, denn in Zukunft auch für alle Bürger, die ihre Einkäufe nicht beim Einzelhandel tätigen, sondern vorher im Großhandel oder gar ab Fabrik kaufen, oder ist dies nur eine Einrichtung, die allein die Automobilarbeiter treffen soll?

(Beifall bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Diese Frage ist aber verfänglich! Das war eine gute Frage! Darauf komme ich zurück! — Aller [SPD]: Herr Gansäuer, fühlen Sie sich ertappt?)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern an das erinnern, was ich eingangs in meiner Antwort gesagt habe: Es gibt noch keine konkreten Beschlüsse. Es fehlen uns in vielen Bereichen noch die konkreten Unterlagen, Daten und Fakten. Ich meine, es gibt keinen Sinn, wenn ich versuche, hier Details zu beantworten, für die uns die Unterlagen im wesentlichen noch fehlen. Ich kann nur unsere Grundsätze erklären, und die habe ich erklärt, und ich sollte dies, denke ich, nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Schmalstieg!

Schmalstieg (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Ministerin, ich darf Sie fragen, ob Sie bereit sind, nicht nur kritiklos die sogenannte Steuerreform und die Folgen der Steuerreform vorzutragen, sondern auch Fakten, die Ihnen bekannt werden, mit einzubeziehen im Hinblick auf die Belastungen, die auf den einzelnen Steuerpflichtigen, den Arbeitnehmer, zukommen, auch im Hinblick darauf, welche zusätzlichen Belastungen durch Gebühren- und Steuererhöhungen bis hin zur Quellensteuer für den einzelnen entstehen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine zweite Frage darf ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, stellen, nachdem Ihre Fachministerin erklärt hat, daß die Fakten ja noch nicht vorliegen und daß deshalb eine Beantwortung

(Oestmann [CDU]: Abschließende Beantwortung!)

dieser Frage eigentlich zu früh komme. Wenn ich es richtig gelesen habe, haben Sie, Herr Ministerpräsident,

Präsident Dr. Blanke:

Bitte, denken Sie an die Kürze der Fragen, die die Geschäftsordnung voraussetzt.

Schmalstieg (SPD):

eine grundsätzliche Zustimmung für diese Steuerreform gegeben. Haben Sie sich dabei

Präsident Dr. Blanke:

Kommen Sie bitte zur Frage, Herr Kollege Schmalstieg!

Schmalstieg (SPD):

von Fakten oder vom Prinzip Hoffnung leiten lassen?

(Beifall bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Das war eine intelligente Frage! — Stock [CDU]: Aus dem Mann wird noch etwas! — Gansäuer [CDU]: Sonst kann man eine solche Frage nicht stellen!)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Ich kann dem Abgeordneten Schmalstieg nur sagen — ich wiederhole mich damit, wie ich denke, schon zum dritten Male —: Ich habe für die Landesregierung erklärt, wir werden jeden Vorschlag einer sorgfältigen Prüfung unterziehen, und zwar auch hinsichtlich der Auswirkungen auf einzelne Gruppen. Wir werden erst dann darüber entscheiden, wenn wir sicher sind, daß dies eine richtige Entscheidung sein kann.

(Wernstedt [SPD]: Nicht sehr überzeugend!)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Ministerpräsident!

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beurteile das, was in der letzten Woche in Bonn gemacht worden ist, nämlich die Festlegung eines Rahmens für den Abbau von Steuervergünstigungen in Höhe von etwa 17 Milliarden DM, als positiv. Dies heißt nicht, daß wir uns nicht noch die eine oder andere Einzelheit anschauen werden, um zu sehen, ob der ganze Mix, wenn ich so sagen soll, nicht noch verbessert werden kann. Aber daß es uns gelungen ist, unter den drei Koalitionspartnern Steuervergünstigungen in einem solchen Volumen abzubauen, halte ich für eine äußerst beachtliche Tatsache.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich sage ganz ehrlich: Wenn Sie mich noch vor zwei Monaten gefragt hätten, ob es die Koalition schafft, in diesem Maße Steuervergünstigungen abzubauen — im übrigen gerade auch mit dem Ziel der Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit —, so hätte ich gesagt: Na, ich traue uns etwa

12 Milliarden DM zu, aber nicht 17 bis 19 Milliarden DM.

(Zuruf von Aller [SPD].)

Ich finde dies rundherum positiv.

Wir sind noch nicht am Ende unserer Mühen, was die Finanzierung der Steuerreform angeht. Das erste, was wir vertreten haben, war: Wir als finanzschwächere Länder können eine so umfassende Steuersenkung hinsichtlich des Datums 1990 nur dann mittragen, wenn wir durch einen besseren Länderfinanzausgleich in eine bessere Position gebracht werden. Hierüber sprechen wir morgen. Dies ist aber geschafft.

Wir haben zweitens gesagt: Wir bestehen darauf, daß die Kompensation von rund 19 Milliarden DM auch tatsächlich wirksam wird. Dies ist noch nicht ganz geschafft, aber jetzt sieht man schon, daß es geschafft werden wird.

Drittens muß die Frage geklärt werden: Wann treten die jeweiligen Maßnahmen, etwa der Abbau der Steuervergünstigungen, in Kraft? Darüber muß noch gesprochen werden.

Das vierte ist, daß wir für die Lasten, die sich für die öffentliche Hand aus der Entlastung der Bürger ergeben, noch einen gerechten Verteilungsschlüssel festlegen müssen. Ich habe den Eindruck, daß wir bei dieser Frage auf einem guten Weg sind.

Fünftens. Wir werden dann beurteilen, wie sich das Ganze in Anbetracht der Perspektiven für die Steuereinnahmen und ähnliches darstellt, und zwar immer mit dem Ziel, das jeweils Notwendige zu tun, damit diese Steuerentlastung im Jahre 1990 voll wirksam werden kann.

Ich will hinzufügen: Wenn man dies in der historischen Kontinuität sieht — eine Steuerentlastung 1986, eine 1988 und eine 1990 — und wenn ich berücksichtige, daß etwa 19 Milliarden DM der Steuersenkung durch die Maßnahmen, die ich eben genannt und die wir diskutiert haben, kompensiert werden, dann heißt das trotzdem: Für die Masse unserer Bürger wird es in diesen vier Jahren eine Steuerersparnis von rund 45 Milliarden DM geben. Das hat es nie zuvor in der Bundesrepublik Deutschland gegeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Von dieser Steuerersparnis von 45 Milliarden DM entfällt nur 1 Milliarde DM auf die Senkung des Spitzensteuersatzes. Alle anderen zig Milliarden DM treffen die breite Masse unserer Bevölkerung

Dr. Albrecht

und damit auch die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Mir liegen noch sechs Wortmeldungen vor. Ich wäre dankbar, wenn wir allmählich zum nächsten Punkt übergehen könnten. — Zunächst hat der Abgeordnete Krapp das Wort.

Krapp (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Minister Breuel, ist der steuerliche Vorteil, den die VW-Arbeiter gegenüber den anderen Beschäftigten im Lande haben, notwendig, weil der Lohn bei VW gegenüber anderen Betrieben verhältnismäßig niedrig ist?

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

In diesem Zusammenhang sollte man darauf hinweisen, daß es bei VW einen Haustarif gibt, der im Vergleich zu anderen Arbeitseinkommen für die Region kein leicht zu verkraftendes Thema darstellt. Es heißt nämlich, daß viele junge Leute, die in kleinen Betrieben ausgebildet werden, hinterher zu VW gehen, weil sie dort am Fließband mehr verdienen, als sie woanders verdienen könnten. Insofern, Herr Krapp, ist Ihre Frage mit Nein zu beantworten.

Ich sage noch einmal: Wir werden das Thema der Jahreswagen sehr sorgfältig prüfen, auch im Zusammenhang mit der Frage der Verkürzung der Steuerfreiheit bei den Zuschlägen in einzelnen Bereichen, um zu sehen, was im Ergebnis für die VW-Arbeiter herauskommt. Unser Ziel — ich wiederhole mich — ist, eine gerechte Lösung zu finden und keine, die einzelnen schwer zu schaffen macht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Hildebrandt!

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, gibt es Schätzungen oder Annahmen darüber, inwieweit durch den hohen Anteil von Jahreswagen — bei der Inlandsproduktion von Mercedes etwa 25 % und bei VW etwa 30 % —

der Kaufpreis der Wagen künstlich erhöht wird und ob dadurch die Marktfähigkeit gegenüber ausländischen Wagen, z. B. aus Japan, verschlechtert wird?

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Abgeordneter Hildebrandt, darüber gibt es jedenfalls keine mir bekannten Berechnungen, wohl aber gewisse Schätzungen. Ich will darauf hinweisen, daß auch dieser Punkt von uns sorgfältig geprüft werden muß. Wir wissen, daß VW trotz einer glänzenden Qualität und trotz eines großen Erfolges auf der Kostenseite Probleme hat und daß unsere Wettbewerber nicht schlafen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Sandkämper!

Sandkämper (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Breuel, ist der Landesregierung bekannt, daß der Durchschnittsstundenlohn bei VW um etwa 2,80 DM höher liegt als der für die ohnehin schon stärker belasteten Stahlarbeiter in Osnabrück und Georgsmarienhütte und daß es für diese Stahlarbeiter keinerlei geldwerte Vorteile und Leistungen gibt?

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Sandkämper, das ist der Landesregierung bekannt. Ich bin deshalb sehr gespannt, wie zum Beispiel die einzelnen DGB-Gewerkschaften in dieser Frage agieren werden; denn hier dürften sehr unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen.

(Glogowski [SPD]: Solidarisch, davon können Sie ausgehen!)

— Das, Herr Glogowski, was heute morgen von der SPD gesagt worden ist, ist nicht solidarisch

gewesen. Sie haben für einige wenige gekämpft und alle anderen vergessen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Glogowski [SPD]: Nein, nein, nein!)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Ravens!

Ravens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens. Frau Ministerin, ist es nicht so, daß die geplante Zusammenfassung des Arbeitnehmerfreibetrages mit der Werbungskostenpauschale und dem Weihnachtsfreibetrag eine weitere steuerliche Belastung für die Arbeitnehmer darstellt, zumal der Bundesfinanzminister, wie man hört, dadurch Mehreinnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden DM erwartet?

Zweitens. Frau Ministerin, fühlen Sie sich sehr beleidigt, wenn ich Sie daran erinnere, daß Sie Hinweise auf Steuervorteile oder Einkommensvorteile einzelner früher als ein Neidhammel-Argument abgetan haben?

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung von Frau Dr. Schole [Grüne]. — Zuruf von der CDU: Steuergerechtigkeit und nichts anderes!)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel!

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Ich denke, Herr Ravens, Sie werden es mir nachsehen, wenn ich Ihnen sage: Sie können mich nicht beleidigen.

(Zustimmung von der CDU. — Lachen bei den Grünen.)

Denn Sie gehen von einer falschen Voraussetzung aus. Ein Neidhammel ist derjenige, der ohne Betrachtung der Steuergerechtigkeit für einzelne wenige eintritt. Dies ist die Position, die Sozialdemokraten heute morgen in vielen Punkten eingenommen haben.

(Zustimmung bei der CDU.)

Ich bekenne, daß mich dies außerordentlich betrübt, weil man in dieser Frage Übereinstimmung hätte erzielen können.

Zweiter Punkt. Herr Ravens, da wir wissen, daß die Frage der Zusammenfassung der Pauschbeträge zum Beispiel für Pendler oder für diejenigen Arbeitnehmer, die einen langen Weg zur Arbeit

haben, eine Schwierigkeit darstellt, wird ja die Kilometerpauschale erheblich angehoben.

(Ravens [SPD]: Aber es bleibt doch bei einer Mehreinnahme von 1,2 Milliarden DM!)

Ich glaube, Herr Ravens, daß hier Entscheidungen vorgesehen sind, die gerade den Menschen im ländlichen Raum erheblich helfen werden. Deswegen werden wir dafür auch engagiert eintreten.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Ministerin Breuel, wenn es nicht der Abgeordnete Ravens wäre, würde ich sagen: Reizen Sie ihn nicht zu dem Versuch, Sie doch zu beleidigen; denn dann bekommen wir Schwierigkeiten mit dem Tagungsablauf.

(Stock [CDU]: Keine Sorge, das kriegt er nicht hin! — Hildebrandt [FDP]: Er nicht!)

Frau Abgeordnete Hammerbacher-Richter!

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Frau Ministerin Breuel, nachdem Sie vorhin für sich in Anspruch genommen haben, daß die geplanten Regelungen mittelstandsfreundlich seien, frage ich Sie: Ist es nicht eine Tatsache, daß unter den Begriff des Mittelstandes, der wenig klar definiert ist, sowohl Betriebe mit wenigen Beschäftigten als auch Betriebe mit einem Umsatzvolumen in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen DM jährlich gefaßt werden? Ist es vor diesem Hintergrund nicht auch eine Tatsache, daß die von Ihnen zitierten übermäßigen Arbeitsbelastungen gerade der kleineren bis ganz kleinen mittelständischen Betriebe für die größeren Betriebe, die unter diesen Begriff gefaßt werden, nicht gelten und daß deshalb die geplante Verschlechterung etwa durch die Erhöhung des Besteuerungssatzes bei den überwiegend dienstlich bzw. beruflich genutzten Kraftfahrzeugen gerade für die Kleinst- und Kleinbetriebe eine erhebliche Belastung darstellt? — Vielen Dank.

Präsident Dr. Blanke:

Ich weiß nicht, wofür Sie sich bedanken. Wir wollen die Antwort noch hören.

(Heiterkeit.)

Frau Ministerin!

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Soll ich die Frage noch einmal erklären?)

Präsident

Vielleicht bedanken Sie sich dafür, daß ich nicht wegen der Länge der Frage eingegriffen habe.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Es waren nur zwei Fragen! — Die Abgeordnete spricht mit Ministerin Breuel.)

— Ich bitte, dieses Zwiegespräch zu unterlassen. Wir sind alle an der Antwort interessiert.

(Beifall. — Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Ich habe gefragt, ob nicht gerade diese Betriebe im Hinblick auf die dienstlich genutzten Wagen benachteiligt werden!)

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, um welche zusätzlichen Steuern für dienstlich genutzte Fahrzeuge es sich handeln soll. Ich will nur sagen: Richtig ist, Frau Hammerbacher-Richter, daß es ungewöhnlich schwer ist, „Mittelstand“ sauber zu definieren. Das ist der Grund dafür, daß ich vorhin ganz bewußt immer von den kleinen Handwerkern und kleinen Mittelständlern gesprochen habe. Daß wir uns bei dem Versuch, eine soziale Symmetrie herzustellen, gerade dieser Gruppe intensiv angenommen haben, ist eine wesentliche Begründung für die Korrektur des Tarifsystems. Genau das wird den Mittelständlern helfen.

(Zuruf von Frau Hammerbacher-Richter [Grüne].)

Insofern sehe ich mich hier überhaupt nicht in der Pflicht, sondern ich sehe der Sache positiv entgegen; denn das wird den Mittelstand effektiv entlasten.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Bruns (Emden), eine weitere Zusatzfrage!

Bruns (Emden) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, nachdem Sie hier heute schon die Frage der Bundesergänzungszuweisungen angesprochen und das als einen Erfolg dargestellt haben, frage ich Sie: Können Sie bestätigen, daß die Einnahmeerwartungen unseres Haushaltsplans für 1988 per Saldo in der Kombination von Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen noch richtig oder nicht richtig sind, bzw. wie wirkt sich das für die dar-

auffolgenden Jahre aus? Haben wir mit einer zusätzlichen — — —

(Stock [CDU]: Warte doch bis morgen!)

— Der Herr Ministerpräsident hat das im Rahmen dieser Fragestunde angesprochen.

Präsident Dr. Blanke:

Bitte keine Diskussion! Sie haben die eine Frage bereits gestellt.

Bruns (Emden) (SPD):

Deshalb will die SPD-Fraktion wissen: Kann bestätigt werden, daß die Einnahmeerwartungen für 1988 richtig oder nicht richtig sind, bzw. gesagt werden, welche Folgen für den Landeshaushalt zu erwarten sind?

(Beifall bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Darüber diskutieren wir doch morgen! — Stock [CDU]: Die Ostfriesen sind so ungeduldig! Ihr könnt doch bis morgen warten!)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Ministerpräsident!

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich diese Fragen gerne im Zusammenhang behandeln möchte, halte ich es für richtig, daß ich das alles morgen in der Regierungserklärung vortrage und daß dann Gelegenheit zu einer richtigen Debatte besteht.

(Küpker [FDP]: Vielleicht bekommt er das Vorabexemplar!)

Präsident Dr. Blanke:

Wir kommen nun zur zweiten Dringlichen Anfrage:

Kostensteigerung und Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen — Dringliche Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 11/1602

Herr Abgeordneter Dr. Hansen hat das Wort.

Dr. Hansen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach Zeitungsmittellungen hat der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen erklärt, daß auch in Zukunft mit überproportionalem Wachstum der Ausgaben im Gesundheitswesen zu rechnen sei. Zur Finanzierung der über-

durchschnittlichen Ausgabensteigerungen sei eine Ausweitung der Selbstbeteiligung der Versicherten erforderlich. Beitragssatzsteigerungen im bisherigen Umfang, die zur Hälfte von Arbeitgebern und Kassenmitgliedern getragen werden müßten, seien zu vermeiden, die Unternehmen seien zu schonen, Ausgabenzuwächse der gesetzlichen Krankenversicherungen sollten allein die Patienten per Selbstbeteiligung tragen. Dabei sei vor allem auch eine Erhöhung der Selbstbeteiligung bei stationärer Behandlung vorzusehen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die Meinung der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen über die Kostensteigerungen und die Finanzierung des Gesundheitswesens durch verstärkte Selbstbeteiligung der Patienten?
2. Ist nach ihrer Meinung Selbstbeteiligung, sofern sie überhaupt grundsätzlich akzeptiert wird, ein Mittel zur Steuerung oder zur Finanzierung des Gesundheitswesens?
3. Wie verhält sich die Landesregierung zu früheren Äußerungen des Niedersächsischen Sozialministers, der sich gegenüber dem Prinzip der sogenannten Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen ablehnend geäußert hat?

(Unruhe.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Ich bitte, die Gespräche zumindest leiser zu führen. — Die Dringliche Anfrage wird vom Herrn Sozialminister beantwortet. Bitte schön!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Erste Vorsitzende des Vorstands der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Prof. Dr. Weinhold, hat anlässlich eines parlamentarischen Abends in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund am 15. September 1987 in Bonn einen Vortrag zur Strukturreform im Gesundheitswesen gehalten. Dem Redetext ist zu entnehmen, daß sich Prof. Weinhold zunächst mit der Frage auseinandergesetzt hat, ob das Sachleistungssystem durch ein Kostenerstattungs-system abgelöst werden sollte. Er hat eine solche Systemveränderung abgelehnt und dargestellt, welche Selbstbeteiligungsregelungen im Rahmen des Sachleistungssystems er für möglich hält. Er hat hinzugefügt, daß die sich aus Selbstbeteiligungen für die Versicherten ergebenden Belastungen tragbar sein müßten, daß Härtefallrege-

lungen vorgesehen werden sollten und daß auf gar keinen Fall eine Beeinträchtigung der Versorgung der Versicherten eintreten dürfe.

Des weiteren hat sich Prof. Weinhold mit der Ausgrenzung von Leistungen aus der Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung auseinandergesetzt und dazu erklärt, er halte diese Variante für besonders unsozial.

Die Ausführungen von Prof. Weinhold müssen insgesamt und es darf nicht seine Stellungnahme zur Selbstbeteiligung allein betrachtet werden. Dann läßt sich feststellen, daß seine Vorschläge in erster Linie nicht auf zusätzliche Selbstbeteiligungsregelungen, sondern auf geänderte Grundlagen der Finanzierung etwa bei der Krankenversicherung der Rentner hinauslaufen. Die von Prof. Weinhold angestellten Überlegungen zur Strukturreform stellen nur einen Beitrag zur gegenwärtig laufenden Diskussion dar. Soweit es sich überhaupt überblicken läßt, gibt es zur Zeit mehr als 40 Vorschläge und Konzepte von Wissenschaftlern, Sozialpartnern, Verbänden, Körperschaften und politischen Parteien zu diesem Thema. Ergänzend weise ich darauf hin, daß sich auch eine Kommission der Koalitionsparteien auf Bundesebene mit diesen Fragen beschäftigt und der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zur Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung eingesetzt hat.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu 1: Die erwähnten Aussagen von Prof. Weinhold zur möglichen Selbstbeteiligung von Patienten dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind im Zusammenhang mit weitergehenden Äußerungen zur Strukturreform im Gesundheitswesen zu sehen. Eine Beurteilung dieses Gesamtkomplexes hält die Landesregierung erst auf der Basis der von der Bundesregierung angekündigten Gesetzesvorschläge für sinnvoll.

Zu 2 und 3: Zu dem Gesamtkomplex der Selbstbeteiligung muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß es solche Formen im Gesundheitswesen bereits seit langem gibt. Die erste Selbstbeteiligungsregelung, nämlich eine Krankenscheingebühr, wurde 1924 eingeführt. Die erste Rezeptgebühr gab es 1925. Frühere Bundesregierungen haben diese Ansätze weitergeführt. Ich erinnere daran, daß beispielsweise unter dem Bundeskanzler Helmut Schmidt am 1. Juni 1977 eine Arzneikostengebühr, eine Kostengebühr für Heil- und Hilfsmittel und die Zuzahlung bei Reisekosten

Schnipkoweit

eingeführt wurde. Die Liste der Selbstbeteiligungen umfaßt des weiteren den Zahnersatz, den Bereich der Kuren und der Unterbringung in Krankenhäusern sowie die Medikamente gegen geringfügige Gesundheitsstörungen.

Grundsätzlich kann solchen Beteiligungsformen ein gewisser Steuerungseffekt schon deshalb nicht abgesprochen werden, weil es offenbar in der Natur des Menschen liegt, Güter und Leistungen stärker nachzufragen, wenn sie kostenlos oder besonders preisgünstig erhältlich sind. Der Steuerungseffekt hat im Gesundheitswesen natürlich dort Grenzen, wo der Patient es nicht in der Hand hat, das Maß der Inanspruchnahme der Güter oder der Leistungen selbst zu bestimmen. Ich habe mich deshalb bisher nicht generell gegen jede Form der Selbstbeteiligung ausgesprochen. Ich habe mich aber dagegen gewandt, daß Kostendämpfung im Gesundheitswesen einseitig durch Ausweitung der Selbstbeteiligung zu Lasten der Patienten geht.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Bei der Reform der Struktur des Gesundheitswesens wird es entscheidend darauf ankommen, daß alle Bereiche ihren Beitrag leisten.

(Zustimmung bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hansen für eine Zusatzfrage.

Dr. Hansen (Grüne):

Herr Minister, meine Damen und Herren, beziehend auf den eben erwähnten Vortrag von Prof. Weinhold, in dem er bildlich davon gesprochen hat, das Gesundheitswesen sei eine Einbahnstraße

Präsident Dr. Blanke:

Würden Sie bitte fragen, Herr Kollege Dr. Hansen!

Dr. Hansen (Grüne):

und man könne von dieser Einbahnstraße nur nach links oder nach rechts abbiegen — er propagiert ein Abweichen nach rechts, d. h. in Richtung auf mehr Markt —, frage ich Sie: Wie stehen Sie dazu?

Präsident Dr. Blanke:

Bitte schön, Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen doch gesagt, daß zur Zeit 40 verschiedene Vorschläge vorliegen. Da noch kein Referentenentwurf, geschweige denn ein Gesetzentwurf vorliegt, bitte ich um eines: Verlangen Sie nicht zu jedem einzelnen Vorschlag eine Stellungnahme von mir! Ich hielte es für sehr nützlich, daß wir dann, wenn zumindest ein Referentenentwurf vorliegt, sachkundig über dieses Thema diskutieren.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Dr. Riege!

Dr. Riege (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, es gibt zwar noch keinen Referentenentwurf, aber es gibt Pressemeldungen über das, was die Koalitionsgespräche zwischen FDP und CDU ergeben haben.

Präsident Dr. Blanke:

Fragen Sie bitte!

Dr. Riege (SPD):

Ich bin schon dabei. — Danach sind Sie und ist die Niedersächsische Landesregierung der Meinung, daß die bis jetzt bekanntgewordenen Pläne des kleinen Koalitionsausschusses — soweit sie die Ausweitung der Selbstbeteiligung betreffen — vom Land Niedersachsen als unzulänglich und untauglich zurückzuweisen sind. Meine erste Frage lautet: Wie wird sich Niedersachsen im Bundesrat zu diesen Plänen verhalten?

Die zweite Frage: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß schon heute die Krankenversicherungsbeiträge nicht etwa jeweils zur Hälfte von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern aufgebracht werden, sondern zu zwei Dritteln von den Versicherten?

Präsident Dr. Blanke:

Bitte, Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Riege, ich beginne mit Ihrer zweiten Frage. Sie haben in etwa recht, daß die Beiträge nicht jeweils zu 50 % von den Ar-

beitnehmern und den Arbeitgebern aufgebracht werden. Durch die Selbstbeteiligung, durch Privatversicherungen usw. werden etwa — ich sage das sehr vorsichtig — zwei Drittel der Beiträge von den Versicherten und ein Drittel von den Arbeitgebern aufgebracht.

Zu Ihrer ersten Frage nach der Position der Landesregierung kann ich Ihnen nur folgendes sagen: Ich kenne kein offizielles Papier. Während der letzten Plenarsitzung tagte die Sozialministerkonferenz. Wegen der Präsenzpflicht mußte ich hier an meinem Platz sitzen. Ich habe meinen Staatssekretär hingeschickt. Während dieser Konferenz hatte der Bundesarbeitsminister die CDU-Sozialminister eingeladen, um Ihnen einen Zwischenbericht zu geben. Er hat von möglichen Dingen gesprochen, die eventuell in Frage kommen. Mehr weiß ich nicht. Sie können doch nicht von mir erwarten, daß ich mich auf Presseberichte verlasse. Damit will ich nicht unterstellen, daß die Presse etwas Falsches berichtet; das meine ich nicht. Aber Sie können nicht davon ausgehen, daß ich als Sozialminister Ihnen auf Presseäußerungen eine Antwort gebe. Ich weiß bis heute weder mündlich noch schriftlich etwas Offizielles von der Bundesregierung oder vom Bundestag.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Mönninghoff!

(Stock [CDU]: Das hindert die Grünen nicht, weiterzureden!)

Mönninghoff (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, werden Sie sich dafür einsetzen, daß zur Kostensenkung im Gesundheitswesen endlich die feste Preisbindung für die Arzneimittel aufgehoben wird? Denn dadurch würden die Arzneimittel für die Leute, die sie brauchen, billiger, und sie würden durch die Selbstbeteiligung nicht so stark belastet.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege, gehen Sie bitte davon aus, daß ich mich um dieses Thema sehr intensiv kümmern werde. Ich sage hier ganz offen: Ich bin wirklich der Meinung, daß mit Arzneimitteln in

der Bundesrepublik Deutschland Schindluder getrieben wird.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und bei den Grünen.)

Ich vermag nicht einzusehen, warum Arzneimittel in Milliardenhöhe auf dem Müll landen. Ihre Frage ist aber viel zu eng gefaßt; man müßte sie viel weiter fassen. Es kommt darauf an, ein sinnvolles Steuerungselement zu finden, damit Arzneimittel vernünftig gebraucht werden können. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen — am besten merkt man es ja, wenn man selbst belastet ist —: Ich habe im letzten halben Jahr ein paar Wehwehchen gehabt. Wenn es nicht einmal dem Gesundheitsminister möglich ist, Kleinstpackungen zu bekommen, so daß er gezwungen wird, Müll zu produzieren, dann frage ich Sie: Wie soll es erst einem Normalbürger gehen? Deshalb habe ich gesagt, daß der Pharmaindustrie vorgeschrieben werden muß, Kleinstpackungen herzustellen; denn ich vermag nicht einzusehen, daß es im Hotel- und Gaststättengewerbe Kleinstpackungen für Seife, Shampoo und alles Mögliche gibt und daß man bei der Pharmaindustrie meint, es müßten alles größere Packungen sein. Gehen Sie davon aus, daß ich mich mit meinen Mitarbeitern dafür einsetzen werde, daß hier eine ausgewogene Lösung gefunden wird.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Ich bitte um etwas mehr Ruhe, denn es sind sicherlich interessante Fragen, die hier gestellt und beantwortet werden. — Frau Abgeordnete Dr. Schole!

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich möchte an die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Riege anschließen. Es gibt ja konkrete Vorschläge der von der Bonner Regierungskoalition eingesetzten Kommission, die kürzlich nach einer Klausurtagung vorgetragen worden sind. Ich frage Sie erstens, Herr Minister: Kennen Sie diese Vorschläge? Zweite Frage: Wie stehen Sie und die Landesregierung ganz konkret zu diesen Vorschlägen?

Präsident

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

(Stock [CDU]: Das hat er eben schon mal beantwortet! — Frau Dr. Schole [Grüne]: Das ist nicht beantwortet worden!)

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schole, ich wiederhole: Ich kenne bis heute bis auf das, was auch Sie aus der Presse wissen, keine Vorschläge dieser Arbeitsgruppe, und solange ich sie nicht kenne, kann ich die Fragen auch nicht beantworten.

(Frau Dr. Schole [Grüne]: Dann wird es aber Zeit, Herr Minister!)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Dr. Hansen, eine weitere Zusatzfrage!

Dr. Hansen (Grüne):

Meine Damen und Herren! Herr Minister, meinen Sie nicht auch, daß es bei einem solch großen Problem wie der Strukturreform im Gesundheitswesen angezeigt ist, wenn Vorschläge von einer doch nicht ganz inkompetenten Kommission gemacht werden, die z. B. darin bestehen, daß Arzneimittel in Zukunft mit 20 % bis zu einer Höchstgrenze von 10 DM vom Patienten bezuschußt werden sollen, zu einem so frühen Zeitpunkt schon Flagge zu zeigen und zu sagen: So nicht?

(Zustimmung von Frau Dr. Schole [Grüne].)

Präsident Dr. Blanke:

Bitte schön, Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Sie kennen mich gut genug, um zu wissen, daß ich es verstehe, bei Fragen, die ich nicht beantworten will, auszuweichen. Das trifft in diesem Punkt aber nicht zu; das sage ich Ihnen ganz offen. Die Kostendämpfung im Gesundheitswesen geht mir persönlich genauso an den Nerv wie jedem einzelnen von Ihnen. Ich weiß, was das für den einzelnen Patienten, aber auch für das gesamte Gesundheitswesen bedeutet. Wir kommen ja heute nachmittag bei der Beratung des Entschließungsantrages der SPD zur Krankenhausreform auf das Thema zurück.

Ich sage Ihnen hier nur eines, das ist meine persönliche Meinung: Wenn jemand mit dem Vorschlag kommt, eine Selbstbeteiligung bei Arzneimitteln bis zu einer Grenze von 10 DM vorzusehen, dann halte ich das für Unfug. Das sage ich Ihnen ganz offen, und ich will Ihnen auch sagen, warum. Kein Patient, auch wenn er Minister ist, kann beeinflussen, ob er ein Medikament bekommt und wie groß die Packung des Medikaments ist. Das Medikament kann nur ein Arzt verschreiben. Wenn ich diese Möglichkeit überhaupt nicht habe, dann vermag ich nicht einzusehen, daß man sagt: Jetzt sollst du einen so hohen Betrag dazuzahlen. Ich sage Ihnen ganz offen, ich halte von diesem Vorschlag nichts.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Groth!

Groth (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, wäre es Ihnen nach dieser Einlassung nicht möglich, klar zu sagen, daß Sie gegen eine weitere Heraufsetzung der Selbstkostenbeteiligung sind, weil sie kein Steuerungsinstrument ist, da sich die Kosten im bisherigen Umfang weiterentwickelt haben und die damit verbundene Steigerung bei den Verwaltungskosten in keinem Fall zu zusätzlichen Einnahmen bei den Krankenkassen führen würde?

Präsident Dr. Blanke:

Bitte schön, Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht gesagt, daß ich mich generell gegen eine Erhöhung der Selbstbeteiligung ausspreche, damit das hier klar wird. Ich habe mich persönlich und auch nicht namens der Landesregierung — wir haben darüber noch nicht sprechen können — dagegen ausgesprochen, was hier konkret gesagt wurde, nämlich gegen eine Selbstbeteiligung von bis zu 10 DM. Ich habe hier meine persönliche Meinung gesagt, damit das klar ist.

Die andere Seite ist die: Wir geben zur Zeit für unser Gesundheitswesen jährlich 250 Milliarden DM aus. Es ist bekannt, was alles durch den medizinischen Fortschritt erreicht worden ist. Ich

denke etwa daran, wie viele junge Menschen überhaupt leben können, weil eben die Säuglingssterblichkeit in dem bekannten Maße verringert wurde und weil für Mehrlingsgeburten wirklich alles getan werden kann, damit die Kinder zu erwachsenen Menschen werden können. Ich denke auch an die schweren Verkehrsunfälle oder an Dialysepatienten. Wenn ich das alles weiß und möchte, daß das auch in Zukunft gewährleistet ist, dann muß ich unterscheiden zwischen Dingen, die notwendig sind, die der einzelne gar nicht beeinflussen kann, und manchem Wünschenswertem. Es sollte nicht so getan werden, als würden die 250 Milliarden DM in vollem Umfang für dringend Notwendiges ausgegeben. Ich würde hinter manche Position ein Fragezeichen setzen.

(Zustimmung von Stock [CDU].)

Präsident Dr. Blanke:

Danke. — Frau Abgeordnete Schreiner!

(Schlotmann [CDU]: Das hat doch nichts mit Schule zu tun!)

Frau Schreiner (Grüne):

Herr Schnipkoweit, ich spreche Sie jetzt als Minister an, möchte also nicht Ihre persönliche Meinung hören. Die interessiert mich zwar auch, aber nur außerhalb dieses Saals.

Obwohl Sie nicht Brillenträger sind — ich bin nun einmal Brillenträgerin —, möchte ich Sie fragen, wie Sie dazu stehen, daß die Kosten für Heil- und Hilfsmittel, z. B. für eine Brille, unter Umständen den Versicherten zu 100 % aufgebürdet werden sollen. Bei den Versicherten handelt es sich ja nicht nur um Leute, die — wie etwa eine Abgeordnete — über ein relativ gutes Einkommen verfügen, sondern eben um die große Masse der Bevölkerung.

Präsident Dr. Blanke:

Sie brauchen das nicht zu erläutern! — Bitte schön, Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin zwar nicht ständig Brillenträger; aber wenn ich hier mal was vorzulesen habe, dann muß auch ich eine Brille tragen. Deshalb habe ich die Brille jetzt einmal aufgesetzt.

Das Schlimme bei Brillen ist doch, daß der Augenarzt eine Brille verordnet, deren Gestell vielleicht 25 oder 30 DM kostet, daß die meisten aber

noch erheblich dazuzahlen müssen, weil sie alle durch die Brille einen schönen Kopf haben wollen. Manche Politiker verstehen es noch nicht einmal, eine vernünftige Brille auszuwählen.

(Unruhe.)

Wenn man sieht, wie gerade in diesem Bereich mit dem Geld herumgeschmissen wird, dann spricht das schon Bände.

(Zurufe von den Grünen.)

— Wie bitte?

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Das sind blöde Mätzchen, die Sie da abziehen!)

— Das mögen Sie so sehen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich kann doch hier keine Aussage machen zu Dingen, die ich noch gar nicht kenne. Ich tue im übrigen auch nicht so, als sei dies die wichtigste Frage der Welt.

Präsident Dr. Blanke:

Frau Abgeordnete Hammerbacher-Richter!

(Frau Schreiner [Grüne] begibt sich zum Redepult.)

— Sie haben nicht das Wort. Lassen Sie bitte Ihre Frau Kollegin Hammerbacher-Richter fragen!

(Lindhorst [CDU]: Sind Sie schon bei Fielmann gewesen? — Weitere Zurufe von der CDU: Hier herrscht Ordnung! — Sie haben vielleicht doch die falsche Brille!)

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident! Herr Minister, da Sie trotz Brille offenbar nicht in der Lage sind, Zeitung zu lesen, frage ich Sie — das ist meine erste Frage —: Ist es nicht ein Zeichen mangelnder Qualifikation eines Sozialministers, wenn dieser nicht in der Lage ist, zu einzelnen Punkten einer Diskussion Stellung zu nehmen, die zur Zeit in der Öffentlichkeit massiv anläuft und deren einzelne Bestandteile seit Jahren erörtert werden?

Da die 20prozentige Selbstbeteiligung bei den Kosten für Maßnahmen der sogenannten physikalischen Therapie einer der Vorschläge ist, die in der Diskussion sind, frage ich Sie zweitens: Wie verhalten Sie sich als Mitglied einer Landesregierung, in deren Zuständigkeitsbereich sich viele Kurorte und Fremdenverkehrsorte befinden, die dadurch massiv betroffen sein werden, z. B. zu diesem Vorschlag?

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident

Präsident Dr. Blanke:

Bitte schön, Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst, Frau Kollegin, ist es für mich nicht wichtig, wie Sie mich quantifizieren oder qualifizieren. Darauf kommt es mir nicht an: Ich bin an sich zufrieden damit, wie mich die Öffentlichkeit in Niedersachsen beurteilt.

(Beifall bei der CDU.)

Zu der anderen Frage möchte ich sagen, wenn man immer wieder nur damit kommt und sagt, das koste Arbeitsplätze, dann müßten wir praktisch alles immer nur ausweiten. Dann könnten wir natürlich jede Menge Arbeitsplätze schaffen. Dagegen hätte ich überhaupt nichts. Dennoch sollte nicht so argumentiert werden, als ob die Einführung einer Selbstbeteiligung oder sogar die volle Kostenübernahme durch die Patienten in bestimmten Bereichen den Verlust von Arbeitsplätzen bedeutete; denn bei einer solchen Argumentation dürfte ich kein Krankenhausbett mehr abbauen, dann dürfte ich überhaupt nichts tun, sondern müßte alles, was uns lieb und teuer geworden ist, weiterhin bezahlen. Dann könnten aber wichtige Dinge nicht getan werden. Ich war vor kurzem in England. Dort muß ein Patient, vor allem ein älterer Mensch, wie mir gesagt wurde, vier Jahre warten, bis er ein neues Hüftgelenk bekommt. Bei uns in Deutschland wird ein 80jähriger oder gar ein 85jähriger, der ein neues Hüftgelenk benötigt, genauso schnell behandelt, wie jeder andere Patient. Wenn ich da die Wahl habe, dann entscheide ich mich für unser System.

Präsident Dr. Blanke:

Frau Abgeordnete Langendorf!

(Frau Langendorf [Grüne]: Ich ziehe zurück!)

— Sie wollen nicht? Ich bin dankbar für Ihre zurückgezogene Wortmeldung; sie lag mir hier vor.
— Herr Abgeordneter Dr. Hruska!

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob sie bereit wäre, eine Selbstkostenbeteiligung bei Arzneimitteln auch in Höhe von 10 DM für sinnvoll zu erachten, wenn es parallel dazu möglich wäre, daß vom Verbraucher ausgewählt werden kann,

ob er kleine Packungen oder Großpackungen oder Arzneimittel mit gleicher Wirkung, aber von einem anderen Hersteller, kaufen oder Generika nehmen kann. Wäre eine solche Regelung, wenn auch der Minister in der Lage wäre, Kleinpackungen zu kaufen, vielleicht doch sinnvoll?

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt die Meinung der Landesregierung dazu sagen soll, müßten wir beantragen, die Sitzung zu unterbrechen, und wir müßten eine Kabinettsitzung durchführen; denn ich fühle mich nicht in der Lage, hier für die Landesregierung zu sprechen.

(Dr. Hruska [FDP]: Dann frage ich Sie persönlich!)

— Persönlich halte ich nichts davon — das sage ich einmal ganz offen —, und zwar deshalb nicht, weil der einzelne das überhaupt nicht beeinflussen kann. Ich kann es nicht einmal als Minister beeinflussen.

(Dr. Hruska [FDP]: Ich habe doch gefragt, wenn man es beeinflussen kann — — — !)

— Herr Dr. Hruska, wenn Sie einmal die ganze Diskussion, die hier vorhin über die Steuergerechtigkeit geführt worden ist, verfolgen, wissen Sie, daß es bei allen Selbstbeteiligungen sogenannte Härterege­lungen gibt, sei es bei Medikamenten, sei es bei Zahnersatz oder sei es bei Kuren. Ein Großteil unserer Versicherten bleibt da völlig außen vor. Wenn wir das einführen, würde es bedeuten, daß vor allen Dingen diejenigen, die man jetzt bei der Steuerreform entlasten will und die ohnehin schon die höchsten Beiträge zur Krankenversicherung zahlen, dann auch noch eine entsprechende Selbstbeteiligung aufbringen müßten. Ich habe die Härterege­lung auf meinem Platz liegen, und ich bin überrascht, wie viele da schon ausgeschlossen sind; denn es trifft doch nicht zu, daß die sogenannte kleine Rentnerin zu den Arzneimitteln etwas dazubezahlen muß. Ein Rentner mit einer Rente von bis zu 1 200 DM ist nach jetzigem Recht davon ausgeschlossen. Es würde die treffen, die heute schon sehr hohe Beiträge zu unserem Gesundheitswesen leisten.

Präsident Dr. Blanke:

Frau Abgeordnete Schreiner, eine weitere Zusatzfrage!

Frau Schreiner (Grüne):

Ich wiederhole meine Frage einfach noch einmal, weil ich darauf keine Antwort bekommen habe. Ich möchte wissen, Herr Sozialminister: Wo werden Sie als Sozialminister Ihren Einfluß geltend machen, wenn es darum gehen wird, die Kosten für Heil- und Hilfsmittel, zum Beispiel für Brillen, den Versicherten zu 100 % zu übertragen?

Präsident Dr. Blanke:

Bitte schön, Herr Minister!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ist nicht bekannt, daß vorgeschlagen worden ist, die Brillen davon auszunehmen, sondern man hat wohl vor — wie mir gesagt wurde —, Festbeträge einzuführen. Ich kann doch nicht bei dem kleinen Punkt Brillen sagen: So ist das richtig. — Ich sage noch einmal: Wir müssen das Gesamtpaket sehen und dann darüber entscheiden.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön.

Wir kommen nunmehr zur

Aktuellen Stunde.

Hierzu liegen vier Beratungsgegenstände vor: a) Molkeentsorgung im alten Kernkraftwerk Lingen — Antrag der Fraktion der CDU —, b) Stand und Möglichkeiten schadensbegrenzender und vorbeugender Maßnahmen bei Sicherheitsunfällen nichtnuklearer Industrieanlagen in Niedersachsen — Antrag der Fraktion der FDP —, c) Entwicklung und Perspektiven von Wirtschaft und Arbeitsplätzen in Süd- und Südostniedersachsen — Antrag der Fraktion der SPD — und d) Einigung der Kultusminister über die „Reform“ der reformierten Oberstufe — Antrag der Fraktion der Grünen.

Die Fraktionen haben im Ältestenrat vereinbart, daß die Aktuelle Stunde diesmal 80 Minuten dauern soll. Ich gehe davon aus, daß das Haus damit einverstanden ist.

Die Zeit von 80 Minuten ist auf die vorliegenden Anträge gleichmäßig zu verteilen. Das bedeutet, daß für jeden Antrag 20 Minuten zur Verfügung stehen. Die von der Regierung in Anspruch genommenen Redezeiten werden dabei nicht angerechnet. Die Redezeit beträgt fünf Minuten, auch für Minister.

Ich mache auch darauf aufmerksam, daß wir die Neuregelung haben, daß die fünf Minuten wirklich zu Ende sind, wenn das rote Licht nicht mehr flackert. Es beginnt nach vier Minuten zu flackern, wenn es funktioniert.

Ich eröffne die Beratung zu Punkt 1 a der Tagesordnung:

Molkeentsorgung im alten Kernkraftwerk Lingen — Antrag der Fraktion der CDU — Drs 11/1529

Es ist 11.35 Uhr. Die Redezeit für die Fraktionen beträgt insgesamt 20 Minuten.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Toborg!

Toborg (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich möchte den Antrag der CDU-Fraktion kurz dahingehend begründen, daß wir es in der Tat für notwendig halten, daß wir im Landtag über das Thema der Molkeentsorgung im ehemaligen Kernkraftwerk Lingen im Emsland diskutieren, Meinungen austauschen, insbesondere aber auch etwas über die Haltung des Ministeriums und des Ministers dazu hören, zumal wir wissen, daß vor Ort sowohl der Bundesumweltminister als auch unser Umweltminister Dr. Remmers mit den Kommunen und mit Betroffenen diskutiert und Argumente ausgetauscht haben. Wir meinen, daß es jetzt an der Zeit ist, daß der Landtag informiert wird und seine Meinung dazu sagt.

Wir von der CDU-Fraktion sagen vorweg, daß wir in der Tat etwas betrübt darüber sind, daß auch in diesem Fall — wie so oft, wenn es um Umwelt und Umweltfragen geht, um Grenzfälle von echten Gefährdungen und vermeintlichen Gefährdungen — sehr viel Emotion aufgebauscht und bewußt hochgehalten wird. Vielleicht trägt diese kurze Debatte dazu bei, daß wir die Dinge zumindest von hier aus, so gut es geht, versachlichen.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat Frau Abgeordnete Lemmermann.

(Minister Dr. Remmers meldet sich zu Wort.)

Frau Lemmermann (SPD):

Darf ich zuerst sprechen, Herr Minister?

(Minister Dr. Remmers: Bitte, gern!)

Frau Lemmermann

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich gut, wenn wir dieses Thema auch im Landtag ansprechen. Die Emotionen, die mein Herr Vorredner angesprochen hat und die angeblich im Emsland aufgebauscht worden sind, erklären sich doch aus dem Ablauf im Umgang mit der kontaminierten Molke im Emsland und in Niedersachsen. Hierbei ist mit einer solchen Hilflosigkeit und zum Teil auch mit einer solchen Rücksichtslosigkeit vorgegangen worden, daß es nicht verwunderlich ist, daß die Bevölkerung nun nicht stillhält und mit der Entwicklung nicht zufrieden ist.

Die Verantwortlichen haben erklärt — es waren der Bundesumweltminister und der Umweltminister des Landes —, daß anfänglich Fehler gemacht worden sind. Aber das hat sie nicht daran gehindert, im weiteren Verlauf weitere Fehler zu machen. Ich möchte in Erinnerung rufen: Als die Molke im Februar mehr oder weniger klammheimlich ins Emsland kam, hat das allgemeinen Protest erregt, sogar von seiten der Kommunalpolitiker. An der Spitze stand damals der Oberkreisdirektor. Als jetzt der Plan aufkam, die Molke in Lingen zu entsorgen, wollte man schlauer sein; man hat Kommunalpolitiker informiert. Man hat aber nur die Kommunalpolitiker der CDU informiert, meine Damen und Herren.

(Oh! bei der SPD. — Küpker [FDP]: Die haben schließlich auch die Mehrheit! — Weitere Zurufe.)

Dafür hat der Bundesumweltminister auch eine Begründung gegeben. Er sagt nämlich: Wir haben uns mit denen zusammengesetzt, von denen wir glauben, daß wir mit ihnen dieses Gespräch vernünftig führen können.

(Sikora [CDU]: Eine klare Antwort! — Weiterer Zuruf von der CDU: Ja bitte!)

Meine Damen und Herren! Der Beweis, daß sich Vernunft nach Parteizugehörigkeit richtet, steht noch aus.

(Zustimmung bei der SPD. — Sikora [CDU]: Es gibt eben vernünftige und unvernünftige Parteien!)

Wohl aber könnte der Verdacht bestehen, daß sich Botmäßigkeit nach der Parteizugehörigkeit erklärt.

Ein solches Vorgehen, meine Damen und Herren, muß im Emsland doch den Eindruck erwecken, man habe etwas zu verbergen. Die Landesregierung selbst hat in einer Antwort auf zwei Kleine Anfragen noch Mitte September dieses Jahres zwar Hungen als möglichen Standort in Frage ge-

stellt; sie hat Hungen aber immerhin noch als möglichen Standort genannt. Damals waren die Pläne für Lingen doch längst entwickelt. Was ist geschehen? Als Umweltminister hat Herr Wallmann den Emsländern im Februar noch fest zugesagt, die Molke werde nach drei Monaten wieder weg sein. Als Hessischer Ministerpräsident hat er es dann erfolgreich verstanden, sein Land da rauszuhalten. Wo ist denn die gesamtstaatliche Verantwortung geblieben, von der Herr Wallmann damals gesprochen hat? Gilt die für Hessen z. B. nicht? Warum zeigt sich der Hessische Umweltminister so erfreut über die Entscheidung für Lingen? Da wird von einem möglichen Imageverlust der Molkerei in Hungen gesprochen. Es wird aber nicht berücksichtigt, daß die Bevölkerung vielleicht auch für Lingen einen Imageverlust befürchten könnte. Meine Damen und Herren, ist es denn verwunderlich, daß nach der ganzen bisherigen Entwicklung der Zusage, daß die Anlage nach der Dekontaminierung von 5 000 t wieder abgebaut werde, nun kaum Glauben geschenkt wird? Feste Zusagen hatten die Emsländer schon einmal, und wie man damit umgegangen ist, haben sie erlebt.

Zweifel gibt es auch daran, ob das von Professor Roiner entwickelte Verfahren, das ja bisher nur im Laborversuch erprobt worden ist, überhaupt für einen Großversuch tauglich ist. Ich meine, daß auch die Veranstaltung in Lingen zu dem gesamten Vorgehen noch nicht die Erklärung gebracht hat.

Auch die zeitlichen Vorstellungen darüber, wie lange denn die Molke noch im Emsland lagern wird, sind noch nicht geklärt. Es wird davon gesprochen, daß Mitte Mai in Lingen begonnen werden könne. Ich weiß nicht, ob man dabei alle rechtlichen Möglichkeiten einbezogen hat, die die Bürger haben, um die Sache zu verzögern.

(Oestmann [CDU]: Nützt es den Bürgern denn, wenn sie es verzögern?)

— Ich komme auf den Punkt noch zu sprechen. — Meine Damen und Herren! Bayern und Hessen haben sich erfolgreich gewehrt. Dabei wäre Bayern nach dem Verursacherprinzip doch eigentlich mit der größten Verantwortung behaftet.

(Beifall bei der SPD.)

Ein stillgelegtes Kraftwerk — — —

(Oestmann [CDU]: Dann müssen Sie es in die Ukraine zurückschicken! Dort sitzen die Verursacher!)

— Das wäre vielleicht auch noch ein Weg. Herr Oestmann, wenn Sie das schon ansprechen, kann ich auch einmal sagen, daß bei dem ganzen Wirrwarr und Hickhack auch einmal davon die Rede gewesen ist, die Molke ins Ausland zu bringen. Das war ja auch noch eine Variante. Das habe ich jetzt gar nicht angesprochen, um das jetzt nicht noch zu verlängern.

Nach dem Verursacherprinzip hat also Bayern die Verantwortung. Nun fragt man sich natürlich, ob die Entscheidung für Lingen darauf zurückzuführen ist, daß man die emsländische Bevölkerung für so brav und duldsam hält, daß man ihr zumuten kann, was man anderen Landesteilen nicht zumuten kann. War der Protest im Februar vielleicht noch nicht groß genug? War das der Fehler? Wenn man jetzt den Weg des vermeintlich geringsten Widerstandes geht, so läuft man doch wohl Gefahr, daß der Widerstand bei nächster Gelegenheit um so heftiger wird. Ein Gutteil des Zorns der Bevölkerung erklärt sich aus dieser Einschätzung.

Präsident Dr. Blanke:

Frau Kollegin Lemmermann, die Redezeit ist überschritten.

Frau Lemmermann (SPD):

Man fühlt sich im Emsland im wahrsten Sinne des Wortes für dumm verkauft.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Es spricht der Herr Minister Dr. Remmers in seiner Eigenschaft als Landesminister.

(Zurufe: Hat er denn noch andere Eigenschaften?)

Dr. Remmers, Umweltminister:

Ja, ich bin auch noch Abgeordneter in Lingen.

(Zuruf: Jetzt noch!)

— Machen Sie sich einmal darüber Gedanken, das brauche ich ja wohl nicht zu tun.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur zu einigen Punkten sehr gerafft Stellung nehmen. Die fürchterliche Katastrophe in Tschernobyl war die erste wirklich schlimme Katastrophe. Ich gebe gern zu, daß es dann gewissermaßen eine Provinzialkatastrophe war, wie das alles behandelt worden ist in Sachen Molke. Das ist

völlig klar. Ich will in Sachen Vorgeschichte auch überhaupt nichts rechtfertigen.

(Zuruf von Kempmann [Grüne].)

Ich bin auch bereit zu sagen, daß sich Bayern nicht gerade so verhalten hat, daß wir es loben könnten. Auch zu Herrn Wallmann habe ich schon verschiedentlich gesagt, daß es wahrlich nicht die feine englische Art war, wie er als Bundesminister zuerst gewissermaßen unsere Hilfe in Anspruch genommen hat und sich nachher — auch in der Unterstützung von Herrn Töpfer — wenig darum gekümmert hat.

Meine Damen und Herren, ich sage aber ganz klipp und klar: Meine politische Grundauffassung ist, daß irgendwo einmal der Punkt kommen muß, an dem es nicht mehr darum gehen kann, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

die Vorgeschichte aufzuarbeiten, sondern an dem es darum gehen muß zu sagen, was man nun macht, wenn man denn nicht anders kann. Ich kann Herrn Strauß nicht dazu zwingen. Ich kann auch andere Länder nicht dazu zwingen. Die Molke steht nun einmal da. Man könnte meinetwegen sagen: Nun laßt sie da stehen. Aber das möchte ich schon deshalb nicht, weil das Zeug eines guten Tages verdorben sein wird und im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel stinken wird, nicht also, weil ich es für gefährlich halte. Also muß man doch etwas tun.

Die Vorgeschichte — erster Punkt meiner Feststellungen — mag schlimm gewesen sein. Aber wir sind jetzt verpflichtet, zu handeln. Ich wundere mich, daß mich da parteiübergreifend niemand ein bißchen mehr unterstützt und mir dabei hilft, das Problem aus der Welt zu schaffen.

(Beifall bei der CDU.)

Zweite Bemerkung: Das tatsächliche Problem — jeder weiß das ganz genau — ist minimal. Wir könnten — dafür haben wir auch genaue Auskünfte vom Bundesgesundheitsamt und anderen Behörden bekommen — zum großen Teil sogar sehr viel einfachere Wege wählen, um mit der Molke fertig zu werden. Aber, meine Damen und Herren, wie die Sache nun einmal behandelt worden ist und wie sich die Einstellung dazu entwickelt hat — was ich zu einem guten Teil ja auch verstehen kann —, müssen wir einen sehr komplizierten Weg gehen. Aber wer hier von Gefährdungen redet, wer sagt, wenn ich das dort entseuche, dann wird das für das Emsland zusätzliche

Dr. Remmers

Gefahren in nennenswertem Ausmaße bedeuten, dem kann ich nur sagen: Dies stimmt überhaupt nicht. Jeder weiß das. Dann müßten wir alle Krankenhäuser schließen, in denen mit radioaktivem Material gearbeitet wird. Das Arbeiten mit solchen Materialien ist jedenfalls mindestens so problematisch, wenn Sie denn so wollen, wie der Umgang hiermit. Mit anderen Worten: Es geht hier nicht um eine nennenswerte Gefahr, sondern wir können damit fertig werden, wenn wir nur wollen.

Damit komme ich zu meiner dritten Bemerkung: Was wir wollen und was ich will, das ist, daß dieses Problem nun gelöst wird. Da kann ich nur sagen: Da ist nicht Hilflosigkeit am Werk, sondern es ist so, Frau Kollegin Lemmermann — nachdem das nun so behandelt worden ist, zum großen Teil auch falsch behandelt worden ist —, daß ich, nachdem ich vielerlei Hinweise und Anregungen bekommen hatte, in der Tat mit Herrn Töpfer darüber gesprochen habe, daß man das in einem und speziell in diesem ja aus ganz bestimmten Gründen stillgelegten Kernkraftwerk bestens machen könnte. Wir haben dann gemeinsam überlegt, ob wir es in diesem Kernkraftwerk machen sollten, um auch Politikfähigkeit in Verbindung mit den Möglichkeiten, die wir dort haben, zu beweisen.

Nun kommt diese große Geschichte, daß ich die SPD nicht beteiligt hätte. Dazu will ich denn auch noch etwas sagen. Ich könnte Ihnen, Frau Lemmermann — ich werde es aber nicht tun —, sagen, an wie vielen Stellen ich in der letzten Zeit, d. h. in dem guten Jahr, in dem ich Umweltminister bin, mit kommunalen Vertretern über heikle Dinge gesprochen habe, die in den jeweiligen Gemeinden zu erörtern und zu diskutieren waren,

(Köneke [SPD]: Das ist alles bekannt!)

und wo ich dann mit den jeweiligen Mehrheitsvertretungen Vorgespräche geführt habe, weil die sagten: Ehe wir den Kopf aus dem Graben halten, wollen wir das erst einmal in kleinem Kreise mit dir besprechen. Da werden Sie mir doch nicht übelnehmen, daß ich erst auch einmal mit den CDU-Leuten darüber rede, ob ich den Kopf aus dem Graben halte oder nicht. Das ist doch wohl völlig klar. Das würden Ihre Leute doch genauso machen, auch die von der FDP. Aber da haben wir ja keine Mehrheitsverhältnisse; jedenfalls waren die nicht dabei.

(Lachen bei der SPD.)

Aber das waren immer SPD-Leute. Meine Damen und Herren, da können Sie doch nicht sagen, das sei rücksichtslos, das sei hilflos. Das ist der normale Gang der Dinge! Das können Sie zwar bedauern, aber das müssen Sie dann allen Parteien erzählen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will eine letzte Bemerkung darüber machen, was mir am wichtigsten ist. Ich bedaure sehr, daß man hier nicht zu einem Konsens darüber kommt — dieser Konsens könnte meiner Ansicht nach erreicht werden —, daß ein Problem, das ein ganz kleines Problem gewesen ist, aus vielerlei politischen Gründen nun ein großes Problem geworden ist, vor allem in psychologischer Hinsicht. Wenn wir als verantwortliche Politiker nicht mehr in der Lage sind, dieses Problem zu meistern und zu sagen, jawohl, so machen wir das, wenn uns die Fachleute alle sagen, daß das so geht, dann finde ich das ganz schlimm. Das finde ich geradezu demokratiegefährdend.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb gehen wir diesen Weg. Sie sollten mich lieber unterstützen, als dies auch noch mit lächerlichen Argumenten zu kritisieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Das Wort hat der Abgeordnete Kempmann.

Kempmann (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Remmers, ich meine schon, daß dieses Problem der Molke, wenn man es sich einmal genau betrachtet, in der Tat ein Stück aus dem politischen Tollhaus ist. Ich meine, daß auch die Art und Weise, wie Sie hier die Vorgeschichte dieser Molke und Ihre eigene Mitverantwortung an dieser Vorgeschichte unter den Tisch kehren, ein Stück aus dem Tollhaus ist.

Wir sollten uns einmal daran erinnern, wie das Ganze anfang. Nach der Katastrophe von Tschernobyl,

(Minister Dr. Remmers: Das ist auch wieder Vergangenheitsbewältigung!)

als ja auch die Bundesrepublik großflächig radioaktiv verseucht war, sind eben einige tausend Tonnen Molkepulver, die weit über die skandalös hohen Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung hinaus verstrahlt waren, angefallen; sie waren ver-

strahlt mit Cäsium, mit Strontium und mit anderen Nukliden. Der Eigentümer, die Firma Lopex, hat versucht, dieses Zeug, obwohl dafür schon fast 4 Millionen DM an Entschädigungen vom Bund gezahlt worden sind, weil es nicht vermarktet werden kann, an ein Entwicklungsland, an Ägypten, zu verkaufen, und zwar nach dem Motto: Die Ägypter können schon etwas Cäsium tragen. — Es waren dann die Grünen und Bürgerinitiativen, die in Köln und Bremen die Waggonen aufgemacht, das Zeug untersucht und den Skandal damit öffentlich gemacht haben.

(Oestmann [CDU]: Und die leben noch alle!)

Dann wollte der Umweltminister des Bundes, Ihr Parteifreund, der Herr Wallmann, Stärke demonstrieren und hat die Molke kurzerhand zu Abfall erklärt. Er hat sie so in den Besitz des Bundes gebracht. Dann kam die Nacht-und-Nebel-Aktion, in der rund 3 000 Tonnen nach Niedersachsen transportiert wurden. Da haben die Landesregierung und Sie zum erstenmal die Hacken zusammengeknallt und willfährig Meppen als Lagerplatz angeboten.

(Minister Dr. Remmers: Das ist völliger Quatsch!)

Auf diesem Transport, Herr Minister, hat die Molke eine merkwürdige Verwandlung durchgemacht. Aus radioaktivem Abfall wurde in der Nacht, wie Sie es genannt haben, ein vorübergehend nicht verwertbares Wirtschaftsgut. Herr Minister, Sie haben sich bei dem Skandal um die Kesselwagen von Obernkirchen völlig zu Recht darüber empört, daß eine Firma einen Stoff, der offensichtlich Abfall war, als Wirtschaftsgut deklariert, um eine ordnungsgemäße Entsorgung, wenn sie denn möglich ist, zu umgehen. Genau das machen Sie mit der Molke.

(Beifall bei den Grünen.)

Sie haben die Bezeichnung „Vorübergehend nicht verwertbares Wirtschaftsgut“ erfunden. Im Februar hat der Kollege Bartels in diesem Zusammenhang von Begriffshuberei gesprochen. Ich sage heute: Begriffshuberei mit dem Ziel, Gesetze zu umgehen.

Als es dann im Emsland unter Beteiligung der örtlichen CDU und des Oberkreisdirektors zu den ersten Protesten kam, sagten Sie: Höchstens zwölf Wochen wird das Zeug dort bleiben, dann wird das Problem gelöst sein; großes Indianerehrenwort. — Was wir schon damals vermutet haben, ist heute zur absoluten Gewißheit geworden: Aus den zwölf Wochen ist ein Dauerzustand gewor-

den. Meppen ist ein illegal betriebenes Zwischenlager, dessen Ende überhaupt nicht abzusehen ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Versuche, in Hessen das Zeug nach dem Roiner-Verfahren zu bearbeiten, sind gescheitert, und zwar pikanterweise an dem Widerstand Ihres Parteifreundes Wallmann, der mittlerweile dort Ministerpräsident ist. Er dachte überhaupt nicht daran, das, was er selbst als Umweltminister gefordert hat, in die Tat umzusetzen.

(Minister Dr. Remmers: Sagen Sie einmal etwas zur Lösung, Herr Kempmann!)

— Ich komme gleich dazu. — Was tut die Landesregierung in diesem Fall? — Die Landesregierung klappt zum zweitenmal die Hacken zusammen und schreit im vorausseilenden Gehorsam Jawohl, bietet Lingen an und sagt: Wir übernehmen das Zeug, wir machen das. — In Sachen Molke wird doch eines deutlich: Es gibt in Niedersachsen eine umweltpolitisch rückgratlose Landesregierung, die zum willfährigen Befehlsempfänger der Bundesregierung wird, und zwar gegen die Interessen der Niedersachsen.

(Beifall bei den Grünen.)

Herr Remmers, Sie schrecken dabei auch vor Unwahrheiten nicht zurück. Auf eine Kleine Anfrage, die ich zu dem Molkeproblem im Juni gestellt habe, haben Sie immerhin drei Monate später geantwortet. Unter dem Datum vom 16. September — das sind wenige Tage, bevor das Molkeproblem, nämlich daß das Molkepulver nach Lingen kommen soll, öffentlich wurde — schrieben Sie, daß das Bundesministerium für Umwelt anstrebe, das Molkepulver aus Meppen abzutransportieren und in einer geeigneten Lagerhalle in der Nähe von Hungen — das liegt in Hessen — zu lagern. Das schrieben Sie wenige Tage, bevor es öffentlich wurde, daß die Molke nach Lingen kommt, als Sie schon längst mit den Lingenern darüber gesprochen hatten und als die Entscheidung schon gefallen war. — Eine glatte Lüge!

(Beifall bei den Grünen.)

Weiter heißt es, daß die Entsorgung des abgetrennten Cäsiums vom Bund übernommen wird. Heute wissen wir, daß das Zeug in die Landessammelstelle nach Steyerberg soll. Das ist also auch die Unwahrheit. Von Lingen haben Sie überhaupt nicht gesprochen.

Was lehrt uns das? — Es lehrt uns: Antworten auf Anfragen aus dem Hause Remmers senior

(Lachen)

Kempmann

sind mit Vorsicht zu genießen, weil dieser Minister mit der Wahrheit ein wenig auf Kriegsfuß steht. Herr Minister, Sie wollen in Sachen Molke politisches Vertrauen zurückgewinnen. Jedenfalls mit diesem merkwürdigen Umgang mit der Wahrheit werden Sie es nicht schaffen. Sie haben gesagt, daß Sie den Plan nicht gegen den Willen der Mehrheit im örtlichen Stadtrat — so hieß es in den Zeitungen — durchsetzen wollten. Ich will Ihnen einmal Anzeigen aus den Zeitungen zeigen.

(Der Redner hält eine Zeitungsanzeige hoch.)

Es heißt: Herr Minister, wir fühlen uns durch Ihre Absicht, das Molkepulver in Lingen entstrahlen zu lassen, in Existenz und Leben gefährdet. Sie machen das Emsland zur Müllkippe der Nation. — CDU-Unternehmer setzen solche Anzeigen in die Zeitung. Die Bevölkerung vor Ort will dies nicht.

(Hildebrandt [FDP]: Auf die berufen Sie sich sonst auch nicht!)

Herr Remmers, man fragt sich, warum Sie das alles so machen und warum Sie nicht bei der ursprünglich von Wallmann eingeschlagenen Linie bleiben, nämlich die Molke zu radioaktivem Abfall zu erklären und damit auch so umzugehen.

Präsident Dr. Blanke:

Die Redezeit ist abgelaufen.

Kempmann (Grüne):

Ich komme zum letzten Satz. — Das Gesetz schreibt vor, wie man damit umzugehen hat. Es sagt in der Strahlenschutzverordnung und im Atomgesetz: Radioaktive Abfälle sind in der Landessammelstelle abzuliefern, in deren Gebiet die Abfälle angefallen sind. — Sie weigern sich mit Zähnen und Klauen, so zu verfahren, weil Sie keinen Präzedenzfall schaffen wollen und weil es — dies ist im Tschernobyl-Bericht nachzulesen — infolge der Tschernobyl-Katastrophe keine Verstrahlung geben und weil kein radioaktiver Abfall angefallen sein darf. Deswegen darf in Sachen Molke kein Präzedenzfall geschaffen werden. Deswegen machen Sie so merkwürdige Verrenkungen in Sachen Molke.

Präsident Dr. Blanke:

Auch der letzte Satz ist längst vorbei.

Kempmann (Grüne):

Deswegen spielt die Wahrheit manchmal auch keine große Rolle. Ich gebe Ihnen den guten Rat: Verfahren Sie mit der Molke nach Recht und Gesetz, und Sie bekommen unsere Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister Dr. Remmers!

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur kurz feststellen, daß Herr Kempmann hier Vergangenheitsbewältigung betrieben hat.

(Zustimmung von der CDU.)

Er hat nicht einen einzigen Vorschlag gemacht. Er hat nur gesagt, ich solle nach Recht und Gesetz handeln.

Herr Kempmann, ich habe immer nach Recht und Gesetz gehandelt. Und ich muß es auch zurückweisen, wenn Sie hier leichtfertig sagen, der Remmers hat gelogen. Das haben Sie gesagt.

(Zuruf von Kempmann [Grüne].)

— Das kann ich Ihnen ganz genau erklären, Herr Kempmann. Sie haben damals eine Anfrage eingebracht, und in der Tat hat deren Beantwortung sehr lange gedauert, weil wir von Bonn mal dies und mal jenes hörten und nicht wußten, wer was verantworten sollte. Dann kam Hungen ins Gespräch. Als wir danach in Lingen über die Möglichkeit, die Molke im alten Kernkraftwerk zu dekontaminieren, vorsichtige erste Gespräche führten, wobei wir die Öffentlichkeit sehr früh — nämlich nach acht oder zehn Tagen — informierten, und als die Antwort auf Ihre Anfrage vorlag, habe ich extra noch einmal in Bonn angerufen und Herrn Töpfer gefragt, ob er die Möglichkeit Hungen weiterverfolgen werde. Er hat geantwortet, er werde alle Möglichkeiten, auch Hungen, weiter im Auge behalten, insbesondere solange er überhaupt noch nicht wisse, ob tatsächlich in Lingen dekontaminiert werden könne. Weil die Situation so war, habe ich ganz bewußt entschieden, daß die Antwort auf die Kleine Anfrage herausgehen könne. Es kann gut sein, daß wir auch bei Informationen, die wir zu anderen Projekten, bei denen es um Standortdiskussionen im Umweltbereich geht, bekommen, nicht immer gleich so weit sein werden, daß wir von vornherein einen Standort nennen und sagen können, alle anderen Standorte seien abgehakt. In einem solchen Falle läuft eine Menge parallel.

Deshalb sage ich hier klipp und klar: Herr Kempmann, ich lasse es mir nicht gefallen, wenn Sie sagen, ich hätte gelogen, ich würde mich nicht an die Wahrheit halten. — Ich kann bei fünf Minuten Redezeit nicht auch noch Zwischenfragen zulassen. — Sie sagen, wir klappten die Hacken zusammen und seien nur Befehlsempfänger des Bundes. Darüber kann ich nur lachen. Meine Damen und Herren von den Grünen, wenn wir mit all den Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen und die wir im Augenblick noch zu schaffen versuchen, zu Rande kommen und dieses Problem lösen, dann werden wir Ihnen damit einen Beweis dafür liefern, daß die Politik in der Lage ist, mit kleinen Problemen und — davon hergeleitet — erst recht auch mit größeren Problemen fertig zu werden. Dies ist unser Versuch.

Ich weiß, daß es in Bonn Irritationen gegeben hat. Zeitweise ist gesagt worden, die Molke sei Abfall. Dann hieß es wieder, sie sei ein vorübergehend nicht verwertbares Wirtschaftsgut. Das will ich alles einmal dahingestellt sein lassen. Ich habe auch im Zusammenhang mit Obernkirchen die Auffassung vertreten — diejenigen, die damals im Umweltausschuß waren, werden mir bestätigen, daß ich das dort gesagt habe —, daß es nicht so sein kann, daß auf der einen Seite gesagt wird, wir müßten, solange wie es irgend geht, alle Güter wiederverwerten — diese berühmten drei V —, und daß auf der anderen Seite gesagt wird, es solle endgelagert oder vernichtet werden, wo wir doch noch nicht einmal wissen, wie wir das auf vernünftige Art und Weise machen sollten.

Sie betreiben nur Vergangenheitsbewältigung, werfen mir vor, daß ich gelogen hätte, und sagen, daß wir Vollzugsbeamte des Bundes seien und nur die Hacken zusammenschlügen. Diese Vorgänge interessieren mich vielleicht historisch — darüber können wir demnächst noch einmal reden —; was wir jetzt wollen, ist die Lösung.

(Beifall bei der CDU.)

Wir werden versuchen, diese Lösung in vernünftiger Art und Weise durchzusetzen. Das ist unser Ziel. Mehr wollen wir überhaupt nicht. Dies zu beweisen ist wichtig.

Lassen Sie mich zu den drei Monaten noch etwas sagen. Ich habe nie gesagt, in zwölf Wochen sei das weg. Das hat Herr Wallmann gesagt, das hat die Bundesregierung gesagt. Die haben regelrecht einen Vertrag gemacht und gesagt, das sei in zwölf Wochen weg. Aber dann hatten sie bis dahin keine Lösung gefunden. Nun könnte man auch darüber noch nachdenken und fragen, woran das eigentlich liegt. Wenn das Problem so

hoch gehandelt wird, haben natürlich diejenigen, die dauernd sagen, das gehe so nicht, auch einen Anteil daran, daß man das in zwölf Wochen nicht durchsetzen kann. Trotzdem war es natürlich leichtfertig, zu sagen, in drei Monaten sei das weg. Ich habe das aber gar nicht gesagt, weil ich schon sah, wie schwierig das werden würde. Wir können uns aber doch als Politiker nicht gewissermaßen dauernd in den Hintern treten und sagen lassen: Nun macht doch! Wenn man dann etwas macht, kommen die Kritiker, betreiben Vergangenheitsbewältigung, und im Endeffekt ist wieder nichts gelöst. Wir müssen doch zeigen, daß wir es lösen können!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Was Sie wollen, Herr Kempmann, habe ich auch bei den großen Diskussionen in Lingen gemerkt. Ihre Truppen — sofern sie vorhanden sind — und andere Kreise wollen uns bei dieser Gelegenheit — so war es neulich in der Diskussion — klarmachen, daß die ganze Kernenergie vom Teufel ist, daß wir sofort aussteigen müssen und daß das an der Molke deutlich wird. Sie haben deshalb ein gezieltes Interesse daran, daß wir dieses kleine Problem nicht lösen, um uns vorzuführen, daß wir mit unseren Mitteln nicht klarkommen. Das ist der einzige Grund.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Molke im Emsland ist praktisch überhaupt kein Problem.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU. — Lachen und Widerspruch bei der SPD und bei den Grünen.)

Wie alles in unserer Umweltpolitik ist sie zu einem Problem gemacht worden.

(Zuruf: Jawohl!)

Sie ist zumindest ein vergleichsweise sehr harmloses Problem.

(Kaiser [SPD]: Das erzählen Sie mal den Leuten!)

Dr. Hruska

— Ich erzähle das hier ja deshalb, damit die Leute das hören. Ich will das nicht verschweigen. Das kann ja veröffentlicht werden. Ich bitte sogar darum.

Die Molke ist ein vergleichsweise sehr harmloses Problem. Das größte Problem, gegen das wir mit unserer Umweltpolitik zu kämpfen haben, ist nämlich dasjenige, daß alle eine reine und saubere Umwelt haben wollen, aber niemand bereit ist, mit seinen Möglichkeiten einen Beitrag dazu zu leisten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Technisch ist das Problem der Molkedekontamination völlig einwandfrei lösbar, nämlich genauso, wie es auf technischem Wege zu dieser Konzentration gekommen ist. Die Milch, aus der diese Molke hergestellt wurde, war ja vergleichsweise wenig kontaminiert. Erst durch den molkereitechnischen Prozeß der Molkeherstellung erhält man eine Konzentration von 85 %. Durch die weitere Konzentration — die Trocknung — kommt man auf diese hohen Prozentsätze bei der Molke, weil es sich um Molkepulver handelt. Deswegen verstehe ich durchaus die Überlegung, die Molke als vorübergehend nicht verwertbares Wirtschaftsgut zu deklarieren. Wenn wir das gleiche nämlich umgekehrt machten — diesen Konzentrationsprozeß bei der Molkeherstellung durch Trocknung —, könnte durchaus ein verwertbares Eiweißprodukt hergestellt werden, das verfüttert werden könnte. Aber das ist nicht möglich, weil man solche sachlichen Überlegungen nicht einmal hier im Landtag Leuten vorschlagen kann, von denen man meinen müßte, sie wären von Beruf aus dazu geeignet, darüber vernünftig nachzudenken.

(Schörshusen [Grüne]: Haben Sie schon einmal etwas von biologischer Anreicherung gehört?)

Ich bedaure es deshalb, daß von Ihrer Seite nur Kritik und kein Vorschlag kommt, wie Sie es machen würden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich habe Ihnen gesagt, wie ich es eventuell machen würde. Da ich nicht in der Verantwortung bin, es zu machen, kann ich nur einen Vorschlag unterbreiten, wie man es machen könnte.

Auf jeden Fall muß ich sagen: Nach dem, was Bayern und Hessen gemacht haben, ist unser Minister nicht zu kritisieren, daß er sich nicht noch weiter darum kümmert, wer der eigentliche Verursacher ist — denn dann müßten wir die Molke

schließlich nach Tschernobyl schicken —, sondern daß er versucht, endlich etwas zu tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Daß die Dekontamination nicht in der Molkerei Hungen möglich war, liegt nicht am Umweltminister und auch nicht an der Niedersächsischen Landesregierung, sondern auch daran, daß — ohne eine konkrete Gefahr — allein der Imageverlust einer Molkerei dazu herangezogen wird, daß man es dort nicht machen darf. Dazu, daß man das dort nicht machen darf und daß dieser Imageverlust eine solch große Rolle spielt, tragen Sie, meine Damen und Herren aus der Opposition, erheblich bei, indem Sie in der Bevölkerung die Angst und den Widerstand gegen vernünftige Maßnahmen schüren, die wir durchführen und vor allem auch schnell durchführen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Grill für eine Restredezeit von genau drei Minuten.

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur noch einige Argumente aufgreifen, die von den Rednern der Opposition vorgebracht worden sind.

Wenn Sie, Herr Kempmann, sich hier vorne hinstellen und den Umweltminister an Recht und Gesetz erinnern, dann kann ich nur sagen: Bei dem, was Sie sich bisher im Landkreis Lüchow-Dannenberg geleistet haben, sind Sie der letzte, der irgend jemanden in diesem Hause an Recht und Gesetz erinnern sollte.

(Zustimmung bei der CDU.)

Bei der Molkeentsorgung wird eines deutlich, was der Abgeordnete Mönninghoff dankenswerterweise öffentlich zugegeben hat. Er hat, jedenfalls wenn die Presseberichte stimmen, in Emden im Zusammenhang mit dem Sondermüll erklärt, das alles dürfe nicht so gemacht werden, wie es die Landesregierung tue, aber die Grünen wüßten auch nicht, wie es gehe. Sehen Sie, genau an diesem Punkt befinden wir uns: daß Sie Optimales fordern und maximale Risiken schildern, obwohl Sie genau wissen, vielleicht sogar besser als manch anderer, der auf diesem Gebiet handelt, weil Sie sich intensiv mit diesen Fragen beschäftigen, daß das Risiko, das Sie öffentlich darstellen, in Wahrheit nicht vorhanden ist. Das Unmoralische an

dem, was Sie tun, ist, daß Sie ein Geschäft mit der Angst betreiben.

(Zustimmung bei der CDU und von Dr. Hruska [FDP]. — Kempmann [Grüne]: Kann es sein, daß Sie überhaupt nicht da waren, daß Sie überhaupt nicht zugehört haben?)

In den Reden, die Sie hier und in Lingen zur Molkeentsorgung halten, skizzieren Sie die gleichen Gefährdungen wie in Reden zur Wiederaufarbeitungsanlage oder in einer Rede zu jeder größeren Anlage.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Sie sind hinsichtlich der Lösungskompetenz für diese Frage jedenfalls keine Herausforderung für die Regierung.

Frau Lemmermann, Sie haben eine Bemerkung gemacht, die ich aufgreifen möchte. Sie haben gesagt, die Vernunft sei nicht nur bei einer Partei angesiedelt. Ich würde Sie bitten, sich Ihre Äußerung noch einmal zu überlegen; ich weiß nicht, ob Sie das so gemeint haben. Ich halte es für fatal, daß, wenn kommunale Gremien dem zustimmen, was ihre Regierung jeweils tut, wenn sie denn die Mehrheit hat, dies als Botmäßigkeit kritisiert wird. Wenn wir, wie es Werner Remmers hier dargestellt hat, kommunale Gremien beteiligen wollen — man könnte in diesem Zusammenhang auch zu anderen Regelungen kommen, wie es sie etwa in Nordrhein-Westfalen mit einem Durchgriffsrecht der Landesplanung bis in die kommunalen Gremien hinein gibt —, dann fände ich es anständig, wenn Sie sagen würden: Die kommunalen Gremien mit einer Mehrheit der jeweiligen Regierungsparteien verhalten sich nicht botmäßig, wenn sie denn positiv eingestellt sind, sondern sie nehmen ihr Stück Verantwortung für die Entsorgung wahr. Wir sollten endlich einmal dazu kommen — ich habe das hier schon des öfteren gesagt —, daß wir denen, die bereit sind, vor Ort verantwortungsbewußt an der Entsorgung mitzuwirken, einmal ein Lob zukommen lassen und sie nicht als Vollzugsorgane der jeweiligen Regierungsparteien diskreditieren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Das letzte in diesem Zusammenhang ist folgendes:

Präsident Dr. Blanke:

Das letzte muß aber kurz sein!

Grill (CDU):

Ja, das wird auch sehr kurz sein. — Deshalb ist es korrekt, wenn sich der Stadtrat und die CDU-Fraktion in Lingen zunächst einmal informieren, bevor sie eine Entscheidung fällen. Ich fände es gut, wenn mancher in diesem Hause, der so massiv Kritik an der Entsorgung der Molke übt, erst einmal nachdenken würde, bevor er seine Rede hält.

(Zustimmung bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Damit haben wir das erste Thema der Aktuellen Stunde abgehandelt.

Wir kommen zum zweiten Beratungsgegenstand:
Stand und Möglichkeiten schadensbegrenzender und vorbeugender Maßnahmen bei Sicherheitsunfällen nichtnuklearer Industrieanlagen in Niedersachsen — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 11/1549

Wird das Wort gewünscht? — Herr Abgeordneter Dr. Hruska!

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu einem im Vergleich zur Molke wirklich ernstem Problem,

(Zustimmung bei der FDP)

mathematisch ausgedrückt, zu einem Problem, das um einige Zehnerpotenzen ernsthafter ist als das der Molke im Emsland.

In der Presse ist ein interner Bericht des Bundesumweltministeriums besprochen worden, in dem es um die Gefahren geht, die von der nichtnuklearen Industrie — ich will diese Vokabel jetzt einmal übersetzen: bei der chemischen Industrie; der Bericht war so überschrieben, und wir haben uns bei dem Thema für diese Aktuelle Stunde daran gehalten — auf uns zukommen können. Wir sind durch Katastrophen wie die in Bhopal und in Mexiko-Stadt aufgeschreckt worden, weit von uns, aber wir müssen uns fragen, ob bei der Ballung der chemischen Industrie und der dichten Wohnbesiedlung in der Bundesrepublik nicht auch bei uns größere Katastrophen möglich sind. Ich will die Frage auf Niedersachsen beschränken. Auch in Niedersachsen gibt es — wenn auch nicht so geballt wie im Maingebiet — chemische Industrie. Die Frage ist: Sind wir genügend darauf vorbereitet, Unfälle dieser Größenordnung zu vermeiden oder zumindest die Gefahren für die

Dr. Hruska

umliegende Bevölkerung in Grenzen zu halten? Die Katastrophe von Sandoz hat uns gezeigt, daß die Maßnahmen, die eingeleitet werden, wenn eine Katastrophe geschehen ist, wiederum dazu führen können — in diesem Fall war es die Einleitung des Löschwassers in den Rhein —, daß weitere Gefahren entstehen. Deswegen ist es wichtig, die vorbereitenden Maßnahmen und die Vorplanungen für solche Katastrophenfälle in der Schublade zu haben, wenn etwas passiert. Es ist sicherlich möglich, zunächst einmal aufzuzeigen, welches Gefahrenpotential vorhanden ist.

In einem zweiten Schritt wird die Störfallverordnung den wirklichen Gefahren angepaßt werden müssen. Die Störfallverordnung soll nach dem Bericht — wir haben ihn auch nicht vorliegen, sondern können nur Presseberichte kommentieren — nicht in jedem Fall für die chemische Industrie greifen. Insbesondere sind hier zwei Dinge anzusprechen: Sind wirklich alle stark toxischen Stoffe in die Störfallverordnung aufgenommen worden, oder sollten nicht all die Stoffe, die von dem Verband Deutscher Chemiker oder vom Umweltbundesamt in einer Liste zusammengefaßt sind, aufgenommen werden? Eine zweite wichtige Frage ist, ob die Störfallverordnung nicht zu sehr auf Einzel- und Teilanlagen und zu wenig auf die Gesamtanlagen abstellt. Gerade bei den sehr komplizierten chemischen Reaktionen in einer Gesamtanlage kann es dazu kommen, daß an einer Stelle ein Gas explodiert und in die Abluft gerät. Die Anlagen der chemischen Industrie sind im Gegensatz zu den Kernenergieanlagen nicht mit einem Schutzmantel umhüllt, sondern befinden sich schon allein aus Gründen der Arbeitssicherheit häufig in der offenen Landschaft. Deshalb sind die sich aus einer Explosion ergebenden Gefahren dort sehr viel größer.

Gerade ein Minister — ich nehme ernst, was Herr Minister Dr. Remmers hierzu schon mehrfach gesagt hat —, der nicht nur Reparaturbetrieb sein und nicht nur sozusagen im Rote-Kreuz-Wagen der Front hinterherfahren möchte, muß diese Aufgabe sehr ernst nehmen. Er muß vorbeugend tätig werden und darf nicht auf die nächste Katastrophe warten. Er muß dafür sorgen, daß sich in Niedersachsen keine Katastrophe ereignet oder daß von ihr, sollte sie doch eintreten, nur ein Minimum an Gefahren für die Bevölkerung ausgeht. Wir als FDP wollen ihm dabei helfen und haben mit diesem Thema der Aktuellen Stunde den ersten Anstoß dazu gegeben.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Hruska. Sie haben ohne Ermahnung die Redezeit auf die Sekunde genau eingehalten. — Herr Minister Dr. Remmers!

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen kurz den Stand der Dinge mitteilen. Besonders wichtig war — wie wir das gerade in der Begründung für dieses Thema der Aktuellen Stunde vom Kollegen Hruska gehört haben — die Überprüfung aller technischen Einrichtungen und aller rechtlichen Schutzbestimmungen. Die Überprüfung zeigt, daß die Störfallverordnung in einigen wichtigen wesentlichen Punkten verbessert werden muß. Dazu folgende Stichworte — dabei müssen wir natürlich wissen, daß wir, wie wir es auch schon getan haben, zunächst einmal anregend und gewissermaßen drückend auf den Bund wirken müssen —: Erstens muß der Katalog der unter die Störfallverordnung fallenden genehmigungsbedürftigen Anlagen erweitert werden. Zweitens muß der Stoffkatalog ergänzt werden.

Drittens. Die Schwelle für die Meldepflicht muß auf Störfälle mit geringem Gefährdungspotential abgesenkt werden.

Zudem hat der Bundesrat die Bundesregierung auf Initiative Niedersachsens um Prüfung gebeten, inwieweit der Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen im Störfallbereich verbessert werden kann und eventuell muß, z. B. durch eine Anlagensicherheitskommission.

Wir brauchen auch Verwaltungsvorschriften über die Grundanforderungen für betriebliche Alarmpläne und Gefahrenabwehrpläne und eine Ergänzung der technischen Sicherheitsbestimmungen. Schließlich wollen wir auch, daß eine zentrale Stoffdatei zum jederzeitigen Abruf durch die Landesbehörden eingerichtet wird.

Meine Damen und Herren, der Schadensfall bei der Firma Sandoz hat uns auch deutlich gemacht, welche Gefahren in solchen Fällen für unsere Gewässer bestehen.

Noch im November 1986 haben die Bezirksregierungen auf meine Veranlassung hin folgende Maßnahmen eingeleitet: Erstens wurden die Sicherheitsanalysen der Störfallverordnung speziell auf diesen Aspekt hin überprüft und zweitens ebenso die erteilten Ausnahmen von der Verpflichtung, eine Sicherheitsanalyse zu erstellen. Von 16 Ausnahmebescheiden wurde bereits einer widerrufen.

Drittens habe ich die Gewerbeaufsichtsämter angewiesen, vorliegende Informationen zu besonderen Gefahrenzuständen unverzüglich weiterzugeben, falls diese für andere Fachbehörden aufgrund der Schadensereignisse in der chemischen Industrie von Bedeutung sein können.

Viertens. Die im Juli 1985 neu in die immissionschutzrechtliche Genehmigungspflicht aufgenommenen Anlagen zum Lagern von Pflanzenschutz- oder Schädlingsbekämpfungsmitteln wurden von der Gewerbeaufsicht erfaßt und einer Überprüfung unterzogen.

Zur Überprüfung von Chemikalienlagern wurden in vielen Landkreisen außerdem Kommissionen gebildet. An ihnen sind Vertreter der Gewerbeaufsicht, der Bauaufsicht, des Katastrophenschutzes, des Brandschutzes und des Gewässerschutzes beteiligt. Diese Aktion ist noch nicht in allen Regionen abgeschlossen. Die als notwendig erkannten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit wurden dementsprechend angeordnet.

Im Rahmen der Katastrophenschutzplanung haben die Landkreise auf Weisung des Innenministeriums alle Anlagen festzustellen und listenmäßig zu erfassen, bei denen aufgrund ihrer Betriebsstättenart eine Gefährdung der Umgebung nicht ausgeschlossen werden kann. In jedem Einzelfall wird überprüft, ob die im Allgemeinen Katastrophenschutzplan vorgesehenen Maßnahmen ausreichen oder ob aufgrund der Erfahrungen, die wir jetzt gemacht haben, Ergänzungen notwendig sind.

Meine Damen und Herren! Ich meine, daß wir die notwendigen Maßnahmen eingeleitet haben, um in der Zukunft Unfällen dieser Art soweit wie möglich vorzubeugen und nicht vermeidbare Schäden — wie Sie es gerade angedeutet haben, Herr Hruska — in ihren Auswirkungen soweit wie möglich zu begrenzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Schultze.

Schultze (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zwei Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Dr. Hruska machen.

Erstens. Ich halte es für nicht angemessen, daß Sie so tun, als seien nichtnukleare Anlagen, weil es kein Containment gibt, gefährlicher als Kern-

kraftwerke. Ich meine, dies hieße den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

(Dr. Hruska [FDP]: Ich habe nichts von Kernkraftwerken gesagt! Ich habe — — —)

— Vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden, Herr Dr. Hruska; dann sind wir uns ja wieder einig.

Zweitens. Die Verkürzung der Problematik auf die chemische Industrie trifft insoweit auch nicht zu, weil nur 600 der heute 1 000 unter die Störfallverordnung fallenden Anlagen im Bereich der chemischen Industrie anzusiedeln sind. Wir sollten der Ehrlichkeit halber sagen, daß Industrieproduktion generell ein Risiko für die in den Anlagen arbeitenden Menschen darstellen kann und daß es natürlich auch Risiken für die anwohnende Bevölkerung geben kann bis hin zu den Menschen, die an Transportwegen wohnen. Wenn wir sagen, daß dort nicht einfach nur Schlagsahne hergestellt wird, sondern in der Tat ein Umgang mit gefährlichen Stoffen stattfindet, den wir handhaben müssen, dann kehrt auch der Realismus wieder ein.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Grund dafür, warum die FDP dieses Thema auf die Tagesordnung hat setzen lassen, ist offensichtlich das Brandunglück bei der Firma Sandoz gewesen. Zu Recht werden seitdem zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen gefordert.

Die bisherige Störfallverordnung war nach dem Unfall von Seveso konzipiert worden. Dabei ging es im wesentlichen um mögliche Störfälle durch den Transport von gefährlichen Stoffen auf dem Luftpfad in die Umwelt und um die Folgen für die Menschen. Das Brandunglück bei Sandoz hat gezeigt, daß auch die Flüsse und die anderen Gewässer gefährdet sind, sei es durch Stoffe, die bei der Produktion frei werden, oder sei es durch Stoffe, die mit dem Löschwasser in die Flüsse gelangen können. Deshalb ist es logisch, daß die Störfallverordnung geändert und ergänzt wird.

Dazu fordern wir, daß die bisherige Stoffliste in der Störfallverordnung, in der 142 Stoffe aufgeführt sind, deutlich verlängert wird, daß der Geltungsbereich der Störfallverordnung auch auf solche Anlagen erstreckt wird, in denen geringere Mengen der Stoffe produziert werden, und daß vor allen Dingen auch die gesamte Lagerhaltung — dies betrifft in erster Linie die Chemikalien — einschließlich des Transports — dabei denke ich an den Unglücksfall in Herborn — überdacht wird.

Schultze

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube also, daß damit nicht nur die Produktionsanlagen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden dürfen, sondern daß wir vor allen Dingen auch die Lagerhaltung im Auge behalten müssen. Ich kann mir vorstellen, daß dabei insbesondere der Landhandel und der Chemikalienhandel eine Reihe von zusätzlichen Auflagen werden erfüllen müssen, wenn wir nicht durch Brände oder durch andere Ereignisse, die auf unsachgemäßes Verhalten in den Lagern zurückgeführt werden können, eine Gefährdung der Bevölkerung heraufbeschwören wollen.

Lassen Sie mich das Ganze jetzt noch einmal im Zusammenhang darstellen. Wir fordern — übrigens in Übereinstimmung mit einer Stellungnahme des DGB — unter anderem die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Störfallverordnung durch Herabsenken der Mengenschwellen und durch Erweiterung der Zahl der erfaßten Anlagen sowie die Ausdehnung der Stoffliste auf alle für den Menschen und die Umwelt schädigenden Stoffe. Wir fordern des weiteren die Schaffung eines konkretisierenden technischen Regelwerks zur Beschreibung erforderlicher sicherheitstechnischer Maßnahmen. Außerdem fordern wir die Festlegung der Aufgaben des Störfallbeauftragten, die bisher nur unzulänglich geregelt sind. Wir fordern die Offenlegung und Abstimmung betrieblicher und örtlicher Alarm- und Gefahrenabwehrpläne sowie die Erstellung und die Fortschreibung von Sicherheitsanalysen für alle gefährlichen Anlagen. Die Einrichtung einer zentralen Störfallmeldestelle ist ebenso zu fordern wie die Verankerung der Störfallkommission mit ihren Kompetenzen in der zu novellierenden Störfallverordnung.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Besonders notwendig erscheint es uns, daß die Betriebsräte in den betreffenden Betrieben bzw. Anlagen ein Mitbestimmungsrecht in Fragen des betrieblichen Umweltschutzes erhalten, wie es schon bei allen Fragen der Arbeitssicherheit der Fall ist. Wir sind überzeugt, daß es eine wesentliche Verbesserung des Sicherheitsfaktors bedeutet, wenn die mehr als 100 000 Betriebsräte in der gesamten Industrie diese Zuständigkeiten erhalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die IG Chemie, in der ich bekanntlich ansonsten auch tätig bin, mit dem Verband der chemischen Industrie eine freiwillige Vereinbarung über die Einbeziehung der Betriebsräte in den betrieblichen Umweltschutz getroffen hat. Es ist allerdings erforderlich, daß dies gesetzlich untermauert wird. Dazu wäre eine Initiative der Landesregierung hilfreich. Genauso ist die Lan-

desregierung gefordert, die Gewerbeaufsicht auszubauen und vor allen Dingen auch Regelungen zu finden, durch die die heutigen Störfall-, Abwasser- und Abfallbeauftragten in den Betrieben mehr Zuständigkeiten erhalten, damit wir vor weiteren Störfällen bewahrt bleiben.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Mönninghoff.

Mönninghoff (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Dr. Hruska dankbar, daß er das Thema heute hier eingebracht hat. Herrn Remmers bin ich für die Aussage dankbar, daß die Störfallverordnung unzureichend sei und daß sie kurzfristig geändert werden müsse. Er hat auch eine Reihe weiterer wichtiger Punkte angeführt. Ich hoffe, daß das Ministerium am Ball bleibt und daß da mal was geschieht. Daß dies notwendig ist, ist in den bisherigen Beiträgen schon recht gut deutlich geworden.

Bedauerlicherweise hat die FDP bei dem von ihr eingebrachten Thema den Inhalt des Berichtes aus dem Bundesumweltministerium, in dem ein ganz anderer Schwerpunkt gesetzt wird, nicht angesprochen. Deshalb will ich jetzt einmal aus diesem Gutachten des CDU-geführten Ministeriums zitieren. In dem Gutachten heißt es:

„Die rechtliche Situation ist ausgezeichnet.“

Das bestreite ich. Sie ist nicht ausgezeichnet; sie muß verbessert werden. — Es heißt weiter:

„Das zentrale Problem ist das katastrophale Vollzugsdefizit in den für den Vollzug zuständigen und verantwortlichen Ländern.“

Es heißt in dem Gutachten des weiteren:

„Nach Gesprächen mit Ländervertretern wird deutlich, daß sowohl Personalstärke wie Qualifikation der Länderbehörden völlig unzureichend sind. Gravierende Mängel, Erkenntnisse aus Schadensfällen und sonstigen sicherheitsbedeutsamen Ereignissen werden nicht in die Vorschriftenggebung und den Vollzug zurückgeführt. Auch besteht ein schwerer Informations- und Kommunikationsmangel zwischen den Ländern, ja teilweise sogar innerhalb der Länder.“

Da ist der zentrale Punkt in dem Zusammenhang. Es nützt uns nichts, immer mehr perfekte Vorschriften zu haben, immer noch einmal eine

Verordnung draufzusetzen. Die Störfallverordnung, die allgemeinen Anlagenverordnungen, das Bundes-Immissionsschutzgesetz und die Ausführungsverordnungen sind ja alles solch dicke Bände. Es nützt nichts, das immer nur noch mehr zu perfektionieren, wenn das Wissen über diese Vorschriften nicht in die Betriebe gegeben wird und wenn nicht überprüft wird, ob diese Vorschriften auch eingehalten werden. Das muß in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Auf diesen Aspekt muß man heute wirklich noch einmal deutlich hinweisen.

Ich erinnere daran, daß wir vor kurzem einen Antrag zur Beseitigung des Vollzugsdefizits bei der Gewerbeaufsicht eingebracht haben. Angesichts dessen, was heute gesagt worden ist, frage ich mich, wie es zu verstehen ist, daß die Beratung unseres Antrages im Ausschuß nur zwei Minuten gedauert hat, weil die CDU und auch Sie, Herr Hruska, die Diskussion boykottiert haben, indem Sie sich überhaupt nicht zu Wort gemeldet haben.

Herr Minister Remmers hat gesagt, die Gewerbeaufsichtsämter betrieben in der Folge der Ereignisse bei Sandoz Sicherheitsanalysen. Reden Sie doch einmal mit Gewerbeaufsichtsbeamten, dann werden Sie erfahren, wie oberflächlich die Sicherheitsanalysen gemacht werden, wie weit die zurück sind und wie die in der Arbeit ersticken, weil sie zu dieser Arbeit nicht kommen. Deswegen muß hier angesetzt werden. Unserem Antrag mußte in der Tendenz, wie aus dem Beitrag von Herrn Dr. Hruska deutlich geworden ist, zugestimmt werden.

Um die Brisanz dieser Thematik deutlich zu machen, möchte ich noch einmal eine Passage aus dem Gutachten des Bundesumweltministeriums zitieren:

„Der nächste große Störfall kommt bestimmt. Wir sollten dafür sorgen, daß er nicht so verlustreich wird wie der von 1921 in Oppau mit 561 Toten und Tausenden von Verletzten und der von 1948 in Ludwigshafen mit 207 Toten und ebenfalls Tausenden Verletzten.“

Meine Damen und Herren, auch in der Bundesrepublik und in Niedersachsen gab es in den letzten Jahren eine Reihe von Beinahekatastrophen. Es ist schon fast ein Wunder, daß nicht noch mehr passiert ist. Ich erinnere daran, daß im Jahr 1985 in Wilhelmshaven durch ein Leck in einer Flüssig-gaskugel eine große Gaswolke ausgetreten ist und nur deshalb nicht zu einer Katastrophe geführt hat, weil der Wind gerade günstig stand und die

se Wolke nicht zu den nur 100 m entfernt gelegenen Verbrennungsanlagen einer Industrieanlage getrieben hat. Sonst hätte es dort schon Unfälle mit Dutzenden oder Hunderten von Toten gegeben.

(Eveslage [CDU]: Tausenden!)

— Mit Tausenden von Toten. — Hier müßte angesetzt werden. Meine Damen und Herren, die Landesregierung steckt in diesem Punkt aber den Kopf in den Sand, statt wirklich etwas zu tun. Ihnen ist heute und auch schon durch das Gutachten des Gewerbeaufsichtsamtes ins Stammbuch geschrieben worden, das Vollzugsdefizit zu beseitigen. Sie müssen da ansetzen und etwas tun. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön.

Wir kommen nun zum dritten Thema der Aktuellen Stunde:

Entwicklung und Perspektiven von Wirtschaft und Arbeitsplätzen in Süd- und Südostniedersachsen — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/1559

Das Wort hat der Abgeordnete Senff.

Senff (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorweg ein paar Fakten. Im Landkreis Holzminden wird — wenn nicht ein Wunder geschieht oder wenn das Wirtschaftsministerium nicht weitere Verhandlungen mit einem Unternehmen führt — die Arminius-Werft endgültig dichtmachen, und 200 Arbeitsplätze werden verlorengehen. Ein Katzensprung von dieser Werft entfernt liegt das Gelände der Firma Rigips, die einstmals 800 Arbeitsplätze angeboten und 800 Menschen beschäftigt hat. Demnächst wird sie ein Null-Angebot haben.

Meine Damen und Herren! Das bedeutet für eine Stadt mit 6 000 Einwohnern, daß 1 000 Arbeitsplätze verlorengehen.

Im Landkreis Osterode wird, wenn kein Wunder geschieht, das Erzbergwerk Bad Grund mit 400 Bergleuten dichtmachen. Die Hütte in Goslar ist gefährdet. Der Bestand der Verwaltung der Preussag mit 450 Beschäftigten ist ebenfalls gefährdet. Das gleiche gilt für die Ausbildungswerkstatt mit 150 Plätzen. Summa summarum

Senff

werden in diesen beiden Landkreisen voraussichtlich 2 000 Arbeitsplätze verlorengehen.

Im Landkreis Northeim war es das Ende der Firma Wilhelm & Sander. Das ist allen noch in grausiger Erinnerung. Das waren 170 Arbeitsplätze. — Ich möchte etwas kürzen und nicht alle Beispiele aufzählen.

Im Landkreis Göttingen werden — ich nenne nur einen Punkt —, wenn der Plan der Deutschen Bundesbahn zur Umstrukturierung und Rationalisierung durchkommt, 1 000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Meine Damen und Herren! In den Jahren bis 1990 wird in der Südostregion unseres Landes mit einem Verlust von 8 000 bis 10 000 Arbeitsplätzen zu rechnen sein, ohne daß ein Ausgleich dafür in Sicht ist. Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Bereits Mitte der 70er Jahre hat das Arbeitsamt Göttingen für die Gesamtregion darauf hingewiesen, daß sich diese Region, wenn nicht gravierende Änderungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur erreicht werden, auf Dauer auf einer abschüssigen Bahn befindet. Diese abschüssige Fahrt müssen wir seit 10 bis 15 Jahren — ich sage es ganz bewußt — konstatieren. Das läßt sich an der Bruttowertschöpfung und an den Arbeitslosenzahlen festmachen. Ich möchte diese Zahlen nicht im einzelnen nennen. Ich möchte auch nicht die Zusammenhänge ansprechen, die sich aus nachlassender Wirtschaftskraft, steigender Arbeitslosigkeit, mangelnder kommunaler Finanzkraft und, wiederum daraus folgend, zurückgehender Personaleinstellungen, mangelnder Investitionen, weiterer Arbeitslosigkeit und schwacher Wirtschaftskraft ergeben.

Ich will Ihnen sagen: Wenn schwache Regionen schwach bleiben und starke Regionen schwach werden — die Südregion unseres Landes war einstmals eine starke Region —, dann kann etwas in unserem Land nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wir müssen Lösungen suchen. Diese Lösungen werden wir finden, wenn wir auf die Region zugehen. Das hat es bislang im Land Niedersachsen nicht gegeben. Wir sehen mit großer Freude — ich sage das ganz bewußt —, daß der jetzige Wirtschaftsminister, Herr Hirche, offenkundig bereit ist, sich den Regionen zu stellen und Regionalpolitik als das zu begreifen, was sie ist, nämlich einmal in die Regionen hineinzugehen und nachzusehen, was man denn wirtschaftlich tun kann.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP.)

Das ist eine alte Forderung der SPD. Wir sind uns überhaupt nicht zu schade dazu, daran zu erinnern, daß wir in der letzten Wahlperiode insbesondere von der CDU-Fraktion im Landtag für diese Forderungen mehrfach ausgelacht worden sind, deren Richtigkeit sich immer mehr beweist und bestätigt.

Wir müssen für Südniedersachsen klären, was wir in der Region selbst leisten können. Wir müssen klären, welche Chancen und Schwächen wir haben und welche Maßnahmen in der Vergangenheit geholfen haben und welche nutzlos gewesen sind.

Meine Damen und Herren! Chancen sind vorhanden. Aber es ist eine Aufgabe der Landesregierung, für die Vergangenheit eine Analyse dazu vorzulegen, was war, und für die Zukunft eine Prognose im Hinblick darauf anzustellen, was sein wird, und Vorschläge für eine seitens des Landes gestützte regionale Gegenwehr gegen die andauernden Arbeitsplatzverluste vorzulegen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Dann wird deutlich werden, daß die Chancen in Gestalt fleißiger Arbeitnehmer, intelligenter Unternehmer, schöner Landschaft, geistigen und finanziellen Kapitals in Süd- und Südostniedersachsen vorhanden sind. Dann wird deutlich werden, daß unsere Region kein Faß ohne Boden ist und daß es sich lohnt, dort aktiv zu werden. Dann wird deutlich werden, daß viele gesunde Einzelregionen im Land Niedersachsen auch das Land Niedersachsen insgesamt wirtschaftlich wieder gesunden lassen.

Wir bitten Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung und von den Regierungsfractionen, dringend, sich dieser Arbeit zu unterziehen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Ich weise zwischendurch darauf hin, daß ich die Absicht habe, auch noch den vierten Punkt der Aktuellen Stunde aufzurufen und die Sitzung erst dann für die Mittagspause zu unterbrechen. Das bedeutet, daß wir voraussichtlich gegen 13.15 Uhr in die Mittagspause eintreten werden. Die beiden anderen Punkte, die noch vor der Mittagspause behandelt werden sollten, werden dann erst zu Beginn der Nachmittagsitzung aufgerufen.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Dückert.

Frau Dr. Dückert (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wir haben soeben schon einige Fakten und Daten zu der Entwicklung in Südostniedersachsen gehört. Das ist eine Region, die zu denjenigen in Niedersachsen zählt, bei denen wir eine starke Abwanderungsbewegung zu verzeichnen haben. Das macht deutlich, denke ich, daß für die Menschen in der Region, für die dort Beschäftigten und die Erwerbslosen, heute ganz klar ist, daß ihre Lebens- und Arbeitsperspektive in der Region bedroht ist. Extrem ist das z. B. in Uslar und Bodenwerder, wo bereits zwischen 1977 und 1984 ein Bevölkerungsrückgang um 5,7 % zu verzeichnen war, d. h. in der Region Bodenwerder/Uslar wäre in dieser Zeit, also im Zeitraum von acht Jahren, ein ganzes Dorf mit 1 200 Einwohnern verschwunden, wenn sich das konzentriert dargestellt hätte.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Blanke:

Darf ich um mehr Aufmerksamkeit bitten!

Frau Dr. Dückert (Grüne):

Der Einbruch in der Industriebeschäftigung, die Dauererwerbslosigkeit, ist also zur sozialen Realität in dieser Region geworden. Es gab eine Kette von Konkursen und Pleiten in sämtlichen Landkreisen der Region. Der Bevölkerung ist gerade auch im Zusammenhang mit der vorhin erwähnten Reisetätigkeit des Ministers in der letzten Zeit wohl doch klargeworden, daß sich die Region selbst, angeblich frei nach den Kräften des Marktes, sozusagen nach Münchhausen-Manier, aus dem Sumpf ziehen soll; denn selbst beim jüngsten Fall Spänex, bei dem es um die Erhaltung eines Unternehmens ging, das nach Meinung der Landesregierung immerhin eine zukunftssträchtige Produktlinie verfolgte, weigerte sich die Landesregierung, konkrete Hilfestellung zu leisten.

(Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

Das Beispiel Uslar macht deutlich, daß selbst in einem solchen Bereich ein Unternehmen der Umwelttechnik, ein Unternehmen, das nicht nur gesellschaftlich nützliche Produkte herstellt, sondern das auch Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft hätte, wenn hier Umweltpolitik mit Nachdruck betrieben würde, mit konkreter Hilfe und Unterstützung durch die Landesregierung nicht rechnen kann.

(Beifall bei den Grünen.)

Insofern wäre Spänex ein gutes Beispiel gewesen, um deutlich zu machen, wie eine an beschäftigungspolitischer und ökologischer Entwicklung interessierte Landespolitik in einer Region einen Kick, einen Impuls für eine andere Entwicklung geben könnte. Die Chance ist vertan worden.

(Zustimmung von Dr. Hansen [Grüne]. — Hildebrandt [FDP]: Der Wirtschaftsminister wird Sie Lügen strafen!)

Insofern kann ich Ihren Optimismus und Ihre Freude, Herr Senff, mit der Sie soeben die hektische Reisetätigkeit von Herrn Hirche beschrieben haben, nicht unterstreichen; denn es ist nicht viel dabei herausgekommen. Man kann eigentlich sagen: Außer Spesen nix gewesen.

(Hildebrandt [FDP]: Sie müssen auch die Ursachen dafür erwähnen, daß nichts rausgekommen ist!)

denn nachdem 18 Millionen DM Steuergelder nach Uslar, zu Spänex, geflossen sind, die nicht kontrolliert worden sind,

(Zustimmung bei den Grünen)

wurde der Geldhahn abgedreht, als ein Unternehmer nicht mehr zur Verfügung stand. In dem Moment also, in dem die Auffanglösung praktisch über die Belegschaft oder über die Kommune hätte getragen werden können, hat sich die Landesregierung rausgezogen. Damit hat sie eigentlich ganz aktiv zur Vernichtung von Arbeitsplätzen beigetragen.

(Beifall bei den Grünen. — Hildebrandt [FDP]: Das ist unerhört!)

Die Landesregierung weigert sich, in einer Region Bestandsschutz zu treiben, in der die Beschäftigungsentwicklung im Industriebereich rückläufig ist. Sie weigert sich, sich überhaupt mit Maßnahmen zur Umstrukturierung und zum Erhalt von Betrieben in sinnvollen Produktlinien auseinanderzusetzen. Sie weigert sich, Belegschaftsinitiativen zu unterstützen. Sie weigert sich, an Auffanggesellschaften teilzuhaben, wenn diese eine der Landesregierung nicht genehme Struktur haben. Die Landesregierung weigert sich darüber hinaus, überhaupt über regionale Förderprogramme zu diskutieren. Sie setzt sich nicht damit auseinander, warum und wie wir das stumpfe Mittel der Wirtschaftsförderung, das ja in dieser Region wie auch in anderen niedersächsischen Regionen offensichtlich nicht gegriffen hat, verändern müssen, um zu regionalen Entwicklungskonzepten zu kommen. Sie weigert sich, sich mit

Frau Dr. Dücker

Vorschlägen auseinanderzusetzen, die es zu regionalen Konzepten der Energieversorgung, zu regionalen Programmen der Neuordnung der Abfallwirtschaft gibt. Die Landesregierung betreibt und unterstützt auch in Bonn eine Politik, die letzten Endes — Sie wissen, daß sich die Lage wegen der Steuerreform noch zuspitzen wird; das wurde eben von Herrn Senff angedeutet; ich will darauf noch nicht weiter eingehen — die Investitionstätigkeit der Kommunen in Zukunft weiter einschränken wird.

Präsident Dr. Blanke:

Frau Dr. Dücker, die Zeit ist um. Wegen eines technischen Fehlers wird Ihnen die rote Lampe nicht richtig angezeigt.

Frau Dr. Dücker (Grüne):

Ich denke aber, daß ich noch eine Minute Zeit habe. Ist das falsch?

Präsident Dr. Blanke:

Tatsächlich?

Frau Dr. Dücker (Grüne):

Ich habe nämlich heute das erste Mal auf die Uhr geguckt, und ich sehe, ich habe noch Zeit.

Präsident Dr. Blanke:

Das ist ja auch sehr verdienstvoll. Aber vielleicht einigen wir uns auf eine halbe Minute.

Frau Dr. Dücker (Grüne):

Eine Minute, habe ich gesehen.

Präsident Dr. Blanke:

Mir wird gesagt, es sei keine ganze Minute mehr.

Frau Dr. Dücker (Grüne):

Es ist fatal, wie in der letzten Zeit die Diskussion über diese Region geführt worden ist, weil es natürlich auf der einen Seite keine wirtschaftspolitischen und strukturpolitischen Allheilmittel gibt, dort sofort eine stabile Beschäftigungssituation herzustellen; aber es gibt in breiter Diskussion in der Region und auch anderswo Ansätze, die weit über die Wiederholung des neoliberalen Kredos durch diese Landesregierung hinausgehen. Ich denke, diese Diskussion müßte aufgegriffen werden. Sie dürfen sich nicht permanent hinter dem

Hochhalten der liberalen Marktwirtschaft verstecken; denn Sie argumentieren doppelzünftig, weil Sie zugleich eine Entwicklung befürworten und unterstützen, die die Regionen unter die zentralstaatliche Knute zwingt, einfach deshalb, weil Ihnen der handlungspolitische Spielraum aus finanzpolitischen und sonstigen politischen Gründen genommen worden ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Nun müßten Sie aber doch allmählich zum Ende kommen.

Frau Dr. Dücker (Grüne):

Ja, ich komme jetzt zum Schluß.

Ich glaube, daß es der heutigen Aktuellen Stunde im Vergleich zu anderen Aktuellen Stunden über beschäftigungspolitische Themen guttun würde, wenn Sie sich inhaltlich mit den Konzepten auseinandersetzen, die gesellschaftliche Gruppen vorgelegt haben — ich weise beispielsweise auf ein Konzept des DGB zur regionalen Wirtschaftsförderung hin —, und anderen Konzepten, anstatt hier, wie das der Wirtschaftsminister in der letzten Zeit getan hat, nur das soziale Mitgefühl für die Betroffenen in der Region auszudrücken, aber gleichzeitig wirtschaftspolitisch auf landespolitischer Ebene Abstinenz zu üben.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Küpker.

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Antrag zur heutigen Aktuellen Stunde setzt die SPD sozusagen ihre Tradition fort, wirtschaftliche Probleme bestimmter Regionen hier im Landtag zur Sprache zu bringen. Herr Kollege Senff, Sie verstehen es ja ganz vorzüglich,

(Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD])

die richtige Dramatik in bezug auf Arbeitsplatzabbau darzustellen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: In der Region ist das noch viel dramatischer! — Waike [SPD]: Nehmen Sie mal lieber zur Situation Stellung!)

Ich will hier feststellen, daß Sie heute sehr moderat gesprochen haben und es insbesondere geschafft haben, Perspektiven aufzuzeigen, die in die Zukunft weisen. Ich glaube, das ist der Weg, auf dem wir dann auch weiterkommen können.

(Beifall bei der FDP.)

Es ist ja richtig, daß Räume mit frühen und alten Industriestrukturen vom Strukturwandel stärker betroffen gewesen sind. Dieser Raum, der von Ihnen angesprochen worden ist, war eine starke Region. Ich nehme das auf, was Sie gesagt haben, Herr Senff: Es sind Chancen vorhanden. Da liegt der gemeinsame Ansatzpunkt. Vielleicht müssen wir hier feststellen, daß diese Region die Innovationsfähigkeit, die gerade von den Hochschulstandorten aus möglich gewesen wäre, nicht rechtzeitig aufgenommen hat. Wir haben das in Braunschweig geschafft, und so etwas müßte auch stärker von Göttingen ausgehen. Beispielsweise könnten die Forschungskapazitäten genutzt werden. Hier fehlte es offensichtlich an der Zusammenarbeit. Wir müssen feststellen: Dieser Raum hat ja einen guten Facharbeiterstamm. Von dort aus kann man ebenfalls ansetzen, wenn man mit Firmen in Verhandlungen über Erweiterungen oder gar Neuansiedlungen eintritt.

Ich will das Stichwort „Arminius-Werft“ aufnehmen. Ich erinnere mich sehr gut daran, daß wir es vor zehn Jahren schaffen konnten, mit Landesmitteln einen Flachgänger für die Oberweserdampfschiffahrt bei der Arminius-Werft bauen zu lassen. Nun brauchen die nicht jährlich einen Flachgänger, so will ich einmal sagen.

(Senff [SPD]: Davon gibt es schon zu viele!)

Von daher ist dieses Programm leider ausgelassen.

Das Stichwort „Bergbau“ ist angesprochen worden. Der Bergbau in der bisherigen Form war in dem Raum eine Zeitlang ein industrieller Eckpunkt. Er ist jetzt nicht mehr zu halten. Es gibt aber möglicherweise aus dem Bergbau heraus andere Ansatzpunkte. Ich meine beispielsweise die Installation einer Hochtemperaturverbrennungsanlage in Oker-Harlingerode.

Andere Ansatzpunkte sehe ich sehr wohl in der Infrastruktur. Wir wissen, daß über die vorhandenen Fernstraßen hinaus noch einiges verbessert werden muß. Die Schnellfahrtrasse der Bundesbahn ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Wenn man ganz nach Norden geht, dann kann man sagen, daß sich auch der Mittellandkanal auf diese Region auswirken müßte. Wir haben in dem Raum im Grunde genommen eine günstige Energiequelle. Das alles sind positive Ansätze.

Wir wissen allerdings, daß etwas abseits der großen Verkehrsadern — ich denke an Holzminden, an Duingen — Probleme wegen nicht genügend ausgebauter Verkehrswege bestehen. Hier müßte etwas getan werden. Ich denke beispielsweise an die B 83.

Der Wirtschaftsminister kümmert sich zusammen mit den Bediensteten im Ministerium um die Betriebe — das haben Sie hervorgehoben —, und das ist mehr als nur Seelenmassage, sondern es wird nach Lösungsmöglichkeiten in jedem Einzelfall gesucht.

(Beifall bei der FDP.)

Frau Dückert, eines möchte ich zurückweisen: Es kann nicht sein, daß sich das Land direkt an Aufgangsgesellschaften beteiligt. Es müssen privatwirtschaftliche Lösungen gefunden werden.

(Beifall bei der FDP.)

Das Land ist aber bereit, diese Lösungen dann im Rahmen der Wirtschaftsförderung, mit GA-Mitteln, mit dem Landesförderprogramm, mit Landesbürgschaften und was es alles gibt, ganz gezielt zu fördern. Das ist der richtige Ansatz. Ich kann bisher nicht erkennen, daß irgend etwas versäumt worden wäre. Es wird auch nicht versäumt, weitere Institute durch Beschlüsse der Landesregierung in dieser Region anzusiedeln. Das Solarinstitut ist beispielsweise zu nennen. Wir haben bereits das Fremdenverkehrsprogramm diskutiert. Wir wissen um die Ansätze aus diesem Programm heraus für den Harz und für das Oberwesergebiet. Ich glaube, es läuft doch einiges Positive für diese Regionen.

Ich will das aufgreifen, was heute morgen nebenbei als Stichwort genannt wurde, nämlich die Zonenrandförderung. Ein wesentliches Gebiet in dieser Region gehört ja zum Zonenrand. Die Zonenrandförderung wird im Zuge der steuerpolitischen Beschlüsse verbessert. Es kommt zu einer Verstärkung und zu einer Bindung bestimmter Mittel für diese Region. Diese Mittel können dann nicht woanders eingesetzt werden.

(Zuruf von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Das alles sind wichtige Aspekte. Wenn wir es dann noch schaffen, mit Hessen und Nordrhein-Westfalen länderübergreifend tätig zu werden, damit Förderprogramme nicht gegeneinander konkurrieren, dann werden wir einen Schritt weiter sein.

(Beifall bei der FDP.)

Bei uns kommt es darauf an, die wirtschaftliche Situation gerade auch der mittelständischen Be-

Küpker

triebe zu verbessern. Ich sage noch einmal: Wir wollen die Große Steuerreform, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern.

(Beifall bei der FDP.)

Das hilft dieser Region, und das hilft allen Regionen. Man darf eine Region nicht herunterreden, sondern man sollte die Chancen jeder einzelnen Region sehen und gemeinsam danach handeln. Dann hilft es uns allen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Haselbacher für drei Minuten und anschließend Herr Minister Hirche.

Haselbacher (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Küpker, ich möchte Ihre letzte Bemerkung aufnehmen. Ich glaube, daß es einer Region nicht dienlich ist — das haben wir gerade auf unserer Bereisung in Ostfriesland gehört —, wenn immer und immer wieder im Landtag und in anderen Veröffentlichungen nur auf die Probleme der Räume und auf mögliche Gefahren in diesen Räumen hingewiesen wird.

(Zuruf von Waike [SPD].)

Stellen Sie sich einen Unternehmer vor, der für eine Ansiedlung einen Standort sucht. Meinen Sie, allein vom Psychologischen her, daß er sich ausgerechnet den Raum aussucht, von dem er aus den Schlagzeilen und aus den Landtagsdebatten immer nur erfährt, mit welchen Problemen der behaftet ist? Herr Senff, insgesamt wären wir alle besser beraten, wenn wir die vielen positiven Ansätze — Sie haben das in Ihren Worten anklingen lassen — beim Namen nennen würden. Im südostniedersächsischen Raum gibt es eine ungeahnte Zahl von positiven Ansätzen, beispielsweise im Forschungsdreieck Braunschweig, Hildesheim und Göttingen. Warum sagen wir nicht, welche Entwicklungen sich für Niedersachsen aufgetan haben, wenn wir für das Land wirklich etwas tun wollen? Warum klagen Sie über sicherlich bedauernde Entwicklungen? Ich glaube, insgesamt wäre der umgekehrte Weg richtig.

(Zustimmung bei der CDU.)

Sie gewinnen auch nicht an Glaubwürdigkeit, wenn Sie das Beispiel Rigips nennen. Man kann nicht auf der einen Seite vor Ort in der Diskussion bei der Abwägung Umweltschutz und Arbeitsplätze eine Position aufbauen und den Gipsab-

bau letztendlich verbieten — wir haben unlängst entsprechende Gespräche in Osterode geführt, Herr Minister — und andererseits den Abbau von Arbeitsplätzen bedauern. Dies dient der Glaubwürdigkeit nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ein weiteres darf ich nicht tun. Ich darf mich nicht im Landtag hinstellen und so tun, als ob mir diese Probleme sehr am Herzen lägen und dann, wenn beispielsweise die Investition von 140 Millionen DM für eine Hochtemperaturverbrennungsanlage im Goslarer Raum diskutiert wird, sagen: Im Prinzip schon, aber bitte nicht bei mir. All das paßt nicht zusammen. Wenn wir etwas für diese Region tun wollen, dann bitte in einem Guß. Stellen Sie sich bitte als diejenigen, die vor Ort Verantwortung tragen, auch vor Ort hin und setzen die Dinge, die arbeitsplatzfördernd und arbeitsplatzschaffend sind, durch; sonst gewinnen Sie mit diesen Aussagen im Landtag keine Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister Hirche!

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Regionalpolitik ist in einem Bundesland selbstverständlich wichtig; aber Regionalpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Grundlagen der Wirtschaftspolitik im strukturellen und ordnungspolitischen Bereich stimmen. Denn Sie können mit der Regionalpolitik nicht aufholen, was in den Rahmenbedingungen zuvor versäumt worden ist.

(Zustimmung bei der FDP.)

Deshalb ist es das Thema Nr. 1, bevor man sich an kleine Räume macht und über Regionen oder über Gemeinden spricht, immer wieder daran zu erinnern, daß die Probleme unseres Arbeitsmarktes nur in Ordnung kommen, wenn die Kostenbelastung unserer Wirtschaft in den verschiedensten Bereichen gesenkt wird.

(Beifall bei der FDP.)

Nur dann kann für unsere international verflochtene Wirtschaft im Wettbewerb eine ausreichend große Absatzchance eröffnet werden. Damit erst werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Zuruf von Frau Dr. Dücker [Grüne].)

— Frau Dückert, es ist eben gerade nicht so, daß über hohe Steuern und spätere Rückgabe von Steueranteilen an die Betriebe Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese werden vielmehr geschaffen, indem in den Betrieben möglichst viel an Ertrag bleibt, damit die Chancen des Betriebes am Markt gemeinsam von Unternehmensleitung und Mitarbeitern verbessert werden können.

Meine Damen und Herren, ich wollte und muß das vorausschicken, weil es nicht darum geht, sich zuerst darüber zu unterhalten, was Kommunen irgendwo investieren. Es geht in unserem Wirtschaftssystem, das sich seit 40 Jahren als erfolgreicher erwiesen hat als alle anderen westeuropäischen — von den osteuropäischen Wirtschaftssystemen erst gar nicht zu reden —, darum, die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen und nicht immer zuerst an die Kommunen und an den Staat zu denken. Es ist eine ganz klare Antwort zu finden auf die Frage, wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Meine Damen und Herren, damit zu der Region Südniedersachsen. Zunächst greife ich gern das auf, was hier von den Kollegen Küpker und Haselbacher gesagt worden ist, daß es nämlich darum gehen muß, eine Region in ihren Chancen positiv darzustellen. Es war die größte Leistung des Braunschweiger Raumes — und nicht einer einzigen Partei —, daß man dort die Klagelieder von Anfang der 70er Jahre, die ich selber gehört habe, nach dem Motto: „Bei uns gehen die Lichter aus!“ beiseite geschoben und gesagt hat, wir haben zwar Probleme, aber unser Raum hat Forschungskapazität und Vitalität. Ich denke auch — so habe ich den Kollegen Senff vorhin verstanden —, daß unter uns kein Zweifel daran besteht, daß wir im Interesse der Region Südniedersachsen das Positive zunächst einmal überregional werbend herausstellen müssen. Das ändert nichts daran — um einen Zwischenruf von Herrn Waike aufzunehmen —, daß wir die Probleme, die sich an einzelnen Orten stellen, nicht bagatellisieren dürfen. Wir bleiben erst dann in der Nähe der Realität, wenn wir die besonderen Probleme in Teilgebieten des Gesamttraumes Südniedersachsen sehen. Sie stellen sich im Augenblick in dem Teilgebiet an der Oberweser und im Harzbereich, und dies aus völlig unterschiedlichen Gründen. Wir haben in dem erstgenannten Bereich Probleme insbesondere im Zusammenhang mit den Chemiestandorten und mit der Holzindustrie. Im Harz haben wir Probleme, die mit der Hütten- und Bergbausituation im internationalen, daß heißt weltweiten Bereich zu tun haben. Wir werden diesen Strukturwandel nicht aufhalten können, auch wenn wir ihn verzögern können. Wir

haben ja z. B. die Hoffnung, daß die Berechnungen in Bad Grund ergeben, daß man die Grube möglicherweise länger ausbeuten kann, als derzeit angenommen wird.

Nur, wir sind uns darüber im klaren, daß das allerhöchstens eine Verschnaufpause und keine grundsätzliche Änderung ist. Deswegen geht es darum, die vor Ort vorhandenen Änderungsmöglichkeiten zu nutzen. In diesem Zusammenhang lautet die Aufforderung auch an den Kreis Goslar, mit dazu beizutragen, daß im Falle der Gefährdung der dortigen Zinkhütte die Alternative Hochtemperaturverbrennung im Interesse industrieller Arbeitsplätze dort so schnell wie möglich realisiert wird

(Sikora [CDU]: Sehr richtig!)

und daß wir uns nicht darum herumdrücken. Im Zusammenhang mit dem empfindlichen Thema Gipsabbau lautet meine Bitte an den Kreis Osterode, auch zu sehen, daß der Naturschutz das eine und die Arbeitsplätze das andere sind und daß man eine vernünftige Abwägung treffen muß. Bei der Arbeitsteilung kann es nicht so sein, daß die Kreise und Gemeinden für die pflegeleichten Sachen zuständig sind, daß aber das Thema Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit allein der Landesregierung überlassen wird.

Wegen der Redezeitbegrenzung ein letzter Hinweis. Frau Dückert, entweder haben Sie sich im Falle Spänex nicht informiert — das wäre noch die mildere Variante —, oder Sie haben hier vorsätzlich die Unwahrheit gesagt. Die Landesregierung hat sich — danach brauchen Sie nur mal den Betriebsrat des betroffenen Werkes zu fragen — mit großem Nachdruck dafür eingesetzt, daß Auffanglösungen im Falle Spänex/Uslar, die diskutiert wurden, hätten realisiert werden können. Das ist aber an anderen Bedingungen gescheitert.

(Zustimmung bei der FDP.)

Ich mache niemandem Vorwürfe; das ist Vergangenheit. Nur, es hat in keiner Phase am Willen der Landesregierung gelegen, daß die Dinge noch nicht zum Ergebnis kommen. Wir führen nach wie vor Verhandlungen; denn auch die beteiligte Bank hat ein Interesse daran, das in Ordnung zu bringen.

Meine Damen und Herren, ich bin zu dem erbetenen Dialog bereit.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Hirche

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich glaube, daß wir auf diesem Wege auch im Interesse der Arbeitsplätze und des Arbeitsmarktes in ganz Niedersachsen ein Stück weiter vorankommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Damit sind wir am Ende dieses Themas der Aktuellen Stunde. — Die Abgeordnete Frau Dr. Dückert möchte eine persönliche Erklärung abgeben, weil sie sich persönlich angegriffen fühlt.

Frau Dr. Dückert (Grüne):

Herr Minister Hirche, ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben, weil ich hier nicht bewußt die Unwahrheit, sondern die Wahrheit gesagt habe. Sie haben mir möglicherweise nicht zugehört — das ist eine freundliche Interpretation meinerseits —; denn ich habe gesagt: Die Landesregierung hat sich nicht an einer Auffanglösung beteiligt, bei der Unternehmer nicht mehr beteiligt sind und bei der nur Belegschaftsmitglieder und möglicherweise die Kommune beteiligt sein könnten. Ich habe auf den Tatbestand hingewiesen, daß die Landesregierung in dem Moment, als sich das in Rede stehende Unternehmen seinerzeit aus den Verhandlungen zurückgezogen hat, die Flagge gestrichen hat.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Wir kommen zum vierten Thema der Aktuellen Stunde:

Einigung der Kultusminister über die „Reform“ der reformierten Oberstufe — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/1582

Nach der Beratung dieses Themas werden wir in die Mittagspause eintreten.

(Sikora [CDU]: Ein positiver Aspekt!)

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schreiner.

Frau Schreiner (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Während in bundesdeutschen Schulen Herbstferien angesagt waren, haben die Kultusminister hinter verschlossenen Türen ihre Schularbeiten gemacht, und zwar noch bevor die Schülerinnen und Schüler anläßlich der Sitzung der Minister gegen die Deform protestieren konnten. Politiker

von CDU wie von SPD zeigen sich zufrieden über die Oberstufeneinigung. Unser Kultusminister sagt: „eine schwierige föderalistische Bewährungsprobe bestanden“. Herr Schwier aus Nordrhein-Westfalen sagt, es habe weder Sieger noch Besiegte gegeben. Kollege Wernstedt freut sich über den Aufruf zum Abrücken von Maximalforderungen. Die Schülerinnen und Schüler haben jedoch begriffen, daß es bei dieser Vereinbarung nicht um die Verbesserung ihrer Bildungsbedingungen, sondern um Verschärfung geht.

(Beifall bei den Grünen. — Oestmann [CDU]: Dagegen habt ihr was!)

Man mag fragen: Können die Betroffenen nun nicht aufatmen, daß z. B. eine hanseatische Abiturientin nicht mehr vergebens an die Türen der Münchener oder der Tübinger Uni klopfen muß, weil ihr Abitur nicht anerkannt wird? Sollten die Kollegsüchlerinnen und -schüler nicht zufrieden sein, daß ihr Abschluß die staatsvertraglichen Weihen erhält? Kann man dafür nicht in Kauf nehmen, daß nun der Zugang von Haupt- und Realschülern zur Oberstufe und auch zur Kollegschule drastisch erschwert wird, mehr Gängelung in Richtung eines traditionellen Fächerkanons existiert, nicht zu reden von den vorgesehenen einheitlichen Prüfungsanforderungen, die wenig Gutes versprechen?

Niemand fragt heute, warum dieser Streit vom Zaun gebrochen wurde. Wo liegen die rationalen Begründungen für diesen Kompromiß? Wo ist eigentlich fachwissenschaftlich belegt, daß Allgemeinbildung in dieser Welt des sich ständig verändernden und wachsenden Wissens schlicht als Summe von Deutsch, Geschichte, Mathe usw. zu begreifen ist?

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung bei der SPD.)

Ist denn jemals nachgewiesen worden, daß Studentinnen und Studenten, die ihr Abitur in Hamburg oder in Niedersachsen mit wenig restriktiven Belegverpflichtungen gemacht haben, den Anforderungen der Uni weniger gewachsen wären als beispielsweise ihre bayerischen oder baden-württembergischen Kommilitoninnen und Kommilitonen? Darüber gibt es keine Erkenntnisse. Der gewiß nicht ideologieverdächtige Erziehungswissenschaftler Andreas Flitner aus Tübingen hat kürzlich der Westdeutschen Rektorenkonferenz vorgehalten, sie habe es versäumt, die Kriterien für Studierfähigkeit wirklich herauszuarbeiten und sei im Niveau ihrer Stellungnahme

weit hinter das zurückgefallen, was 1969 von ihr gekommen sei.

(Dr. Ahrens [SPD]: Sehr richtig!)

Der ganze Vorgang, meine Damen und Herren, hat mit Bildungspolitik wenig zu tun, wenn wir darunter die aufgeklärte Gestaltung von Rahmenbedingungen für Bildung verstehen wollen. Statt dessen wurde, wie man es aus dem öffentlichen Rundfunksystem kennt, auf der KMK-Ebene mit vertragslosen Zuständen, mit Kündigung von Staatsverträgen, d. h. der Nichtanerkennung von Länderabiturprüfungen, gedroht, erpreßt, Parteipolitik getrieben, und zwar von rechts. Das war auch schon früher so, als es um die Abschlüsse an Gesamtschulen ging.

(Hildebrandt [FDP]: Sie sind auf einem Auge blind, Frau Kollegin!)

Die Sozialdemokratie ist es nun zufrieden, daß es nicht zum Durchmarsch gegen ein sehr diskussionswürdiges Schulmodell, die Kollegstufe, gekommen ist. Wir Grünen meinen aber, daß es eine Selbstverständlichkeit sein muß, daß im Bildungswesen Raum für Innovationen ist.

(Zustimmung bei den Grünen. — Hildebrandt [FDP]: Für alles!)

Das Beispiel Baden-Württemberg zeigt, wohin die Reise mit der Oberstufe gehen soll und wohl auch gehen wird. Die Baden-Württembergische Landesregierung hat in ihrer Druckschrift „Abitur '86“ die Ergebnisse der erneuten Umgestaltung der Oberstufe — etwa nach dem jetzt vorgesehenen Modell — vorgelegt. Diese Ergebnisse lassen sich wie folgt beschreiben: Der Gesamtdurchschnitt der Abiturzeugnisse ist im wesentlichen unverändert geblieben. Der Anteil der über- und der unterdurchschnittlichen Zeugnisse hat zugenommen. Die Durchfallquote hat sich verdoppelt. Der Durchschnitt im Mathe-Grundkurs hat sich verschlechtert. Es gibt deutliche Verschiebungen bei der Fächerwahl; sogenannte Nebenfächer hatten erhebliche Einbußen zu erleiden.

Da sagt nun unser Kultusminister, die neuen Regelungen gingen nicht zu Lasten der musischen Fächer. Er sagt auch, mit Elitebildung habe das nichts zu tun; das sei ein demagogischer und törichter Vorwurf. Nein, mit Elitebildung haben diese pädagogisch schlecht begründeten und zugleich restriktiven Reformen tatsächlich nichts zu tun, aber mit Auslese.

Präsident Dr. Blanke:

Ihre Redezeit ist abgelaufen, Frau Kollegin.

Frau Schreiner (Grüne):

Ich komme zum Schluß. — Sie haben etwas mit einer Auslese derjenigen Schülerinnen und Schüler zu tun, die nicht so stromlinienförmige Begabungen haben. Die Schülerinnen und Schüler haben mit ihren Protesten gezeigt, daß sie die Schule ernst nehmen. Die Kultusminister haben die Schülerinnen und Schüler aber bei diesen Protesten nicht für voll genommen. Das Ergebnis wird sein: mehr Resignation, mehr Gleichgültigkeit, weil man ja doch nichts beeinflussen kann und die Möglichkeiten der Entscheidung über Schwerpunkte des Lernens eingeschränkt wurden.

Präsident Dr. Blanke:

Sie müssen aber nun wirklich zum Schluß kommen!

Frau Schreiner (Grüne):

Meine Damen und Herren! Diese Vereinbarungen sind kein Fortschritt für die Bildung.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Wernstedt.

Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere, daß wir über dieses wichtige und sehr komplexe Thema innerhalb der Aktuellen Stunde diskutieren müssen. Aber ich möchte die fünf Minuten dennoch ausnutzen.

(Trittin [Grüne]: Es ist schwierig, in fünf Minuten einen Eiertanz aufzuführen!)

— Das hat mit einem Eiertanz nichts zu tun, Herr Trittin. Wenn man in der Politik sehr einfache Formeln zu vertreten hat, ist das immer sehr plausibel.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Bildung aber ist nie einfach; Bildung ist ein sehr komplizierter Prozeß. Ich stimme Ihrer Kritik zu, daß die Kultusministerkonferenz das große Thema „Reform der gymnasialen Oberstufe“ auf eine sehr elende Weise behandelt hat.

(Beifall bei der SPD.)

Ohne die Demonstrationen der Schüler — unabhängig davon, ob ihre einzelnen Positionen richtig waren — wäre der Diskussionsprozeß nicht so

Wernstedt

verlaufen, sondern hätte ein anderes Ergebnis gehabt.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]:
Dann kann es nach Ihrer Logik doch nicht
schlecht sein!)

Ich finde, dadurch, daß eine öffentliche Diskussion und auch Demonstrationen möglich geworden sind, hat die CDU überhaupt erst angefangen, über die Grundlagen ihrer Forderungen nachzudenken.

(Kaiser [SPD]: So ist es!)

Sie haben vor dreieinhalb bis vier Jahren angefangen, völlig ungeprüft davon zu reden, daß das Abitur in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu früher prinzipiell schlechter geworden sei.

(Horrnann [CDU]: Das hat die Westdeutsche
Rektorenkonferenz festgestellt!)

— Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat das auch gesagt. Diese Herrschaften sind aber die allerletzten, die uns jetzt mit solchen Positionen überzeugen können. Sie sind es gewesen, die von uns Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre verlangt haben, daß wir diese Reform durchführen, wie wir das dann auch getan haben.

Sie haben gesagt, es gebe keine Allgemeinbildung mehr, die Studierfähigkeit und die Berufsfähigkeit müßten erhöht werden.

Die Diskussion hat gezeigt, daß berufsbefähigende und berufsbezogene Bildungsgänge auch in Baden-Württemberg sehr wohl vorhanden waren. Das hat der Baden-Württembergische Kultusminister nicht einmal gewußt. Eine ganz interessante Variante!

Ich möchte dazu nur folgendes sagen: Die Kultusministerkonferenz hat mit ihrer eigenen Kompetenz nicht die Möglichkeiten geschaffen, darüber zu reden, wie die Allgemeinbildung angesichts der neuen Technologien, der ökologischen Probleme, der Bedrohung durch die Rüstung und der anderen Probleme in diesem Land heute aussehen müßte. Diese Diskussion ist bis heute nicht geführt worden. Frau Schreiner hat völlig recht, wenn sie sagt, es sei schlicht ein schlimmer Anachronismus, wenn die Summe der hier aufgeführten fünf Fächer, die bis zur dreizehnten Klasse belegt werden müssen, die Allgemeinbildung darstellen sollten.

(Beifall bei der SPD. — Horrnann [CDU]:
Das hat auch keiner behauptet!)

Ich habe gesagt: die Summe. Damit sage ich nichts gegen ein einzelnes Fach. Das ist überhaupt nicht das Problem. Sie müssen doch erklären, wie Sie die erkennbaren Problemfelder der nächsten 20, 30 Jahre mit in die Schule hineinnehmen wollen. Das können Sie nicht, indem Sie beispielsweise 40 Jahre nach dem Krieg, nach einer undemokratischen Geschichte dieses Volkes plötzlich sagen, man müsse sich allein für Geschichte interessieren, das reiche für eine qualifizierte politische Bildung völlig aus. Das ist doch ein Rückfall; so wurde auf der konservativen Seite noch nicht einmal in den 50er Jahren gedacht.

(Dr. Ahrens [SPD]: Obwohl Geschichte
nachweislich nichts gebracht hat!)

— Die hat damals in der Form auch nichts gebracht.

Ich möchte darauf hinweisen — Herr Kollege Hildebrandt, Sie wissen es doch auch —, daß in den letzten 20, 30 Jahren ein dramatischer Funktionswandel des Gymnasiums und seines Bildungsangebotes stattgefunden hat. Das hing damit zusammen, daß früher 7 bis 8 % — jetzt teilweise mehr als 40 % — eines Jahrgangs Abitur machen und mit einer Bildung konfrontiert werden, die unter ganz anderen Voraussetzungen definiert worden ist, als sie heute gelten. Darüber hinaus ist es eine dramatische Änderung der Funktion des Gymnasiums, wenn heute mehr als 40 % der jungen Männer und Frauen, die es verlassen, nicht mehr automatisch auf die Hochschulen gehen, sondern sich in die Berufe orientieren.

(Horrnann [CDU]: Aber anschließend auf
die Hochschule gehen!)

Das bedeutet: Wenn das Gymnasium — unabhängig von der Schulform gesehen — eine Chance für ihr Bildungsangebot reklamiert, muß es diese Probleme mit aufnehmen. Es muß sich auch für Innovationen in Richtung auf berufsbezogene Studiengänge öffnen. Deshalb können Sie, Frau Schreiner, nicht ehrlichen Herzens behaupten, daß diese Vereinbarung — wiewohl ich viele Einzelpunkte kritisiere; das werden wir in einem Monat nachholen — überhaupt keinen Fortschritt bringe. Wenn definiert ist, daß erstmals in der deutschen Bildungsgeschichte in einem gemeinsamen Bildungsgang allgemeine und berufliche Bildung — wenn er sich dadurch auch auf vier Jahre verlängert — unter bestimmten, genau festzulegenden Bedingungen gelehrt werden können, bedeutet das einen Fortschritt. Das lasse ich mir auch nicht abschwatzen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Knies, Kultusminister:

Herr Präsident, verehrte Damen, meine Herren!

(Frau Hammelstein [SPD]: Ich möchte nicht verehrt sein!)

— Gut, ich nehme dies zur Kenntnis.

(Zuruf von der SPD.)

— Nein, sie möchte nicht verehrt sein.

(Krapp [CDU]: „Sehr geehrt“ reicht auch!)

Was viele der Kultusministerkonferenz schon gar nicht mehr zugetraut haben, ist vor einigen Tagen zur Überraschung vieler und zur Enttäuschung mancher doch noch gelungen. Am 1. Oktober haben sich die Kultusminister in Bonn nach langen und schwierigen Verhandlungen auf eine Fortentwicklung der gymnasialen Oberstufe geeinigt. Die Abläufe waren, vielleicht auch im Psychologischen, doch ein bißchen anders, als Herr Wernstedt dies gemutmaßt hat. Sie haben sich auf eine Entwicklung der Oberstufe geeinigt, die die Struktur dieser Oberstufe eben nicht grundlegend ändert, die aber einigen ihrer erkannten Schwächen abhilft und einige Verbesserungen einfügt.

Im Gegensatz vielleicht zur bisherigen Debatte haben wir Kultusminister dafür so viel öffentliches Lob bekommen, daß es uns fast schon wieder ein bißchen unheimlich geworden ist. Herr Wernstedt, in diesem Sinne danke ich Ihnen, daß Sie sich in die Außenseiterrolle der Kritiker begeben haben und damit Ihre Kollegen Franke, Schwier, Frau Raab — ich weiß nicht, ob ich noch jemanden vergessen habe — hier kräftig mit vorgenommen haben.

Wir als Kultusminister sind ja mehr die Rolle der Prügelknaben der Nation gewohnt. Nun aber überfiel uns das Lob aus allen Richtungen, von GEW und Philologenverband gleichermaßen, von Jutta Roitsch in der „Frankfurter Rundschau“ und von Kurt Reumann in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, und sogar „Bild“ hatte für uns ein schulterklopfendes „Na endlich!“ übrig.

(Frau Hammelstein [SPD]: „Bild“ hat das doch ständig! — Zuruf von Dr. Ahrens [SPD].)

Meine Damen und Herren, die Einigung der Kultusminister wird von der Niedersächsischen Landesregierung positiv bewertet und begrüßt. Wir sehen in der Vereinbarung der Kultusminister eine Bestätigung des Weges, den die Landesregie-

rung noch unter meinem Amtsvorgänger zur Verbesserung der gymnasialen Oberstufe in Niedersachsen eingeschlagen hat.

(Wernstedt [SPD]: Das ist nun wirklich mindestens nur die halbe Wahrheit!)

Ich hebe einige der positiven Elemente hervor:

Erstens — dies sollte man nicht unterschätzen — hat die Kultusministerkonferenz erneut bewiesen, daß sie auch in schwierigen Fragen und trotz sehr unterschiedlicher politischer Ausgangspunkte einigungsfähig ist. Mit dem Bonner Akkord haben nicht nur die Kultusminister, es haben die Länder eine Bewährungsprobe des Föderalismus bestanden. Das mag den einen oder anderen zentralistischen Mächtlern im Felde der Bildungspolitik enttäuschen

(Wernstedt [SPD]: Er meint Möllemann!)

— nein, ich meine Herrn Kuhlwein! —, ist aber gerade deswegen von politischem Gewicht weit über das Feld der Bildungspolitik hinaus.

Zweitens. Die gegenseitige Anerkennung der Abiturzeugnisse aller Länder bleibt gesichert. Bildungsföderalismus wird also nicht zum Bildungspartikularismus.

(Wernstedt [SPD]: Das ist in Ordnung!)

Gerade für die niedersächsischen Fachgymnasien und deren Schüler ist es ein wichtiger Fortschritt, daß nun erstmals die Rahmenbedingungen für die Fachgymnasien aller Länder festgelegt sind.

Drittens werden der Deutschunterricht und der mathematisch-naturwissenschaftliche Bereich gestärkt. Auch der Geschichtsunterricht wird in der Oberstufe fester verankert. Herr Wernstedt, kein Mensch behauptet doch, daß mit dieser Trias Allgemeinbildung definiert ist; aber umgekehrt können Sie doch auch nicht sagen, daß zu einer wie auch immer zu definierenden Allgemeinbildung nicht diese Elemente ganz wesentlich dazugehören würden. Nur darauf kam es an, und genau darin sind sich die Kultusminister aller Länder einig, einig in dem Ziel, das das Ziel der Niedersächsischen Landesregierung ist.

Viertens. Die vereinbarten Bindungen für die Fächer Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik und die Auflagen für die Wahl dieser Fächer als Prüfungsfach fördern eine kontinuierliche und konzentrierte Beschäftigung mit unverzichtbaren und zentralen Fächern.

Ich erwähne weiter die stärkere Gewichtung der Grundkurse gegenüber den Leistungskursen mit der Möglichkeit, nun zu verhindern, daß eine voreilige und falsche Spezialisierung Platz greift.

Dr. Knies

Lassen Sie mich am Ende, aber nicht am Rande, noch einen Punkt anführen. Ich habe mich zusammen mit den Kollegen Schwier und Zehetmair nachdrücklich dafür eingesetzt — wir hatten Erfolg —, daß in Zukunft eine Leistungsfachkombination von Deutsch und Geschichte oder von Deutsch und einem musischen Fach möglich ist.

Meine Damen und Herren, da das rote Lämpchen leuchtet, will ich den Befürchtungen, die in diesem Zusammenhang aufgetreten sind, jetzt nicht weiter ausdrücklich entgegentreten. Die Behauptung, daß das Gewicht des Prüfungsblocks zugenommen habe, ist schlicht aus der Luft gegriffen.

Ein Satz noch zur Umsetzung dieser Vereinbarung in Niedersachsen. Dazu sollte man sich zunächst einmal in Erinnerung rufen, daß bereits vor der neuen Vereinbarung alle anderen Länder — auch sozialdemokratisch regierte Länder — von ihren Abiturienten die Erfüllung von mehr Auflagen verlangt haben, als es in Niedersachsen bisher der Fall ist.

(Wernstedt [SPD]: Aber nicht Hamburg!)

— Auch Hamburg!

Ich will in aller Deutlichkeit sagen, meine Damen und Herren, ich habe nicht den Ehrgeiz, daß unsere künftigen niedersächsischen Regelungen für die gymnasiale Oberstufe auf der nächsten documenta in Kassel als ein Zeugnis von Minimalart ausgestellt werden. Mit Ausnahme der Gewichtsregelung — diese ist zwingend — sind die Vereinbarungen der Kultusminister Minimumstandards, die jedes Land einhalten muß, wenn es die Anerkennung der Abiturzeugnisse in anderen Ländern nicht gefährden will. Kein Land denkt daran, seine Anforderungen auf diesem Minimalniveau anzusiedeln. Ich füge hinzu: Niedersachsen auch nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister, die Zeit ist überschritten. Ich war eben abgelenkt; sonst hätte ich Sie schon früher darauf aufmerksam gemacht.

Dr. Knies, Kultusminister:

Angesichts dessen beende ich meine Rede, ohne den Schlußsatz zu sprechen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Zum Schluß wurde es eigentlich interessant!)

Präsident Dr. Blanke:

Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß mehr als die Sache selbst die Tatsache der Einigung der Kultusminister von Bedeutung ist;

(Kempmann [Grüne]: Das ist aber ein schlechtes Zeugnis! — Zuruf von Kaiser [SPD])

denn es gab in den vergangenen Jahren in der Tat einen quälenden Prozeß zwischen den Kultusministern, und die Funktionsfähigkeit des Förderalismus war schon beinahe in Frage zu stellen, zumindest soweit es diesen Gegenstand angeht. Vielleicht hat die veränderte Situation in einzelnen Bundesländern, z. B. in Hessen und in Hamburg, Herr Kaiser, dazu beigetragen, daß die Einigungsfähigkeit erhöht worden ist. Ich freue mich jedenfalls, daß der neue Kultusminister in diesem Punkt immerhin ein Stück von der Geschichte nicht mehr vor sich hertragen muß, sondern in einigen Bereichen zu neuen Ufern gelangen und auf einem Erfolg aufbauen kann.

Wir begrüßen diese Einigung auch von der Sache her. Das darf ich für die FDP sagen. Ich verweise dazu auf den Antrag der FDP-Fraktion vom Dezember 1984, durch den wir in Form einer Entschließung festgestellt wissen wollten, daß die Landesregierung die Rahmenbedingungen für die gymnasiale Oberstufe so ändert, daß die Gymnasien in die Lage versetzt werden, mit dem Abitur auch die allgemeine Studierfähigkeit zu gewährleisten. Wir haben einen Katalog von Maßnahmen gefordert. Im einzelnen lauteten die Forderungen:

- „1. Die Fächer Deutsch und Geschichte sowie Mathematik oder eine Fremdsprache sind für alle Schüler bis zum Abitur verpflichtend.
2. Die Anzahl der verpflichtenden Leistungskurse ist von zwei auf drei zu erhöhen.
3. Die Grundkurse werden im Verhältnis zu den Leistungskursen aufgewertet (von z. Z. 3 : 1 auf 2 : 1.)“

Das entspricht im wesentlichen dem, was bei der Einigung über die gymnasiale Oberstufe herausgekommen ist. Deshalb bitte ich um Ihr Verständnis, daß wir natürlich auch begrüßen, was nun von der Sache her beschlossen worden ist. Wir be-

grüßen die Einigung vor allen Dingen auch deshalb, weil wir an die Abnehmerseite denken. In diesem Zusammenhang muß man natürlich zunächst einmal die Hochschulen nennen. Herr Wernstedt, ich bin nicht geneigt, die berechtigte Kritik der Westdeutschen Rektorenkonferenz an der Situation in den Gymnasien, vielleicht gerade auch an den Gymnasien in Niedersachsen, so flapsig abzutun, wie Sie das getan haben. Damals waren es die Vertreter der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die die Politiker aufgefordert haben, etwas zu tun. Das mag natürlich das, was von seiten der Hochschulen gerade gegenüber dem Bildungsbereich, dem Bereich der allgemeinbildenden Schulen gekommen ist, etwas relativieren. Unabhängig davon ist darauf hinzuweisen, daß nicht nur von den Hochschulen, sondern auch aus der Wirtschaft und von den Schulen selbst erhebliche Klagen kamen. Was jetzt an Einigung erreicht worden ist, ist im Prinzip keine inhaltliche Einigung, sondern letztlich eine formale Einigung auf bestimmte verpflichtende Kriterien, die noch mit der Maßgabe einer inhaltlichen Veränderung versehen werden muß.

Ich gehe davon aus, daß sich der Geschichtsunterricht in den Gymnasien in den letzten 20 oder 30 Jahren erheblich verändert hat. Auch Sie, Herr Wernstedt, wissen, daß all diese Probleme, die Sie hier mit Recht angesprochen haben, heute Gegenstand vieler Fächer sind, und zwar nicht nur von Geschichte, sondern auch von Werte und Normen, Religion, Deutsch usw. Es ist richtig, was der Kultusminister gesagt hat, daß nämlich Allgemeinbildung nicht nur an diesen Fächern festzumachen ist, daß aber diese Fächer einen erheblichen Teil der Allgemeinbildung betreffen.

Ich möchte noch einmal auf einen Punkt hinweisen, den der Kultusminister angesprochen hat, und besonders betonen: Der Anlaß für den Schülerprotest war ja nicht nur die Angst vor einer Verstärkung der Anforderungen, wobei man auch sehen muß, daß der Hinweis von Frau Schreiner auf Baden-Württemberg interessant ist. Es gibt ja durchaus einen Zusammenhang zwischen der Qualität der Abschlüsse und Standortvorteilen im Bereich der Wirtschaft.

(Lachen bei der SPD. — Kempmann [Grüne]: Das ist aber abenteuerlich!)

— Sie mögen ja darüber lachen. Sie sollten sich aber auch einmal mit Unternehmen darüber unterhalten, welche Kriterien sie bei ihren Standortentscheidungen mit einbeziehen. Das hat durch

aus auch etwas mit der Qualität der Abschlüsse zu tun.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Ich möchte jetzt nur noch einen Punkt hervorheben; die rote Lampe leuchtet nämlich. Wir haben damals, als die Schülerproteste stattgefunden haben, gesagt: Dies war ein Vorentwurf aus dem Hause von Herrn Oschatz, über den man diskutieren muß. Es ist auch unsere Vorstellung, daß es möglich sein muß, das Abitur in Zukunft auch im musisch-kreativen Bereich abzulegen. Das wird auch geschehen. Das hat auch der Kultusminister erneut gesagt. Deshalb war der wesentliche Grund für den damaligen Schülerprotest zwar verständlich, aber nicht begründet. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Das vermutlich abschließende Wort hat der Abgeordnete Horrmann.

Horrmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion darf ich sagen, daß wir die grundsätzliche Übereinstimmung der Kultusminister in der Bundesrepublik begrüßen. Die Frage, wie wir es fertigbekommen, die Allgemeinbildung in der gymnasialen Oberstufe zu stärken und die Studierfähigkeit zu erhöhen, ist der eigentliche Hintergrund der Auseinandersetzung gewesen. Herr Wernstedt, es ist schon im Jahr 1972 nicht so gewesen, daß prinzipiell alle Fächer als gleichwertig angesehen wurden, sondern in den Protokollnotizen zur Vereinbarung von 1972 ist von einem Kernbestand an Fächern gesprochen worden, zu denen die Fächer gehören, die in dem Vorentwurf zur Neuregelung der gymnasialen Oberstufe in Niedersachsen explizit erwähnt worden sind.

Es ist doch wohl richtig, wenn die Westdeutsche Rektorenkonferenz sagt, daß unbeschadet der Wertigkeit der einzelnen Fächer zur Studierfähigkeit unabdingbar dazugehört, daß die Muttersprache, daß Fremdsprache, daß Mathematik, daß Naturwissenschaften — ich sage das jetzt einmal etwas offener —, daß der gesellschaftswissenschaftliche Bereich in der Schule in besonderer Weise dargeboten und auch von den Schülern als Arbeitsergebnis geleistet werden müssen. Wenn die Westdeutsche Rektorenkonferenz gemeinsam mit den Bildungspolitikern Ende der 60er Jahre der Meinung war, daß die alte Abiturregelung,

Horrmann

die alte Unterweisung in der gymnasialen Oberstufe, nicht mehr zeitgemäß ist, und wenn heute festgestellt wird, daß es zwischen 1972 und 1987 Fehlentwicklungen gegeben hat — nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Bundesländern; das gebe ich gern zu —, dann ist es doch unsere Pflicht, diesen Problemen nachzugehen und zu fragen, woran das gelegen hat. Wenn die Westdeutsche Rektorenkonferenz der Meinung ist, daß die Schule bei der zunehmenden Komplexität von wissenschaftlichem Arbeiten eigentlich den Auftrag hat, dieser Komplexität nicht insoweit nachzugehen, als sie in sich selbst kompliziert wird durch Grundkurse, Leistungskurse und Wertigkeiten der Kurse, sondern im Grunde genommen dieser Komplexität begegnet durch Stärkung des grundlegenden Wissens, dann können wir uns heute doch nicht hinstellen und sagen, daß wir das nicht zur Kenntnis nehmen, sondern wir müssen bildungspolitisch, inhaltlich und auch schulorganisatorisch entsprechende Antworten geben.

(Wernstedt [SPD]: Warum soll denn heute richtig sein, was sich schon vor 20 Jahren als falsch erwiesen hat?)

— Herr Wernstedt, das, was vor 20 Jahren problematisiert wurde — — Damals konnte noch keiner so ohne weiteres sagen, ob es wirklich falsch war, sondern man stellte — — —

(Zuruf von Frau Hammelstein [SPD].)

— Frau Hammelstein, das ist so!

(Frau Hammelstein [SPD]: Das ist abenteuerlich!)

— Das ist keineswegs abenteuerlich! — Das können Sie heute überhaupt nicht nachweisen.

(Wernstedt [SPD]: Dann fragen Sie mal Herrn Bettsteller, was er damals dazu gesagt hätte!)

Sie können heute nicht nachweisen, daß die frühere Schulorganisationsform, bei der dem Schüler der gymnasialen Oberstufe die Freiheit gelassen wurde, einen sprachlichen oder einen naturwissenschaftlich bezogenen Zweig der gymnasialen Oberstufe zu wählen, grundsätzlich falsch war. Wir haben diese durch das Grundkurs- und Leistungskurssystem ersetzt. Heute stellen wir fest, daß die Regelung, nach der das eine nur einfach und das andere dreifach und damit überproportional stark gewertet wurde, zur Folge hatte, daß die Lehrerschaft eine besondere Ansprüchlichkeit in den Leistungskursen postulierte. Diese besondere Ansprüchlichkeit erschöpfte sich doch darin, immer weiter spezialisierte Inhalte in den Lei-

stungskursen anzubieten. Das hatte zur Folge, daß den Schülern im Studium das Grundlagenwissen und die Querverbindungen innerhalb des Faches fehlten. Daher kamen die Klagen.

Das muß man doch zur Kenntnis nehmen. Das war ein Weg, der in meinen Augen ein Irrweg war. Daß er heute korrigiert wird, ist doch nur richtig. Insofern werden wir diesen Minimalkonsens, diesen minimalen Forderungskatalog, der in der Vereinbarung bezüglich der grundlegenden Fächer gefunden worden ist, wenn er auch nicht so weit geht, wie es Niedersachsen eigentlich vorhatte und wie es das — wie ich hoffe — im wesentlichen auch noch vorhat, Herr Wernstedt,

(Zuruf von Wernstedt [SPD])

selbstverständlich erfüllen.

Ferner bin ich persönlich der Meinung — wir haben das in unseren Reihen noch nicht ausdiskutiert —, daß wir in Niedersachsen durchaus darüber hinausgehen können, und zwar im Interesse unserer Schüler, damit diese das nötige Fundament hinsichtlich der Studierfähigkeit erhalten.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Horrmann, da Sie beharrlich nach links blicken, übersehen Sie das rote Licht rechts.

Horrmann (CDU):

Herr Präsident, es ist mir neu, daß die rote Lampe rechts leuchtet. Insoweit muß ich erst einen Gewöhnungsprozeß durchmachen.

Wir wollten sichergestellt wissen, daß die Spezialbegabungen im musisch-kulturellen Bereich nicht durch den Rost fallen. Das ist bei der Neuregelung gegeben. Insofern stimmen wir dieser grundsätzlich zu, behalten uns aber vor, im einzelnen Überlegungen anzustellen, aufgrund derer die Grundbildung und die Elementarbildung, die Allgemeinbildung und die Studierfähigkeit in Niedersachsen noch etwas deutlicher akzentuiert werden.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde.

Wir treten in die Mittagspause ein. Nach der Mittagspause setzen wir um 15 Uhr die Beratungen mit der Behandlung der unstrittigen Eingaben und mit dem Tagesordnungspunkt „Immunität von Abgeordneten“ fort.

Unterbrechung: 13.28 Uhr.

Wiederbeginn: 15 Uhr.

Vizepräsident Ravens:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Beratung fort. Ich hoffe, Sie hatten in der Mittagspause etwas Gelegenheit, die bei uns so selten scheinende Sonne zu genießen.

Ich rufe auf den Punkt 2 unserer Tagesordnung:

Übersichten über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 11/1588 und Drs 11/1598 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/1610

(Minister Hasselmann führt von der Regierungsbank aus ein Gespräch.)

— Herr Minister, geht es ein bißchen leiser? — Danke schön.

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Donnerstag, dem 15. Oktober, zu beraten. Ich halte das Haus damit einverstanden, daß wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe dann die Eingaben aus der 21. Eingabenübersicht in der Drucksache 1588 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. — Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über die Ausschlußempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 1588 abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer insoweit den Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zustimmen möchte, bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur 22. Eingabenübersicht in der Drucksache 1598. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor. Wir kommen zur Beratung. Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. — Das ist nicht der Fall. Wir kommen also zur Abstimmung über die 22. Eingabenübersicht in der Drucksache 1598. Wer den Beschlußempfehlungen in dieser Drucksache zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? Das ist einstimmig so beschlossen.

Die restlichen Eingaben werden dann vereinbarungsgemäß am Donnerstag behandelt.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 3 unserer Tagesordnung:

Immunität von Abgeordneten — Beschlußempfehlung des Geschäftsordnungsausschusses — Drs 11/1511

Berichtersteller ist der Abgeordnete Dehn [SPD]. Ich erteile ihm das Wort.

Dehn (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit seiner Beschlußempfehlung in der Drucksache 1511 schlägt Ihnen der Geschäftsordnungsausschuß vor, die Immunität von drei Abgeordneten aufzuheben. Ich kann Sie zunächst einmal beruhigen: Alle drei sind untadelige Autofahrer.

Bei den Kollegen Trittin und Mönninghoff geht es um Vorwürfe im Zusammenhang mit der Volkszählung. Beide sind laut Impressum für die Herausgabe von Druckschriften verantwortlich, in denen zu bestimmten Handlungen bzw. Unterlassungen hinsichtlich der Volkszählungsbögen aufgefördert wird. In Ermittlungsverfahren will die Staatsanwaltschaft nun prüfen, ob es sich dabei nicht nur um Ordnungswidrigkeiten, sondern darüber hinaus um Straftaten handeln könnte. Die Durchführung dieser Verfahren setzt aber die Aufhebung der Immunität voraus. Der Geschäftsordnungsausschuß hat bei einer Gegenstimme beschlossen, dem Landtag die Erteilung der erforderlichen Genehmigung zu empfehlen.

Gegen den Kollegen Graeber werden Vorwürfe im Rahmen eines umfangreichen Ermittlungsverfahrens erhoben, das die Staatsanwaltschaft gegen eine Allgemeine Ortskrankenkasse durchführt. Da Herr Graeber zeitweise ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender dieser AOK war, will die Staatsanwaltschaft prüfen, ob er für bestimmte Vorgänge strafrechtlich verantwortlich ist. Auch dazu ist die Genehmigung des Landtages erforderlich. Der Geschäftsordnungsausschuß empfiehlt Ihnen einstimmig, die Immunität des Kollegen Graeber aufzuheben.

Namens des Geschäftsordnungsausschusses bitte ich Sie daher, in allen drei Fällen wie vorgeschlagen zu beschließen.

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Dehn. — Meine Damen und Herren, wir kommen zur Beratung. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, daß keine Fraktion mehr als fünf Minuten Redezeit benö-

Vizepräsident Ravens

tigt. Ich glaube, daß wir mit dieser Regelung auskommen.

Mir liegt eine Wortmeldung von Frau Dr. Schole vor. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Parlament ist beauftragt, über die Immunitätsaufhebung der beiden Abgeordneten Mönninghoff und Trittin zu befinden, da ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet werden soll. Der Hintergrund dieser Verfahren hat mit persönlichen Verfehlungen nichts zu tun; der Hintergrund der Verfahren ist politischer Natur,

(Beifall bei den Grünen)

weswegen ich es auch als meine Pflicht ansehe, das Hohe Haus vor der Abstimmung hierüber zu informieren.

In Niedersachsen wurden über 500 Bußgeldverfahren gegen Volkszählungsgegner und -gegnerinnen eingeleitet. 100 Bußgeldbescheide sind ergangen, und 50 Strafverfahren wurden eingeleitet. Strafrechtlich verfolgt wegen Sachbeschädigung werden nicht die Boykotteure selbst, sondern diejenigen, die dazu aufgerufen haben *s o l l e n*, diejenigen, die zum Teil, ohne daß sie es wußten, als Kontaktadressen angegeben worden waren oder die sich beispielsweise, wie der Abgeordnete Trittin, als presserechtlich verantwortlich für die Zeitung „Volkszählung — Was Sie darüber wissen sollten“ bezeichnet hatten.

Meine Damen und Herren! Der Akt des politischen Protestes gegen den Ausbau des Überwachungsstaates,

(Beifall bei den Grünen — Oh! bei der CDU)

das Entfernen dieses kleinen Schnibbels von einem Volkszählungsbogen, was juristisch gesehen bestenfalls eine Ordnungswidrigkeit sein kann und was von vielen Gerichten auch so gesehen wurde, wird hier zum Straftatbestand hochstilisiert, zum Verbrechen umdefiniert.

(Beifall bei den Grünen. — Zuruf von der CDU: Junge, Junge!)

Es wurde sogar versucht, mit dem Straftatbestand der Urkundenunterschlagung oder mit Beugehaft zu operieren. So lächerlich sich die Justiz mit diesen Albernheiten auch machen mag,

(Beifall bei den Grünen — Zuruf von der CDU: Was?!)

so läßt sich doch hier eine rechtsstaatlich höchst bedenkliche Entwicklung ablesen.

(Beifall bei den Grünen. — Zurufe von der CDU.)

Mit diesen Verfahren, meine Damen und Herren, wird nämlich nicht etwa die Sachbeschädigung verfolgt, sondern die einzelnen Personen werden verfolgt, die Kriminalisierung eines symbolischen Aktes als Kriminalisierung der politischen Gesinnung einzelner.

(Beifall bei den Grünen.)

Und das, meine Damen und Herren, ist politische Justiz, ist Gesinnungsjustiz.

(Beifall bei den Grünen.)

Trotzdem werden wir wegen des Gleichheitsgrundsatzes der Aufhebung der Immunität der beiden Abgeordneten zustimmen.

(Beifall bei den Grünen. — Oh! bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Frau Kollegin Schole, lassen Sie mich auch für unsere Zuhörer sagen, daß die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten in keinem Falle etwas mit einer Schuldzumessung zu tun hat, sondern mit der Notwendigkeit, der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit zu geben, Schuld überhaupt erst festzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Ich denke, wir sollten noch einmal deutlich machen, um was es sich hier handelt. Schönen Dank. — Nunmehr hat das Wort der Kollege Dehn.

(Zuruf von der CDU: Schon wieder?)

Dehn (SPD):

Ja, Herr Kollege, ich kann eben öfter.

(Heiterkeit.)

— Sprechen!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu der Aufhebung der Immunität des Kollegen Graeber einige Worte sagen. Allerdings, Frau Dr. Schole, gestatten Sie mir eine ganz kurze Anmerkung:

Wenn jemand bereit ist, im Sinne des Presserechts die Verantwortung für alles, was in diesem Druckwerk steht, zu übernehmen, dann sind wir allerdings der Meinung, daß er sich dieser Verantwortung nicht dadurch entziehen darf, daß er

sagt: „April, April! Ich bin immun.“ Insofern bin ich sehr froh, daß auch Sie bereit sind, heute — im Gegensatz zu früheren Abstimmungen — der Aufhebung der Immunität zuzustimmen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 13. Oktober, also vor nicht allzulanger Zeit, ist in der „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen“ ein Artikel erschienen, dessen Inhalt auch vorher an anderer Stelle für den einen oder anderen lesbar war. Es ist der Bericht über die beabsichtigte Aufhebung der Immunität im Falle des Kollegen Otto Graeber. Dieser Bericht enthält Informationen, die ausschließlich — ich betone hier: nachweisbar ausschließlich — aus der nicht-öffentlichen Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses stammen können. Dies kann, meine Damen und Herren, das gesamte Parlament nicht einfach so hinnehmen. Wir werden dafür sorgen, daß dieses Thema im Geschäftsordnungsausschuß besprochen wird. Ich bitte sehr dringend darum, daß sich auch der Präsident des Landtages dieses Vorgangs annimmt.

(Beifall bei der SPD.)

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die bisher nur bis zu einem Anfangsverdacht geführt haben, sind bereits in den Wochen vor der letzten Landtagswahl Anlaß für eine massive öffentlich betriebene Vorverurteilung gewesen. Ich betone, daß es sich um einen Anfangsverdacht handelt, alles andere wäre rechtswidrig. Erst wenn die Immunität aufgehoben ist, darf über den Anfangsverdacht hinaus weiter ermittelt werden.

Die Ermittlungen — wegen der Art der Berichterstattung erkläre ich das ausdrücklich — werden gegen eine AOK geführt. Herr Graeber war einer der jährlich wechselnden ehrenamtlichen Vorstandsvorsitzenden dieser AOK. Wer sich mit der Materie auskennt, weiß, wie die Geschäftsverteilung in einem solchen Fall aussieht. Ich will auch denjenigen, die der Meinung sind, mit solchen Artikeln öffentlich arbeiten zu müssen, an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Die Aufhebung der Immunität durch den Landtag ist auch in diesem Fall keine Vorbestätigung der Schuld des Kollegen durch das Parlament. Wir bestätigen hier lediglich, daß die Handlungen, die Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen sind, nicht zur Wahrnehmung des Landtagsmandats im engeren Sinne gehören. Wir Sozialdemokraten werden der Aufhebung der Immunität unsere Zustimmung geben, damit das Verfahren endlich zum Abschluß gebracht werden kann und damit der Kollege Graeber die Gelegenheit bekommt,

nachzuweisen, daß die Vorwürfe gegen seine Person tatsächlich und rechtlich unbegründet sind.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind uns allerdings über eines im klaren — wir machen uns in dieser Hinsicht nichts vor —: Der Schadensfall ist bereits eingetreten. Der Ruf ist ramponiert, und es wird schon irgend etwas hängenbleiben.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. — Ich lasse über die einzelnen Nummern der Beschlußempfehlung des Geschäftsordnungsausschusses in der Drucksache 1511 einzeln abstimmen.

Ich rufe zunächst die Nr. 1 auf. Wer der Beschlußempfehlung in der Drucksache 1511 Nr. 1 seine Zustimmung geben will — hier handelt es sich um die Aufhebung der Immunität des Kollegen Trittin —, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Gegenstimme ist es so beschlossen.

Ich rufe nun die Nr. 2 der Beschlußempfehlung in der Drucksache 1511 auf. Es handelt sich hier um die Aufhebung der Immunität des Kollegen Mönninghoff. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Gegenstimme ist das so beschlossen.

Ich rufe nun die Nr. 3 der Beschlußempfehlung auf. Wer der Beschlußempfehlung in der Drucksache 1511 Nr. 3 — dies betrifft die Aufhebung der Immunität des Kollegen Graeber — seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenstimmen! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung ist das so beschlossen.

Wir haben damit den Punkt 3 unserer Tagesordnung abgeschlossen. — Der Kollege Mönninghoff hat darum gebeten, nach § 76 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung machen zu dürfen. Ich erteile ihm das Wort.

Mönninghoff (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Rahmen einer persönlichen Bemerkung mein Abstimmungsverhalten von vorhin erläutern. Ich habe der Aufhebung der Immunität zugestimmt, weil ich in diesem Volkszählungs-

Mönninghoff

verfahren keine Sonderbehandlung gegenüber all denen will, die nicht Landtagsabgeordnete sind und gegen die im Moment Verfahren laufen.

(Zuruf von der CDU: Hör doch auf! Das interessiert doch nicht!)

— Sie mag das nicht interessieren. Ich finde, das ist eine politisch hochbrisante und wichtige Sache.

Was hier passiert ist, löst eine gefährliche Tendenz aus. Was ist konkret passiert?

(Unruhe.)

Was habe ich konkret getan? Das ist eine persönliche —

(Jahn [CDU]: Was ist das für eine Erklärung, Herr Kollege!)

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Mönninghoff, ich will Ihnen sagen, was in § 76 steht:

„Einem Abgeordneten, der sich zu einer persönlichen Bemerkung zum Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach Schluß der Besprechung zu erteilen. Der Abgeordnete darf in der persönlichen Bemerkung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen ihn gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Er darf nicht länger als fünf Minuten sprechen. Bei Verstößen gilt § 71 Abs. 3 entsprechend.“

Es geht also um die Frage: Sind gegen Sie Angriffe gerichtet worden, die Sie zurückzuweisen haben?

Mönninghoff (Grüne):

Es sind Angriffe gegen mich gerichtet worden, indem ein Zusammenhang hergestellt worden ist, daß ein Anfangsverdacht zu einer Straftat, nämlich diese ominösen Sachbeschädigungen — — —

(Ronsöhr [CDU]: Es hat doch keiner etwas gesagt!)

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Mönninghoff, ich habe — — —

Mönninghoff (Grüne):

Es muß wichtige Aufgabe eines Landtagsabgeordneten sein, wenn die Lokalzeitung

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Mönninghoff, ich entziehe Ihnen das Wort.

(Beifall bei der CDU.)

Mönninghoff (Grüne):

sich weiter zu einer Veranstaltung — — —

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Mönninghoff, ich entziehe Ihnen das Wort. Das war der zweite Ordnungsruf. Die Folgen eines dritten Ordnungsrufs kennen Sie.

Mönninghoff (Grüne):

Ich beuge mich der Gewalt.

(Lachen bei der CDU. — Jahn [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Mönninghoff, Sie haben sich der Geschäftsordnung gebeugt. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich auf die Äußerungen der Frau Kollegin Schole hin festgestellt habe, daß die Aufhebung der Immunität nichts mit einer Verurteilung zu tun hat, sondern im Gegenteil. Ich denke, das müßte ausreichen für eine solche Aussprache. Sie machen es nicht besser, Herr Kollege Mönninghoff. — Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit endgültig abgeschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes über Ausbildungsbeihilfen für Berufsaufbauschüler und Fachoberschüler mit Berufsabschluß — Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/1580

Für die Beratung dieses Gesetzentwurfs stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu zehn Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Zur Einbringung hat der Kollege Klare um das Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Fraktionen der CDU und der FDP bringe ich

den Entwurf eines Gesetzes über Ausbildungsbeihilfen für Berufsaufbauschüler und Fachoberschüler mit Berufsabschluß ein.

Das Niedersächsische Ausbildungsförderungsgesetz ist durch Beschluß des Landtages vom 19. Juni 1987 aufgehoben worden. Alle bisher Förderungsberechtigten werden aber — das muß deutlich gesagt werden, weil es zu dieser Thematik eine Reihe von Eingaben gegeben hat — bis zum Abschluß ihres Ausbildungsabschnitts auslaufend weiter unterstützt. Eine neue Form der Förderung soll jedoch für Berufsaufbauschüler und für Fachoberschüler mit Berufsabschluß fortgesetzt werden. Diese Schüler sind dem zweiten Bildungsweg zuzurechnen. Sie haben aber im Gegensatz zu den Schülern von Kollegs oder den Abendschülern keinen Anspruch auf eine Förderung nach dem Bundes-Ausbildungsförderungsgesetz, wenn von der Wohnung der Eltern aus eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte erreichbar ist, d. h. wenn sie bei ihren Eltern wohnen. Diese Lücke in der Bundes-Ausbildungsförderung soll auch weiterhin, wie vorher geschehen, durch eine niedersächsische Landesförderung geschlossen werden.

Zur geschichtlichen Entwicklung: Das auslaufende Niedersächsische Ausbildungsförderungsgesetz förderte seit 1983 ergänzend zum Bundesausbildungsförderungsgesetz besonders bedürftige Schüler von berufsbildenden Vollzeitschulen und von gymnasialen Oberstufen. Mit dieser zusätzlichen Leistung des Landes Niedersachsens wurden die Kürzungen beim BAföG ausgeglichen.

(Dr. Ahrens [SPD]: Teilweise!)

— Teilweise ausgeglichen. Unser NAFöG ist das erste Landesgesetz, das nach den Kürzungen bei der Bundesausbildungsförderung in Kraft getreten ist. Es hat vielen anderen Bundesländern als Vorbild gedient. Nur, wir waren vom Umfang her mit Abstand an der Spitze und waren ein wenig stolz darauf. Wir konnten vielen Familien helfen. Das ist von diesen Familien in der Vergangenheit lobend anerkannt worden.

Ihnen allen ist die veränderte Haushaltslage bekannt. Deswegen haben wir das vorhin angesprochene Gesetz aufgehoben. Wir haben aber gleichzeitig gesagt, daß wir für das aufgehobene Gesetz eine vernünftige Nachfolgeregelung treffen wollen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf legen wir die versprochene vernünftige Nachfolgeregelung auf den Tisch, die immerhin 5 Millionen DM umfaßt.

(Dr. Ahrens [SPD]: Von vorher 31 Millionen!)

— Herr Ahrens, ich betone die 5 Millionen DM mit besonderem Stolz in einer schwierigen Haushaltslage.

(Wernstedt [SPD]: Das ist eine ganz makabere Diskussion!)

Die Lücke, die wir mit unserem Nachfolgegesetz schließen wollen, setzt bei dem von mir angesprochenen Personenkreis, nämlich bei den Berufsaufbauschülern und bei den Fachoberschülern mit Berufsabschluß, an. Alle diese Schüler wollen wir fördern, weil wir sie für hochmotiviert halten und weil wir ihren besonderen inneren Antrieb, erneut in eine schulische Ausbildung einzutreten, grundsätzlich gewürdigt sehen wollen. Als Beispiel nehmen Sie, meine Damen und Herren, einen technischen Zeichner, der seine Stelle gekündigt hat und der nach Abschluß einer Berufsausbildung erneut in die Schule geht. Er macht das ja nicht, weil er keine Lust mehr hat zu arbeiten, sondern weil er erkannt hat, daß er für sich und seinen Lebensweg weitermachen muß, um sich zu qualifizieren. Auf diesem nicht einfachen Weg müssen wir ihn unterstützen; denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß diese Schüler ganz besonders zielstrebig und ganz besonders sinnvoll arbeiten können. Wir wollen das auf alle Fälle unterstützen.

(Frau Deppe [Grüne]: Was soll sie denn tun?)

— Ich nehme Ihren Zwischenruf gern auf. Sie können in meinen Ausführungen immer das „innen“ hinzufügen. Ich bin gern bereit, das in Zukunft zu machen. Aber das ändert nichts an der grundsätzlichen Tatsache, liebe Frau Deppe.

(Frau Deppe [Grüne]: Das ist aber ein Unterschied!)

Wir wollen — das schlagen wir Ihnen in dem Gesetzentwurf vor — diese Schüler und Schülerinnen mit einem Satz von bis zu 300 DM monatlich fördern. Nun mögen Sie sagen, das sei zu wenig. Aber wir müssen bedenken, daß diese Schüler einen solchen Schritt vorplanen, daß ihnen die erneute Ausbildung nicht sozusagen auf den Tisch gelegt wird, nicht vom Himmel fällt, sondern daß sie sich, auch was den finanziellen Rahmen anbetrifft, darauf vorbereiten. Wir meinen, daß wir der Situation der Betroffenen gerecht werden, indem wir die 300 DM als eine angemessene Förderung bezeichnen.

Wenn dieses Gesetz erst zum Jahresende — nach einer ausreichenden Beratung — in Kraft tritt, dann sollen die Schüler ihre Ansprüche rückwirkend zum 1. Juli 1987 haben und alle Beträge

Klare

rückwirkend von diesem Zeitpunkt an erstattet werden. Leider werden wir durch diese Regelung viele Schüler, die vorher durch das NAFöG gefördert wurden, nicht mehr in die Förderung einbeziehen können. Ich sage das in aller Eindeutigkeit: Dies ist eine Leistungseinschränkung.

(Dr. Ahrens [SPD]: Deutlich!)

— Eine deutliche Leistungseinschränkung. — Aber wir müssen uns auch bewußtmachen, daß die Erziehungsberechtigten durch die Erhöhung des Kindergelds — ich spreche vom Kindergeldzuschlag für Berechtigte mit geringem Einkommen — und durch die Anhebung der steuerlichen Freibeträge entlastet worden sind bzw. in Zukunft entlastet werden. Außerdem, meine Damen und Herren, kann jeder hier im Hause, der sich mit Schulfragen befaßt, nachvollziehen, daß die Situation der „normalen“ Schüler natürlich ganz anders als die derjenigen Schüler ist, die von dem neuen Gesetz profitieren werden.

(Schröder [SPD]: Dann ist die Entlastung durch das Streichen weg?)

— Im Gegenteil, die Entlastung wird höher, Herr Schröder.

(Dr. Ahrens [SPD]: Das wissen Sie doch gar nicht!)

— Ich denke, das ist einfach zu berechnen, Herr Ahrens. Ich mache das gern mit Ihnen im Ausschuß. Dort müssen wir das ohnehin näher beraten.

(Frau Pistorius [SPD]: Machen Sie das doch einmal hier!)

Mit Artikel II dieses Gesetzentwurfs soll anstelle des § 163 des Niedersächsischen Schulgesetzes eine Regelung für das Ruhen der Schulpflicht solcher Schüler geschaffen werden, die nach einem mindestens einjährigen Besuch einer berufsbildenden Schule oder einer gleichwertigen schulischen Bildungseinrichtung keine weitere Berufsausbildung wahrnehmen können. Ich spreche damit die Frage der früheren Jungarbeiterklassen an. Ich meine, wir werden Einigkeit darüber erzielen, daß wir für diese Schüler eine vernünftige Regelung finden müssen.

(Kaiser [SPD]: Das ja!)

Darüber werden wir uns auseinandersetzen. Die Regelung, die in dem Gesetzentwurf enthalten ist, ist zur Zeit ohnehin geltendes Recht; nur ist sie bis 1988 befristet. Wir denken, daß wir das auf diesem Wege mit abhandeln können.

(Wernstedt [SPD]: Anstelle einer ordentlichen Novellierung des § 163?)

— Wir werden darüber reden! — Ich denke, daß eine ausführliche Beratung dieses Gesetzentwurfs not tut. Ich freue mich auf diese Beratung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Klare. Damit ist der Gesetzentwurf eingebracht. — Wir kommen zur Beratung. Um das Wort hat der Kollege Kaiser gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

Kaiser (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es grenzt schon an Zynismus, wenn CDU und FDP diesen Gesetzentwurf über Ausbildungsbeihilfen für Berufsaufbauschüler und Fachoberschüler als bildungs- und sozialpolitische Leistung feiern.

(Beifall bei der SPD.)

Tatsache ist nämlich, daß die Ausbildungsförderung für Schüler — wenn ich „Schüler“ sage, meine ich auch die Schülerinnen; sie jedesmal aufzuführen würde meine Redezeit um 30 % verlängern; deshalb bitte ich um Verständnis — unter ihrer Verantwortung rigoros zusammengestrichen worden ist. Noch 1982 wurden in Niedersachsen im Rahmen des BAFöG mit rund 300 Millionen DM 95 000 Schüler bzw. deren Familien unterstützt. 1984, nach der Änderung der BAFöG-Regelungen, erhielten in Niedersachsen nur noch 35 000 Schüler Förderungsleistungen, davon rund 14 000 Schüler im Rahmen des NAFöG. Das Förderungsvolumen sank insgesamt auf nur noch 107 Millionen DM, wovon rund 25 Millionen DM auf das NAFöG entfielen. Durchschnittlich, so hat uns die Landesregierung in der Antwort auf eine Anfrage mitgeteilt, wurden durch das NAFöG in den letzten Jahren jährlich 17 600 Schüler gefördert.

Mit der Aufhebung des Niedersächsischen Ausbildungsförderungsgesetzes im Sommer dieses Jahres werden endgültig nicht mehr gefördert Schüler der gymnasialen Oberstufe, die bei ihren Eltern wohnen, Schüler von Berufsfachschulen, des Berufsprüfungsjahres und des Berufsvorbereitungsjahres, die bei ihren Eltern wohnen, Fachschüler, die bei ihren Eltern wohnen, und Fachoberschüler der Klasse 11, die bei ihren Eltern wohnen. Das wird auch so bleiben, wenn der heute zur Debatte stehende Gesetzentwurf Gesetz werden sollte. Aber auch die Zahl der förderungsberechtigten Berufsaufbauschüler und Fachoberschüler — darauf möchte ich besonders hin-

weisen; das haben Sie zwar nicht so präzise gesagt, in Ihrer Begründung aber dennoch angemerkt — wird drastisch verringert. Sie sinkt wegen der durch das vorgesehene Gesetz beabsichtigten Förderungsbedingungen von 2 800 auf 1 700 Schüler. — Ich habe das nicht in Prozenten ausgedrückt, weil das für sich wirkt. — Bei aller Kritik, die an der Struktur des früheren NAFöG fortbesteht, bleibt festzustellen, daß in der Ausbildungsförderung ein weiterer Kahlschlag vollzogen worden ist. Statt bisher gut 17 000 Schüler können nach der vorgesehenen Novelle nur noch 1 700 Schüler gefördert werden. Das ist eine Quote von etwa 10 %. Man sollte in der Darstellung eines solchen Gesetzentwurfs also bescheiden sein.

Sosehr wir dafür sind — das will ich ausdrücklich betonen —, daß gerade die Schüler des sogenannten zweiten Bildungsweges unterstützt werden müssen, so sehr kritisieren wir, daß Sie die Folgen Ihrer falschen Finanz- und Steuerpolitik durch Kürzungen ausgerechnet hier zu Lasten der finanzschwächeren Familien ausbügeln wollen. Diese Politik ist unsozial und verringert mit Sicherheit Bildungschancen junger Menschen.

(Beifall bei der SPD.)

Versteckt in diesem Gesetz, wenn von Herrn Klare auch nicht verheimlicht, findet sich ein Änderungsentwurf für das Niedersächsische Schulgesetz. Ich weiß nicht, ob das der erste Akt der von Herrn Horrmann schon zu Beginn der Legislaturperiode angekündigten technischen Novellierung des Schulgesetzes ist, aber es ist eine.

(Frau Pistorius [SPD]: Klammheimlich!)

Sie betrifft den § 163. Er soll durch einen neuen Absatz 4 in § 52 ersetzt werden und entspricht im wesentlichen der bisherigen Regelung. Die bisherige Bestimmung regelte die Schulpflicht derjenigen Schüler, die keinen Ausbildungsvertrag haben. Sie erfüllten ihre Schulpflicht mit dem einjährigen Besuch einer berufsbildenden Schule mit Vollzeitunterricht, es sei denn, sie besuchten anschließend ein Berufsvorbereitungsjahr, ein Berufsgrundbildungsjahr oder traten in ein Ausbildungsverhältnis ein. Diese Regelung war bis 1988 befristet. Sie soll unbefristet weiterbestehen.

(Horrmann [CDU]: Zunächst!)

Dieser Vorschlag, meine Damen und Herren, stellt der Landesregierung ein berufsbildungspolitisches Armutszeugnis aus.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Klare, da Sie hier Anzeichen einer Öffnung haben erkennen lassen, will ich noch einmal versuchen, das deutlich zu machen: Seit Inkrafttreten des Niedersächsischen Schulgesetzes 1974 bestand Einigkeit darüber — jedenfalls habe ich das bisher geglaubt —, daß auch und gerade Jugendliche mit sozialen oder bildungsmäßigen Defiziten besonderer Förderung bedürften. Diese bildungspolitische Zielsetzung ergab sich sowohl aus der Befristung der 74er Regelung, die 1975 fortbestanden hat, als auch aus der Befristung der 1980 unter CDU-Verantwortung ins Schulgesetz aufgenommenen geänderten Bestimmung, die aber auch befristet war. Fachleute gehen davon aus, daß in Niedersachsen jährlich etwa 2 000 bis 3 000 Jugendliche in besonderer Weise gefördert werden müssen. Dieselben Fachleute — dazu gehört im übrigen auch der Landesausschuß für Berufsbildung — weisen darauf hin, daß sich die Chancen derer, die keine Berufsausbildung haben, am Arbeitsmarkt in Zukunft weiter verschlechtern werden.

Seit dem Inkrafttreten des Niedersächsischen Schulgesetzes hat die Landesregierung 13 Jahre Zeit gehabt, sich dieses Problems anzunehmen; sie hat sie nicht genutzt. Seit fast zwölf Jahren trägt die CDU dafür die Verantwortung; diese Verantwortung konnte sie zeitweise mit der FDP teilen. Was bedeutsam und was schade ist: Sie ist dieser Verantwortung nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Klare [CDU].)

— Ich sage schon etwas dazu, keine Sorge, und zwar mehr als Sie, Herr Klare. — Hätten wir nicht das vom sozialdemokratischen Bildungsminister Schmude initiierte Benachteiligtenprogramm gehabt, dann wäre die Situation katastrophal geworden.

(Beifall bei der SPD.)

Wir verlangen von Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, insbesondere aber von der Landesregierung, daß Sie Ihrer bildungspolitischen Verantwortung gerecht werden. Wir verlangen von Ihnen, daß Sie Vorschläge machen, wie diese jungen Menschen, von denen Sie behaupten — ich zitiere aus der Begründung des Gesetzentwurfs von CDU und FDP —, daß sie „nach dem Besuch einer einjährigen berufsbildenden Schule mit Vollzeitunterricht auf keinen Fall eine Berufsausbildung aufnehmen, eine weitere berufsbildende Schule besuchen oder an einer berufsqualifizierenden Sonderausbildungsmaßnahme teilnehmen“ wollen, fördern wollen.

Kaiser

Wir verlangen von Ihnen Vorschläge. Unsere Verantwortung für die Zukunftschancen auch dieser jungen Menschen gebietet es, durch geeignete Bildungsmaßnahmen Defizite abzubauen und berufliche Qualifizierung zu ermöglichen. Tun wir das nicht, machen wir uns schuldig.

(Beifall bei der SPD.)

Es zeugt — ich sage das mit aller Schärfe — von bildungspolitischer Inkompetenz, wenn Sie als einzige Antwort auf dieses Problem die vorzeitige Beendigung der Schulpflicht präsentieren. Wir können diesen Änderungsvorschlag nicht akzeptieren und werden uns in der Ausschlußberatung darum bemühen, Sie für eine bildungspolitisch annehmbare Regelung zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: So konstruktiv war Ihr Vorschlag auch nicht, den Sie eben gemacht haben! — Gegenruf von Kaiser [SPD]: Sie haben es nicht verstanden!)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Kaiser. — Das Wort hat der Kollege Graetsch.

Graetsch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Klare von der CDU hat die Grundlagen des eingebrachten Gesetzentwurfs deutlich gemacht. Man mag darüber streiten, was im Zeichen zurückgehender Finanzen, im Zeichen der Notwendigkeit größerer Sparsamkeit als Leistung zu bewerten ist. Auf jeden Fall haben wir es mit diesem Gesetzentwurf geschafft, für den Bereich aus der bisherigen Förderung, der uns als der wichtigste und der mit dem größten finanziellen Defizit erschien, eine Nachfolgeregelung anzubieten.

(Beifall bei der FDP.)

Auch wenn sie nur 10 % der bisher geförderten Schüler umfaßt, so ist dieses mehr als nichts.

(Lachen bei der SPD.)

Die Regelung betrifft diejenige Gruppe, von der wir in der Tat meinen, daß eine Förderung am notwendigsten ist, weil wir hier natürlich durch den bereits erzielten Berufsabschluß eine andere Altersstruktur und eine andere Lebenssituation haben als bei denjenigen, die eine normale gymnasiale Oberstufe oder in einer ähnlichen Altersgruppe andere Schularten besuchen.

(Zempel [SPD]: Unsozial ist das!)

— Das ist nicht unsozial, sondern dies ist im Zeichen größerer finanzieller Enge eine notwendige Konsequenz sich verändernder Strukturen.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Ich glaube, daß wir uns darüber hinaus auch zu dem, was zu Artikel II gesagt worden ist, in der Tat überlegen müssen, was denn die Alternativen sind. Wären wir nicht dazu übergegangen, die bisherige Regelung, die ja weitgehend unumstritten bis 1988 befristet war, jetzt in einem Gesetzentwurf fortzuschreiben, wäre die Konsequenz gewesen, daß diejenigen, die bei einem größeren Angebot an Lehrstellen und einer geringeren Zahl von Nachfragern die Chance hätten, einen Lehrberuf zu ergreifen, diese nicht ergreifen und gleichwohl drei Jahre lang eine Teilzeitberufsschule besuchen. Dieses ist nach zehn Schuljahren sicherlich keine sinnvolle Perspektive für diesen Personenkreis, obwohl man darüber nachdenken kann, inwieweit hier der Versuch gelingen kann, in eine bessere berufliche Tätigkeit einzusteigen. Ein Berufsschulbesuch ohne Lehre ist aber nun wirklich kein Ansatzpunkt, über den wir nachdenken sollten, zumindest dann nicht, wenn dieses von den Betroffenen nicht freiwillig so gesehen wird. Der Zwangsbesuch einer Berufsschule ohne Lehre ist für mich keine Alternative. Daß wir diesen Punkt künftig gesetzlich so regeln, halte ich schon für eine sinnvolle Sache.

Ich glaube, dies beides macht in der Tat deutlich, daß wir auch zukünftig im Bereich der Leistungsgesetze im Lande Niedersachsen an engere Grenzen stoßen. Eine Förderung, wie wir sie in Niedersachsen über einige Jahre im Rahmen des NAFöG vorgenommen haben und — zumindest in der Vergangenheit — auch geglaubt haben finanzieren zu können, hat es in der Form in keinem anderen Bundesland gegeben. Es ist immer leichter, Leistungsgesetze gar nicht erst zu schaffen, als solche Gesetze zu einem späteren Zeitpunkt auf ein realistisches Maß zurückzuführen. Wir befinden uns heute aber in der Situation, diesen Schritt tun zu müssen,

(Wernstedt [SPD]: Wobei Sie definieren, was realistisch ist! Das muß aber objektiv sein!)

wobei „realistisch“ durch das definiert ist — ich glaube, darüber brauchen wir jetzt keine allgemeine haushaltspolitische Debatte zu führen —, was wir an neuen Krediten aufnehmen können und was wir zu verausgaben haben.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Dies ist eine Diskussion, die wir im Zuge der Haushaltsplanberatungen mit Sicherheit an anderer Stelle noch werden führen müssen. Wir haben das Machbare im Rahmen sich verändernder Notwendigkeiten vorgeschlagen. Im Ausschuß werden wir über Einzelpunkte zu beraten haben. Ich bitte um eine intensive Beratung. Ich glaube, die Zielrichtung dieses Gesetzentwurfs ist klar. Aus unserer Sicht ist dies die Linie, die wir im Augenblick verfolgen müssen.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Vizepräsident Ravens:

Vielen Dank, Herr Kollege. — Das Wort hat die Kollegin Schreiner.

Frau Schreiner (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde von Schülerinnen sprechen; Schüler sind selbstverständlich mit gemeint.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Mit der niedersächsischen Ausbildungsförderung verhält es sich so: Zunächst hat man im Sommer ein Bein abgehackt, und sehr viel später erst werden die Krücken gezimmert, damit sich der arme Patient überhaupt ein wenig fortbewegen kann.

(Hildebrandt [FDP]: Rückwirkend ist das!)

Machen wir uns doch klar: Nach der Aufhebung des NAFöG hingen viele junge Leute, besonders solche aus der angesprochenen Adressatengruppe, völlig in der Luft. Sie haben ihre Arbeitsstelle gekündigt, um sich weiterzubilden, und zwar im Vertrauen auf das NAFöG. Aber da war erst einmal nichts. Nachträgliche Zahlungen helfen ja denen nicht viel, die kein Geld auf der hohen Kante haben.

(Klare [CDU]: So dumm sind die nicht!)

Nun zum Inhalt des Gesetzes. Erstens. Die Höhe der Beihilfe von durchschnittlich 250 DM entspricht in keiner Weise dem auch von den Koalitionsfraktionen anerkannten Bedarf. Dadurch verlängert sich natürlich die finanzielle und auch die soziale Abhängigkeit vom Elternhaus, die Sie doch gerade aufheben wollen, auf eine ungute Weise. Zweitens. Der Kreis der Empfängerinnen wurde drastisch eingeschränkt.

Wie problematisch die vollständige Herausnahme der Sek-II-Schülerinnen ist, haben die Grünen bereits in der Debatte vor der Sommerpause gesagt. Familienfreundlich ist das wirklich nicht, weil der längere Schulbesuch natürlich eine er-

hebliche finanzielle Belastung gerade für finanzschwache Eltern darstellt.

(Köneke [SPD]: Genau!)

Auch in dieser Hinsicht ergeben sich für das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, die sich selbständigen müssen, nicht gerade günstige Auswirkungen, und das Bürgerinnenrecht auf Bildung wird dadurch eingeschränkt.

Wir finden in dem Papier darüber hinaus auch eine ganze Reihe von Ungereimheiten. Warum soll eigentlich der Elternfreibetrag nach § 25 a BAföG entfallen? Dabei handelt es sich um die Erhöhung des Freibetrages um 50 % in den Fällen, in denen das Kind eine abgeschlossene Berufsausbildung hat. In vielen Fällen gibt es überhaupt keine „besonderen Gründe“ für das Fortbestehen der elterlichen Unterhaltspflicht; denn man wird nicht davon ausgehen können, daß — wie die Rechtsprechung in der Vorlage interpretiert wird — die Mehrheit der Berufsaufbauschülerinnen vorher durch die Eltern in eine Berufsausbildung gedrängt worden ist. Diese Schülerinnen haben doch genau das getan, was ihnen empfohlen wird, nämlich sich eine solide Berufsausbildung verschafft.

(Zustimmung von Frau Hammerbacher-Richter [Grüne].)

Diese Jugendlichen haben sich verselbständigt und müssen nun doch wieder ihre Eltern in erheblichem Maße zur Kasse bitten; denn mit maximal 300 DM kann man natürlich keinen Haushalt führen.

Entgegen dem, was aus der Begründung herauszulesen ist, handelt es sich aber auch nicht um eine elternunabhängige Förderung. Die Beihilfe stellt ausdrücklich auf Eltern mit niedrigem Einkommen ab. Wo bleibt im übrigen — das nur am Rande — in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung mit dem berühmt-berüchtigten Mittelstandsloch? Heute morgen war der Mittelstand hier großes Thema; aber bei dem vorliegenden Gesetzentwurf haben Sie sich um diese Frage gar nicht gekümmert. Es ist ein reales Problem, daß die Freigrenzen so niedrig angesetzt sind, daß viele Familien mit mehreren Kindern natürlich ungeheuer zu knapsen haben.

Ergebnis meiner Lektüre des Textes: Die Regelungen werden mit Bezug auf das BAföG gerade immer so getroffen, daß die allerbilligste Lösung herauskommen kann. Die Lasten haben die jungen Leute bzw. deren Familien zu tragen.

(Zuruf von der FDP.)

Frau Schreiner

Ich meine, wer sich, wie Sie, so vollmundig auch zur Weiterbildung bekennt und sagt, dies seien ganz besonders engagierte junge Leute, der müßte deren Bemühungen doch auch materiell anständig untermauern.

(Zuruf von Klare [CDU].)

Ich komme zum zweiten Teil. Ich muß Ihre Aufmerksamkeit noch ein bißchen beanspruchen. Das liegt aber nicht an mir, sondern gewissermaßen an dem blinden Passagier, den die Koalition in das Gesetz über Ausbildungsbeihilfen eingeschmuggelt hat. Mir war es neu, daß man so etwas so machen kann. Ich denke aber, daß Sie nicht so klammheimlich davonkommen werden. Da soll bei solchen Jugendlichen widerruflich die Schulpflicht ruhen können, die dem Berufsschulunterricht wegen mangelnder Kenntnisse der deutschen Sprache nicht zu folgen vermögen. Daß man Aussiedlerkinder und ausländische Jugendliche ohne Deutschkenntnisse nicht einfach in eine Berufsschulklasse stecken kann, leuchtet natürlich ein. Höchst bedenklich ist es aber, keine Auffangregelung einzuarbeiten, die sicherstellt — nicht ins Belieben stellt —, daß solche Jugendlichen sprachlich und fachlich in besonderen Maßnahmen gefördert werden.

(Beifall bei den Grünen.)

Ein weiterer Punkt — den hat Herr Kaiser schon angesprochen; er hatte ja mehr Zeit, das auszuführen — betrifft die vorzeitige Beendigung der Schulpflicht für einen Personenkreis — ich erspare es mir, das zu zitieren —, der ja schon nach der Regelung von 1980 von der Schulpflicht befreit war.

(Glocke des Präsidenten.)

Das ist in dem Sinne also nichts Neues. Wir hatten ja vor 1980 das Problem der Jungarbeiterinnenklassen. Das mit den Jungarbeiterinnenklassen war nicht besonders befriedigend. Auffällig an der Regelung, die jetzt einfach fortgeschrieben werden soll, ist doch, daß hier der freie Wille so hochgehalten wird, ohne daß die Bedingungen für diese Willensbildung bei den jungen Leuten geklärt werden.

Vizepräsident Ravens:

Frau Kollegin Schreiner, ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Frau Schreiner (Grüne):

Ich komme zum Schluß. — Wir wären auch nicht für Zwang, aber unbedingt für Regelungen, die das Vorhalten von Angeboten an diese bildungs-

ferne bzw. bildungsmüde Gruppe von jungen Leuten festschreiben. Mit guten Methoden — ich nenne z. B. das Benachteiligtenprogramm und die Jugendarbeitslosigkeitsprojekte — lassen sich Wunder bewirken. Nur, das kostet eben Geld. Sie haben sich in diesem Fall aber für die billige Lösung entschieden. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich beantrage im übrigen, daß dieser Gesetzentwurf zur Beratung auch an den Kultusausschuß überwiesen wird. Ich glaube, der Ältestenrat hat es übersehen, daß es sich da — wie gesagt — um diesen blinden Passagier handelt. Ich nehme an, das ist unstrittig. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Ich schließe damit die Beratung, und wir kommen zur Ausschußüberweisung. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Wissenschaft und Kunst zur federführenden Beratung und zur Berichterstattung und dem Ausschuß für Haushalt und Finanzen zur Mitberatung zu überweisen.

(Kaiser [SPD]: Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident!)

— Herr Kollege Kaiser!

Kaiser (SPD):

Ich weise nur darauf hin, daß dieser Gesetzentwurf im Einzelplan 07 ausdrücklich erwähnt ist und dort einen eigenen Titel hat. Von daher verstehe ich überhaupt nicht, wieso dieser Gesetzentwurf im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst federführend beraten werden soll. Dies sollte im Kultusausschuß geschehen.

Vizepräsident Ravens:

Ich sehe bei den Fraktionen Einverständnis darüber. Dann schlage ich vor, daß wir diesen Gesetzentwurf zur federführenden Beratung und zur Berichterstattung an den Kultusausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst sowie an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen überweisen.

(Frau Deppe [Grüne]: Der Frauenausschuß muß da auch mit rein!)

Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist

einstimmig so beschlossen. Herzlichen Dank. Damit ist der Punkt 4 abgeschlossen.

Ich rufe auf den Punkt 5 der Tagesordnung:

Zweite Beratung: Erfassung und Erforschung von Umweltbelastungen und Aufbau eines Beratungsdienstes — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/941 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 11/1548

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 941 wurde in der 22. Sitzung am 30. April 1987 an den Ausschuß für Umweltfragen zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Augustin. Ich erteile ihm das Wort.

Augustin (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie aus der Drucksache 1548 ersichtlich, empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Umweltfragen, den Antrag der Fraktion der SPD, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, die Erfassung und die Erforschung von Umweltbelastungen zu intensivieren sowie einen flächendeckenden Beratungsdienst aufzubauen, abzulehnen.

Anknüpfend an die grundsätzlichen Ausführungen anlässlich der ersten Beratung des Antrages in der Plenarsitzung am 30. April 1987, legten Sprecher der SPD-Fraktion in den Ausschußberatungen dar, der Antrag sei vorgelegt worden, weil die SPD-Fraktion die durch verheerende Umweltkatastrophen ausgelösten Sorgen der Bevölkerung sehr ernst nehme. Sie halte es deshalb für erforderlich, den Bürgern korrekte und umfassende Informationen über die Belastung von Lebensmitteln, über die Auswirkungen der Umweltbeeinträchtigungen auf den Menschen und über den Grad der Schädigung der natürlichen Umwelt an die Hand zu geben. Ziel des Antrags sei es, die Landesregierung zur Schaffung der dazu notwendigen Erfassungs- und Überwachungssysteme aufzufordern.

Der Sprecher der Ausschußmitglieder der CDU-Fraktion hielt dem entgegen, bevor man sich neuen Forderungen zuwende, sei es zunächst einmal nötig, festzustellen, welche Daten bereits vorlägen. So habe die Landesregierung etwa auf die

„Saubere Luft und Gesundheitsvorsorge“ sowie „Gesundheit und Umwelt“ überschriebenen Entschliefungen des Landtages der 10. Wahlperiode vor kurzem die angeforderten Antworten vorgelegt. Diese entsprächen in weiten Teilen bereits den Forderungen des nun vorliegenden Antrages. Insoweit bedürfe es folglich keiner weiteren Daten mehr. Des weiteren halte es seine Fraktion für sinnvoll, festzustellen, was die Landesregierung zwischenzeitlich darüber hinaus veranlaßt habe.

Um eine Stellungnahme gebeten, erläuterte der zuständige Ministerialbeamte daraufhin den gegenwärtigen Stand der Überlegungen der Landesregierung zu den im Antrag im einzelnen erhobenen Forderungen:

Es sei geplant, neben den bereits vorhandenen Erfassungs- und Überwachungssystemen wie dem Lufthygienischen Überwachungssystem, dem Gewässerüberwachungssystem und dem Kernreaktorfernüberwachungssystem in absehbarer Zeit noch ein Radioaktivitätsmeßnetz aufzubauen. Soweit rechtlich vertretbar, seien die vorhandenen Meßergebnisse dieser Systeme in den einschlägigen Schriftenreihen bislang schon veröffentlicht worden. Dies werde auch künftig geschehen.

Einzuräumen sei, daß die Erforschung der Belastungen und der Folgen von Umweltbeeinträchtigungen für Mensch und Natur noch am Anfang stehe und deshalb noch viel zu tun übrigbleibe. Die Landesregierung denke aber zum Beispiel daran, ein Bodenschutzkonzept zu erstellen. Insofern renne die SPD mit ihrem Antrag offene Türen ein.

Um zu einer wirksamen Verbesserung der Verbraucherberatung zu kommen, arbeiteten die zuständigen Ressorts derzeit an einer Leitlinie, die Vorgaben für die künftige Verbraucherberatung enthalten werde.

Die Vertreter der SPD im Ausschuß vermochten in den Ausführungen des Ministerialvertreters zwar Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung, nicht jedoch in der Umsetzung zu erkennen. Insgesamt — so führten sie aus — sei deutlich geworden, welch großer Nachholbedarf hinsichtlich zusätzlicher Informationen bestehe. Deshalb gebe es durchaus einen Handlungsbedarf im Sinne der Forderungen ihres Antrages.

Demgegenüber vertraten die der CDU angehörenden Ausschußmitglieder den Standpunkt, daß der Landtag nicht veranlaßt werden sollte, im Sinne des Antrages der SPD-Fraktion auf die Landesregierung einzuwirken; denn die Ausführungen des Ministerialvertreters hätten gezeigt, daß für

Augustin

die Erfassung und die Erforschung von Umweltbelastungen alles Erdenkliche getan werde. Einer weiteren Entschließung bedürfe es jedenfalls nicht.

Mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der FDP empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Umweltfragen deshalb, den Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen.

Der mitberatende Ausschuß für Haushalt und Finanzen hat sich dieser Empfehlung mit dem gleichen Stimmenverhältnis angeschlossen.

Namens des Ausschusses für Umweltfragen bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 1548 zuzustimmen.

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Augustin, für den Bericht. — Wir kommen zur Beratung. Das Wort hat der Abgeordnete Schack.

Schack (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Augustin hat eben unter anderem auf die Antworten der Landesregierung auf Initiativen aus der letzten Legislaturperiode in der Drucksache 11/1348 hingewiesen, hat aber vergessen, hinzuzufügen, daß bei all dem, was dort auf vielen Seiten steht, auch die Landesregierung damals noch sagte — das ist heute im Grunde genommen noch der gleiche Text —, bei der Erfassung und Erforschung von Umweltbelastungen ständen wir erst am Anfang unserer Arbeit. Insofern, meine ich, muß dies auch ins richtige Licht gerückt werden.

(Beifall bei der SPD. — Adam [SPD]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, als wir unseren Antrag „Erfassung und Erforschung von Umweltbelastungen und Aufbau eines Beratungsdienstes“ im April eingebracht haben, war seitens der Koalitionsfraktionen durchaus Zustimmung signalisiert worden. Im Rückblick denke ich mir jetzt, daß dies wohl daran lag, daß damals, Ende April, überall vom Jahrestag von Tschernobyl gesprochen und die schreckliche Katastrophe vom April 1986 allen noch einmal in Erinnerung gerufen wurde. Dieses Erinnerungsvermögen ist bei der CDU und bei der FDP jetzt wohl der totalen Vergeßlichkeit gewichen. Deshalb rufe ich noch einmal in Erinnerung, daß nach unserem Antrag neben den vorhandenen und von mir auch anerkannten Meßsystemen weitere Erfassungen und Überwachungssysteme zur Ermittlung der Belastung der natürlichen Umwelt und der Belastung

von Lebensmitteln aufgebaut werden sollen und daß die Meßdaten öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Wir sprechen uns nach wie vor dafür aus, daß die Erforschung der Belastungen und der Folgen von Umweltbeeinträchtigungen für Mensch und Natur zu intensivieren sind. Dies kann durch Vergabe von Aufträgen im Zusammenhang mit der medizinischen Forschung und durch eine gezielte Erforschung insbesondere der langfristigen Auswirkungen des Reaktorunfalls in Tschernobyl sowie weiterer Umweltkatastrophen der jüngsten Vergangenheit durch Chemieunfälle an deutschen Flüssen auf die Gesundheit geschehen.

Da die Landesregierung — wie der Berichterstatter vorhin vorgetragen hat — selber äußert, daß sie auf diesem Gebiet erst am Anfang stehe und noch vieles getan werden müsse, sollten die Koalitionsfraktionen eigentlich froh sein, daß die Opposition entsprechende Anträge einbringt,

(Zustimmung bei der SPD)

damit hier endlich einmal von allen Parteien getragene richtungsweisende Beschlüsse in der Umweltpolitik zum Nutzen und Wohle unserer Bürger gefaßt werden können.

In diesem Zusammenhang weise ich auch noch einmal darauf hin, daß wir trotz großer Sprüche von zwei Bundesumweltministern immer noch einen ganzen Güterwaggon voll verseuchten Molkepulvers bei Herrn Remmers im Hinterhof stehen haben.

(Heiterkeit.)

Dieses Problem, meine Damen und Herren, sollten wir nicht verdrängen; es sollte uns jederzeit gegenwärtig sein.

Wir sprechen uns mit Nachdruck dafür aus, daß vorrangig in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale und den landwirtschaftlichen Beratungsstellen sowie den Kommunen ein flächendeckendes Beratungsnetz, insbesondere für Verbraucher und Landwirte, durch den Aufbau von Beratungsstellen und die Zurverfügungstellung weiteren Informationsmaterials geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD.)

Wie wir erfahren haben, ist für die Landesregierung die Verbraucherzentrale ein zentraler Punkt im Hinblick auf diese Beratungsdienste. Aber auch diesbezüglich sind die Koalitionsfraktionen noch meilenweit davon entfernt, wirkliche Probleme zu erkennen und anzugehen. Auch hierbei kommt wieder die Vergeßlichkeit zum Vorschein.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, wir werden nicht darin nachlassen, den Handlungsbedarf immer wieder einzuklagen.

(Reckmann [SPD]: Sehr richtig!)

Zu gegebener Zeit werden wir dieses Thema und das Abstimmungsverhalten der CDU und der FDP in Erinnerung rufen.

(Adam [SPD] und Reckmann [SPD]: Jawohl!)

Uns geht es nach wie vor darum, die vorhandenen Ängste und Versicherungen — — Verunsicherungen der Bevölkerung

(Kuhlmann [CDU]: „Versicherung“ war schon richtig!)

gerade durch die verheerenden Umweltkatastrophen der Vergangenheit sehr ernst zu nehmen, darauf zu reagieren und — wo nur möglich — Vorsorge zu treffen. Im Interesse der Bevölkerung ist es dazu nach unserer Vorstellung notwendig, Informationen zu sammeln und diese einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen sowie eine unabhängige Beratung zu gewährleisten. Wie wichtig dies ist, davon zeugen heute, eineinhalb Jahre nach Tschernobyl, immer wieder Zeitungsmeldungen über radioaktiv verseuchte Nahrungsmittel. Die Diskussion zu diesem Thema wird anhalten, auch und gerade vor dem Hintergrund der Festsetzung neuer meines Erachtens katastrophaler Grenzwerte bei Nahrungsmitteln durch die EG. Ich bitte trotz Ablehnung durch die Mehrheit im Umweltausschuß hier im Plenum um Zustimmung. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Das Wort hat die Kollegin Frau Langendorf.

Frau Langendorf (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Zunächst möchte ich sagen, was mich an diesem Antrag stört. Ich finde, er ist innerhalb der SPD-Fraktion ein ziemlich klägliches Überbleibsel von einem Anliegen, das einmal von einer Bürgerinitiative an beide Oppositionsfraktionen herangetragen worden ist

(Bartels [SPD]: Was haben Sie denn gemacht?)

mit der Zielsetzung, einen Parlamentsbeauftragten einzusetzen

(Schack [SPD]: In der Beziehung sind wir doch rübergekommen!)

— nein, das stimmt nicht! —, um die Folgen von Tschernobyl aufzuarbeiten. Das ist das eine.

Zum anderen habe ich in diesem Hause vor nicht allzu langer Zeit schon einmal dargelegt, daß das Anliegen von Datenfriedhöfen politisches Handeln nicht ersetzen kann.

(Beifall bei den Grünen.)

Und dieser Antrag sieht mir schwer nach einem Anliegen von Datenfriedhöfen aus. Außerdem steckt ein sehr technisches Verständnis von Umwelt darin. Ich denke, wir müssen uns damit abfinden, daß wir nicht alles werden erforschen oder messen können. Es wird insbesondere im ökologischen Bereich, auch was die Radioaktivität betrifft, immer Abschätzungen von Risiken geben. Da muß nicht mehr gemessen werden, sondern da muß die Devise heißen: im Zweifelsfalle nein.

(Beifall bei den Grünen.)

Was die Umweltdaten betrifft, so sind in diesem Antrag außerdem nur sehr global gefaßte Forderungen enthalten. Es sind nicht die Defizite benannt worden. Es ist nicht gesagt worden, welche konkreten Schritte mit welchem Finanzvolumen eingeleitet werden sollen. Der Antrag ist sehr allgemein gehalten. Das finde ich sehr unbefriedigend.

Nun aber zu den Herren und Damen der Zählgemeinschaft. Ich benutze diesen Begriff inzwischen mit um so größerem Genuß, seit ich sehe, wie sich die Abgeordneten der Zählgemeinschaft in den Ausschüssen immer so nett vertreten.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Was stört Sie eigentlich an diesem Antrag?

(Kuhlmann [CDU]: Was stört Sie eigentlich an der Zählgemeinschaft?)

So windelweich, wie der formuliert ist, tut er doch eigentlich niemandem weh; er könnte glatt auch aus Ihrer Feder stammen.

(Oh! bei der SPD. — Frau Tewes [SPD]: Da sehen Sie mal, wo die Schwachstelle bei denen ist!)

Im übrigen habe ich eben mit Vergnügen der Berichterstattung die Formulierung entnommen, daß von seiten des Ministeriums gesagt worden sei, die SPD renne hier offene Türen ein. Da frage ich mich: Wem tut dieser Antrag eigentlich weh? Ich finde, es ist schon ein merkwürdiges Verständnis dieses Parlaments, hier zu sagen: Das Ministerium tut ja alles Erdenkliche. Von daher ist es unsinnig, daß auch der Landtag noch einmal tätig wird. — Ich denke, es ist auch gerade Auf-

Frau Langendorf

gabe der Koalitionsfraktionen, politische Anliegen, die vielleicht schon laufen, zu unterstützen und zu beschleunigen.

(Beifall bei den Grünen.)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Dieser Antrag nützt herzlich wenig, aber er schadet auch nichts. Daher werden wir ihm zustimmen.

(Kuhlmann [CDU]: Das ist vielleicht eine Methodik!)

Damit werden nämlich Sie von der Zählgemeinschaft als notorische Neinsager dastehen, zu denen Sie uns immer gern machen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Das Wort hat der Kollege Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Langendorf, den Anfang Ihrer Rede habe ich mit großer Genugtuung gehört. Ich könnte auch bestätigen

(Frau Langendorf [Grüne] spricht mit ihrem Fraktionskollegen Trittin)

— wenn Sie mir zuhören würden, würden Sie das auch verstehen können —, daß dieser Antrag durchaus ein klägliches Versuch war, der Bevölkerung im Bereich der öffentlichen Aufklärung über die unterschiedlichen Gefährdungen eine Hilfe zu geben.

(Frau Langendorf [Grüne] spricht weiter mit ihrem Fraktionskollegen Trittin.)

— Frau Langendorf, ich bin wirklich etwas irritiert darüber, daß Sie sich, während ich versuche, auf Ihre Rede einzugehen, mit Ihrem Kollegen Trittin unterhalten, vor allem weil ich in diesem Falle wirklich einmal eine Übereinstimmung in der Beurteilung festgestellt habe.

Ich habe nicht vergessen — wenn uns das hier vorgeworfen worden ist —, was nach Tschernobyl geschehen ist. Ich habe aber auch nicht vergessen, daß durch die Meldung vieler Zahlen, die die Bevölkerung gar nicht alle nachvollziehen, umsetzen und verstehen konnte, eine größere Verunsicherung in die Verbraucherkreise hineingetragen worden ist, als wenn die Bevölkerung nur in größeren Abständen die einfache und klare Antwort bekommen hätte: Lebensmittel, soweit sie bei uns auf dem Markt sind, sind unbedenklich, oder die und die sind bedenklich. Aber der Wust der Zahlen, die von Berufenen oder Unberufenen ge-

nannt worden sind, hat eine noch größere Verunsicherung in die Bevölkerung hineingetragen.

(Beifall bei der FDP.)

Trotzdem meine ich, daß wir bei dieser Arbeit tatsächlich erst am Anfang stehen und daß hier sehr viel mehr gemacht werden müßte, damit die Bevölkerung über die Gefahren unterrichtet wird. Diese Unterrichtung muß dann richtig, rechtzeitig und schnell geschehen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Das passiert aber nicht. Aus der Stadt Hannover-Münden kann ich sagen, daß die Bevölkerung in der Zeit, als dort noch eine städtische Meßstation, die die Luftverschmutzung maß, stand, täglich über die Zeitung informiert worden ist. Seitdem das LÜN-System aufgebaut ist und in Hannover-Münden ein Wagen der Landesregierung steht, erfahren wir nur noch einmal im Monat etwas, und zwar nur Durchschnittswerte zu einem Zeitpunkt, zu dem es schon zu spät ist.

Ich teile die Kritik, die wohl dazu geführt hat, diesen Antrag einzubringen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Ich teile auch die Kritik von Frau Langendorf, daß dieser Antrag nichts bewirkt. Ich ziehe daraus aber eine andere Schlußfolgerung, nämlich die, daß wir diesem Antrag nicht zustimmen, sondern der Beschlußempfehlung des Ausschusses folgen werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege.

Ich bin ganz sicher, daß die Besprechungen, die im Plenarsaal geführt werden, sehr wichtig sind. Sie würden aber dem Fortgang der Beratungen dienen, wenn Sie diese wichtigen Besprechungen außerhalb des Plenarsaales führen würden. — Schönen Dank.

Nun hat der Kollege Toborg das Wort.

Toborg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schack hat für die antragstellende SPD-Fraktion seine Enttäuschung darüber geäußert, daß die CDU- und die FDP-Fraktion nach anfänglicher, wie er sagte, positiver Einschätzung des Antrages ihn nunmehr ablehnen. Herr Schack, Sie haben in den Ausschußberatungen, aber auch durch die damalige Antwort der Lan-

desregierung doch wohl gemeinsam mit uns die Erkenntnis gewinnen können, daß Sie mit diesem Antrag offene Türen einrennen, so daß von daher eine Ablehnung durch uns begründbar erscheint.

Der Antrag war — Frau Langendorf hat es angedeutet — im wesentlichen vor dem Hintergrund der Ereignisse um Tschernobyl formuliert worden. Das, was in dem Antrag noch steht, hätte von der Sache her vielleicht umfangreicher sein können. Die Landesregierung hat auch im Umweltausschuß dargelegt, daß sie das ganze Spektrum, das in der Begründung des Antrages aufgeführt ist, sehr wohl kennt. Wir haben mit den in diesem Bereich tätigen Landesämtern, mit dem LÜN-System und wie die Untersuchungsprogramme heißen jene Bereiche abgedeckt, die gemessen werden sollten und die untersuchungswürdig sind.

In der Nähe der Kernkraftanlagen wird eine Umgebungsüberwachung durchgeführt, die für jene, die in der Umgebung dieser Anlagen wohnen, verlässlich ist. Es gibt die Kernreaktorfernüberwachung. Für die Einrichtung eines Meßdatenüberwachungssystems hinsichtlich der Radioaktivität bestehen allerdings erst Planungen.

Damit komme ich zu einem weiteren Komplex. Sie haben gesagt, die Bürger brauchten diese Daten, und die Landesregierung möge sich jener Institutionen bedienen, die bürger- und verbraucherberatend tätig seien. Dabei ist es in der Tat wichtig, daß diese Institutionen auch personell so ausgestattet sind, daß sie dieser Aufgabe gerecht werden können.

Was wir im Zusammenhang mit den Ereignissen um Tschernobyl an nicht stichhaltigen Aussagen von freischaffenden Institutionen und freischaffenden Künstlern erlebt haben,

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

ist inzwischen Legion geworden. Ein wenig habe ich den Eindruck, daß Grüne und Teile der SPD noch immer von den überzogenen Hinweisen und von diesen Verunsicherungen zehren, die in dieser Zeit aufgetreten sind. Wir wollen diesen Weg nicht mit beschreiten. Wir verweisen auf die Antwort der Landesregierung im Ausschuß. Wir meinen, daß wir auf dem Sektor der Umweltforschung und der Erforschung der Wirkung von Umweltbelastungen im Benehmen mit der Bundesregierung weitergehen müssen. Hier ist sicherlich einiges zu tun. Auch dieses Feld wird aber zweckmäßigerweise in Abstimmung mit den anderen Bundesländern und insbesondere mit der Bundesregierung beackert werden. Darauf setzen

wir, und darauf verlassen wir uns. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1548 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 941 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Beschlußempfehlung des Ausschusses angenommen.

Wir kommen zu Punkt 6 unserer Tagesordnung:

Erste Beratung: Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zur Vernichtung von Wildkräutern — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/1429

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Meine Damen und Herren, es gibt viele Kolleginnen und Kollegen, die zuhören möchten. Diejenigen, die das nicht möchten, können den Saal auch leise verlassen. Das geht dann viel besser. Wir kommen dann besser miteinander zurecht.

Für die Beratung des Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zehn Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Antrag wird eingebracht von der Kollegin Frau Heyer. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Heyer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Umdenkungsphase, die beginnt und schon fortgeschritten ist, in der immer mehr Bürger sich selbst in die Pflicht nehmen und Wildkräuter zu dulden beginnen — mehr kann man eigentlich noch nicht sagen; das heißt doch wohl, ihren anerzogenen Sinn für unnatürliche Ordnung langsam überwinden —, in der sie übermäßig störenden Pflanzenwuchs wieder — mühsam, muß man sagen — durch Handarbeit beseitigen und in der ganz langsam im Bewußtsein der Bürger, aber auch vieler Behörden — darauf lege ich besonderen Wert —, aus dem bisherigen Unkraut eine

Frau Heyer

respektierte Pflanze wird, klingt all das, was ich Ihnen, meine Damen und Herren, jetzt berichten werde, kaum glaubhaft.

Im Mai dieses Jahres hat der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regelungen in Kraft gesetzt, die den Einsatz von chemischen Mitteln auf unbewirtschafteten Flächen erleichtern. Die Gemeinden werden ermächtigt, zu bestimmen, daß Nutzungsberechtigte Unkräuter beim Massenauftritt — so wird das genannt — zu vernichten haben, wenn die nachbarschaftliche Nutzung und Pflege beeinträchtigt werden. Eine solche Verordnungsermächtigung ist überhaupt nicht erforderlich. Durch die ausdrückliche Aufnahme in die Verordnung erhält sie den Charakter einer Aufforderung. Allein das ist schon bedenklich. Da dieser neuen Verordnung zur Durchführung des Pflanzenschutzgesetzes vom 8. Mai dieses Jahres wohl nicht allzu viele Hindernisse im Wege stehen, wird die Genehmigung zum Einsatz dieser Pflanzenschutzmittel den Naturschutzbehörden entzogen. Die Gemeinden brauchen lediglich das Einvernehmen mit dem Pflanzendienst der Landwirtschaftskammer herzustellen. — Meine Damen und Herren, dann werden alle jene Zeitgenossen obenauf sein, die kein wildes Hälmlchen in ihrem Ziergarten dulden, die jede Woche einmal zur Spraydose greifen und am liebsten ihre Gartenwege bohnenwürden.

(Oestmann [CDU]: Wissen Sie, daß es sich darauf nicht bezieht?)

— Herr Oestmann, ich kenne solche Leute; darum habe ich Bedenken.

Alle Bemühungen der Naturschutzverbände, der Kleingartenberater, der Umweltberater, der Fachzeitschriften und auch der kommunalen Spitzenverbände sind vergeblich, wenn irgendein Bürger oder irgendeine Institution auf Anordnung „von oben“ angehalten wird, Wildwuchs chemisch zu vernichten. Diese ausdrückliche Ermächtigung der Gemeinden fördert, wie wir befürchten, die Vernichtung des Wildpflanzenwuchses auf brachliegenden Flächen allein deshalb, weil es immer Leute gibt, die Wildwuchs stört und die sich dann auf eine solche Verordnung berufen können. Sie bringen damit auch jene Gemeinden in Druck, die Brachland als artspezifischen Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen anerkennen und dulden möchten.

(Vajen [CDU]: Haben Sie auch Disteln und Brennesseln bei sich im Garten?)

Der Begriff „Massenaufreten von Unkräutern“ ist zudem so unbestimmt, daß man ihn je nach Lage und Interesse so oder so interpretieren kann, zumal die Naturschutzbehörden nun nicht mehr damit befaßt werden sollen.

Mit dem Runderlaß des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 30. April 1987 über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der niedersächsischen Straßenbauverwaltung werden auch dort alle guten Ansätze der sparsamen Benutzung chemischer Mittel zunichte gemacht. Die Geltungsdauer des Vorläufererlasses war auf vier Jahre bis zum 31. Dezember 1986 begrenzt, um den Straßenbauverwaltungen Zeit zu geben, die Unterhaltungsmaßnahmen von der chemischen auf die mechanische Behandlung umzustellen. Gleichzeitig sollte in dieser Zeit der Verbrauch von Chemikalien kontinuierlich gesenkt werden. Das ist tatsächlich auch gelungen.

(Vajen [CDU]: Der ist auch gesenkt worden, erheblich sogar!)

Es hat Erfolge gegeben. — Das war der richtige Weg, Herr Vajen. Den gibt man jetzt auf.

(Vajen [CDU]: Wer sagt denn, daß das aufgegeben wird?)

Der neue Erlass ist zeitlich nicht begrenzt, und es muß befürchtet werden, daß auch dadurch der Einsatz von Pflanzenbehandlungsmitteln eher wieder zunehmen wird.

In der Septembersitzung, als die SPD-Fraktion ihre Naturschutzgesetzesnovelle eingebracht hat, sprachen wir über den Schutz der Natur vor weiterer Verarmung, über das dringliche Gebot, das Artensterben aufzuhalten. Als wichtigste Ursache des Artensterbens benennt der Sachverständigenrat für Umweltfragen die Intensivierung der Landwirtschaft, insbesondere den Einsatz chemischer Pflanzenbehandlungsmittel. In der letzten Plenarsitzung wurde uns während der Beratung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zum Grundwasser- und Bodenschutz bereits berichtet, daß Rückstände aus Pflanzenbehandlungsmitteln im Grundwasser gefunden worden seien. Nur vorbeugen helfe dagegen, sagte dazu der Umweltminister. Aber was sagt er nun wohl zu den Regelungen seines Ministerkollegen?

Die gültigen Gebrauchsanleitungen, Anwendungsvorschriften und sonstigen Hinweise sind jedenfalls kein ausreichender vorbeugender Schutz. Viele der überwiegend im Labor entwickelten Anwendungskriterien für Pflanzenbe-

handlungsmittel haben sich — das ist nachgewiesen — in der Praxis als falsch erwiesen.

(Vajen [CDU]: Wo haben Sie das denn gelesen?)

— Das sage ich Ihnen gleich. — Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Ich benutze dazu nicht die aufsehenerregenden Befunde in den Grundwässern Amerikas und auch nicht die von Herrn Reckmann beim letztenmal angeführten Befunde aus Berlin, weil Ihnen das nicht gefallen hat, Herr Vajen.

(Vajen [CDU]: Sie distanzieren sich auch von Herrn Reckmann?)

Ich benutze als Beispiel eine wissenschaftliche Untersuchung zu einem kleinen, nur ackerbaulich genutzten Gebiet des Vorharzes, also in Niedersachsen.

(Ronsöhr [CDU]: Wo denn?)

Dort wurde erst in einer Bodentiefe von 60 cm das Pflanzenschutzmittel Aldrin vorgefunden. Das ist ein Hinweis darauf, daß Aldrin, das seit 1981 verboten ist,

(Ronsöhr [CDU]: Na bitte!)

wahrscheinlich vor 1981 dort angewendet wurde. Nach Tests und Laborversuchen sollte Aldrin aber nur eine Halbwertszeit von vier Monaten haben. Das heißt, es hätte 1984, als die Untersuchungen stattfanden, längst verschwunden sein müssen. Es war aber durchaus noch vorhanden, erst ab 60 cm Tiefe, wie das nach einem Abstand von mehreren Jahren zu erwarten war, aber auch noch in 2 m Tiefe im Sickerwasser.

Mit Berichten z. B. über die Chemikalie Atrazin ließe sich das noch weiter vertiefen. Aber das können Sie selbst in der „Spiegel“-Ausgabe dieser Woche von Seite 39 an nachlesen.

Die Bundesregierung hat 1986 die Trinkwassergrenzwerte der EG-Richtlinie übernommen. Das heißt: Von 1989 an sind praktisch alle Pflanzenschutzmittelreste im Trinkwasser verboten. Nun befürchtet man, daß die von 1989 an gültigen Grenzwerte der übernommenen EG-Richtlinie nicht eingehalten werden können. Dazu will ich Ihnen einen Abschnitt aus diesem Artikel zitieren:

„Zwar seien 'gemessen an der Trinkwasserverordnung heute zuviel Pflanzenschutzmittelrückstände im Trinkwasser', argumentierte CDU-Bauer Hermann Kroll-Schlüter im Bundestag, aber es stehe doch 'unzweifelhaft fest', daß die 'festgestellten Verunreinigungen gesundheitlich völlig un-

bedenklich sind'.“

Erst hat man die Rückstände von Pflanzenschutzmitteln im Trinkwasser gelehnt — manche Leute in diesem Hause tun das immer noch —, aber nun, nachdem sie von Fachleuten festgestellt worden sind und nicht mehr wegdiskutiert werden können, verharmlost man ihre Wirkung. In einem Fernsehwerbespot des Verbandes der Chemischen Industrie, der gerade gesendet wird — vielleicht hat ihn jemand von Ihnen gesehen —, wird behauptet, daß alle Pflanzenschutzmittel abbaubar seien. In diesem Werbespot wird nicht gesagt, daß dazu bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen, z. B. eine Mindestmenge an Sauerstoff, die aber nicht in jedem Boden vorhanden ist. Es wird auch nichts über die mögliche schädliche Wirkung der Abbauprodukte dieser Pflanzenschutzmittel, der Umwandlungsprodukte und der schädlichen Begleitstoffe gesagt. Ich gebe hier die Auffassung von Fachleuten wieder, die sagen, daß die Schädigung der Böden und die Gefährdung des Grundwassers durch chemische Mittel längst keine bloße Vermutung mehr ist. Die Wissenschaftler, mit denen wir gesprochen haben, sorgen sich zunehmend um diese schädlichen und auch giftigen Stoffe.

Meine Damen und Herren, im Entwurf des Landwirtschaftsministeriums „Bodenschutzkonzept Niedersachsen“ heißt es:

„Pflanzenschutzmittel dürfen nur auf Freilandflächen angewandt werden, soweit diese landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden.“

Zeitgleich zu diesem Entwurf erläßt derselbe Minister Verordnungen und Erlasse, die den Einsatz von Pflanzenvernichtungsmitteln auf unbewirtschafteten Flächen erleichtern und fördern. Ist das nun Doppelstrategie, Herr Minister, oder Doppelzüngigkeit?

(Frau Tewes [SPD]: Das ist Doppelmoral!)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion fordert Sie auf, gemeinsam mit uns dafür zu sorgen, daß der Landwirtschaftsminister die Erlasse unverzüglich zurücknimmt und dem Parlament statt dessen Regelungen vorschlägt, die den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln weiter verringern und wirksame Kontrollen für Pflanzenschutzgeräte vorsehen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Das Wort hat der Kollege Oestmann.

Oestmann

Oestmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mit einer persönlichen Wertung beginnen. Nach meinem Eindruck war dies wirklich das Schießen mit Kanonen auf Spatzen.

(Beifall bei der CDU. — Frau Dr. Schole [Grüne]: Dann haben Sie die ganze Sache nicht begriffen!)

— Das ist Ihre Wertung. — Zum zweiten bin ich der Auffassung, daß das, was Frau Kollegin Heyer hier im wesentlichen vorgetragen hat, nicht zum Thema des Entschließungsantrags gehörte.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Graetsch [FDP].)

Sie haben sich über weite Passagen mit Dingen befaßt, die durchaus erörterungswürdig sind, z. B. inwieweit Pflanzenschutzmittel in land- und forstwirtschaftlicher Anwendung zurückgeführt werden müssen und auch zurückgeführt werden können. Für meine Begriffe haben Sie aber ungewöhnlich wenig zu den in Rede stehenden Sachverhalten gesagt. Denn, Frau Heyer, wenn man sich einmal ansieht, daß zu Beginn der Begründung wieder einmal ausgeführt wird, was alles gefährdet ist und inwieweit sich die Roten Listen verlängern, dann werden wir doch nicht ernsthaft darüber zu streiten brauchen, daß sich das, was Sie hier beschreiben, schwerpunktmäßig nicht an den Stellen ereignet, die eigentlich Gegenstand Ihres Entschließungsantrages sind. Auf nicht land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen, auf Flächen im Gemeindegebiet, auf Flächen, die am Rande von Verkehrswegen liegen — Straßenbauverwaltung, wie Sie schreiben —, gibt es sicherlich auch Beeinträchtigungen, aber das rechtfertigt nun wirklich nicht die Feststellungen, die Sie hier getroffen haben.

Ein Weiteres, das sich durch Ihre Ausführungen zog. Es mag Zufall sein, daß hier von Ihnen ein Sachverhalt diskutiert wird, der im Ressortbereich des Landwirtschaftsministeriums liegt. Aber es ist nicht nachzuvollziehen, daß Sie sagen, es sei sachlich nicht geboten — das ist ja eine vorsichtige Formulierung —, daß Entscheidungen zum Pflanzenschutz nach der Erlaßlage von den Pflanzenschutzbehörden getroffen werden sollen. Sie plädieren dafür, daß das nur im Bereich Naturschutz der Fall sein soll. Ich meine, wenn wir unsere Behörden und die Behördenstruktur auch nur halbwegs ernst nehmen, dann finde ich es eigentlich nicht angemessen, daß Sie dem Bereich der Pflanzenschutzbehörden mehr oder weniger die Kompetenz absprechen oder — vorsichtiger

ausgedrückt — sagen, die seien so befangen, daß sie damit überhaupt nicht befaßt werden dürften. Dies ist — bis zum Beweis des Gegenteils — ein unbegründetes Mißtrauen gegen diesen Behördenstrang.

(Beifall bei der CDU.)

Von daher gibt es eigentlich gar keine Veranlassung, die Landesregierung mit diesem Antrag zu veranlassen, den Erlaß sofort zurückzuziehen. Wir halten die Zuordnung durchaus für sachlich geboten.

Sie haben hier auch gesagt — das will ich durchaus anerkennen —, daß sich der Einsatz von Chemikalien — wir kennen ja alle die Problemchemikalien — in der Vergangenheit vermindert hat und zwar spürbar. Ich glaube aber, die Behauptung, die Sie dann als Schlußfolgerung aufgestellt haben, daß mit dem geltenden Recht eine Vermehrung des Chemiekalieneinsatzes verbunden sei, kann man so eigentlich nicht aufstellen, und man kann sie schon gar nicht begründen.

Im übrigen haben Sie gesagt — ich will mich diesem Einzelpunkt noch zuwenden —, diese Regelung führte dazu, daß es so etwas wie einen Freibrief gebe und daß so etwas wie eine unnatürliche Ordnung angestrebt werde. Ich glaube schon, wenn Kräuter, von denen ich immer noch sagen würde, daß sie Unkraut sind, in Konkurrenz treten zu anderen Früchten und Pflanzen, dann ist es ja wohl geboten, sie auch weiterhin Unkraut zu nennen, und dann muß es ja wohl erlaubt sein, diese Pflanzenansammlung im Übermaß zu vernichten. Ob Sie das jetzt manuell durch Jäten machen oder durch zeitgemäße Formen der Behandlung, ist eine sekundäre Frage. Wir können aber nicht so tun, als lebten wir in einer Welt, in der wir alles, was da wächst, wachsen lassen können, weil es nun einmal gottgewollt ist. Wenn wir unser Umfeld halbwegs realistisch einschätzen, dann stellen wir fest, daß es immer Nutzpflanzen und konkurrierende Pflanzen gibt.

(Frau Heyer [SPD]: Was stört Sie denn die Pflanze am Straßenrand?)

— Mich stört sie nicht. Ich bin auch der Meinung, daß es nicht einzusehen ist, wenn die Straßenbauverwaltung aus Straßenrändern gelegentlich englischen Rasen macht. Das hat sie vor Jahren in noch stärkerem Maße getan, als das heute der Fall ist. Wenn man sich aber einmal ansieht, wie die Straßenränder heute behandelt werden, dann ist das nur noch ein Bruchteil dessen, was vor Jahren gängige Praxis war, und auch das Minimum des

sen, was notwendig ist, um Verkehrsleiteinrichtungen in ihrer Funktion nicht zu beeinträchtigen.

(Beifall bei der CDU.)

Darüber kann man wohl auch nicht ernsthaft streiten. Die Behandlung der Pflanzen mit dem Ziel ihrer Vernichtung an den Stellen, wo sie nicht hingehören und wo sie schaden, muß im übrigen bei Anlagen, die in einer bestimmten Weise angeordnet sind und bei denen eine hohe Verkehrsdichte herrscht, auch in Zukunft mit chemischen Mitteln zulässig sein, und zwar auch im Interesse der Menschen, die dies zu erledigen haben; denn es ist nicht ganz ungefährlich, dort mit einer Sense zu operieren.

Ich meine, bei dem vorliegenden Erlaß, den Sie gehändert haben möchten, ist durchaus das Bemühen festzustellen, die verschiedenen Aspekte vernünftig gegeneinander abzuwägen. Ich muß Ihnen ganz offen sagen, ich kann zur Zeit nicht erkennen, daß es sachlich geboten wäre, Ihrem Antrag zuzustimmen. Ich persönlich lehne ihn ab, weil er keine Hilfestellung darstellt und weil er im übrigen — das sage ich abschließend noch einmal — über weite Strecken nicht deckungsgleich mit dem ist, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Wortmeldungen aus der Mitte des Plenums liegen mir nicht mehr vor. Der Minister hat ums Wort gebeten.

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit gern nutzen, einiges zu dem Antrag der SPD-Fraktion zu sagen, weil auch ich den Eindruck habe, verehrte Frau Heyer, daß Sie hier ein Kolossalgemälde über einen schrecklich veränderten Zustand entworfen haben, das mit der Wirklichkeit überhaupt nicht übereinstimmt. Das muß ich mal mit Nachdruck hier feststellen. Des weiteren haben Sie einige Dinge angeführt — das nehme ich Ihnen nicht übel —, die mit der Materie nichts zu tun haben. Sie haben z. B. das ganze Problem Atrazin und Grundwasser angesprochen.

(Frau Heyer [SPD]: Als Beispiel!)

Dazu kann ich Ihnen sagen, die Landwirtschaftsminister der Länder haben vor sechs Wochen einstimmig beschlossen, daß Atrazin in Wassergewinnungs- und Wasserschutzgebieten verboten wird.

Sie haben des weiteren den Eindruck erweckt, als würde das Landwirtschaftsministerium Spritzmittel zulassen. Dazu muß ich Ihnen sagen, daß Pflanzenschutzmittel ausschließlich vom Umweltbundesamt zugelassen werden.

(Zuruf von Frau Heyer [SPD].)

Damit komme ich zur Sache. Sie wollen mit dem Antrag den Eindruck erwecken, als ob durch eine Veränderung der rechtlichen Grundlagen der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf unbewirtschafteten Flächen erleichtert worden sei. Dazu kann ich nur sagen: Hier irrt die SPD-Fraktion. Es waren die guten Argumente des Naturschutzes, die dazu geführt haben, daß der Bundestag Ende letzten Jahres das Pflanzenschutzgesetz in veränderter Form verabschiedet hat. Im übrigen haben die Naturschutzverbände die Bundesregierung gebeten, die Bestimmung in § 36 Abs. 2 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes in das Pflanzenschutzgesetz des Bundes zu übernehmen, und das haben diese Verbände auch durchgesetzt; dies ist geschehen. Aus diesem Grunde haben wir die darauf basierenden Verordnungen der neuen Situation anpassen müssen, wie es in entsprechenden Fällen immer zu geschehen hat.

Die Praxis, die Sie auch gar nicht kritisiert haben, besteht in Niedersachsen seit 1981. Die Aufgaben nach dem Pflanzenschutzgesetz haben wir den Landwirtschaftskammern bzw. den Pflanzenschutzämtern bei den Kammern übertragen. Das ist aber auch nicht neu. Dies ist eine seit über 20 Jahren geübte und bewährte Praxis in diesem Land. Allein aus rechtstechnischen Gründen — jetzt komme ich auf diese Punkte zu sprechen —, nämlich aufgrund des neuen Pflanzenschutzgesetzes des Bundes, mußten auch die entsprechenden Verordnungen novelliert werden. Die Änderung der Zuständigkeit für Ausnahmeregelungen nach § 6 Abs. 2 des Pflanzenschutzgesetzes ergab sich also ebenfalls durch neues Bundesrecht und nicht etwa aus irgendeiner willkürlichen Entscheidung des Landwirtschaftsministers, der übrigens — das will ich nun auch einmal sagen — auch für Naturschutz zuständig ist.

Vizepräsident Ravens:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Heyer?

Frau Heyer

Frau Heyer (SPD):

Ich will mich auf eine Frage beschränken, obwohl ich viele Fragen stellen könnte.

(Küpker [FDP]: Dann gehen wir draußen Kaffee trinken!)

Herr Minister, aus welchem Grund wollen Sie die Naturschutzbehörden sozusagen gar nicht mehr damit befassen? Ich habe nicht beklagt, daß die Pflanzenschutzämter bei den Landwirtschaftskammern dies machen. Das habe ich nicht beklagt, auch wenn Herr Oestmann das behauptet hat. Ich beklage vielmehr, daß die Naturschutzbehörden jetzt sozusagen völlig draußen sind.

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Dies ergibt sich automatisch daraus, daß die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf nichtbewirtschafteten Flächen nicht mehr im Naturschutzgesetz unseres Landes, sondern im Bundespflanzenschutzgesetz geregelt wird. Ich konnte also gar nicht anders, als diese gesetzliche Regelung im Lande ordnungsmäßig anzupassen. Da würde ich dem Kollegen Oestmann schon zustimmen. Wir haben keine Veranlassung, den Pflanzenschutzämtern zu unterstellen, daß sie hier etwa in bezug auf Wildkräuter auf unbewirtschafteten Flächen gegen Belange des Naturschutzes handeln würden.

Mit anderen Worten: Der Wortlaut der jetzigen Verordnung ist völlig identisch mit dem Wortlaut der alten Verordnung. Deshalb ist die in dem Entschließungsantrag getroffene Aussage, der Landwirtschaftsminister hätte mit dieser Verordnung die rechtlichen Möglichkeiten dafür geschaffen, daß ohne Mitwirkung der Naturschutzbehörden störende Wildkräuter vernichtet werden, insofern ungerechtfertigt. Im Grunde läuft diese Regelung seit Jahren ins Leere, weil ich die Einvernehmensbehörde, nämlich das Pflanzenschutzamt, angewiesen habe, die erforderliche Zustimmung aus Gründen des Naturschutzes äußerst restriktiv zu handhaben.

Nun gibt es von Ihnen einen anderen Einwand, nämlich den, daß die Kommunen ja immerhin die Möglichkeit haben, Ausnahmen zu beantragen. Ich will Ihnen sagen: Es war der Wunsch der kommunalen Spitzenverbände dieses Landes, bei besonders gelagerten Einzelfällen wenigstens noch die Möglichkeit zu haben, auf diesem Sektor einzugreifen. Von der Verordnungsermächtigung ist in den vergangenen Jahren so gut wie kein Gebrauch gemacht worden. Ich sage Ihnen

auch ganz offen: Ich hänge nicht an dieser Ermächtigung. Von mir aus könnte diese Regelung gestrichen werden. Nur, in der Regel bin ich in diesen Fragen aber an einem guten Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden dieses Landes durchaus interessiert. Das will ich auch gern hinzufügen.

Meine Damen und Herren, mit anderen Worten: Nach meiner festen Überzeugung besteht überhaupt kein Anlaß, Sorge darüber zu haben, daß es durch die bundesgesetzliche Veränderung der Zuständigkeiten zu einer Verschlechterung des Pflanzenschutzes auf nichtbewirtschafteten Flächen kommt. Ich kann von daher auch nur anregen und darum bitten, daß man diesem Antrag in den Ausschlußberatungen nicht nähertritt. Ich glaube nicht, daß wir die hier bestehenden Probleme durch eine Rückführung lösen könnten; denn wir sind darauf angewiesen, die Dinge hier im Rahmen der neuen bundesgesetzlichen Regelung zu handhaben.

Ich möchte ein weiteres hinzufügen. Sie sprechen in Ihrem Antrag auch die Kontrolle an. Sie wissen, daß die Kontrolle der Pflanzenschutzgeräte — sicherlich auch nach vielfachem Streit über die Frage, ob obligatorische Kontrollen oder freiwillige Kontrollen; dieser Streit ist übrigens 15 Jahre alt — auf freiwilliger Basis durchgeführt wird. Unsere Kontrollen können sich durchaus sehen lassen. Mehr als 50 % der in Betrieb befindlichen Pflanzenschutzgeräte werden alle zwei Jahre überprüft. Jedes Jahr im Frühjahr werden die Prüfungen in mehr als 300 Kontrollorten durchgeführt. Damit stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze. Ob das auf Dauer aber der Weisheit letzter Schluß ist, weiß ich nicht. Ich stelle nur fest, daß wir einen deutlichen Schritt nach vorn gegangen sind, und zwar weiter als die übrigen Bundesländer. Aus diesem Grunde bitte ich nach den entsprechenden Diskussionen in den Ausschüssen darum, es bei der derzeit in Niedersachsen bestehenden Regelung zu belassen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Minister. — Das Wort hat nunmehr der Kollege Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Heyer, mir ist es genauso ergangen wie Herrn Oestmann. Als ich die Begründung lh-

res Antrages las, war es schon recht schwierig, diese mit der Entschließung in Übereinstimmung zu bringen. Als ich dann auch die mündliche Begründung hier im Plenum gehört hatte, wußte ich gar nicht mehr, wo ich die einzelnen Punkte in Ihrem Entschließungsantrag dazu finden sollte; denn über weite Strecken haben Sie über Dinge geredet, über die wir nicht nur miteinander diskutieren können, sondern über die wir möglicherweise auch Übereinstimmung erzielen können. Das Problem der in der Roten Liste aufgeführten Tier- und Pflanzenarten und die Frage, wann mit dem Aussterben einzelner Pflanzen- oder Tierarten zu rechnen ist, nimmt auch die FDP-Fraktion sehr ernst. Nur, man muß wissen, was man tun kann, um diese Arten, die vom Aussterben bedroht sind, zu erhalten. Dazu muß man Anträge stellen. Ich habe Ihren Antrag gelesen und habe darin zu diesem Thema nichts Wesentliches gefunden.

(Zustimmung bei der FDP.)

Ich kann allerdings die Meinung von Herrn Oestmann nicht in vollem Umfang teilen, daß die Flächen, um die es hier geht, für die Erhaltung einzelner Pflanzenarten und einzelner Tierarten nicht so bedeutsam seien. Denn gerade in einer Gegend mit intensiv betriebener Landwirtschaft sind diese Restflächen, die wir an den Straßenrändern und in den Kommunen haben, häufig ein Rückzugsgebiet für Pflanzen, die zum Beispiel einzelnen Schmetterlingsarten durchaus noch als Lebensgrundlage dienen. Dort finden sich Pflanzenarten, die wir in der übrigen Landschaft nicht mehr haben. Insofern sind solche Flächen durchaus wichtig.

Nur, das, was Sie vorschlagen — jetzt komme ich wieder zu Ihrem Antrag —, um den Bewuchs mit Wildkräutern auf diesen Flächen zu erhalten, geht meines Erachtens fehl. Ich möchte an dieser Stelle das unterstützen, was der Minister und Herr Oestmann bezüglich der Pflanzenschutzämter gesagt haben. Sie sagen, Sie hätten gar nicht beantragt, die Zuständigkeit für die Erteilung der Genehmigungen den Pflanzenschutzämtern wegzunehmen. Aber lesen Sie doch einmal Ihren Antrag. Selbst wenn Sie es hier nicht gesagt hätten — wir können nachher im Protokoll nachlesen, daß Sie es auch hier ausgeführt haben —, wäre festzustellen, daß Sie unter dem ersten Punkt Ihres Antrags fordern, daß die Ausnahmegenehmigungen nicht mehr bei den Pflanzenschutzämtern, sondern bei den Naturschutzbehörden zu beantragen sein sollen.

Wenn man mit Landwirten und mit der Bevölkerung spricht, macht man die Erfahrung, daß die Pflanzenschutzämter nun nicht diejenigen sind, die mit einem Halleluja alle Chemie über unsere Landschaft streuen. Im Gegenteil, häufig gibt es Beschwerden darüber, daß die Pflanzenschutzämter bei den Landwirtschaftskammern zu restriktiv vorgehen und einige Vorhaben nicht zulassen.

(Zustimmung von Graetsch [FDP].)

Ich sehe überhaupt keinen Grund dafür, daß nicht diejenigen, die über die Chemie dieser Mittel und über die Art, wie diese Mittel ausgebracht werden können, Bescheid wissen, die Entscheidung treffen sollten. Die Naturschutzbehörden mögen möglicherweise größere Kenntnis davon haben, ob im Einzelfall eine Pflanzenart gestört wird, die für eine bestimmte Tierart Nahrungsgrundlage ist und dergleichen. Entsprechend der gesetzlichen Stringenz, mit der wir im Pflanzenschutzgesetz die Zuständigkeit dieser Behörden verankert haben, halte ich die Pflanzenschutzbehörden für die geeigneten Stellen, die über die Art, in der Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden, entscheiden.

Vizepräsident Ravens:

Herr Dr. Hruska, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schole zu?

Dr. Hruska (FDP):

Nein, nicht mehr. Das Licht blinkt schon, und ich möchte zum Ende kommen.

Vizepräsident Ravens:

Es tut mir leid, Frau Schole.

Dr. Hruska (FDP):

Ich möchte noch einen wichtigen Punkt aufgreifen. Ein Thema, zu dem wir durchaus noch Überlegungen anstellen können, ist die Art der Kontrolle der Geräte. Das ist der letzte Punkt in Ihrem Antrag. Es ist schon gesagt worden, daß wir in Niedersachsen in dieser Hinsicht ein gutes Stück weiter sind als andere Länder. Aber ich will nicht ausschließen, daß man noch zu effektiveren und besser funktionierenden Kontrollen kommen kann, als es bisher der Fall ist. Deswegen möchte ich über das Thema der Kontrolle der Pflanzenschutzgeräte gern noch im Ausschuß diskutieren. Alle anderen Forderungen in Ihrem Antrag halte ich im Zusammenhang mit dem, was Sie damit eigentlich erreichen wollen, für nicht effektiv.

(Zustimmung bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Ich erteile nunmehr dem Kollegen Bruns (Reinhausen) das Wort. Seiner Fraktion stehen noch dreieinhalb Minuten Redezeit zur Verfügung.

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal einen Kronzeugen anführen, der durchaus bestätigt, daß Frau Heyer in bezug auf die Auswirkungen der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln kein Horrorgemälde gemalt hat. Unser liebenswerter Herr Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kiechle

(Kempmann [Grüne]: Den lieben Sie? —
Gegenruf von Oestmann [CDU]: „Liebenswert“ setzt nicht voraus, daß man ihn liebt!)

hat eine Information herausgegeben, in der es heißt: Zu einer möglichst sparsamen Anwendung von Herbiziden oder Unkrautbekämpfungsmitteln bei und nach der diesjährigen Herbstbestellung ruft der Bundeslandwirtschaftsminister die Landwirte und Gärtner auf. Grundsätzlich sei zu prüfen, ob eine chemische Bekämpfung überhaupt erforderlich sei oder ob z. B. mechanische Maßnahmen ausreichen. Durch unsachgemäße Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel

(Oestmann [CDU]: Unsachgemäß!)

könnte die Vielfalt von Flora und Fauna beeinträchtigt werden und könnten Rückstände in das Grundwasser gelangen, warnt das Ministerium.

(Vajen [CDU]: Das können wir voll unterstützen, Herr Bruns!)

Dann kommt noch ein wichtiger Satz, den Sie zum Glück aufgegriffen haben: Außerdem sei dafür zu sorgen, daß zum Ausbringen der Pflanzenschutzmittel nur einwandfrei arbeitende Geräte eingesetzt werden.

(Zustimmung bei der SPD. — Zustimmung von Oestmann [CDU] und von Vajen [CDU].)

Wir als SPD-Fraktion haben hier ständig darum gebeten, diese TÜV-Untersuchung doch zur Pflicht zu machen. Diese Forderung ist doch völlig verständlich; denn es nützt uns nichts, wenn nur 50 % oder 70 % der Landwirte ihre Geräte überprüfen lassen und die restlichen das nicht tun. Diesbezüglich hat Herr Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle also in dieselbe Kerbe gehauen.

Zweitens. Frau Heyer hat die hervorragende Arbeit der Pflanzenschutzberatung der Landwirtschaftskammer nicht mit einem Ton kritisiert. Ich darf als Landwirt für unsere Fraktion sagen: Wir wissen, wie segensreich und unabdingbar die Arbeit der Pflanzenschutzberatung der Landwirtschaftskammer ist. Wir haben nur noch einen Wunsch und eine Bitte an den Herrn Landwirtschaftsminister,

(Zuruf von Vajen [CDU])

nämlich die Zahl der Beratungskräfte zu erhöhen; denn ein Landwirt kommt heute ohne diese sachgemäße und fachkundige Beratung nicht mehr aus. Wir fordern und bitten darum, daß diese Beratung verstärkt wird.

(Zustimmung von Schack [SPD].)

Was Frau Heyer in diesem Zusammenhang gefordert hat, war nur, daß die Naturschutzbehörde dort zuständig ist, wo es sich nicht um landwirtschaftliche Flächen handelt. Gerade hier, meine ich, kann man das, was man Unkraut nennt, sehr segensreich schützen und bewahren. Hier braucht man eben nicht die chemischen Pflanzenschutzmittel. Darum ging es der guten Frau Heyer.

Als letztes möchte ich als Landwirt noch folgendes sagen: Da wird immer behauptet — Herr Vajen ist ja auch fest davon überzeugt —, die berühmte Brennessel sei ein furchtbares Unkraut.

(Vajen [CDU]: Greifen Sie mal rein!)

— Jetzt lassen Sie mich endlich einmal ausreden; ich habe nur dreieinhalb Minuten Redezeit. Sie haben — Ich hätte beinahe etwas gesagt!

Man hat früher die Landwirte als untüchtig bezeichnet, bei denen die Brennesseln vor den Hof-toren wuchsen.

(Vajen [CDU]: Das ist heute auch noch so!)

Heute würde ich sagen: Ein kluger Landwirt läßt die Brennesseln wachsen; denn sie verbreiten sich nicht auf seinen Acker. Wenn die Brennessel nicht auf dem Acker wächst, ist sie eine schöne Pflanze.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Redezeiten der Fraktionen sind auch ausgeschöpft.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Es wird vorgeschlagen, den Antrag dem Ausschuß für Er-

nährung, Landwirtschaft und Forsten zur federführenden Beratung und Berichterstattung und dem Ausschuß für Umweltfragen zur Mitberatung zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen damit zum Punkt 7 unserer Tagesordnung:

Erste Beratung: **Krankenhaus-Reform** — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/1432

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu siebeneinhalb Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu 15 Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu sieben-einhalb Minuten.

Der Kollege Dr. Riege bringt den Antrag für die SPD-Fraktion ein. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Riege (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion, so meinen wir, enthält im wesentlichen Punkte, die heute öffentlich diskutiert werden, und zwar am Bett des Patienten: deutsches Krankenhaus. Unser Krankenhauswesen droht zu kollabieren, weil die Interessen von Patienten und Personal auf der einen Seite mit den finanziellen Möglichkeiten von Krankenkassen und Kommunen auf der anderen Seite nicht mehr voll im Einklang stehen.

Von uns Politikern unterstützt, so meine ich, verlangen die Bürger zu Recht, daß der Anspruch auf ein humanes, auf ein leistungsfähiges Krankenhaus überall eingelöst wird. Dabei — das will ich ganz ehrlich zugeben — steht nicht immer die Frage im Vordergrund, ob nun alle Krankenhäuser nur Ein- und Zweibettzimmer haben oder ob eine mit allen Schikanen ausgerüstete Diagnostik und Intensivstation da sind oder ob auch die allerneuesten Apparate vorhanden sind, sondern in erster Linie wird von unseren Patienten, von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern menschliche Zuwendung verlangt, Verständnis für die Situation der Kranken und insbesondere Kontinuität der behandelnden und pflegenden Personen auf der Station.

Vernünftige Weckzeiten, vernünftige Waschzeiten, normale Essenszeiten und genügend Behandlungszeiten sind gefragt. Da solche Wünsche aber nicht ohne angemessenen Personal-

schlüssel zu realisieren sind und Personal eben auch Geld kostet — das wissen wir aus den Pflegesatzverhandlungen —, sollte im Vordergrund unserer Überlegungen die Frage stehen: Wie können wir das leistungsfähige und menschliche Krankenhaus im Jahre 2000 noch sichern und vor allem bezahlen? Wo stecken Reserven, um die finanziell sicherlich überstrapazierten Zahlungs- und Sicherstellungsverpflichteten, also die Krankenkassen und die Kommunen, nach wie vor dazu zu animieren, einer Weiterentwicklung oder zumindest einer Stabilisierung des heutigen Krankenhausstandards zuzustimmen? Das heutige Leistungsniveau muß also mindestens erhalten werden, ja es muß nach unserer Meinung — ich sagte es schon — in bestimmten Bereichen, insbesondere im Bereich der Humanisierung, verbessert werden.

(Zustimmung von Frau Pistorius [SPD].)

Dazu wollen wir Material sammeln. Kurzatmige Antworten helfen nicht weiter. Außerdem wollen wir — jedenfalls wollen wir einen Beitrag dazu leisten — uns der Versuchung entziehen, mit stolzen Leistungskatalogen aus der Vergangenheit aufzutrompfen. Wenn wir einen Beitrag zur Entkrampfung dazu leisten können, wollen wir durchaus sagen und bestätigen, daß eigentlich insbesondere den Städten und den Kreisen — und denen zuallererst — für die oft über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinausgehenden Leistungen — Beschäftigung, Bauunterhaltung, Investitionen, Krankenhausbauten — für heute und für die Vergangenheit unser Dank gebührt.

Gewiß, ohne Landesmittel und in der Vergangenheit auch ohne die zugegebenermaßen nicht großartigen Bundesmittel wäre das alles nicht gegangen. Aber man muß eben einräumen, daß es viele Kommunen gibt, die über die Vorfinanzierung und die Erhöhung ihres Kommunalanteils für ihr Krankenhaus hinaus, zumeist auch unterstützt von den Bürgern, mehr getan haben, als sie zu tun gesetzlich verpflichtet gewesen sind.

Neben den Schulen — darauf sind die Gemeinden stolz —, neben dem Dom oder der Hauptkirche, neben dem Rathaus oder dem Kreishaus gehört eben auch das Krankenhaus zu den Stätten in einer Stadt, auf die sich das Gemeinwesen etwas einbildet. Aber gerade darum darf das Krankenhaus kein Sanktuarium allein für Chefarzte und für OKDs werden. Gesundheitspolitik und Krankenkassen dürfen sich nicht zu reinen Finanzgebern ohne jede Steuerungs- und Organisationskompetenz degradieren lassen.

Dr. Riege

Herr Minister, Sie sollten diese Haltung nicht fördern — wenn es denn an einigen Stellen so sein sollte —, daß Sie zum Beispiel die Pflichtaufgabe der Niedersächsischen Landesregierung ein wenig vernachlässigen, die Ihnen ja eigentlich auferlegt ist, nämlich den Niedersächsischen Krankenhausbedarfsplan vorzulegen und weiterzuentwickeln. Ich meine schon, daß Sie diese Aufgabe nicht bloß als reine Pflichtübung ansehen sollten.

(Beifall bei der SPD.)

Was wir im ersten Schritt wollen, ist die Vorlage klarer Zahlen und Unterlagen sowie aussagekräftiger Krankenhausbetriebsvergleiche aus Niedersachsen, eine sogenannte Kostensteigerungsanalyse. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist die Entlastung unserer Krankenhäuser von der Altenpflege. Das geht nach unserer Meinung nur mit einem neuen Finanzierungs- und Organisationsinstrument, und zwar über eine zusätzliche Volksversicherung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Ich sehe auf den Rängen Seniorenkreise, einer soll aus Hameln kommen. Ich glaube, die Bürger werden großes Interesse daran haben, wie wir diese Frage im Landtag behandeln und ob wir wirklich mit Ernst die Probleme der Pflegebedürftigkeit sehen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Dr. Hansen [Grüne]. — Minister Schnipkowitz: Das gilt für alle!)

— Das gilt natürlich für alle, Herr Minister. Ich sage auch, daß wir gemeinsam versuchen sollten, uns parteipolitischer Verkrampfungsversuche zu enthalten. Wir müssen dafür sorgen, daß die Probleme gelöst werden. Gemeinsam wollen wir dazu beitragen.

Zu der Volksversicherung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit oder zu einem Pflegegesetz gehören folgende Elemente: Pflegegeld und Versicherungsbeiträge für die pflegenden Familienmitglieder oder für sonstige Pflegepersonen, Zuschüsse zur Herrichtung behindertengerechter Wohnungen, die Möglichkeit, soziale Dienste in Anspruch zu nehmen, ohne als Selbstzahler dafür eintreten zu müssen, und die Übernahme stationärer Pflegekosten. Ich denke, daß das CSU-geführte Bayern und die SPD-geführten Bundesländer, die schon ein ganzes Stück zusammengearbeitet haben, auch noch die CDU-geführten Länder von dieser Sache im Bundesrat überzeugen können.

(Beifall bei der SPD.)

Wir brauchen drittens eine vorbehaltlose Diskussion über alle möglichen Wege und Chancen, um die ökonomische Situation der Krankenhäuser zu stabilisieren. Zu diesem dritten Punkt und zur Frage der Humanisierung im Krankenhaus verlangen wir die Einberufung einer niedersächsischen Krankenhauskonferenz. Diese Konferenz soll sich nicht nur mit Strukturproblemen der Krankenhäuser, sondern auch mit der Strukturreform in der Krankenversicherung hinsichtlich der Krankenhäuser befassen. Wir wissen, daß die Frage der Strukturreform im Gesundheitswesen letztlich vom Bund gelöst werden muß. Wir wissen aber auch, daß es sich hier um zustimmungspflichtige Bundesgesetze handelt und daß der Bundesrat genauso ernsthaft und genauso intensiv darüber beraten muß wie der Bundestag. Deswegen, so meine ich, muß dies auch Thema einer niedersächsischen Krankenhauskonferenz sein.

Die Latte der Rezepte, die dazu genannt worden sind, ist relativ lang. Ich will nur einige wenige nennen, z. B. den Einsatz des vertrauensärztlichen Dienstes oder eines neuen sozialmedizinischen Dienstes, die Bildung von Krankenhausprüfungsausschüssen ähnlich den Prüfungsausschüssen bei der kassenärztlichen Versorgung und die Auflösung des Kontrahierungszwanges. Aus kartellrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Gründen sind die Krankenkassen heute verpflichtet, mit jedem Krankenhaus zu kontrahieren, ohne daß sie unter Umständen sagen können: „Wegen Unwirtschaftlichkeit wollen wir nicht.“ Zumindest können sie dies nur unter erschwerten Bedingungen sagen.

Wir müssen auch neue Pflegesatzmodelle und neue Fördersystematiken sowie Fragen der Personalschlüssel berücksichtigen. Aber auch das Land — bei den Personalschlüsseln ist das schon angeklungen — könnte eine Menge tun, um in vielfältiger Weise die Zusammenarbeit der Krankenhäuser einer Region zu fördern mit dem Ziel, leistungsfähige Teams für Patienten in den wichtigsten Disziplinen zu bilden, wodurch manche Einrichtungen voll genutzt, andere dagegen überflüssig gemacht würden.

Überall im privaten und öffentlichen Leistungsspektrum gilt heute, daß der Glanz einiger Namen — damit meine ich natürlich auch Professoren — oft nicht mehr soviel bedeutet wie das Image und der Ruf eines Teams oder einer Institution. Ich meine, der Leistungsbegriff, auf den die CDU ja immer großen Wert legt, ändert sich in

vielfacher Weise. Wir haben schon immer darauf hingewiesen, daß er nicht nur aus dem Blickwinkel des Individualismus zu sehen ist — also die Leistung des einzelnen für sich selbst, für den einzelnen Menschen —, sondern daß dieser Leistungsbegriff auch eine starke soziale Komponente hat. Das heißt, Kooperation, Teamfähigkeit, Leistung einer Gruppe und das Sicheinbringen einer Person in diese Gruppe sind eine wichtige Sache, die auch im Krankenhauswesen Beachtung verdient.

Mit einer solchen Überlegung, mit solchen Kooperationsmodellen wäre auch die Spezialisierung von Disziplinen im Krankenhaus möglich; dergleichen der Verzicht, bei jedem Krankenhaus der Regelversorgung alle Disziplinen oder die wichtigsten Disziplinen vorhalten zu müssen. Hier liegt der Schwerpunkt unserer Überlegungen. Diese Überlegungen verbinden sich mit der Absage — das ist schon heute früh erörtert worden — an eine Ausweitung der Selbstbeteiligung der Versicherten. Das hat sich von 1983 bis heute nicht gerechnet. Das ist auch für die Zukunft keine Lösung, kein Steuerungselement. Volkswirtschaftlich gesehen haben die Anbieter im Gesundheitswesen meiner Meinung nach ihren Anteil am Bruttosozialprodukt in der Vergangenheit wirklich groß genug geschnitten, so daß kein Bedarf besteht, diesen Anteil am Bruttosozialprodukt auf Kosten der Lohntüten und der Renten auszuweiten.

(Zustimmung bei der SPD.)

Dies, meine ich, ist der Punkt. Wir sind gegen die Ausweitung der Selbstbeteiligung. Wir sind aber mit dabei, wenn die Landesregierung Ernst macht mit Reformüberlegungen dahingehend, die Strukturen des Krankenhauses neu zu organisieren. Wir sagen aber nein, wenn weitere Verteilungsvorteile auf der Seite gehäuft werden sollen, auf der die Kartoffeln gewissermaßen sowieso schon groß genug sind.

(Lindhorst [CDU]: Bei den Bauern!)

Ich huldige nicht einer Philosophie des Neides, Herr Minister. Dazu kennen wir zu viele Schwestern und Ärzte, die bis zur Erschöpfung, manchmal ohne entsprechende materielle Gegenleistung, Überstunden leisten. Wir glauben nur, daß unser Krankenhauswesen mit mehr Marktwirtschaft, mit mehr Privatisierung — das ist zum Teil ja auch die Absicht der Landesregierung im Krankenhausbereich — und mit mehr Anreizsystem für die Anbieter nicht zu stabilisieren ist.

Nun höre ich schon das Argument — das ist mir klar —: „Was wollen Sie eigentlich? Unser Mini-

ster hat schon zwei große Kostendämpfungsdebatten veranstaltet. Wozu dann noch eine Konferenz speziell für die Krankenhäuser?“ — Gut, vielleicht kommt dieses Argument gar nicht. Um so besser; dann sehen Sie selbst ein, daß es notwendig ist, in dieser Richtung weiterzufahren. Wir halten es deshalb für wichtig, eine besondere niedersächsische Krankenhauskonferenz einzurichten, weil wir glauben, daß die Kommunen noch stärker in das ganze Empfehlungskonzept, in dieses ganze Reformkonzept eingeschaltet werden müssen.

Wir haben im Lande Niedersachsen beim Credo des Bettenabbaus zugegebenermaßen gewisse Erfolge, aber eigentlich mehr im Landeskrankenhausbereich und nicht so stark im Akutbettenbereich. Im letztgenannten Bereich haben wir immer nur dann Erfolge, wenn es um Bauvorhaben geht und bei Verkleinerungen auf einer Station, was letztlich — wie Sie wissen, Herr Minister — in der Gesamtkonomie der Kostenlage für das Krankenhaus und auch für die Zahlungsverpflichtungen wenig ausmacht. Wenn überhaupt, muß sozusagen Abteilung für Abteilung, Bereich für Bereich überprüft werden, inwieweit Kostenreserven vorhanden sind.

Der zweite Grund, aus dem wir eine besondere Krankenhauskonferenz wollen, ist die Tatsache, daß Ärzte und Zahnärzte, also andere Gesundheitsanbieter, uns immer wieder darauf hinweisen, daß Krankenhauskosten sowohl von den Prozenten als auch von der Quantität weit höher zu Buche schlagen als alle anderen Ausgabenblöcke in der gesetzlichen Krankenversicherung; das ist auch richtig so. Auch darum, meine ich, muß dieser große Ausgabenblock in besonderer Weise ins Visier genommen werden.

Drittens. Die kleine Koalitionsrunde von CDU und FDP über eine Strukturreform im Gesundheitswesen hat nach allem, was wir davon gehört haben, wie in vieler Hinsicht auch ihre Vorgänger — das will ich gar nicht bestreiten —, um eine Reform des Krankenhauswesens im Rahmen einer Reform des Gesundheitswesens einen großen Bogen gemacht hat. Echte Lösungskonzepte haben wir aus den bisherigen Meldungen über das, was nach der Koalitionsabsprache getan werden soll, jedenfalls nicht entnommen.

(Menges [CDU]: Da können Sie mal sehen, wie die dichthalten!)

— Der Grund ist wohl nicht das Dichthalten. Da sie mit allen anderen Geschichten an die Öffent-

Dr. Riege

lichkeit getreten sind, ist eher anzunehmen, daß für diesen Bereich nichts dabei ist, Herr Menges.

(Zuruf von Lindhorst [CDU].)

Viertens. Unser Vorschlag soll einen höheren Verbindlichkeitsgrad haben. Die niedersächsische Krankenhauskonferenz stellen wir uns folgendermaßen vor — wir haben ausgeführt, wer, d. h. welche Gruppen und welche Teilnehmerzahlen, daran teilnehmen soll; ich glaube, das findet weitgehend Ihre Zustimmung —:

(Lindhorst [CDU]: Der Glaube trägt!)

Wir möchten, daß dort nicht nur Diskussionsbeiträge geleistet werden, sondern daß diese Konferenz auch echte Empfehlungen gibt, die umgesetzt werden müssen.

(Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

Diese Konferenz soll auch eine Art Rückmeldung an das Parlament geben, damit wir sehen, ob das, was wir wollen, nämlich das Krankenhaus zu stabilisieren, aus dem jetzigen Krankenhauswesen ein leistungsfähiges Krankenhauswesen zu machen, aus dem jetzigen Krankenhauswesen ein humanes Krankenhauswesen zu machen, damit diese Schritte, die wir gewissermaßen stufenartig vorgeben, von diesem Parlament weiterverfolgt werden. Wir möchten Sie herzlich bitten, uns über alle parteipolitischen Grenzen hinweg bei der Lösung dieses ganz schweren Problems beizustehen. Wir möchten alle Fraktionen bitten, uns ihre Hilfe angedeihen zu lassen, damit die niedersächsische Krankenhauskonferenz ein Erfolg wird und damit man sagen kann: Niedersachsen tut etwas für die Gesundheitsreform und beschäftigt sich nicht nur mit den Symptomen am Rande.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Kollegen Dr. Riege für die Einbringung des Antrags der Fraktion der SPD. — Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entschließungsantrag der SPD-Fraktion gibt mir Gelegenheit, die Entwicklung des Krankenhauswesens darzustellen und auf die Ursachen des Kostenanstiegs hinzuweisen. Die Verbesserung der klinischen Medizin hat entscheidend dazu beigetragen, daß die

Neugeborenen- und Säuglingssterblichkeit in Niedersachsen in den letzten 20 Jahren von 21 Promille auf 9 Promille gesunken ist. Mit erheblichem Aufwand ist es gelungen, die Sterblichkeitsrate stark zu senken und die Möglichkeiten für ein gesundes Aufwachsen von Risikokindern deutlich zu verbessern.

Auch die Zunahme von Mehrfachgeburten beeinflusst die Kostenentwicklung im Krankenhaus. Ich habe mir einmal herausuchen lassen, was z. B. eine Vierlingsgeburt oder eine Sechslingsgeburt gekostet hat. Eine Vierlingsgeburt kostet 38 000 DM, eine Sechslingsgeburt 85 000 DM.

(Frau Alm-Merk [SPD]: Das kommt ja auch dauernd vor!)

— Ich sage ja nur, was das bedeutet, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor zehn oder 15 Jahren wären die alle tot gewesen. In beiden Fällen, die ich angesprochen habe, leben noch viele Kinder. Das ist aber nur mit unserer modernen Medizin möglich. Darüber und über nichts anderes rede ich.

Wie oft mußte ich in den ersten Jahren meiner Amtszeit hier Antwort auf die Frage geben, warum die Säuglingssterblichkeit so hoch sei. Ich bin froh, daß wir im internationalen Vergleich heute weit vorn liegen. Ich will das hier nur darstellen, damit nicht so undifferenziert über die Dinge geredet wird.

(Beifall bei der CDU.)

Heute können in vielen Fällen durch operative Eingriffe Mißbildungen bei Früh- und Neugeborenen sowie bei Kleinkindern wie z. B. das Fehlen der Speiseröhre behoben werden. Die Diagnose Leukämie bei Kindern bedeutet nicht mehr wie vor zwölf oder 15 Jahren das sichere Todesurteil. Die Heilungschancen dieser bösartigen Erkrankung sind relativ gut geworden. Verätzungen und Verbrennungen bei Kindern sind heute unter massivem Einsatz von Technik und Personal wieder reparabel. Vor Jahren hätten viele solcher Unfälle unweigerlich zum Tod geführt. Erst die Weiterentwicklung der chirurgischen Technik und der Intensivmedizin machten die Behandlung möglich.

Immer noch sterben zu viele Menschen durch Verkehrsunfälle. 1985 starben rund 1 200 Menschen auf niedersächsischen Straßen; rund 50 000 wurden verletzt. Die Verletzungen sind in den letzten Jahren schwerer geworden. Die Zahl der Mehrfachverletzungen hat stark zugenommen. Die Überlebenschancen bei diesen schweren Verletzungen konnten wesentlich verbessert werden.

Hierzu hat vor allem das flächendeckende Rettungswagen- und Rettungshubschraubernetz beigetragen. Es ermöglicht, die Verletzten so schnell wie möglich am Unfallort durch Krankenhausärzte zu versorgen. Man sollte aber nicht vergessen, daß ein Hubschraubereinsatz rund 15 000 DM kostet. Bei Mehrfachverletzten sind häufig mehrere Operationen notwendig. Der erforderliche technische und personelle Aufwand führt zwangsläufig zu höheren Behandlungskosten im Krankenhaus.

Endgültiges Nierenversagen ist kein unabänderliches Schicksal mehr. Die moderne Medizin ermöglicht den Betroffenen durch Dialyse oder Nierentransplantation ein fast normales Leben. Diese Erfolge haben ihren Preis. Die Dialysebehandlung allein für einen Patienten kostet jährlich zwischen 60 000 und 80 000 DM. Eine Transplantation kommt erheblich billiger. Sie kostet etwa 30 000 DM. Nur müssen genügend Organe verfügbar sein, um den Menschen ein normales Leben zu ermöglichen. Gefäßoperationen im Bauchraum und an den Beinen verhindern z. B. bei Rauchern Amputationen und machen das Leben wieder erträglich.

Wer gesehen hat, wie alte Menschen nach einer Hüftgelenkoperation wieder normal laufen oder auch Treppen steigen können, weiß den Wert moderner Verfahren wie z. B. Knochenoperationen zu schätzen. Alle Prothesenoperationen sind inzwischen bis ins fortgeschrittene Lebensalter möglich. Heute werden alle größeren Eingriffe auch bei Patienten, die älter sind als 80 Jahre, mit großem Erfolg durchgeführt. Ich habe in der letzten Woche in einem kleinen Dorf gehört, daß ein 94jähriger den fünften Herzschrittmacher bekam und eine 90jährige am Blinddarm operiert wurde. Das funktioniert. Bei diesen Patienten ist ein hoher Aufwand für eine nachoperative intensive medizinische Versorgung notwendig.

Neben den Fortschritten der klinischen Medizin haben der steigende Anteil der älteren Generation und die gestiegene Lebenserwartung erheblichen Einfluß auf die Kostenentwicklung im Krankenhauswesen. In Niedersachsen leben mehr als 1,1 Millionen Menschen, die älter sind als 65 Jahre, und 520 000 Menschen, die älter sind als 75 Jahre. Die Zahl der über 75jährigen hat sich allein in Niedersachsen in den letzten 25 Jahren verdoppelt.

(Frau Heyer [SPD]: Das beklagen Sie doch nicht, oder?)

— Ich stelle hier fest, daß das nur durch die moderne Medizin möglich war. Vor 20 Jahren war vieles schon ein sicheres Todesurteil. Ich will das hier nur darstellen. Das ist doch gegen niemanden gerichtet und auch für mich keine Erfolgsbilanz. Nur wehre ich mich dagegen, daß draußen so getan wird, als könnte man ein paar Pillen oder Zahngold mit einer schwierigen Operation vergleichen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Ravens [SPD].)

Die Kritiker der Kostenentwicklung im Krankenhauswesen berücksichtigen diese Entwicklungen und Fortschritte häufig zu wenig. Wir haben uns zu schnell an die Segnungen der neuen, vielfach durch Technik ermöglichten Erfolge der Medizin gewöhnt. Deshalb stimme ich nicht in die häufig geäußerte undifferenzierte Kritik ein. Dies wäre genauso verfehlt wie die Forderung, die Medizintechnik in den Mittelpunkt der Heilkunde zu stellen.

Seit 1976 hat die Landesregierung mehr als 4 Milliarden DM für die Sanierung, den Neubau und die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser aufgewendet. Ein erheblicher Teil dieser Mittel hat der baulichen Verbesserung des Pflegebereichs gedient. Unsere heutigen Krankenhäuser sind mit dem Standard von vor 20 Jahren nicht mehr vergleichbar. Ein- bis Vierbettzimmer mit angeschlossenem Sanitärbereich sind bei Sanierungsmaßnahmen die Regel und werden von Fachleuten und Politikern als zeitgemäß angesehen. Bei Krankenhäusern werden sogar nicht selten ausschließlich Ein- und Zweibettzimmer mit WC und Dusche gefordert. Ich halte dies für überzogen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Im Personalbereich hat es in den letzten 20 Jahren einen gewaltigen Umbruch gegeben. In dieser Zeit hat sich die Zahl der Ärzte mehr als verdoppelt. Die Zahl der Pflegekräfte ist von 140 000 Personen auf 314 000 gestiegen. In der gleichen Zeit ist die regelmäßige Arbeitszeit der Krankenschwestern um rund 15 %, von 47 Stunden auf 40 Stunden pro Woche, gesunken. Die Vergütung hat sich von 900 DM im Monat verdreifacht und ist auf 2 700 DM angestiegen. Gerade diese zahlenmäßige Verbesserung der Personalausstattung in den Krankenhäusern und der Anstieg der Gehälter tragen entscheidend zur Kostensteigerung im Krankenhausbereich bei. Ich stelle das nur fest und bedauere es nicht, damit ich hier um Gottes willen nicht gesagt bekomme, das sei zuviel Geld. Ich weiß um den schweren Einsatz, um den es hier geht.

Schnipkoweit

Die Kostendämpfung im Krankenhausbereich wird häufig mit der Forderung an die Bundesländer verbunden, überflüssige Betten abzubauen. Ich unterstütze diese Bemühungen. Niedersachsen steht — bezogen auf den Zeitraum von 1980 bis 1985 — beim Bettenabbau im Vergleich zu den anderen Bundesländern an zweiter Stelle. Im Bereich der Krankenhausversorgung hat es die dritt niedrigste Bettendichte. Auch bei der Verweildauer erreicht Niedersachsen die dritt niedrigste Zahl in der Bundesrepublik. Insgesamt haben die Länder in dem von ihnen zu verantwortenden Krankenhausbereich seit 1973 rund 36 000 Betten abgebaut.

Dieser Entwicklung läuft eine andere voll entgegen. In Kur- und Spezialeinrichtungen sind im gleichen Zeitraum rund 27 000 neue Betten entstanden. Die in einigen Bundesländern erfolgreich betriebene Krankenhauspolitik als Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen wird durch diesen unkontrollierten Bettenausbau empfindlich gestört. Die Länder haben auf diese Entwicklung keinerlei Einfluß. In diesem Bereich tragen die Krankenkassen und die Rentenversicherungsträger mit ihren Vertragsvereinbarungen die Verantwortung. Der Bettenausbau in den Kur- und Spezialeinrichtungen in dieser Größenordnung ist nach meiner Ansicht in keiner Weise gerechtfertigt. Ohne Kontrolle ist eine große Anzahl neuer Betten entstanden. Ich plädiere dafür, die Strukturreform im Gesundheitswesen für eine Präzisierung der Anspruchsvoraussetzungen zu nutzen, um dieser Fehlentwicklung einen Riegel vorzuschieben.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Riege?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ja!

Dr. Riege (SPD):

Herr Minister, wären Sie dann auch bereit — ich finde, das ist ein guter Vorschlag; das haben wir auch in dem beratenden Ausschuß bzw. in dem Planungsausschuß des Landes Niedersachsen bemängelt —, mindestens die Rehabilitationsträger, also die Träger von solchen Kliniken und Kurbetten, mit in die Krankenhausplanung einzubeziehen?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ob sie an der Planung zu beteiligen sind, weiß ich nicht. Ich will Ihnen einmal sagen: Das sind sehr selbstbewußte Herrschaften.

(Dr. Riege [SPD]: Die kennen wir!)

Herr Dr. Riege — das steht jetzt nicht in meinem Konzept —, der Sozialausschuß hat doch vor einigen Monaten eine Anhörung durchgeführt, an der auch ein Herr von der BfA beteiligt wurde; ich habe sogar den Namen im Kopf. Sie haben gefragt, ob ein Krankenhaus, das wir nicht mehr benötigen, eventuell als Rehabilitationsklinik zu gebrauchen wäre. Darauf hat ihnen der Herr sinngemäß gesagt: Ein altes Krankenhaus, in dem es fünf Badewannen im Keller gibt, ist für eine moderne Rehabilitation nicht zu gebrauchen. Wenn man neu baut, dann bedeutet das für die Rehabilitation: Einbettzimmer mit Dusche, WC und allem, was dazugehört. Das heißt, wenn jemand mit 85 Jahren eine schwere Hüftoperation hat, kann er sich in ein Siebenbettzimmer legen, und wenn er anschließend wieder in Ordnung ist, dann bekommt er ein Einbettzimmer mit allem, was dazugehört. Ich frage mich wirklich, ob es in Ordnung ist, so zu verfahren. Ich bin da wirklich anderer Meinung.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Welcher Meinung sind Sie denn? Daß sie einbezogen werden müssen?)

— Ja, aber doch nicht von uns. Vielmehr muß der Gesetzgeber ganz deutlich sagen, wo solche Einrichtungen notwendig sind; ich will hier jetzt keine Namen nennen. Ich kenne einige Gemeinden in Niedersachsen, in denen ohne irgendein Zutun der Bundesregierung, der Landesregierung oder der Kommune 400 neue Betten entstanden sind — 400 neue Betten! Da baut der Minister bzw. bauen wir alle gemeinsam mühsam 50 Betten ab, wofür wir auch noch beschimpft und beleidigt werden, und anschließend kommt da irgend jemand und sagt: Na ja, wir haben Möglichkeiten über Abschreibungsgesellschaften usw., und deshalb bauen wir da ein paar Hundert Betten hin. — Nur darum geht es. Ich habe den Bundesarbeitsminister deshalb schon ein paarmal angeschrieben. Wer nicht bereit ist, so etwas auf gesetzgeberischem Wege in Ordnung zu bringen, der hat überhaupt kein Recht, uns vorzuwerfen, daß wir angeblich zuwenig Betten abbauten. Das sage ich hiermit in aller Deutlichkeit.

(Dr. Riege [SPD]: Jetzt kritisiert er die eigene Bundesregierung!)

— Das ist egal.

(Dr. Riege [SPD]: Ist ja in Ordnung!)

— Herr Dr. Riege, ich habe auch Kritik an anderen geübt. Ich sage das noch einmal. Es hat aber doch keinen Sinn, so zu tun, als machten wir alles richtig und die anderen alles falsch. Vielmehr sage ich ganz deutlich, wenn Fehler da sind, müssen wir den Mut haben, diese anzusprechen. Ich habe das auch in der Konzertierte Aktion gesagt. Was meinen Sie, wie dumm die mich angeguckt haben! Darauf können Sie sich verlassen. Aber ich will das jetzt hier nicht vertiefen.

Meine Damen und Herren! In dem Antrag wird darauf hingewiesen, daß sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für die Krankenhausversorgung seit 1960 um fast das 25fache gesteigert haben. Diese Entwicklung wird entscheidend geprägt durch das Leistungsgeschehen in den Krankenhäusern. Über dessen Umfang entscheiden die Vereinbarungen zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern, nicht aber die Krankenhausplanung des Landes. Der Krankenhausplan enthält nur Vorgaben zur Kapazität der Krankenhäuser, also zu den Bettenzahlen, zu den Großgeräten, zu den Fachabteilungen und zu den Ausbildungsstätten. Über den Bedarf an stationären Krankenhausleistungen — vor allem über die Zahl der Pflegetage — entscheiden allein die Kassen im Rahmen ihrer Kostenzusicherung im Einzelfall. Nicht die Zahl der Betten gibt also das Leistungsvolumen vor; vielmehr erzwingt der Leistungsumfang, den die Kassen und die Krankenhäuser vereinbaren, mehr oder weniger Betten. Die Länder können in dem Maße Betten abbauen, in dem diese durch Leistungsvereinbarungen zwischen Kassen und Krankenhäusern überflüssig werden.

Die Entwicklung in jüngster Zeit zeigt leider in die entgegengesetzte Richtung. In verstärktem Maße sind Vereinbarungen über höhere Pflegegezahlungen abgeschlossen worden. In Niedersachsen lag die Zahl der erbrachten Pflegetage im vergangenen Jahr um 0,7 % über dem Ergebnis des Jahres 1985. Damit ist zum erstenmal seit Jahren die Zahl der Pflegetage merklich gestiegen. Auch die Fallzahl ist in Niedersachsen im vergangenen Jahr angestiegen, und zwar um 3 %.

Aufgrund höherer Pflegegezahlungen und gesteigener Fallzahlen ist zu befürchten, daß sich die Krankenhausleistungen noch stärker ausweiten werden. Es ist an den Krankenkassen, von den Gestaltungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, die ihnen der Gesetzgeber bereits eingeräumt hat. Die Krankenhauspflege darf das Maß des

Notwendigen nicht überschreiten, und die Entscheidung darüber obliegt den Kostenträgern. Zunächst bestimmt zwar der Hausarzt den Umfang der Krankenhauspflege; die Überprüfung obliegt aber den Krankenkassen.

Überdies sollen nach § 372 RVO die Landesverbände der Krankenkassen mit den Krankenhäusern und mit deren Verbänden Rahmenverträge abschließen, um sicherzustellen, daß die Krankenhauspflege wirtschaftlich erbracht wird. Diese Möglichkeit besteht seit fünf Jahren. Bisher fehlen die dazu erforderlichen Rahmenempfehlungen der Bundesverbände der Krankenkassen und der Deutschen Krankenhausgesellschaft, wenn man von der Rahmenempfehlung über die Zusammenarbeit von Ärzten und Krankenhäusern einmal absieht.

Die RVO sieht auch Prüfungsausschüsse auf Landesebene zur Überwachung der Wirtschaftlichkeit der Krankenhauspflege im Einzelfall vor, die aus Vertretern der Krankenkassen und der Krankenhäuser bestehen. Bisher gibt es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine derartigen Prüfungsausschüsse.

Schon diese Beispiele, meine Damen und Herren, zeigen, daß die Kassen über erhebliche Steuerungsmöglichkeiten zur Kostendämpfung im Krankenhausbereich verfügen. Die Kassen können Art, Umfang und im Zweifel sogar den Ort, an dem die stationären Leistungen erbracht werden, bestimmen. Die Kassen sind aufgerufen, von den ihnen gesetzlich gegebenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Die Kostenentwicklung im Krankenhausbereich wird im Rahmen der vorgesehenen Strukturreform im Gesundheitswesen auf allen Ebenen bereits intensiv diskutiert. Eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten ist vorgeschlagen worden. Auf Bundesebene hat die Konzertierte Aktion Empfehlungen gegeben. Die Koalitionsparteien haben eine Strukturkommission gebildet, und der Bundestag hat die Einsetzung einer Enquete-Kommission beschlossen.

1

Meine Damen und Herren, die SPD fordert in ihrem Entschließungsantrag, eine niedersächsische Krankenhauskonferenz einzuberufen. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen — wir haben in den letzten Jahren verschiedentlich Gespräche darüber geführt —, daß ich dazu gern bereit bin; denn wenn wir wirklich wollen — worüber wir ja heute morgen diskutiert haben und auch jetzt wieder diskutieren —, daß es tatsächlich zu einer Struk-

Schnipkoweit

turreform kommt, dann bin ich für jeden sinnvollen Beitrag dankbar. Das sage ich hier ganz offen. Hier hat keiner den Stein des Weisen gefunden. Hier geht es um wirkliche Probleme, in denen Musik und viel Geld drinsteckt. Ich glaube, ich habe heute morgen schon gesagt, daß sich die Gesamtkosten für unser Gesundheitswesen auf insgesamt 250 Milliarden DM pro Jahr belaufen. Das ist fast soviel wie der gesamte Bundeshaushalt. Deshalb bin ich für jede Anregung dankbar. Ich bin auch bereit, mehr Leute einzuladen, als es der Gesetzgeber vorschreibt. Hauptsache, es sind Leute da, die den Willen und den Mut haben, hier zu vernünftigen Lösungen beizutragen.

Ein letztes, Herr Dr. Riege. Ein Träger hat in Braunlage ein kleines Krankenhaus geschlossen, was mir auch viele Probleme und Ärger bereitet hat. Es ist nicht so, daß überhaupt nichts passiert. Ich muß aber andererseits sagen: Als ich Minister wurde, habe ich mich dazu entschlossen, im ländlichen Raum viele kleine Krankenhäuser zu erhalten. Es gab ja auch einmal die Version von den Mammutkliniken. Ich glaube, ich bin darin bestätigt worden, daß das kleinere Krankenhaus im ländlichen Raum viele Aufgaben genauso gut oder besser erfüllt als so manche Großklinik, meine Damen und Herren. Auch das muß man an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen. Ich hoffe, daß der vorliegende Entschließungsantrag den Fraktionen auf Landesebene die Möglichkeit eröffnet, die zukünftige Entwicklung im Krankenhauswesen in den Ausschüssen ausführlich zu diskutieren. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Herrn Minister für die Abgabe der Stellungnahme der Landesregierung. — Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Lindhorst.

Lindhorst (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit ihrem Antrag zur Krankenhausreform greift die SPD nur einen Teilaspekt — wenn auch einen sehr wichtigen — aus einem großen Problemkreis heraus. Das deutsche Gesundheitswesen und seine finanzielle Absicherung stehen insgesamt vor einer grundlegenden Neuorientierung. Mit den zur Zeit vorhandenen Mitteln und Instrumenten ist die gesetzliche Krankenversicherung, die GKV, nicht mehr in der Lage, die über-

all beklagte Kostenexplosion im Gesundheitswesen erfolgreich zu bekämpfen. Bei der anstehenden Strukturreform im Gesundheitswesen geht es im Kern um die Frage, ob die Gesundheitsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch bezahlbar bleibt. Zur Zeit droht die Unfinanzierbarkeit des Gesundheitswesens, also die Möglichkeit, daß wir das Ganze nicht mehr bezahlen können. Die Abkopplung der Kosten von der Grundlohnsumme ist nicht mehr vertretbar und vor allem auch nicht mehr verkraftbar. Eine weitere Belastung der Arbeitnehmer und auch der Arbeitgeber mit höheren Sozialabgaben ist absolut nicht mehr akzeptabel. Im Jahr 1981 hatten wir ein Bruttosozialprodukt von rund 1,5 Billionen DM. Das gesamte Sozialbudget betrug 513 Milliarden DM. Von diesem Sozialbudget ist rund ein Drittel, nämlich 32,9 %, für Gesundheitsleistungen ausgegeben worden. Im Jahr 1981 schon arbeiteten 1,8 Millionen Menschen im Bereich des Gesundheitswesens.

Ich möchte noch eine andere Zahl nennen, die für unsere Diskussion von großer Bedeutung ist. Von 114 Milliarden DM gab die GKV im Jahr 1985 35 Milliarden DM allein für den Krankenhaussektor aus. Das heißt, ein Drittel gibt die gesetzliche Krankenversicherung für das Krankenhauswesen aus. Deswegen ist es so wichtig, daß wir uns mit diesem Bereich beschäftigen. Es sind riesige Summen. Ich nenne sie hier, damit Sie alle wissen, worum es hier geht; denn hinter diesen riesigen Zahlen verbergen sich große Probleme, die es zu lösen gilt. Die anstehende Strukturreform im Gesundheitswesen ist deshalb nicht nur eine Herausforderung für alle Betroffenen, für uns hier im Parlament und für die Gruppen, Herr Dr. Riege, die Sie in Ihrem Antrag aufzählen. Wenn diese Reform gelingen soll, wird sie eine Herkulesarbeit sein, und wir werden sie nicht eben kurz über den Tisch ziehen können. Ich verstehe es deshalb sehr wohl, daß sich die SPD in Niedersachsen nur einen Teil der Strukturreform herauspicks und Probleme zum Beispiel der zahnmedizinischen Versorgung, der Arzneimittel und der Heil- und Hilfsmittel nicht anspricht. Es ist allemal leichter, einzelne Probleme anzusprechen und Kritik zu üben, als eine Gesamtlösung vorzuschlagen und dann Alternativen in einem Gesamtbereich aufzuzeigen.

(Beifall bei der CDU.)

Wer die Vergangenheit nüchtern analysiert, meine Damen und Herren, kann nicht umhin, festzustellen, daß es im Gesundheitswesen und insbesondere im Krankenhauswesen keine wirkliche

Kostendämpfung, geschweige denn eine Kostensenkung gegeben hat. Es gab zwar kurze Zeiten der Kostententlastung, die aber später zumeist durch einen Kostenschub kompensiert worden sind. Die wiederholten Appelle der Konzierten Aktion sowohl an die Leistungsanbieter als auch an die Versicherten sind überwiegend vom Winde verweht worden, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

Das ist aber auch nicht verwunderlich, galt doch jahrelang die starke Expansionskraft der gesetzlichen Krankenversicherung als besonderer sozialer Fortschritt, der begrüßt und gefördert wurde. Die alte Sozialpolitik der alten Sozialdemokraten sah gerade in der Ausgabenexplosion ihre spezifische Aufgabe und ihren Erfolgsnachweis.

(Zurufe von der SPD.)

Expansionspolitik wurde gleichgesetzt mit guter Gesundheitspolitik. Mehr und größer war allemal besser. Ich wiederhole das: Mehr und größer war allemal besser. Das galt für das Krankenhauswesen genauso, wie wir es bei der SPD hinsichtlich des Schulsektors erlebt haben.

(Zuruf von der SPD: Das wird durch die Wiederholung nicht richtiger!)

Auf das Ausmaß der Kostenexplosion hat ab 1974 besonders Herr Geißler hingewiesen. Von ihm stammen die ersten umfassenden Untersuchungen. Dadurch wurde klar, daß die Kostenentwicklung keine Explosion war, die plötzlich und unerwartet kam; vielmehr gab es für diese Kostenexplosion, die ab 1972 absehbar war, ganz klare ordnungspolitische Gründe.

Der wichtigste Grund war die systematische Außerkraftsetzung von Marktelementen. Das beste Beispiel für ein derartiges systemfremdes Vorgehen war das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972. Wir stehen heute im Grunde vor dem Scherbenhaufen, der dadurch angerichtet worden ist. Denn, wie gesagt, es gibt eine Kostenexplosion. Wir haben keine Kostenreduzierung.

Mit diesem Gesetz wurde das duale System der Finanzierung für das Krankenhauswesen eingeführt: Die Investitionen bezahlt der Staat, die Benutzerkosten tragen die Krankenkassen. Durch diese Loslösung der Investitionsfinanzierung vom laufenden Wirtschaften wurden jeder Anreiz zur Innovation und jeder Druck zur Sparsamkeit beseitigt. Dieses Übel, meine Damen und Herren, ist das Grundübel für die Kostenexplosion im Krankenhauswesen. Wir haben keine wirtschaftli-

chen Anreize für die Krankenhäuser geschaffen, sparsamer zu arbeiten.

(Zustimmung bei der CDU.)

Wer heute im Krankenhaus sparsam arbeitet, wird dafür bestraft, weil anschließend die Pflegesätze heruntergesetzt werden. Dieses System kann nicht funktionieren.

(Zustimmung bei der CDU.)

Deswegen muß wahrscheinlich auch das geltende Krankenhausfinanzierungsgesetz bald wieder novelliert werden.

(Zustimmung bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Neben dieser Kostenexplosion, die durch ordnungspolitische Strukturfehler verursacht wurde, gibt es Kostensteigerungen, deren Ursachen wir alle kennen. Diese sind hier schon mehrfach aufgezählt worden. Ich möchte es der Vollständigkeit halber noch einmal tun.

Die erste Ursache ist die Verbesserung der klinischen Medizin. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Reduzierung der Säuglingssterblichkeit — das hat der Minister vorhin erwähnt —, die operativen Möglichkeiten bei Früh- und bei Neugeborenen, bei Verkehrsopfern und vor allen Dingen bei älteren Menschen. Ich weise auch darauf hin — der Minister hat das vorhin an vielen Beispielen im einzelnen erläutert —, daß einzelne Operationen, etwa Herzverpflanzungen, bis zu 150 000 DM kosten. Das muß man sich einmal vor Augen führen.

Eine weitere Ursache für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen ist der gestiegene Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung. Allein in Niedersachsen leben 500 000 Personen, die älter sind als 75 Jahre, und 250 000 Personen, die älter sind als 85 Jahre.

(Minister Schnipkoweit: Älter als 80 Jahre!)

— Als 80 Jahre, Herr Minister, okay.

Sie alle kennen auch — das möchte ich als dritte Ursache erwähnen — die Auswirkungen der gestiegenen Lebenserwartung der Bevölkerung. Sie alle kennen den Ausspruch des Patienten: Lieber Herr Doktor, das Beste ist für mich gerade gut genug. Wenn ich ins Krankenhaus gehe, muß das Beste her, denn schließlich habe ich jahrelang in die Krankenkasse eingezahlt, und nun will ich das auch heraushaben. — Das muß man auch einmal erwähnen.

(Frau Pistorius [SPD]: Das hat der Patient doch oft gar nicht in der Hand! Das wissen Sie doch auch!)

Lindhorst

— Ich würde sagen, wenn der Arzt — sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich — nicht auf diese Forderung des Patienten eingeht, dann steht er anschließend arm — in Anführungsstrichen — da. Der Patient wird sich beschweren und wird sich woanders behandeln lassen, wo er angeblich die beste Versorgung bekommt.

Als letzte der Ursachen der Kostenexplosion — die nüchtern so zu betrachten sind — möchte ich den erhöhten Versorgungsstandard anführen, den wir in den Krankenhäusern haben — auch das wurde erwähnt —: Ein- und Zweibettzimmer, Toilette, Naßzelle, Dusche usw. Auf diesem Gebiet sind wir führend unter vergleichbaren Industrieländern. Zu diesem letzten Komplex sage ich klipp und klar: Ich glaube nicht, daß wir hinter diesen Standard zurückgehen können. Das wollen wir auch nicht. Das muß man nüchtern feststellen. Man muß sich dann aber auch einmal überlegen, ob der Grundsatz stimmt, daß das Teuerste auch immer das Beste ist. Das verneine ich. Diesbezüglich müssen wir abspecken. Wir sind der Meinung, daß auch bei diesem Standard hier und dort einiges weniger getan werden kann, ohne daß das Grundsätzliche angeknabbert wird.

(Zuruf von Dr. Riege [SPD].)

Meine Grundaussage, Herr Dr. Riege, ist die, daß wir im Gesundheitswesen insgesamt, vor allen Dingen aber im Krankensektor, mehr Markt und damit auch mehr Wettbewerb haben müssen. Dabei ist es ausgeschlossen, daß wir zu einer reinen Marktwirtschaft im Krankensektor kommen können — das wissen wir —; vielmehr muß der Staat korrigierend eingreifen. Das andere Extrem wäre aber, wenn wir rein staatlichen Dirigismus einführen, wie das die Sozialdemokraten in den letzten Jahren immer wieder gefordert haben. Wir müssen mehr Wettbewerb in diesem Bereich insgesamt einführen.

Ich habe vorhin schon gesagt, daß das vorhandene und novellierte Krankenhausfinanzierungsgesetz einfach nicht mehr ausreicht. Wir müssen zu anderen Überlegungen kommen. Denkbar ist, meine Damen und Herren, daß mit den Krankenhäusern verstärkt diagnosebezogene Entgeltformen vereinbart werden. Denkbar sind Tagespauschalen für Unterbringung und Verpflegung. Denkbar sind Fallpauschalen bzw. echte Preise für einzelne Krankenhausleistungen im medizinischen Bereich.

Meine Damen und Herren, in der Nr. 2 des Antrags geht es um die Pflegeversicherung. Das The-

ma ist mir zu wichtig und zu ernst, als daß ich es in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit abhandeln könnte. Damit würde ich der Wichtigkeit und der Bedeutung des Themas nicht gerecht. Trotzdem will ich auf einige Grundstrukturen unserer Politik auf diesem Sektor hinweisen. Ich darf Ihnen klipp und klar sagen, meine Herren von der SPD: Eine allgemeine Pflegeversicherung, eine Volksversicherung, wie Sie sie verlangen, wird es mit der CDU nicht geben.

(Beifall bei der CDU.)

Ich verstehe es nicht, Herr Dr. Riege, wie Sie einerseits auf die gestiegenen Krankenhauskosten und die Kostenexplosion im Gesundheitswesen sowie auf die enorme Belastung der Beitragszahler, die jetzt bei rund 13 % liegt, hinweisen können, andererseits aber wollen, daß wir eine allgemeine Pflegeversicherung haben, die 15 Milliarden DM kostet und bei der die Beitragszahler dann nicht mehr 13 %, sondern 15 % ihres Einkommens zahlen müssen. Das ist keine CDU-Politik!

(Dr. Riege [SPD]: Was fordert denn Blüm im Augenblick? Wissen Sie das eigentlich?)

— Herr Dr. Riege, Sie sind doch immer wieder überheblich; aber es ist wieder lustig heute. Soll ich Ihnen jetzt eine halbe Stunde lang einen Vortrag darüber halten?

(Zurufe von der SPD.)

— Ich will Ihnen das genau sagen: Die allgemeine Pflegeversicherung verlangt er nicht. Ich will Ihnen jetzt sagen, was wir wollen.

(Dr. Riege [SPD]: Er fordert den Einstieg in diese Versicherung! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Er sagt folgendes klipp und klar: Wir wollen, daß der häusliche und der familiäre Sektor erheblich ausgeweitet werden und daß die Krankenkassen hier einsteigen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß es groteskerweise eine Privilegierung der stationären gegenüber der ambulanten Krankenpflege gibt. Auch heute schon ist es nach der RVO möglich, daß dieser häusliche Sektor, die häusliche Pflege, besser ausgestattet wird. Es ist aber oftmals so, daß Sie einen Anverwandten, vielleicht Vater oder Mutter oder Großmutter oder eine andere ältere Person, eher in ein Krankenhaus bringen können, in dem er 100prozentig versorgt wird. Das ist einfacher und kostengünstiger für die betroffene Person. Dagegen ist es oftmals nicht möglich, daß diese Person zu Hause

bleibt und dafür für vier, sechs oder acht Wochen eine Pflegekraft zur Verfügung gestellt wird.

(Dr. Riege [SPD]: Aber deshalb fordern wir doch die Pflegeversicherung, damit die Krankenhäuser entlastet werden! Das ist doch der Punkt!)

— Richtig, Herr Dr. Riege, und wenn Sie diesem Grundsatz der CDU zustimmen, sind wir schon auf dem halben Wege.

Wir wollen — das ist der Grundtenor des Blümchen Entwurfs, des Entwurfs der Bundesregierung — den ambulanten Sektor ausweiten und nicht den stationären, damit es auf dem stationären Sektor nicht zu einer weiteren Kostenexplosion kommt. Das ist der Grundtenor unserer Überlegungen zur Pflegeversicherung. Ich darf nur noch ein Detail erwähnen, weil Sie, Herr Dr. Riege, das vorhin so schön an die Besucher gesagt haben: Wir wollen vor allen Dingen auch dafür sorgen, daß diejenigen, die ihre Anverwandten zu Hause pflegen, rentenrechtlich und in allen anderen Bereichen — ich will das einmal so formulieren — besser abgesegnet werden.

(Dr. Riege [SPD]: Ich habe genau dasselbe gesagt!)

Wenn Sie heute jemanden pflegen, können Sie nicht in Urlaub gehen. Jahrelang haben die Betroffenen keinen Urlaub gemacht, weil sie dann keine Pflegemöglichkeit für den Anverwandten gehabt hätten.

In der Bundesrepublik Deutschland ist es so, daß 90 % der Pflegefälle in der Familie versorgt werden und 10 % in den stationären Einrichtungen. Das soll so bleiben. Wenn Sie aber eine allgemeine Pflegeversicherung haben, wird sich das Verhältnis umkehren. Das wissen wir ja von anderen Ländern. Dann sagt man nämlich: Ich habe jahrelang eingezahlt, nun will ich auch etwas davon haben; nun kann ich auch ins Altenpflegeheim gehen. — Und die Anverwandten sagen eventuell: Oma und Opa haben bezahlt, nun können wir sie abschieben.

Sie wissen, daß das für den Staat und für die Beitragszahler allemal teurer wird, als wenn wir die Pflegekraft der Familien unterstützen. Das wollen wir, und das ist Inhalt einer CDU-Politik.

(Beifall bei der CDU.)

Im dritten Punkt ihres Antrages fordert die SPD eine niedersächsische Krankenhauskonferenz mit sehr vielen Beteiligten. Diese Konferenz soll zu einer langen Themenliste Empfehlungen abgeben. Zusammensetzung der Konferenz und Umfang der Aufgabenstellung geben Anlaß zu der

Behauptung, daß hier eine eigene niedersächsische Konzertierte Aktion geschaffen werden soll. Sie ist nämlich genauso umfassend wie die auf Bundesebene. Neu ist nur, daß wir das in Niedersachsen machen sollen. Es gibt schon sehr viele Institutionen, Enquete-Kommissionen, Sachverständigengutachten und was weiß ich alles auf Bundesebene. Wir haben sie zum Teil natürlich auch hier in Niedersachsen. Ich will dem Minister gern zustimmen, wenn er sagt: „Wer mit mir reden will, der soll mit mir reden. Wer mir gute Vorschläge macht, dessen Vorschläge nehme ich gerne entgegen.“ Ich weigere mich aber, dieses in diesem Umfange so anzunehmen. Hier kommt die alte Situation der SPD-Fraktion zum Vorschein: Für ein Problem, das wir nicht lösen können, wollen wir erst einmal eine bürokratische Lösung schaffen. Dies aber nur am Rande. Wenn der Minister das will, dann soll er das tun. Ich bin der Meinung, daß es bereits sehr viele Gutachten gibt. Sie, Herr Dr. Riege, berufen sich in Ihrem Antrag ja auch darauf. Das Sachverständigengutachten liegt bei mir auf dem Tisch. Darin sind ja all die Lösungsvorschläge gemacht worden, die Sie hier einfordern.

(Dr. Riege [SPD]: Sie werden ja nicht befolgt!)

Mir bleibt nicht die Zeit, im einzelnen darauf einzugehen. Um nur einen Punkt herauszugreifen, nämlich die Humanisierung im Krankenhaus, Herr Dr. Riege, so haben wir dieses Thema hier schon vor drei Jahren umfassend behandelt. Wir haben Vorschläge gemacht. Der Minister hatte schon darauf hingewiesen, daß dieses Thema nicht von der Landesregierung reglementiert werden kann; das muß man in den einzelnen Krankenhäusern tun. Inhalt der CDU-Politik sind immer die kleinen Krankenhäuser gewesen, in denen der Mensch im Vordergrund steht, die keine Gesundheitsfabriken sind, in denen die Menschen wieder gesund gemacht werden sollen. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Abschließend — weil das Licht hier immer schneller blinkt — darf ich Ihnen sagen: Wenn wir auf Geburtstagen sind und älteren Menschen zum Geburtstag gratulieren, dann sagen wir immer: „Ich gratuliere herzlich und wünsche Ihnen für die Zukunft vor allem Gesundheit.“ Ich möchte schließen und sagen: Wir alle müßten mehr darauf aus sein, daß bei diesem ganzen Komplex, den wir behandeln, der einzelne sein Scherflein dazu beiträgt. In Zukunft sollten wir

Lindhorst

sagen: „Herzlichen Glückwunsch. Tu ein bißchen mehr für deine eigene Gesundheit.“

(Beifall bei der CDU. — Frau Dr. Dücker [Grüne]: Herr Lindhorst, was tun denn Sie für Ihre Gesundheit?)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hansen.

Dr. Hansen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider habe ich jetzt nur die halbe Redezeit meiner Vorredner vor mir. Das ist leider nun mal so. Trotzdem möchte ich zunächst auf die letzte Bemerkung von Herrn Lindhorst eingehen.

Natürlich gibt es gesündere und ungesündere Verhaltensweisen. Wir könnten uns jetzt über das Rauchen oder über das Trinken und was weiß ich alles unterhalten. Aber wir leben in einer Welt, in der die Gesundheit der Menschen von Faktoren beeinflusst wird, auf die sie selbst keinen Einfluss nehmen können: im Arbeitsleben, im Straßenverkehr und in der allgemeinen Lebensweise, die uns von dieser Gesellschaft vorgegeben ist. Darüber müßte man zunächst einmal sprechen.

Zweitens haben Sie — auch das noch zu Ihnen, Herr Lindhorst — im wesentlichen gesprochen über den Themenbereich Kostendämpfung des Gesundheitswesens sowie über die großen Kosten, die es verursacht. Sie haben gesagt — und das stimmt ja auch —, die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung seien angestiegen, und das sei eine Belastung für die Arbeitnehmer — natürlich auch für die Arbeitgeber —, und die Kosten des Gesundheitswesens liefen den Grundlohnsummen — das ist ja immer so ein Maß — davon. Man muß dann allerdings auch überlegen, welche Maßstäbe man anlegt. Man kann die Kosten des Gesundheitswesens ja auch an anderen Parametern, an anderen Meßplatten messen. Eine solche Meßplatte wäre zum Beispiel das vorhin auch von Ihnen erwähnte Bruttosozialprodukt. Da ist es natürlich auch eine ganze Menge. Nur, wenn man es am Bruttosozialprodukt mißt, dann ist in den letzten zehn oder zwölf Jahren der Anteil am Bruttosozialprodukt, der für gesundheitspolitische Dinge ausgegeben wird, nicht gestiegen. Das ist eine Folge dessen, was wir jetzt im einzelnen diskutieren könnten, was aber heute nicht das Thema ist, daß nämlich ein großer Teil der Kosten im Gesundheitswesen früher von anderer Seite, zum Beispiel vom Staat, getragen worden ist und daß sich der Staat in den letz-

ten Jahren systematisch und an verschiedenen Stellen aus der Finanzierung des Gesundheitswesens zurückgezogen hat — man müßte das jetzt im einzelnen darlegen —, so daß letztlich jetzt sowohl von den Krankenkassen als auch von den einzelnen Patienten ein größerer Anteil an den Kosten zu übernehmen ist.

Ich will noch etwas zum Anspruchsdenken sagen. Es mag auch manchmal so etwas wie Anspruchsdenken geben. Aber niemand wird sich freiwillig und aus Spaß in ein Krankenhausbett legen. Niemand wird im Krankenhaus länger bleiben, als es unbedingt sein muß. Niemand wird im Krankenhaus darum bitten, daß man ihm mehr Spritzen gibt oder ihn mehr operiert, als es unbedingt erforderlich ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Das Argument des Anspruchsdenkens zieht im Krankenhausbereich gewiß nicht.

Wir haben uns heute morgen in diesem Kreis über die Frage von mehr oder weniger Markt unterhalten. Es gibt Bereiche im Gesundheitswesen, die mehr marktorientiert sind. Das ist z. B. die ambulante und die kassenärztliche Versorgung. Gerade in dem Bereich gibt es genügend Punkte, bei denen man sagt: Soviel besser ist das, was dort Marktgeschehen ist, auch nicht. — Wenn die von Ihnen vorgeschlagene Budgetierung eingeführt würde, könnte dies im Krankenhaus dazu führen, daß unter Zugrundelegung dessen, daß z. B. eine Blinddarmenzündung soundso viel kosten darf, ab einem bestimmten Tag die Kalkulation plötzlich umkippt. Was das bedeuten könnte, vor allem wenn das Krankenhaus noch mehr marktwirtschaftlich und eben auf Profit orientiert ist, können wir uns nicht wünschen.

(Beifall bei den Grünen.)

Jetzt gehe ich auf den SPD-Antrag ein. Über den Kostenteil haben wir an sich schon gesprochen. Der SPD-Antrag kümmert sich auch um die Probleme der Beschäftigten. Die Zahl der Beschäftigten hat in den letzten Jahren in den Krankenhäusern tatsächlich zugenommen, und tatsächlich hat auch die wöchentliche Arbeitszeit der Beschäftigten in den Krankenhäusern abgenommen. Trotzdem haben wir das Phänomen zu verzeichnen — ich denke, das hat jeder von Ihnen schon erlebt —, daß sich die Beschäftigten im Gesundheitswesen heute stärker belastet fühlen als früher. Wie kommt das? Das hängt doch damit zusammen, daß die Verweildauern im Krankenhaus immer kürzer werden, daß der Betrieb im Krankenhaus hektischer wird und daß die Zeit, in

der Pflegepersonen auf die Patienten eingehen können, immer knapper wird. Da die Arbeit im Krankenhaus trotzdem geleistet werden muß, führt das dazu, daß die Beschäftigten Überstunden machen. Diese Überstunden müssen abgefiebert werden, wodurch wieder neue Überstunden anfallen. Diesen Überstundenberg schiebt man dann immer mehr vor sich her. Das führt zu der Hektik, unter der heute leider Gottes sehr viele Beschäftigte im Krankenhaus leiden.

Ich wollte gar nicht soviel über die Kosten und über die Beschäftigten sprechen, sondern mehr über die Patienten. Die Patienten fühlen sich heute oft dem Krankenhaus ausgeliefert, sie fühlen sich einer Macht ausgesetzt, auf die sie keinen Einfluß nehmen können. Wenn wir das ändern wollen — das ist sicherlich ein wesentlicher Teil von Humanisierung im Krankenhaus —, dann bedeutet das, daß die Patienten mehr Möglichkeiten haben müssen, das, was sie im Krankenhaus wollen, zu formulieren. Für diese Aufgabe müssen Institutionen geschaffen werden. Wir fordern — wir haben das schon vor zwei, drei Jahren im Parlament vorgebracht —, daß endlich auch in Niedersachsen in den Krankenhäusern Patientenvertretungen, Ombudsfrauen oder Ombudsmänner, Patientenkommissionen oder wie immer man das nennen mag eingerichtet werden.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir haben es bei der Beratung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes gefordert. Eine solche Einrichtung gibt es z. B. bereits in Rheinland-Pfalz. Was im einzelnen zu diskutieren wäre, ist, wie man es macht, daß eine solche Patientenvertretung immer gerade für die leicht erreichbar ist, die die Bedürfnisse haben, und daß die Einrichtung unabhängig und demokratisch legitimiert ist. Darüber müßten wir uns unterhalten.

Das Krankenhaus kann nur besser werden, wenn — das wurde schon gesagt — die Zahl der Pflegekräfte erhöht wird und wenn, wie es im SPD-Antrag steht, eine patientengerechte Personalbemessung gefunden wird. Das wird sicherlich schwierig sein, und das wird immer umstritten bleiben. Ich habe auch Zweifel, ob die von Ihnen in diesem Zusammenhang vorgeschlagenen Instrumente Prüfungsausschüsse und vertrauensärztliche Dienste richtig sind. Hier werden strittige Punkte bleiben.

Ich denke — um auch das aufzunehmen —, das Krankenhaus kann nicht billiger werden. Wir werden uns langfristig darüber unterhalten und einigen müssen, was wir vom Krankenhaus wollen. Wenn wir vom Krankenhaus wollen, daß

dort intensive Medizin für diejenigen betrieben wird, die es nötig haben, dann werden wir auch entsprechende Mittel aufbringen müssen.

Wenn immer gesagt wird, das Krankenhaus sei der teuerste Posten, dann stimmt das natürlich, wenn ich sage, daß das Krankenhaus teurer ist als das, was für ambulante Ärzte aufgebracht wird. Bei einem Vergleich der stationären Medizin mit der ambulanten Medizin — so kann man ja auch rechnen — stellt man aber fest, daß die stationäre Medizin nur 30 % der Kosten der Gesamtaufwendungen für das Gesundheitswesen ausmacht.

Ich könnte noch eine Menge zu den Kurkliniken, zu den Pflegekonzepten und vor allem zu der Verbesserung der ambulanten Dienste sagen. Die rote Lampe leuchtet jedoch. Ich muß zum Schluß kommen. Im Ausschuß werden wir weiter hierüber sprechen. — Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung von Dr. Riege [SPD].)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Das Wort hat die Abgeordnete Frau Pistorius.

Frau Pistorius (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Schnipkoweit, ich möchte mich namens meiner Fraktion an dieser Stelle ausdrücklich für Ihren sehr sachlichen und problembewußten Vortrag bedanken.

(Zustimmung bei der SPD.)

Das läßt uns hoffen, daß wir hier im Interesse der Sache ein ganzes Stück weiterkommen werden. Es wäre nämlich schlimm, wenn ein Patient seiner Krankheit überlassen würde, wenn eine Therapie bei ihm nicht anschlägt, ohne eine andere Therapie zu versuchen. In dieser Situation — so beurteilen wir es jedenfalls — befindet sich das deutsche Krankenhauswesen. Wir hatten zwar nicht erwartet, Herr Lindhorst, daß Sie unserem Antrag, der der Beginn einer neuen Therapie an diesem Patienten Krankenhaus sein soll, mit Begeisterung zustimmen. Aber etwas mehr Einsicht in die Notwendigkeit des Handelns in diesem besonderen Bereich können wir, denke ich, wohl auch von Ihnen erwarten. Ich will einen zusätzlichen Versuch machen, Sie doch noch zu überzeugen, und zwar in aller Sachlichkeit.

(Zuruf von Lindhorst [CDU].)

Frau Pistorius

Es taucht immer wieder der Vorwurf der Kostentreiberei auf. Diesem Vorwurf muß man natürlich nachgehen und ihn gegebenenfalls entkräften. Die Frage ist: Wie kann zum Beispiel der Erhöhungsrahmen — vorgegeben seinerzeit von der Konzertierte Aktion — eingehalten werden, wenn gleichzeitig vom Gesetzgeber Kostenverlagerungen vorgenommen werden? Sie erinnern sich an die Kosten durch das novellierte Krankenpflegegesetz, an die Medizingeräteverordnung und an die Verlagerung von Investitions- und Instandhaltungskosten in die Pflegesätze.

Ein weiterer objektiver Grund für den ständigen Kostenanstieg, der nicht zu beeinflussen ist — das ist ja schon gesagt worden —, ist die steigende Anzahl alter Patienten. Im Osnabrücker Raum beträgt die Verweildauer von über 60 Jahre alten Patienten im Krankenhaus derzeit zwischen 17 und 20 Tagen, im Vergleich dazu bei 30jährigen ca. zehn Tage. Fortschritte in der Medizin und Medizintechnik wirken sich ebenfalls nicht kostensenkend aus. Minister Schnipkoweit hat bereits darauf hingewiesen: Behandlung von Mißbildungen, Verbesserung der Überlebenschancen von Unfallopfern, Mehrlingsgeburten usw.

Ohne eine Entlastung der Pflegesätze von Kosten, die eigentlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden sollten — ich meine das Risiko der Pflege —, und ohne eine gleichzeitige Verbesserung der Einnahmesituation — das ist nämlich ein entscheidender Punkt, der in der Regel übersehen wird; schließlich sind die Krankenhäuser von dem lukrativen Geschäft der Ambulanz weitgehend ausgeschlossen —, d. h. ohne die Verbesserung dieser Relation wird, denken wir, eine sinnvolle und erfolgversprechende Strukturreform nicht möglich sein. Deshalb verweise ich an dieser Stelle noch einmal auf die Forderung an die Landesregierung, zu einer Pflegeversicherungslösung, welcher Art auch immer, zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ich sehe mit Entsetzen, daß die rote Lampe schon leuchtet. Ich wollte mir eigentlich noch einen kurzen Hinweis auf den Anspruch der Menschen auf ein humanes Krankenhaus gestatten. Dazu gehört nicht nur eine patientengerechte Personalbemessung. Dazu zählen zunehmend auch Leistungen der Mitarbeiter in neuen Berufen des Gesundheitswesens. Ein Krankenhaussozialdienst — unverzichtbar, aber kostenträchtig — greift soziale Probleme auf, die im Zusammenhang mit Krankheit, Unfall oder Behinderung stehen. Eine Beratung bei Sucht- oder Suizidgefährdung ist ebenso notwendig wie die Vermittlung ambulanter Hilfen, medizini-

scher Hilfen oder auch einer Pflegeheimunterbringung. Zunehmend erkennen die Krankenhäuser die Verpflichtung, sich besonders der stationär aufgenommenen Kinder anzunehmen, im Sinne des Programms „Kind im Krankenhaus“ Pädagogen einzustellen und einen Schulunterricht im Krankenhaus — natürlich mit gewisser Kostenerstattung — durchzuführen.

(Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Von uns soll ausdrücklich honoriert werden, daß die Erfüllung der Bedürfnisse kranker Menschen in Krankenhäusern über die medizinische Versorgung hinaus auch von Minister Schnipkoweit als Aufgabe gesehen wird. Das läßt bei uns die Hoffnung reifen, daß wir in den Ausschußberatungen zu einer Lösung kommen, die uns wenigstens ein Stückchen auf dem Wege zu einer sinnvollen — Herr Lindhorst, ich betone: sinnvollen — Veränderung der Situation an unseren Krankenhäusern, wo immer es möglich ist, weiterbringt. Dazu brauchen wir — insofern widerspreche ich Ihnen — nicht den gesamten Bereich einzubeziehen. Es genügt, wenn wir uns in diesem Zusammenhang erst einmal auf das Krankenhaus konzentrieren. Alles andere muß ohnehin geleistet werden.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der SPD-Fraktion dankbar, daß sie dieses Thema aufgegriffen hat und uns Gelegenheit gibt, im Ausschuß einmal intensiver darüber nachzudenken, als das in der kurzen Zeit dieser Plenarsitzung möglich ist.

(Küpker [FDP]: Sehr wahr!)

Ich will gar nicht kritisieren, daß es sich dabei um ein Teilproblem der gesamten Strukturreform handelt; denn dies ist sicherlich ein für sich gesehen sehr wichtiges Problem und im Gegensatz zu anderen vielleicht noch nicht einmal so sehr verschachtelt mit den übrigen Problemen, als daß man es nicht allein lösen oder sich allein damit beschäftigen könnte.

Wir stimmen sicherlich auch in den Zielen überein, die Sie genannt haben. Ich will die drei Punkte, die am Anfang Ihrer Entschließung stehen, noch einmal nennen; denn in der Debatte

ist oft, wenn man auf Nebenfelder auswich, gar nicht mehr klar geworden, worum es im einzelnen geht. Das erste Ziel ist, den hohen medizinischen Leistungsstandard zu erhalten und weiterhin am medizinischen Fortschritt teilzunehmen. Ich glaube, es befindet sich niemand hier im Saal, der das nicht wollte, selbst wenn — das ist uns allen klar — der Kostenanstieg im Krankenhauswesen weiter beschleunigt wird, wenn wir an diesem Fortschritt teilhaben. Aber die Alternative ist nicht, an dem Fortschritt nicht teilzunehmen oder den hohen medizinischen Standard nicht aufrechtzuerhalten; wir müssen uns vielmehr fragen, wie man das an anderer Stelle finanzieren oder durch andere Maßnahmen begleiten kann.

(Zustimmung bei der FDP.)

Das zweite Ziel, das wir aus Ihrem Antrag entnehmen, ist die Humanisierung. Auch darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig: Humanisierung im Krankenhaus sowohl für das Pflegepersonal und die Ärzte als auch insbesondere für die Patienten; denn für diese ist das Krankenhaus eigentlich da. Ob ein Patientenbeirat, Herr Hansen, das gerade bewirkt, daran habe ich große Zweifel. Daß das Wichtigste der Patient ist und daß der Patient im Mittelpunkt stehen soll, ist sicherlich richtig.

(Zustimmung bei der FDP.)

Auch über die Frage, warum sich das Pflegepersonal trotz eines erhöhten Personalbestands und einer geringeren Stundenzahl überlastet fühlt — ich glaube, das ist nicht nur subjektiv; das ist in vielen Fällen, wie man beobachten kann, doch wohl eine objektiv feststellbare Überbelastung — und warum trotzdem der Patient nicht das Gefühl hat, ausreichend betreut zu sein, müssen wir nachdenken. Der Minister hat vor einigen Tagen hier im Plenum — oder war es im Ausschuß? — dazu gesprochen. Er hat die Frage aufgeworfen, ob nicht ein negatives Verhältnis zwischen den Ansprüchen, die an den Komfort gestellt werden — etwa bezüglich der Zimmergröße, Einbettzimmer und dergleichen —, auf der einen und der Pflege auf der anderen Seite besteht. Denn bei Einbettzimmern muß die pflegende Person zu jedem Kranken über einen langen Flur laufen, während sie vorher in derselben Zeit sechs Personen, die auf einem Zimmer lagen, hat pflegen können.

(Dr. Riege [SPD]: Da gibt es keinen DisSENS!)

In Mehrbettzimmern konnte sie auch schon einmal mit den Patienten sprechen. In vielen Fällen ist es viel wichtiger, mit dem Patienten zu spre-

chen oder sich längere Zeit mit ihm zu beschäftigen — und sei es nur zuzuhören oder am Bett zu sitzen —, als ihm eine Tablette oder eine Spritze zu geben. Vielleicht ist das sogar wichtiger als manche ärztliche Leistung.

(Beifall bei der FDP.)

Im Ziel stimmen wir also völlig überein.

Ich komme zum dritten Punkt. Auch das wollen wir gemeinsam. Aber hier unterscheiden wir uns schon mehr darin, wie wir das Ziel, die Sicherung einer soliden Finanzierung, erreichen wollen. In Ihren einleitenden Bemerkungen haben Sie kritisiert, daß die mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz angepeilten Ziele nicht erreicht worden sind. Als Beispiel nennen Sie die Budgetierung. Ich meine — Herr Riege, darin müßten Sie mir eigentlich zustimmen —, daß sich Dinge, die sich vorher über eine lange Zeit entwickelt haben, nicht in zwei, drei Jahren durch die Möglichkeit der Budgetierung ändern lassen. Die Budgetierung bietet den Krankenhäusern die Möglichkeit, ihre Mittel etwa an einer Stelle einzusparen und an anderer Stelle verstärkt einzusetzen. Die Auswirkungen dieser Möglichkeit können sich noch nicht zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zeigen. Hier müssen wir abwarten, bevor wir kritisieren.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Im Gegenteil: Ich glaube, diese Dinge wirken nicht deshalb noch nicht, weil sie eingeführt worden sind, sondern weil sie zu zaghaft eingeführt worden sind.

(Dr. Riege [SPD]: Gerade 1987 hat es einen erheblichen Pflegesatzsprung gegeben!)

In vielen Bereichen hätte man den Krankenhäusern noch mehr Freiräume zugestehen müssen, damit sie selbst über die Möglichkeiten des Miteinsatzes hätten entscheiden können. Hier hat man sicherlich sogar etwas zuwenig getan. Wir müssen in Ruhe darüber nachdenken. Vielleicht kann man das eine erhalten, das andere aber trotzdem tun.

Nun noch einige Bemerkungen zur Abgrenzung Pflege/Krankenhaus. Das soll der letzte Punkt in meinen Ausführungen sein. Herr Hansen hat schon gesagt, daß wir beide immer nur die Hälfte der Zeit der großen Fraktionen haben und deshalb nicht auf alles eingehen können. — Ganz kurz: Ich bedauere die strikte Festlegung von Herrn Lindhorst, daß es eine Absicherung der

Dr. Hruska

Pflegebedürftigkeit mit der CDU nicht geben werde. Ich meine, hierüber müssen wir noch nachdenken.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Es kann insbesondere vor dem Hintergrund der Aussage „Leistung soll sich wieder lohnen“ nicht in unserem Sinne sein, daß jemand, der sein ganzes Leben gearbeitet hat, aber nicht eine Rente von 3 000 DM — die immerhin schon recht hoch ist —, sondern bloß von 2 500 DM bekommt, im Pflegefall plötzlich zu einem Sozialhilfeempfänger wird.

(Beifall bei der FDP.)

Ich meine, daß hier nicht unbedingt ein Treiben in die stationäre Hilfe hingenommen werden soll; man muß es nur richtig gestalten. Man muß die Altersabsicherung so gestalten, daß damit vielleicht sogar der Anreiz, die häusliche Pflege abzusichern, noch größer wird als der, die stationäre Pflege abzusichern. Da haben sicherlich andere Länder, besonders Holland, Fehler gemacht.

(Dr. Riege [SPD]: Das niederländische Modell muß man nicht unbedingt nehmen!)

Aber wir können aus diesen Fehlern lernen und sollten nicht einfach sagen, weil es da Fehler gibt, machen wir überhaupt nichts mehr.

(Beifall bei der FDP.)

Leider muß ich zum Schluß kommen. Ich hätte gerne noch ein bißchen mehr Zeit gehabt, aber die Diskussion werden wir im Ausschuß nachholen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 1432 — zur federführenden Beratung und zur Berichterstattung an den Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen und zur Mitberatung an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Wer diesem Vorschlag des Ältestenrates folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Beratung: **Verbot des Neuanschlusses von Elektrospeicherheizungen** — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/1433

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zehn Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Antrag wird eingebracht durch den Kollegen Schörshusen. Ich erteile ihm das Wort.

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entwicklung bei den sogenannten Nachtstromspeicherheizungen ist ein energiepolitischer Skandal ersten Ranges. Während der Wirtschaftsminister über das Land tingelt

(Rehkopf [FDP]: Der tingelt nie!)

und eine Hymne auf die rationelle Energienutzung anstimmt, wird gleichzeitig über die Preisaufsicht seines Hauses die Energieverschwendung im großen Stil möglich gemacht. Während der Minister z. B. auf einer Tagung der Umweltaktion in Niedersachsen im August dieses Jahres davon spricht, daß eine moderne Energieversorgung sicher, wirtschaftlich, effizient und umweltfreundlich sein soll, verbessern die Energieversorgungsunternehmen dieses Landes unter seiner Aufsicht die Marktchancen dieser heimlichen Energiefresser.

Herr Minister, vor dem Hintergrund der tatsächlichen Politik ist Ihr Gerede vom Sparen genauso glaubwürdig wie jemand — ich will einmal einen Vergleich wagen —, der noch das Klowasser zum Eierkochen verwenden will, aber gleichzeitig das kostbare Mineralwasser zum Autowaschen nutzt. Das paßt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei den Grünen.)

Unser Antrag setzt da an, wo die Energieverschwendung sogar noch durch die normalen Haushaltstarifkunden zwangssubventioniert wird, weil der Wirtschaftsminister die Preis- und Energieaufsicht hauptsächlich im Interesse des Aufsichtsrats der Preußenelektra und nicht im Interesse der Verbraucher und der Umwelt anwendet. Der Wirtschaftsminister soll durch unseren Antrag veranlaßt werden, den Preis und die Dauer der Nachtstromtarife so zu verändern, daß eine gezielte Förderung vermieden wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Ebenso kann es nicht angehen, wie es z. B. von der Hastra, EWE und auch der Stromversorgung Ost-Hannover gemacht wird, daß zinsgünstige Darlehen für den Stromeinsatz im Wärmebereich vergeben werden.

Ich will die Notwendigkeit von politischen Gegenmaßnahmen einmal an einem Beispiel aus Niedersachsen verdeutlichen. Das regionale Energieversorgungsunternehmen Überlandwerke Nord-Hannover, das hauptsächlich von der Preußenelektra mit beeinflußt wird, betreibt seit Jahren, insbesondere auch in diesem Jahr, besonders aggressiv und fast ausschließlich Werbung für Elektrospeicherheizungen. Die Werbung der ÜNH ist so erfolgreich, daß die Nachfrage nach Elektrospeicherheizungen z. B. im Jahre 1985 mit Neuanschlüssen in einem Umfang von 13 800 kW um 70 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist. Neben der Kundenberatung wurde erstmalig eine Anzeigenkampagne angesetzt, Vorträge an Schulen und die Mitwirkung bei der Lehrerfortbildung taten dann ein übriges. Mittlerweile beziehen 6 % aller ÜNH-Stromabnehmer auch Strom zum billigen Nachtarif, und zwar elf Stunden lang für 11 Pf je Kilowattstunde. Der normale Haustarif liegt übrigens bei 33 Pf je Kilowattstunde. Der Wirtschaftsminister hat all dies genehmigt und sich dadurch auch mitverantwortlich gemacht.

Die ÜNH wirbt nicht nur mit den Sonderpreisen, sondern auch mit Umweltschutzargumenten. Das ist besonders schlimm. Zitat: Keine Abgase, vollkommene Energieausnutzung, keine Lagertanks. — Die Frage, wie und wo Strom produziert wird und welche Emissionen dabei entstehen, wird gar nicht erst gestellt.

Eine umfangreiche Studie der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung über die Umweltverträglichkeit von Energieversorgungskonzepten, die sich auch der Wirtschaftsminister einmal zu Gemüte führen sollte, zeigt hingegen, daß Elektroheizungen die Primärenergie am niedrigsten ausnutzen und die meisten Emissionen verursachen.

(Beifall bei den Grünen.)

Das Umweltbundesamt kommt übrigens zu dem gleichen Ergebnis. Bei gleicher Nutzwärmeerzeugung liegen danach z. B. der relative Brennstoffverbrauch bei 250 %, der relative Stickoxidausstoß bei 350 % und die relativen Schwefeldioxidemissionen sogar bei 500 % gegenüber den Werten bei Ölheizungen.

(Zurufe von der CDU.)

— Das bezieht sich natürlich auf das gesamte bundesdeutsche Verbundnetz. Das muß man natürlich alles mit einbeziehen.

Das Hauptargument der Energieversorgungsunternehmen für die Nachtstromspeicherheizung war bislang eine möglichst ausgeglichene Verbrauchskurve. Diese kann durch Senkung der Spitzenlasten oder durch Auffüllen der sogenannten Nachttäler erreicht werden. Für letzteres haben sich die Energieversorgungsunternehmen entschieden — die Möglichkeit, Spitzenlasten zu senken, ist überhaupt nicht in die Diskussion gekommen —, so daß 1985 erstmalig um Mitternacht eine Stromspitze zu messen war. Ursächlich dafür war sicherlich auch die Entwicklung bei den Speicherheizungen, deren Anschlußwert sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat und mit 36 000 Megawatt theoretisch schon bei 60 % der Höchstlast liegt.

Ich möchte einmal ein Zitat der Kernforschungsanlage Jülich bringen. — Das habe ich jetzt leider nicht dabei. Ich trage es deshalb nachher noch einmal kurz vor. Von der Kernforschungsanlage Jülich ist schon im Jahr 1980 bestätigt worden, daß das sogenannte Nachttal schon längst aufgefüllt sei, so daß deshalb faktisch kein Bedarf mehr an Nachtstromspeicherheizungen bestehe. Trotzdem wird die Werbung für diese Art der Heizung besonders stark gefördert.

Jede neue Speicherheizung bedeutet vor diesem Hintergrund aber ein Argument für neue Kraftwerke und verhindert die wesentlich umweltfreundlichere Wärme-Kraft-Kopplung und eine verstärkte Energieeinsparung. Wir haben unseren Antrag eingebracht, um gerade diese Entwicklung zu verhindern.

(Beifall bei den Grünen.)

Da heute 53 % des Stroms aus Kohle und 94 % des Stroms aus Atomkraftwerken stammen, bedeutet jede zusätzliche Kilowattstunde mehr und nicht weniger Emissionen.

(Jahn [CDU]: 53 % und 94 %! Wieviel Prozent sind das denn? 150!)

Es gibt aber wirklich keinen Sinn, zwei Drittel der Primärenergie in Form von Abwärme in die Flüsse oder in die Atmosphäre zu pumpen, um mit dem verbleibenden Drittel die Häuser zu heizen. Das müßte unserer Meinung nach auch einem Wirtschaftsminister einleuchten, und er müßte dementsprechend handeln.

(Beifall bei den Grünen.)

Schörshusen

Ich komme zum Schluß. Während die Einspeisepreise für Besitzer von Blockheizkraftwerken, Wasserkraftturbinen oder Windkraftanlagen künstlich niedriggehalten werden, wird gleichzeitig die Energieverschwendung in Form der Elektrospeicherheizungen zwangssubventioniert. Daß die Energiemonopole aus Eigennutz mit diesen Marktstrategien arbeiten, kann man ja noch verstehen, daß aber die Landesregierung mitmacht und dies fördert, darf nicht weiter hingegenommen werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke für die Einbringung des Antrags der Fraktion der Grünen. — Das Wort hat nun der Herr Minister Hirche.

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das in dem Entschließungsantrag der Fraktion der Grünen geforderte generelle Verbot für den Einsatz von Stromspeicherheizungen ist weder mit energie- noch mit umweltpolitischen Überlegungen zu rechtfertigen. Nichts an den von Herrn Schörshusen vorgebrachten Argumenten ist sachlich richtig.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Meine Damen und Herren, Sie haben es eben selbst gehört, daß hier von 36 000 Megawatt Nachtspeicherstrom gesprochen wurde, der zu 94 % aus Kernkraft und zu 53 % aus Kohle erzeugt werde.

Herr Schörshusen, Sie sollten doch wenigstens die Prozentrechnung beherrschen und nicht von 150 % Stromerzeugung reden.

(Schörshusen [Grüne]: Das habe ich auch gar nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren! Die Behauptung, der weitere Anschluß von Stromspeicherheizungen führe zu einer Ausweitung der Kraftwerkskapazitäten, ist nicht richtig. Die Notwendigkeit der Kapazitätserweiterung richtet sich nach wie vor am Tagesleistungsbedarf aus. Der Bau oder das Vorhalten von Kraftwerken gleich welcher Art zur vorrangigen Versorgung von Nachtspeicherheizungen scheidet schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen aus.

(Oestmann [CDU]: Das weiß er auch!)

Dies wird an der Gestaltung des Preises für den Speicherstrom deutlich. Während bei den sogenannten Pflichttarifen sowohl ein verbrauchs-

unabhängiger Grundpreis als auch ein verbrauchsabhängiger Arbeitspreis erhoben werden, wird bei der Versorgung mit Nachtspeicherstrom in der Regel nur ein Arbeitspreis in Rechnung gestellt.

(Zuruf von der SPD: Aber was für einer!)

Dieser Sondertarif ist damit zwar für den Verbraucher deutlich preisgünstiger als die Pflichttarife; jedoch wird ein Energieversorgungsunternehmen, das keinen Deckungsbeitrag für die fixen Kosten eines Kraftwerks erhält, allein schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen für diesen Versorgungsbereich keine zusätzlichen Kapazitäten errichten.

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle wird es interessant. Immer kritisieren die Grünen den zweiteiligen Tarif, insbesondere den Grunddeckungsbeitrag. Und nun wird den Energieversorgungsunternehmen im Zusammenhang mit dem Nachtspeicherstrom vorgeworfen, daß sie keinen Grunddeckungsbeitrag erheben. — Immer, wie es einem beliebt, das Argument nur aus einer anderen Schublade geholt.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Die Energieversorgungsunternehmen lehnen, weil sie so wenig Geld dafür bekommen, folgerichtig den Anschluß von Nachtspeicherheizungen ab, wenn keine freien Kapazitäten in lastärmeren Zeiten vorhanden sind. Die betriebswirtschaftlichen Vorteile für die EVU beim Einsatz von Nachtspeicherstrom sind darin begründet, daß die vorhandenen Kapazitäten in lastschwachen Zeiten besser ausgelastet werden.

Auch die Behauptung, die normalen Tarifkunden subventionierten die Betreiber von Nachtspeicherheizungen, ist nicht richtig. Über die bessere Auslastung der Kraftwerke während der Lasttäler — das wollen doch alle, wenn ich die energiepolitische Diskussion richtig verstehe —

(Schörshusen [Grüne]: Die sind doch heute schon in der Spitzenlast!)

leisten die Kunden mit Nachtspeicherheizungen einen Beitrag zur Deckung der Kosten für die gesamte Stromerzeugung. Dieser wirtschaftliche Vorteil kommt damit der gesamten öffentlichen Versorgung zugute. Da für die Preisgenehmigungsverfahren die gesamte Kosten- und Erlöslage der einzelnen Unternehmen von entscheidender Bedeutung ist und aus der Versorgung mit Nachtspeicherstrom zusätzliche Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden, ist eine preisgünstigere Gestaltung der Normaltarife möglich.

Auch dem in dem Entschließungsantrag angeführten Vergleich mit anderen Heizungssystemen in bezug auf die Emissionen muß widersprochen werden. Ein Umweltvergleich von elektrischen mit anderen Heizungssystemen, der von der Ingenieurfirma Fichtner in Stuttgart durchgeführt worden ist, kommt zu folgenden Ergebnissen.

(Schörshusen [Grüne]: Warum zitieren Sie nicht das Umweltbundesamt?)

Nur die Staubemissionen sind bei Elektrospeicherheizungen höher als bei Ölzentralheizungen. Hinsichtlich der Stickoxid- und der Schwefeldioxidemissionen weist die Speicherheizung niedrigere Werte auf. Insbesondere — Herr Schörshusen, wenn ich bei Ihrem Vergleich bleibe — weisen die Kernkraftwerke in diesem Zusammenhang die niedrigsten Emissionswerte auf.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Suchen Sie sich nicht immer die Argumente zusammen, wie Sie sie gerade brauchen, sondern bleiben Sie einmal in einer schlüssigen Argumentationskette!

(Schörshusen [Grüne]: Ich habe doch nur das Umweltbundesamt zitiert!)

Bei diesen Messungen wurde — anders als bei der Studie des Umweltbundesamtes — die gesamte Kette von der Gewinnung der Rohstoffe über deren Transport bis hin zur Umwandlung in Raumwärme berücksichtigt. Es handelt sich also um eine Gesamtrechnung, wie Sie sie sonst auch fordern. Aussagen, bei denen diese Gesamtbetrachtung nicht angewendet wird und auf die sich offenbar der Entschließungsantrag beruft, sind nicht haltbar, weil sie zu kurz greifen, sich nur das Günstige herausuchen.

Auch die Auffassung, der Strom werde in größerem Umfang in den Wärmemarkt eindringen, kann von mir nicht geteilt werden. Das machen folgende Zahlen deutlich: In der Bundesrepublik Deutschland hat das Öl am Wärmemarkt einen Anteil von 48 %, gefolgt vom Gas mit 27 %, von der Kohle mit 10 % und der Fernwärme mit ca. 8 %. Erst dann kommt der Strom mit ca. 7 %. Noch geringer ist übrigens der Stromanteil am Wärmemarkt in Niedersachsen: Zur Deckung des Bedarfs in diesem Bereich trägt er lediglich 6 % bei. Auch bei uns in Niedersachsen dominiert das Öl mit rund 50 %, gefolgt vom Gas mit knapp 30 %.

Im übrigen regelt sich der Anteil der einzelnen Energieträger bei der Versorgung mit Wärme überwiegend unter Wettbewerbsbedingungen,

also über den Preis. Die Preise für die Konkurrenzenergien Öl und Gas sind heute so günstig, daß Strom überhaupt nur in Einzelfällen zum Einsatz kommen kann.

Zusammenfassend stelle ich deshalb fest, daß die Landesregierung keinerlei Anlaß sieht, mit hoheitlichen Mitteln in den Wärmemarkt regulierend einzugreifen. Die Landesregierung ist vielmehr der Auffassung, daß in den Fällen, in denen aufgrund der Siedlungsstruktur eine Gas- oder Fernwärmeversorgung nicht möglich ist, Stromspeicherheizungen durchaus eine sinnvolle Alternative zum Öl sein können. Der Antrag der Fraktion der Grünen ist deshalb rundweg abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ein Skandal ist nicht der Einsatz von Nachtspeicherstrom, Herr Schörshusen, wie Sie das formuliert haben, sondern der schludrige und sachlich falsche Antrag sowie die von Ihnen vorgetragene oberflächliche und polemische Begründung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Herrn Minister für die Stellungnahme der Landesregierung. — In der Beratung hat das Wort der Abgeordnete Küpker.

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zu dem Beitrag des Kollegen Schörshusen eine Vorbemerkung machen. Wenn Sie meinen, Herr Schörshusen, der Minister tingele durchs Land, dann darf ich eine Bemerkung von Herrn Senff von heute morgen aufgreifen, der nämlich gesagt hat, der Minister kümmere sich um die Dinge.

(Zustimmung bei der FDP. — Senff [SPD]: Ich finde es gut, daß Sie mich zitieren!)

Der Minister würde sich auch um die Elektrospeicherheizungen kümmern, wenn es da einen Handlungsbedarf gäbe. Den sehen wir aber überhaupt nicht.

Herr Präsident, das Thema „Neuananschluß von Elektrospeicherheizungen“ ist schon literarisch verarbeitet worden. Es gibt ein unveröffentlichtes Gedicht, und ich will mir diesen Inhalt hier zu eigen machen. Mit Ihrer Genehmigung darf ich das Gedicht mit der Überschrift „Heizen mit Strom“ vorlesen:

Küpker

„Zum Heizen und für's warme Bade da ist der Strom doch viel zu schade.' Herr Schlau und manche Zeitgenossen war'n sich da sicher und beschlossen, ab sofort den Strom zu ächten: ‚Seht nur den Wirkungsgrad, den schlechten, die vielen Kraftwerke und die Vergeudung knapper Energie!' So lautet denn ihr Urteilsspruch: Vom Strom da haben wir genug. Was ist zu solchen Vorurteilen da bloß zu sagen — in wen'gen Zeilen? Die Kraftwerke, das ist doch klar, die sind auch nachts noch immer da.“

(Bruns [Emden] [SPD]: So ein Blödsinn!)

„Sie schlucken Braun- und Ballastkohle, sonst nutzlos, zu des Bergmanns Wohle, auch Müll und Wasser — und nicht dumm pst! — das Pluto- und Uranium. All dies ist reichlich doch vorhanden und kommt zudem aus deutschen Landen. Und alles, was da stinkt und staubt, wird schon im Kraftwerk rausgeklaut. Die Reinigung geschieht am Orte, blitzblank verläßt der Strom die Pforte, die Speicherheizung wird beschickt; die Wärmepumpe — gut geglückt — entzieht der Umwelt Kalorien, die anders nicht sind zu beziehen. Sicher und einfach ist die Nutzung, weg der Schornstein, weg die Verschmutzung. Doch schwer wie gegen Windesmühlen ist's anzukämpfen bei Gefühlen: Herr Schlau wird all dies ignorieren, Öl/Gas einsetzen gegen's Frieren. Hei, wie sind die Scheiche froh (die 3. Welt kocht halt mit Stroh); und fehlen dort die Petrogelder, verheizt man noch die Sahelwälder. Auch Gas, das kommt von draußen rein, in 50 Jahr'n kann's alle sein. Merk' auf, die geringste Immission entsteht beim Heizen nur mit Strom, der pfleglich umgeht mit den Stoffen auf die noch uns're Enkel hoffen.“

Soweit diese gereimte Stellungnahme.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf: Noch ein Gedicht! — Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Meine Damen und Herren, ich will in Prosa fortfahren: Der Antrag ist abzulehnen, und zwar aus energiepolitischen Gründen,

(Senff [SPD]: Das war schon wieder nicht so gut!)

aus umweltpolitischen Gründen, und schließlich brauchen wir auch keine weitere Bürokratie.

Vizepräsident Warnecke:

Ich habe bei Ihnen nie vermutet, Herr Küpker, daß Sie in der Richtung so begabt sind.

(Küpker [FDP]: Das Gedicht stammt nicht von mir; ich will das gern nachtragen; das hat ein Jürgen Gerking geschrieben!)

Das Wort hat nun der Abgeordnete Schack.

Schack (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, Herr Küpker, ob wir es uns bei einer solch wichtigen Sache so einfach machen können; denn letztendlich hat dieser Antrag „Verbot des Neuanschlusses von Elektrospeicherheizungen“ ja nicht nur die Dimension, daß solche Dinge nicht neu angeschlossen werden sollen — in dem Antrag ist ja auch ein Kompromiß vorgesehen —, sondern es geht generell darum, wie wir mit unserer Energie, wie wir mit unseren Primärstoffen umgehen. Insofern wäre zu diesem Antrag doch sehr viel mehr zu sagen.

Herr Hirche, so einfach, alles das, was der Kollege Schörshusen hier vorgetragen hat, schlichtweg abzutun, sollten Sie sich das hier nicht machen. Wenn wir uns über diesen Antrag unterhalten, dann müssen wir in den Vordergrund stellen, worüber wir uns unterhalten, nämlich über das Problemfeld Energie und Elektrizität. Das müssen wir sehr wohl unterscheiden.

(Oestmann [CDU]: Das ist ja das Thema!)

— Herr Kollege, ich bin gern bereit, auch zu Ihnen noch einige Ausführungen zu machen, wenn Sie mir gestatten, daß ich das jetzt vortrage.

(Oestmann [CDU]: Nun kommen Sie mal in Gang!)

Elektrizität ist die mit dem größten technischen Aufwand produzierte und deshalb auch teuerste Energieform, die wir haben. Durch den Einsatz von Elektrizität lassen sich allerdings auch alle Energiedienstleistungen erbringen. Daß die generelle Anwendung von Elektrizität, besonders wie hier im Antrag beschrieben, im Wärmemarkt ökologisch wie ökonomisch unsinnig ist, ist, glaube ich, auch unter Fachleuten unbestritten.

(Beifall bei den Grünen. — Oestmann [CDU]: Auch bei der Nachtspeicherheizung?)

— Herr Oestmann, ich gebe Ihnen nachher noch einen Extraunterricht; das verspreche ich Ihnen. Darauf können Sie sich verlassen.

Bezogen auf eine Kilowattstunde Energie lag der Durchschnittspreis für Haushaltsstrom, der nach Angaben der Energieversorgungsunternehmen die Kosten der Stromerzeugung und -verteilung nicht deckt, um den Faktor vier höher als der Preis des Heizöls.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Vielen Dank! — Trotzdem bietet die Elektrizitätswirtschaft allen Kundengruppen für Heiz- und Wärmestrom Preise an, die zum Teil noch unter dem anlegbaren Werbepreis der Heizöle liegen. Solch niedrige Strompreise sind jedoch im Rahmen der Tarifgestaltung normalerweise nicht möglich. Deshalb bieten die EVU für Heizzwecke Sonderabkommen mit niedrigem Strompreis an. Dies können sie natürlich nur dann, wenn sie die Verluste zur Kompensation in andere Tarife einbauen. Dies wird durch unterschiedliche Kosten, wie bei den Anschlußbedingungen,

(Oestmann [CDU]: Das ist doch auch falsch, was Sie da erzählen!)

bei der Zähler- und Gerätemiete, bei dem Kilowattstundenpreis und beim Grundpreis, in einer Mischkalkulation zusammengefaßt. Im Vordergrund steht dabei eine Geschäftspolitik, die einen hohen Verbrauch — und damit die Umwelt belastend — belohnt, aber den sparsamen Umgang und den Einsatz für die Umwelt bestraft.

Ich will das am Beispiel eines Elektrizitätsunternehmens aufzeigen. In diesem Bereich liegt der Leistungspreis für gewerblichen, beruflichen oder sonstigen Bedarf beim Anschlußwert von einer Kilowattstunde für Lichtzwecke, die nur 1 % des gesamten Strombedarfs ausmachen, bei 284 DM pro Jahr. Für Kraftanlagen, die ca. 15 % des Strombedarfs ausmachen, liegt der Leistungspreis bei 170 DM pro Jahr und für die Wärmeanwendung, die ca. 85 % des Strombedarfs ausmacht, nur noch bei 16 DM pro Jahr. Das heißt, für Licht, das mit keiner anderen Art von Energie als mit Elektrizität erzeugt werden kann, wird ein 18mal höherer Leistungspreis verlangt als für Wärmezwecke, die mit einer Vielzahl anderer Energiearten sinnvoll betrieben werden können. Da es bei diesem Tarif keine zeitlichen Vorschriften gibt — das ist hier schon ausgeführt worden —, kann die begünstigte Wärmeanwendung also sehr wohl auch in die Spitzenlastzeiten fallen. Bei allen EVU liegen die Schwachlastpreise für die Tarifkunden über dem Preis für Sonderabkommen für Nachtspeicherheizungen, obwohl

eine jährlich gleichbleibende Stromabnahme zu Schwachlastzeiten geringere Erzeugungskosten verursacht als die auf die Wintermonate beschränkte Heizstromnachfrage, deren Deckung an den kältesten Tagen des Jahres sogar noch den Einsatz kostenintensiver Spitzenlastkraftwerke notwendig macht.

(Vajen [CDU]: Woher wissen Sie das?)

— Im Gegensatz zu Ihnen habe ich mich damit beschäftigt, Herr Vajen. Das ist das Problem.

(Zuruf von der CDU: Das ist wirklich ein Problem!)

— Bei Ihnen scheint das noch nicht so durchgedrungen zu sein. Sie scheinen sich in der Materie nicht so auszukennen.

(Auditor [SPD]: Bei denen dringt gar nichts mehr durch!)

— Ja, wahrscheinlich, gar nichts mehr!

(Bruns [Emden] [SPD]: Weiter!)

Diese Art der Tarifgestaltung hat dazu geführt, daß der Strom unsinnigerweise so stark in den Wärmemarkt eindringen konnte. Anstatt daß sich die Kraftwerke auf ihre eigentliche Aufgabe konzentriert hätten, nämlich Strom für Beleuchtungs-, Kraft- und Kommunikationsanlagen zu erzeugen, weil es für diese Verbraucher keine andere Energieform als Strom gibt, ist der Wärmemarkt zum Nachteil der Verbraucher und der Umwelt gigantisch ausgebaut worden. Bei einer Tarifgestaltung, die dem Verursacherprinzip folgt, wäre niemand auf die Idee gekommen, die teure Energie Elektrizität so zu verschleudern.

(Oestmann [CDU]: Bestreiten Sie denn den 6prozentigen Anteil, weil Sie von „gigantisch“ reden?)

Bei einer Preisgestaltung, in der alle Kosten in den Preis für eine Kilowattstunde einbezogen werden, hätten wir einen erheblich geringeren Strombedarf und damit eine erheblich geringere Umweltbelastung. Die hohe Umweltbelastung durch Kraftwerke hängt natürlich auch mit dem schlechten Wirkungsgrad dieser Anlagen zusammen. Unsere Kraftwerke haben bei einem Input von 100 % einen Output von ca. 35 %, also bei einem Einsatz von 100 % Primärenergie egal welcher Art haben wir einen Ausstoß an Elektrizität von ca. 35 %. Das ist der Wirkungsgrad unserer Kraftwerke. Davon müssen wir noch zusätzlich 2 bis 3 % für die Eigenversorgung und bis zu 3 % für die Leitungsversorgung sowie für Verteilungsverluste abziehen, und wir müssen den Wirkungsgrad der Verbrauchergeräte berücksichti-

Schack

gen. Letztendlich hat das, was wir irgendwo in ein Kraftwerk hineinstecken, vor Ort einen Wirkungsgrad von nur noch 25 %. Das muß man sich vor Augen führen. Das ist auch eine normale Geschichte bei den Geräten, die nur mit Elektrizität versorgt werden können. Für die Wärmegewinnung gibt es andere Energiearten, die einen viel besseren Wirkungsgrad haben.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Was machen Sie mit der Energie in der Nacht, die Sie dann nicht mehr loswerden?)

Vor dem Hintergrund der Zahlen wird deutlich, wie wichtig es ist, den Anteil des Stroms am Wärmemarkt zu begrenzen und zurückzudrängen. Es geht um grundsätzliche Fragen der Kraftwerksauslastung einerseits und der Schonung der Primärenergien und der Umwelt andererseits.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, am 29. April dieses Jahres — das geht eventuell auch den Wirtschaftsminister, Herrn Hirche, etwas an — hat Herr Minister Remmers für die Regierung zu den Auswirkungen des Unfalls im sowjetischen Atomreaktor Tschernobyl eine Erklärung abgegeben.

(Zuruf von Heineking [CDU].)

— Das hat damit sehr wohl etwas zu tun. — Wenn ich das zugrunde lege, was Herr Remmers gesagt hat, bekommen wir entgegen den Beteuerungen des Wirtschaftsministers und von Herrn Küpker für diesen Antrag sehr wohl eine Mehrheit. Herr Remmers hat nämlich ausgeführt:

(Krapp [CDU]: Sind Sie nun für Kernenergie, oder sind Sie nicht für Kernenergie?)

„Es sind fünf Gesichtspunkte, die das Verhalten der Landesregierung und ihre Vorgehensweise zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestimmen. Dabei muß das oberste Gebot aus vielerlei Gründen sein: Energie sparen soviel, wie dies nur irgend geht und wo immer dies nur irgend geht.“

Dies war der Obersatz von Herrn Remmers. Wer dies ernst meint — ich stimme dem grundsätzlich zu —, muß da ansetzen, wo es möglich ist. Das umweltbelastende Verschleudern von Energie durch den Einsatz von Elektrizität im Wärmemarkt muß gestoppt und zurückgedrängt werden. Es gibt kein größeres Sparkapital im gesamten Wärmemarkt als gerade hier.

(Zustimmung von den Grünen.)

Herr Oestmann, Sie haben mich vorhin einige Male angesprochen. Sie kommen ja aus der Landwirtschaft. Ich will Ihnen einen Vergleich zwi-

schen dem Wirkungsgrad eines Kraftwerkes und eines ganz normalen Hausschweines nennen. Ich habe vorhin geschildert, daß ein Kraftwerk bei einem Input von 100 % einen Output von 35 % hat und daß wegen der Verluste am Ende aber nur fast 25 % herauskommen.

(Oestmann [CDU]: Sie werden sich wundern, das ist bei Schweinen genauso!)

— Hören Sie zu! — Mit dem Input bei einem Schwein kennen Sie sich besser aus als ich. Bei einem Schwein kommt bei einem Input von 100 %, wenn die Exkremente gesammelt und verwertet werden, eine Energieausbeute von 20 % heraus. Wenn dann noch die Koteletts, die Sülze und die Leberwurst hinzugerechnet werden, dann ergibt sich bei Schweinen der gleiche Wirkungsgrad wie bei Kraftwerken.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank für den Vergleich zwischen einem Schwein und der Energieerzeugung. — Das Wort hat der Abgeordnete Heineking.

Heineking (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer von Elektrospeicherheizungen spricht, der muß auch vom Nachtstrom sprechen. Nachtstrom ist nämlich entstanden, um dem Verbraucher durch günstige Kapazitätsauslastung günstige Strompreise anzubieten. Davon profitieren wir alle. Durch die unterschiedlichen Stromanforderungen im Laufe eines Tages — das wissen wir ja — oder einer Woche oder eines Jahres entstehen die typischen gebirgsähnlichen Lastkurven. Während diese Leistungsanforderungen 1966 in der Nacht um mehr als die Hälfte — 52,4 % — zurückgingen, betrug der Unterschied Ende 1986 weniger als 15 %.

(Schack [SPD]: Auf welchem Niveau, Herr Kollege?)

Mitursache dieser positiven Entwicklung sind die mit preisgünstigem und umweltfreundlichem Nachtstrom aufgeladenen Speicherheizungen.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Die bessere Kapazitätsauslastung kommt allen Stromverbrauchern — auch Ihnen — zugute. Sie ist energiepolitisch vernünftig und die einzige Alternative zum importierten Öl. Der gegen die Elektrospeicherheizung in der öffentlichen Dis-

kussion gelegentlich erhobene Vorwurf der Energieverschwendung läßt sich bei näherem Hinsehen nicht aufrechterhalten.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Insbesondere ist die Behauptung falsch, die Elektroheizung erfordere wegen der Umwandlungsverluste im Kraftwerk — wie mein Vortredner eben gesagt hat — im Vergleich zu Brennstoffheizsystemen den zwei- oder dreifachen Energieaufwand.

(Schack [SPD]: Das ist so!)

Es hat sich herausgestellt, daß die dezentrale Elektrospeicherheizung unter sonst gleichen Rahmenbedingungen hinsichtlich Bauweise, Wärmedämmung, Wohnfläche und Sozialstruktur der Bewohner im Mittel nur 54 % der Endenergieverbrauchs Brennstoffzentralheizung beansprucht.

(Glogowski [SPD]: Was heißt denn das?)

Die Ursachen für den Minderverbrauch — ich möchte auch darauf kurz eingehen — sind: Strom wird im Gegensatz zu allen Brennstoffen verlustfrei, d. h. zu 100 %, in Wärme umgewandelt. Das ist sicherlich unstrittig.

(Schack [SPD]: Das ist unbestritten!)

— Gut, da sind wir uns einig. Danke.

(Zuruf von Schack [SPD].)

Die dezentrale Elektrospeicherheizung arbeitet nicht so träge wie zentrale Brennstoffheizungen und erlaubt durch die raumweise Installation der Geräte eine eng an den Wärmebedarf angepaßte Heizungsweise.

(Schörshusen [Grüne]: Das hört sich an wie aus einer Werbebroschüre der Elektrizitätswerke!)

Da die Elektrospeicherheizungen aus Kraftwerken und Netzen gespeist werden,

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

die ohnehin für den Tagesbedarf erforderlich sind, schonen sie darüber hinaus auch volkswirtschaftliche Ressourcen. Sie tragen nämlich dazu bei, daß vorhandene Anlagen — das wollen wir schließlich alle — besser ausgelastet werden. Für Elektrospeicherheizungen sind entgegen dem, was Sie, Herr Schörshusen, vorhin behauptet haben, keine zusätzlichen Kraftwerkskapazitäten erforderlich, was wirtschaftlich auch gar nicht vertretbar wäre.

(Schörshusen [Grüne]: Es geht um den Neuanschluß!)

Der Verzicht auf Elektrospeicherheizungen spart allerdings auch keine Kraftwerkskapazität. Aus diesen Gründen besteht kein Anlaß, diesem Antrag zuzustimmen. — Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat noch einmal für einen kurzen Beitrag der Abgeordnete Schörshusen.

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei Punkte muß ich richtigstellen, die insbesondere der Wirtschaftsminister ganz merkwürdig dargestellt hat. Herr Wirtschaftsminister, von wem lassen Sie sich eigentlich beraten?

(Minister Hirche: Von Ihnen nicht!)

Wenn ich Zitate von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung sowie vom Umweltbundesamt anführe und Sie sagen: „Das ist alles Quatsch, was die berechnet haben; ich beziehe mich auf die Ingenieurfirma Fichtner in Stuttgart!“, dann frage ich mich, ob Sie nicht wissen, wer dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat, d. h. für wen diese Firma gutachtlich tätig geworden ist. Ich verstehe nicht, warum Sie einfach sagen, das Umweltbundesamt lege falsche Zahlen vor. Ich möchte von Ihnen gerne wissen, auf welcher Grundlage Sie Ihre Politik aufbauen.

Ich möchte dann noch einmal auf das Thema Nachtstrom zu sprechen kommen. Es geht gerade nicht nur darum, daß die Stromheizungen nur des Nachts betrieben werden.

(Brunkhorst [CDU]: Es geht auch um Waschmaschinen und um andere Anlagen!)

— Hören Sie doch einmal zu! — Eine Umfrage der Zeitung „Ökotest“ bei 97 Energieversorgungsunternehmen in der Bundesrepublik im November 1986 hat gezeigt, daß von diesen 97 Unternehmen 80 den verbilligten sogenannten Nachtstrom schon am Tage liefern und damit im wesentlichen Nachtstromspeicherheizungen und auch elektrische Fußbodenheizungen bedienen.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Wenn Sie uns nicht glauben wollen, daß die Nachttäler schon längst aufgefüllt sind, Herr Hirche, dann schauen Sie sich doch einmal die offiziellen Broschüren der VdEW an. Daran wird ganz deutlich, wie die Situation im Augenblick aussieht. Deswegen sollten Sie sich noch einmal genau überlegen — wir werden das im Ausschuß

Schörshusen

beraten —, ob es nicht sinnvoll ist, jetzt mit den Werbekampagnen der Energieversorgungsunternehmen, die gerade in Niedersachsen so aggressiv geführt werden, Schluß zu machen; denn sie führen dazu, daß aus den Nachttälern Nachtberge werden, d. h. auch neue Atomkraftwerke an das Netz gehen sollen. Deshalb sagen wir, daß die Nachtspeicherheizungen letztendlich die trojanischen Pferde der Atomindustrie sind. Darauf noch einmal hinzuweisen ist ein wichtiger Grund dafür, daß wir diesen Antrag eingebracht haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat Herr Minister Hirche.

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich nicht möglich, daß die Grünen eine Rede zum Thema Energie halten, in der das Thema Kernkraftwerke nicht auftaucht. Herr Schörshusen, was Sie gesagt haben, geht komplett an der Sache vorbei. Es gibt neueste Erklärungen der Energiewirtschaft, daß in absehbarer Zeit Kraftwerkstandorte — darin ist noch nicht einmal von Kernkraftwerken die Rede — nicht benötigt werden.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Ich habe gesagt — nehmen Sie das bitte zur Kenntnis —, daß der Strom mit 6 % am Wärmemarkt beteiligt ist und daß ganz andere Dinge als dieses Thema eine Rolle spielen.

Lassen Sie mich noch etwas zu verbilligtem Nachtstrom am Tage sagen. Erstens wird das dann, wenn Spitzenbelastungen auftreten, ohnehin herausgesteuert. Aber zweitens ist in der Wirtschaft nicht der Unsinn verbreitet, daß auf Kosten überhaupt keine Rücksicht genommen wird. Ich habe Ihnen eben dargestellt, daß aus betriebswirtschaftlichen Gründen für den Nachtstrom weniger Geld verlangt wird; dabei wird der Grunddeckungsbeitrag nicht einkalkuliert. Wo gibt es denn ein Unternehmen, das Ware verschenkt — das unterstellen Sie der Energiewirtschaft —; das wären schlechte Kaufleute. Gleichzeitig werfen Sie den Unternehmen vor, daß sie zuviel Gewinn machten. Wo bleibt denn da in Ihrer Argumentation die Logik?

Lassen Sie mich auch noch etwas zu den Nachttälern sagen. Wenn das so wäre, wie Sie es hier im einzelnen dargestellt haben, dann erklären Sie mir doch bitte, daß Sie von Ihrer Forderung nach einem einteiligen Tarif Abschied nehmen, weil

angeblich nur dieser Tarif geeignet sei, den Strombedarf in die Täler zu verschieben. Das stimmt hinten und vorne nicht.

Ihnen müßte bekannt sein, daß das Umweltbundesamt sein erstes Gutachten, auf das Sie sich bezogen haben, inzwischen korrigiert hat. Ich habe — das ist der feine Unterschied in der Sprache — nicht gesagt, daß das Umweltbundesamt falsche Zahlen auf den Tisch gelegt habe, sondern ich habe gesagt, es habe unvollständige Zahlen auf den Tisch gelegt, indem es nicht die gesamte Kette betrachtet und in seine Kostenrechnung einbezogen habe. Wir haben genau das getan, was Sie sonst immer fordern, nämlich eine Gesamtrechnung und nicht eine sektorale Berechnung angestellt. Jetzt plötzlich fordern Sie, weil es Ihnen paßt, die sektorale Berechnung und nicht die Gesamtrechnung zu betrachten. Das ist eine typische Argumentation: Mal etwas da heraus, mal etwas aus der anderen Kiste, aber nie eine zusammenhängende, verantwortliche logische Darstellung von Problemen. So kann ich mich natürlich nicht von jemandem beraten lassen oder Argumente von ihm aufnehmen. Die Argumente muß ich schon von Experten aufnehmen, damit dieses Land eine kontinuierliche und verantwortungsvolle Politik macht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat macht den Vorschlag, den Antrag der Fraktion der Grünen — Drucksache 1433 — an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur federführenden Beratung und zur Berichterstattung und an den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen zur Mitberatung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich, das anzuzeigen. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Ich stelle fest, daß das erforderliche Quorum gegeben ist.

Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung: Einnahmeverbesserungen durch verstärkte Betriebsprüfungen und vollständige Kapitalertragsbesteuerung — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/1434

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den

Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zehn Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Antrag der Fraktion der Grünen wird eingebracht durch den Abgeordneten Schörshusen. Ich erteile ihm das Wort.

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben hier schon häufig über die Einnahmeverluste durch die Bonner Steuerreform geredet. Zur Erinnerung: 1988 sind allein in Niedersachsen 890 Millionen DM — das kann man in der mittelfristigen Finanzplanung nachlesen — Steuermindereinnahmen auszugleichen. Jetzt wurden — darüber haben wir heute morgen schon gesprochen — Finanzierungsvorschläge vorgelegt, die allerdings erst 1990 greifen sollen und die außerdem genauso unausgewogen sind wie das Steuerentlastungsgesetz selbst. Die Finanzkrise ist das offensichtlich gewollte Ergebnis unausgeglichener Koalitionsgedanken. Wir als Opposition könnten uns vor diesem Hintergrund eigentlich genüßlich zurücklehnen und bräuchten nur die konfuse Beschlüsse zu kommentieren. Das wäre aufregend genug. Sie verhalten sich wie der bekannte Zauberlehrling, der das Weggezauberte durch immer neue Tricks wieder hervorzaubern möchte und damit letztendlich alles noch viel schlimmer macht.

(Sandkämper [CDU]: Der kennt den „Zauberlehrling“ nicht!)

Unser Antrag ist ein Versuch der Schadensbegrenzung, weil wir nicht akzeptieren können, daß Sie wegen Ihrer selbstgeschaffenen Sachzwänge 6 000 Planstellen abbauen wollen und daß für neue, ganz dringende Aufgaben kein Geld mehr da ist.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Wir wollen mit diesem Antrag auf eine Reihe von möglichen Einnahmeverbesserungen hinweisen, die keine gesetzlichen Änderungen erfordern, aber trotzdem Hunderte von Millionen DM mehr in den Haushalt bringen könnten.

(Beifall bei den Grünen.)

Es geht — kurz gesagt — um den Abbau von massiven Vollzugsdefiziten bei den Betriebsprüfungen und der Kapitalertragsbesteuerung. Was die Diskussion um die Quellenbesteuerung der Zinserträge betrifft, ist die Situation nach den Bonner Vorstößen etwas anders geworden. Die Behandlung unseres Antrages war für das Septemberplenium vorgesehen gewesen, also für einen

Zeitpunkt, zu dem die Quellensteuer auf Zinserträge noch nicht in der öffentlichen Diskussion war. Im Gegensatz zur Bonner Regierungskoalition haben wir aber — das dokumentiert unser Antrag — nicht vorgehabt, die praktizierte Steuerhinterziehung auf dem 10 %-Niveau zu legalisieren.

(Zustimmung von Frau Dr. Schole [Grüne].)

Wir sind weiterhin für die im § 20 des Einkommeneuergesetzes vorgesehene prinzipielle Gleichbehandlung von Arbeits- und Zinseinkommen. Wir wollten nur zusätzlich einen höheren Sparerfreibetrag einführen.

Man kann doch jetzt nicht nach dem Motto verfahren, bisher sind die meisten Zinseinkommen — man spricht von ungefähr 80 % — wegen des schützenden Bankenerlasses gegenüber dem Finanzamt verschwiegen worden; wenn es jetzt 10 % gibt, wären das schon 5 Milliarden DM mehr, und das wäre gut so. Mit dieser Großzügigkeit ist die Steuergerechtigkeit allerdings auf der Strecke geblieben. Warum sollten nicht — wie es in den USA gemacht wird — automatisch Kontrollmitteilungen an die Finanzämter gehen? Das würde bundesweit Mehreinnahmen von 15 Milliarden DM ermöglichen.

Ohne Änderung bestehender Gesetze könnten darüber hinaus die steuerlichen Einnahmen aus Betrieben verbessert werden. Aufgrund der schlechten Personalausstattung der Finanzämter ist hier nämlich eine Situation entstanden, die den Betrieben die Kalkulation der Nichtprüfungszeiträume ermöglicht. Beispielsweise werden bei einem neuneinhalbjährigen Prüfungsturnus bei Mittelbetrieben im Regelfall nur die letzten drei Jahre kontrolliert. Periodische Steuerermälerungen werden so regelrecht vorprogrammiert. Wir meinen, daß das angesichts der schlechten Haushaltslage unbedingt geändert werden muß.

Ich möchte daran erinnern, daß der Landesrechnungshof beispielsweise bei der Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 1985 festgestellt hat, daß bei dem Lohnsteuerausßenprüfungsdienst Hannover für Großbetriebsprüfungen wegen des siebenjährigen Prüfungsturnusses bereits die Steueransprüche mehrerer Jahre verjährt waren und daß Ende 1986 insgesamt 37 Betriebe nicht mehr geprüft werden konnten. Das heißt, die Steuereinnahmen, die man dort durch Betriebsprüfungen noch hätte erzielen können, sind verspielt worden.

Schörshusen

Eine halbjährige Notmaßnahme, die damals durchgeführt worden ist, und zwar durch den zusätzlichen Einsatz von sage und schreibe drei Betriebsprüfern, ergab Nachforderungen in Höhe von 5 Millionen DM. Bundesweit — das zeigt die letzte statistische Erhebung über Betriebsprüfungen — holte jeder eingesetzte Betriebsprüfer rund 1 Million DM an Steuernachforderungen herein. In Niedersachsen sind das seltsamerweise für 1986 nur 775 000 DM. Aber man sieht immerhin, daß jeder zusätzlich eingesetzte Betriebsprüfer das Geld, das das Land für ihn ausgibt, mehr als wert ist.

Unser Antrag zielt deshalb darauf ab, möglichst schnell die fehlenden 300 Betriebsprüfer auszubilden und einzustellen, um die Steuerausfälle, die insbesondere bei den Großbetrieben entstehen, zu minimieren.

(Beifall bei den Grünen.)

Eine Verzinsung der Steuerrückstände könnte zusätzlich dazu führen, daß das Land weniger durch Zwischenkredite belastet wird. Ende 1986 betrug nämlich der Steuerrückstand schon fast 2 Milliarden DM.

Es gibt keinen Grund — damit komme ich zum Schluß —, gerade denjenigen die Steuerhinterziehung von Staats wegen zu erleichtern, die besonders viel verdienen, während die Lohnabhängigen in steuerlicher Hinsicht mit gläsernen Taschen herumlaufen.

(Beifall bei den Grünen.)

Eine steuerliche Gleichbehandlung ist nicht nur gesetzlich vorgeschrieben, sondern bedeutet auch erhebliche Einnahmeverbesserungen für die öffentlichen Haushalte. Darauf — so meinen wir — kann gerade heute nicht verzichtet werden. — Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke für die Einbringung des Antrages der Fraktion der Grünen. — Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Abgeordnete von Wangenheim.

Freiherr von Wangenheim (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die gleichmäßige Anwendung der steuerrechtlichen Bestimmungen ist eine grundsätzliche Voraussetzung für Steuergerechtigkeit. Dazu gehört eine zeitgerechte Prüfung der Steuerpflichtigen, die für ihre Veranlagung zu den einzelnen Steuerarten selbst die Erklärungen abzugeben haben. Für

jeden Hinweis auf Mißstände oder Mängel sind wir daher aufgeschlossen und sensibel. Der Hinweis auf drohende Verjährung ist dabei gewichtig. Problematisch ist insbesondere die Vermutung, Nichtprüfungszeiträume seien für den Steuerpflichtigen kalkulierbar.

Ich möchte daher — ohne den erforderlichen Ausschußberatungen vorzugreifen — einige Feststellungen zu den Strukturen unserer Steuerverwaltung treffen. Die im Antrag geforderte bedeutende Verstärkung des Betriebsprüferaußendienstes ist schon kontinuierlich im Gange.

(Schörshusen [Grüne]: Wo denn?)

Lassen Sie mich dazu ein paar Zahlen nennen: 1980 hatten wir im Außendienst 1 390 Personen, 1987 sind es 1 632, das bedeutet in sieben Jahren 242 zusätzliche Kräfte oder eine Steigerung um 17 %.

(Schörshusen [Grüne]: Wo haben Sie denn diese Zahlen her? Das sind doch ganz andere Zahlen, als sie die Landesregierung gerade veröffentlicht hat!)

— Herr Schörshusen, ich habe mir das schon beinahe gedacht. Ich habe gesagt, daß diese Personen im Außendienst der Steuerverwaltung tätig sind. Ich kenne auch die Antwort, die Ihnen schriftlich vorliegt, in der konkrete Zahlen zu einzelnen Punkten wie Prüfern, Außenprüfern in den einzelnen Steuerarten angegeben sind. Vielleicht haben wir im Ausschuß Gelegenheit, solche Differenzen noch einmal zu hinterfragen. Mir macht es keine Mühe, mir vorzustellen, daß im Außendienst insgesamt mehr Leute beschäftigt sind, die auch mit der Auswertung der Prüfung usw. zu tun haben, als in der Ihnen vorliegenden Antwort angegeben sind.

Vergleicht man das Verhältnis zwischen festgestelltem Bedarf und tatsächlicher Stellenzuweisung, dann kommt man auf eine Verbesserung von 74 % im Jahre 1980 auf 85 % Ende 1986. Die eingeleiteten Maßnahmen lassen daher erwarten, daß wir in den Jahren 1989/90 eine 100prozentige Bedarfsdeckung erreichen werden. Das heißt: Zwischen dem amtlich festgestellten Bedarf, der ja nach einem unabhängig festgelegten Schlüssel ermittelt wird, und der tatsächlichen Stellenbesetzung werden wir dann ein Fehl nicht mehr haben.

Ich erinnere daran, daß in den letzten Jahren entsprechend den Vorschlägen des Haushaltsausschusses und den gefaßten Landtagsbeschlüssen zusätzlich — d. h. über die Bestandserhaltung

hinaus — rund 500 Finanzanwärter eingestellt wurden, die jetzt ihre Ausbildung beenden und den gehobenen Dienst verstärken und im wesentlichen in den Außendienst und damit in den Prüfungsdienst hineingehen werden.

Da der Antrag besonders auf Großbetriebe eingeht, sei erwähnt, daß der spezielle Prüfdienst für die Großbetriebe seit 1982 um 90 Prüfer auf eine Gesamtstärke von nunmehr 380 Prüfern erhöht worden ist. Das angegebene Mehrergebnis je Großbetriebsprüfer ist nicht ganz aussagekräftig. Herr Schörshusen hat uns hier ja freundlicherweise noch einmal Bundes- und Landeszahlen genannt. Natürlich sind sie in jedem Jahr anders; das geht auch einmal ein bißchen auf und ab. Aber eines muß man dabei berücksichtigen: Dieser statistische Wert — Sie haben ihn auch korrekt als solchen bezeichnet — enthält erhebliche Beträge, die aus Gewinnverlagerungen herrühren. Ich kann das hier nicht im einzelnen erörtern. Das müssen wir der Einzelberatung im Ausschuß überlassen. Aber jedem, der vom Steuerwesen ein bißchen versteht, ist dieser Begriff klar. Gewinnverlagerungen, die durch die Steuerprüfer vorgenommen werden, gehen in die Statistik ein und erhöhen diesen Gesamtbetrag. Die wirklichen Mehrergebnisse liegen — man kann sagen: leider — tatsächlich wesentlich niedriger.

Man sollte im übrigen — ich glaube, es ist einfach notwendig, daß wir die Dinge hier nüchtern sehen — die zukünftigen Möglichkeiten nicht überschätzen; denn im inzwischen fast vollständig anschlußgeprüften Großbetriebsbereich — Ihre Zahlen, die Sie vorliegen haben, zeigen es ja; wir sind ja bei den Großbetrieben bei unter vier Jahren im laufenden Prüfungsfortschritt — kann man nun kaum noch Ergebnissteigerungen erwarten. Ich sage vorsichtig: Mehrergebnissteigerungen. — Der Landesrechnungshof — das haben Sie richtig erwähnt — hat uns in der Denkschrift auf Prüfungsergebnisse hingewiesen, die für das Jahr 1985 veröffentlicht worden waren und sich auf die Vorjahre bezogen haben. Damals hatte sich im Lohnsteuerbereich gerade in einem bestimmten Finanzamtsbereich ein großer Mangel gezeigt. Auch diese Dinge konnten inzwischen abgestellt werden. Ich sage noch einmal: Es handelte sich hier um Lohnsteuern, damit da kein falscher Eindruck entsteht.

Ich möchte im übrigen noch einmal darauf hinweisen, daß man wissen muß, daß dem Prüfungsdienst natürlich eine gute und sorgfältige Ausbildung vorangeht. Man kann also nicht heute abschließen und morgen schon diese Prüfer haben.

Wir haben vor Jahren und rechtzeitig daran gedacht, so daß wir davon ausgehen können, daß wir unser Soll bis 1989/90 wohl erfüllt haben werden.

Nun zu Ihrem zweiten Punkt, Herr Schörshusen, nämlich zu der von Ihrer Fraktion vorgeschlagenen Quellenbesteuerung. Dazu hat die Bonner Koalition in diesen Tagen ja entsprechende Vorschläge auf den Tisch gelegt.

(Schörshusen [Grüne]: Es sind nur die falschen gewesen, Herr von Wangenheim!)

Sie hat allerdings aus guten Gründen — Sie mögen das bedauern — nicht von dem Instrument der Kontrollmitteilung Gebrauch gemacht. Das scheint mir wohl richtig zu sein. Sie haben vorgeschlagen, Freibeträge einzuführen. Der Vorschlag, von dem ich jetzt gehört habe, hat eine andere Methode zum Inhalt, die sicherlich wirksamer ist und nicht wieder neue Unrechtstatbestände schafft.

Ich fasse zusammen — die Redezeit ist sicherlich gleich abgelaufen —: Der Antrag — soweit er brauchbare Vorschläge enthält — ist eigentlich schon in die Tat umgesetzt. Wir werden aber trotzdem einer Ausschußüberweisung zustimmen und alle Gesichtspunkte noch einmal sorgfältig abwägen. Ich meine, damit sollten Sie sich zufriedengeben. Im übrigen können wir davon ausgehen, daß die weiteren Voraussetzungen, die hier sicherlich mit Recht gewünscht werden, in Wahrheit schon weitgehend erfüllt sind. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Danke. — Das Wort hat der Abgeordnete Rippich.

Rippich (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Kollegen von Wangenheim muß ich an die Fraktion der Grünen doch die ernste und mahnende Frage richten, wie sie dazu kommt, hier Anträge zu stellen, wo doch die Landesregierung schon alles eingeleitet hat.

(Beifall bei der SPD. — Dehn [SPD]: Genau! — Weitere Zurufe.)

Ich habe einmal ein kleines Couplet gelesen, das mit den folgenden Worten beginnt: Nun fangen wir gleich an.

(Meyer [CDU]: Herr Rippich, Sie sind nicht auf dem laufenden!)

Rippich

— Wenn ich nicht auf dem laufenden sein sollte, bin ich immer noch sehr viel weiter als Sie.

(Heiterkeit bei der SPD. — Sandkämper [CDU]: In falscher Richtung!)

— Das ist klar. Die Richtung bestimmen immer Sie. Selbst wenn Sie sich umdrehen, glauben Sie noch, Sie gingen vorwärts.

(Heiterkeit.)

Die in dem Entschließungsantrag der Grünen aufgeworfenen Probleme — — —

(Meyer [CDU]: Sie sitzen falsch auf dem Pferd und glauben, sie säßen trotzdem richtig!)

— Mich könnte ein Pferd leichter tragen. — Die in dem Entschließungsantrag der Grünen — um zum Ernst der Lage zurückzukehren — aufgeworfenen Probleme geben, für sich genommen, sicherlich unbestreitbare Sachverhalte wieder. Da hilft all das nicht, was hier ausgeführt worden ist. Bei einem genaueren Hinsehen handelt es sich allerdings nur um Ausschnitte aus einem Gesamtproblem. Ich sage das nicht als Vorwurf, sondern stelle das nur fest.

Wenn wir an unser Steuerrecht denken, von dem angenommen wird, daß es durch die Steuerreform übersichtlicher wird — was zu bezweifeln ist —, dann müssen wir sagen, das Steuerrecht, das wir jetzt haben, ist so unübersichtlich, wie es wirklich nicht sein sollte. Es ist eine Zumutung für alle. Selbst Fachleute — wenn man zum Beispiel Juristen dazu rechnen darf

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Meyer [CDU]: Das sind auch nur Steuerzahler!)

— in dieser Hinsicht natürlich — sind mit ihrer Ausbildung häufig nicht in der Lage, ihre eigene Steuererklärung auszufüllen, und benötigen einen Steuerberater. Ich bin Verwaltungsfachmann, ich benötige auch einen. Das liegt daran, daß man Fragen des Steuerrechts nur noch mit einem lexikonartigen Wissen und nicht mit einem Blick ins Gesetz beantworten kann. Die Erlasse der Steuerverwaltung — die Erlasse, wohlgeachtet, auf die wir in aller Regel keinen Einfluß haben — haben mittlerweile für die Steuerpraxis eine größere Bedeutung erlangt als Gesetze und Verordnungen.

Es ist sicherlich richtig, daß zusätzliche Planstellen für Betriebsprüfer im Ergebnis keine zusätzlichen Kosten verursachen, weil sich die Beamten durch die Prüfungsergebnisse praktisch selbst finanzieren.

(Schörshusen [Grüne]: Mehr als das!)

— Mehr als das, richtig. — Wir würden jedoch die Augen vor den tatsächlichen Problemen verschließen, wenn wir das Heil allein in einer Verbesserung der Personalausstattung der Prüfungsdienste sähen. Wir wissen, daß man nicht jeden Steuerbeamten nach bestandener Laufbahnprüfung sofort im Prüfungsdienst einsetzen kann. Das macht das, was Herr von Wangenheim gesagt hat, ein bißchen zwiespältig. Wir haben zuwenig Beamte, die das können. Das ist doch das Problem. Es ist Berufserfahrung erforderlich, es sind Rechtskenntnisse erforderlich, die erst durch die Berufspraxis erworben werden können. Wir brauchen hochqualifizierte Betriebsprüfer, die sich dann mit einer Rechtsmaterie herumschlagen müssen, die, wie gesagt, unüberschaubar und sehr kompliziert ist. Das alles ist im Sinne einer vollständigen Betriebsprüfung erforderlich, die allein aus Gründen der Steuergerechtigkeit einfach notwendig ist.

Dieses Ziel werden wir allerdings nur dann wirklich erreichen, wenn wir das Steuerrecht wieder überschaubarer — warum eigentlich „wieder“? —, wenn wir das Steuerrecht überschaubarer gestalten. Der Antrag zielt insoweit gewiß in die richtige Richtung. Ich meine aber, wir sollten auch auf Landesebene über dieses Thema mehr in der Breite und vom Grundsatz her sprechen.

Zur Quellensteuer. Ein Grundsatz ist, daß Einkünfte aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer unterliegen. Vorstöße der SPD-Fraktion zur Einführung einer Quellensteuer sind damals gescheitert. Die CDU war die Partei, die in diesem Zusammenhang — wenn ich das richtig in Erinnerung habe — von Neidhammelei sprach. Jetzt hat diese Partei auf Bundesebene dieses sozialistische Teufelswerk in Szene gesetzt. Ich bin darüber sehr erstaunt. Daran kann man aber auch erkennen, daß Konservative sehr beweglich sein können.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD. — Briese [CDU]: Herr Rippich, warum sind Sie denn jetzt eigentlich dagegen?)

— Habe ich das gesagt?

(Heiterkeit. — Briese [CDU]: Aber Ihre Partei sagt das im Augenblick, wenn ich das richtig verstehe!)

— Vielleicht verstehen Sie das einmal am Ende der Diskussion. — Die Vorstellungen der SPD hierzu waren sicherlich nicht immer einheitlich. So haben wir in jüngerer Vergangenheit auch an dieser Stelle Kontrollmitteilungen an die Finanzverwaltung erwogen, was zu einer lückenlosen Er-

fassung der Kapitaleinkünfte geführt hätte. Aber wie es auch sei, etwas ist ja erstaunlich: Die Bundesregierung gibt mit der jetzigen 10prozentigen Quellensteuer auf Kapitalertrag zu, daß in der Vergangenheit in großem Umfang Steuern hinterzogen worden sind; denn wie könnte man sonst überhaupt mit Mehreinnahmen aufgrund dieser Maßnahme rechnen?

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Man führe sich einmal die damalige Diskussion, als die sozial-liberale Regierung noch im Amt war, vor Augen — diese Diskussion war ja gerade in diesem Bereich sehr erstaunlich —, wenn man daran denkt, daß heute die Regierung mit Herrn Stoltenberg und mit der FDP herkommt und diesen Vorschlag unterbreitet, wenn auch in einem Rahmen, über den man streiten kann. Die vorgesehene Regelung führt nämlich im Ergebnis zu einem Billigtarif für Steuerhinterzieher,

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Schörshusen [Grüne])

weil die Finanzverwaltung nach wie vor nicht erfahren wird, wieviel Kapitaleinkünfte tatsächlich vorhanden sind. Gerade wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß nicht die Spargroschen der kleinen Leute der Steuer unterworfen werden sollen. Die heutige Gesetzeslage, meine Damen und Herren, widerspricht dem allgemeinen Rechtsempfinden; denn die Bürger haben den Eindruck — den müssen sie auch haben —, daß das, was sie sich erspart und damit nicht ausgegeben haben, zusätzlich besteuert, wenn nicht gar bestraft wird. Wir müssen sehr vorsichtig sein, daß wir nicht die kleinen Leute, die sich ihre Groschen mühselig zusammensparen, in diesen Rahmen hineinziehen, so etwa nach dem Motto: Der Staat kann dankbar sein, daß wir haben, was er uns wegnimmt. Das geht nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den Grünen.)

Zum Schluß darf ich eine persönliche Meinung äußern: Wir brauchen in diesem Rahmen großzügige Freibeträge für die Einkünfte aus Kapitalerträgen. Diese dürfen aber nicht jenen zugute kommen, die man allgemein als Großverdiener bezeichnet. Die Ungerechtigkeiten des heutigen Steuerrechts dürfen nicht auf diese Art und Weise fortgeschrieben werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Das Wort hat der Abgeordnete Küpker.

(Zurufe: Hat er denn kein Gedicht? — Noch ein Gedicht! — Weitere Zurufe.)

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein Verdienst des Kollegen Schörshusen und seiner Fraktion — wenn ich das einmal so sagen darf —, sich intensiv Gedanken zur Haushaltssituation des Landes zu machen. Das machen Sie — wenn ich das von mir aus so werten darf — intensiver als eine größere Fraktion nebena.

(Zuruf von Dehn [SPD].)

Herr Schörshusen, wenn Sie aber meinen, hier könnten Sie Wunder zur Verbesserung der Einnahmesituation des Landes bewirken, muß ich Sie warnen. Ich glaube, wir alle in diesem Hause stimmen darin überein, daß es wichtig ist, die nach den Gesetzen zu erhebenden Steuern auch festzusetzen und zu erheben, schon aus Gründen der steuerlichen Gleichbehandlung; denn das ist ja der Obersatz. Hier ist zunächst einmal jeder einzelne Steuerpflichtige gefragt: Er muß seine Steuererklärung richtig abgeben, um dann entsprechend veranlagt zu werden. Wenn Sie, Herr Rippich, sagen, Sie könnten Ihre Steuererklärung nicht mehr machen, muß ich daran erinnern, daß es noch ganz andere Beispiele gab. Da können einige, die in hohen Positionen waren, ihre eigenen Wasserabrechnungen nicht mehr lesen. Da ist sicherlich noch einiges zu verbessern.

Die richtige steuerliche Veranlagung ist zum anderen aber auch eine Sache der Nachprüfung. Diesbezüglich haben wir gehört, daß etwas im argen lag. Herr von Wangenheim hat gesagt, daß wir jetzt schon erheblich zeitnäher arbeiten und daß wir auf einem guten Wege sind.

(Zustimmung von Graetsch [FDP].)

Meine Damen und Herren, im übrigen muß eine Nachprüfung ja nicht immer zu einer Nachforderung führen. Es gibt ja sehr wohl auch Erstattungsbeträge, und zwar in nicht geringem Umfang. Auch das muß man sehen.

Das alles wird nach den neuesten Bonner Beschlüssen künftig etwas dadurch kompensiert oder abgemildert oder wie man das bezeichnen kann, daß wir in Zukunft Steuerguthaben auch verzinsen und dort, wo Steuern nachzuzahlen

Küpker

sind, auch Zinsen berechnen. Auch das ist für mich ein Stück mehr Steuergerechtigkeit, mehr Gleichbehandlung.

(Zustimmung von Graetsch [FDP] und Zustimmung bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Wenn in Niedersachsen ein Volumen von angeblich 900 Millionen DM in Rede steht und wenn das eingetrieben werden soll, dann kann es sich ja letztlich nur um einen einmaligen Vorgang handeln. Viele Betriebe kämen — das will ich sagen — in Gefahr, wenn diese Beträge nun knallhart auf einmal eingezogen werden sollten. Daß wir das nicht können, ist durch die Zahlen deutlich geworden.

Die zusätzlichen 300 Betriebsprüfer, Herr Schörs-husen, die Sie fordern, müssen, wie Sie ja auch richtig sagten, erst einmal ausgebildet werden. Dann müssen sie noch Praxis haben, und erst dann können sie losgelassen werden.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Schörs-husen [Grüne].)

Bis dahin, glaube ich, haben wir die 900 Millionen DM schon deutlich reduziert, und es geht überhaupt nicht mehr um diesen Betrag. Es muß die Zeit kommen, zu der es eben nicht mehr wahr ist, daß sich jeder Betriebsprüfer schon allein mehrfach rechnet. Es kann sogar sein, daß aufgrund der Feststellungen, die jeder einzelne Betriebsprüfer zu treffen hat, praktisch nichts mehr herauskommt, daß nur noch ein bestimmter Sachverhalt ohne Steuernachforderung festgestellt wird, wenn einmal ein gewisser Berg abgebaut ist. Von daher will ich sagen — wir werden das ja im Ausschuß weiter bereden —, daß doch viel Skepsis angebracht ist.

Ich möchte zum Schluß Ihre Gedanken zur Quellensteuer aufnehmen. Sie haben ja ganz klar gesagt: Ja, wir wollen die Quellensteuer. Sie sehen darin auch ein Stück Steuergerechtigkeit, weil so viele vergessen, ihre Zinsen anzugeben. Sie wollen Kontrollmitteilungen. Wir halten es nach der Beschlußlage aus Bonn für überflüssig, Kontrollmitteilungen der Kreditinstitute herausgehen zu lassen.

Zu Herrn Rippich möchte ich sagen: Es ist richtig, der Gedanke der Quellensteuer kam zweimal von der SPD in Bonn. Wir hätten sie also schon viel eher haben sollen. Aber in der gegenwärtigen Situation habe ich den Eindruck, daß der frühere Finanzminister Hans Apel nicht mehr der SPD-Fraktion angehört; denn er ist derjenige, der jetzt am stärksten dagegen zu Felde zieht,

(Beifall bei der CDU)

obwohl seine Nachfolger sie zweimal gefordert haben. Ich glaube, wir haben Ihren Hinweis durchaus richtig aufgenommen: Den kleinen Leuten soll nichts genommen werden. Ich stelle fest: Die Koalition hat sehr gezielt und sehr bewußt an die Ersparnisse der kleinen Leute gedacht, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß wir eben doch genügend Ausnahmeregelungen für Freibeträge und dergleichen treffen wollen.

(Zuruf von Dehn [SPD].)

Auch da sind wir auf dem richtigen Wege. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat erneut der Abgeordnete Rippich zu einem kurzen Vortrag.

(Rippich [SPD]: Herr Präsident, ich verzichte! Es ist nichts Neues gekommen!)

— Vielen Dank. Das ist hilfreich. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Antrag der Fraktion der Grünen — Drucksache 1434 — an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich, das anzuzeigen. — Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die für heute vorgesehenen Tagesordnungspunkte erledigt. Wir unterbrechen unsere Beratungen und setzen die Sitzung morgen um 9 Uhr fort.

Ich wünsche Ihnen einen ereignisreichen Abend. — Die Sitzung ist geschlossen.

(Küpker [FDP]: Und das in Hannover?)

Schluß der Sitzung: 19.09 Uhr.